

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts
sowie Mitgliedschaft in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2011

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen	5
1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	7
4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	7
5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2011.....	10
Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften.....	11
1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG).....	11
2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA).....	13
3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....	14
4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE).....	17
5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU).....	19
6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM).....	21
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM).....	21
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	24
a) Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH.....	26
aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH.....	26
ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG.....	26
b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH.....	26
c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH.....	27
d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH.....	27
e) KKM Servicegesellschaft mbH.....	27
ea) KKM Gebäudedienste GmbH	27
f) VIVANT - Ihr Pflagedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH.....	27
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	28
8. EuRegionale 2008 Agentur GmbH	30
9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.....	32
10. vogelsang ip gGmbH	34
11. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	36
12. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	37
a) Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	39
aa) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG	39
ab) Quantum GmbH.....	39
ac) strasserauf GmbH.....	39
ad) eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG.....	39
ae) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH	40
af) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG.....	40
ag) Green Gecco Verwaltungs GmbH	40
ah) Green Gecco GmbH & Co. KG	40
aha) An Suidhe Wind Farm Limited.....	40
ahb) WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH.....	41
b) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).....	41

c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH).....	41
ca) Kreis-Energie-Verteilnetz GmbH.....	41
cb) Holz-Energiehof Nettersheim GmbH	41
d) KEV Energie GmbH.....	41
da) KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)	42
db) Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG (SPK).....	42
dc) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG.....	42
13. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH	45
14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....	46
15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR	48
16. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts	50
17. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AÖR)	52
<i>Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2011</i>	<i>54</i>
<i>Teil D – Auswertungen und Übersichten</i>	<i>256</i>
1. Auswertung der Jahresabschlüsse.....	256
2. Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	285
3. Personalbestand	286
4. Leistungen und Kennzahlen	287
<i>Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 09.11.2012</i>	<i>288</i>
1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen.....	288
2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht	289
<i>Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden.....</i>	<i>291</i>
1. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)	292
2. ZV Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (ZV KDvZ)	302
3. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)	346
4. Zweckverband Kronenburger See	364
5. Zweckverband Naturpark Rheinland	365
6. Zweckverband Region Aachen	367
7. Erftverband	369
8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER).....	370
9. Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW (AAV).....	371

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 KrO einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2011 wird mit dem Haushaltsplan 2013 veröffentlicht. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „<http://www.kreis-euskirchen.de/>“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen“ und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung“.

Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108a der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistages gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

2.4 Einführung des NKF

Der Kreis Euskirchen hat zum 01.01.2009 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. Nach den gesetzlichen Regelungen (insb. §§ 116, 117 GO, §§ 49-52 GemHVO) ergeben sich im Bereich der Beteiligungen die folgenden Änderungen:

- Bewertung und Bilanzierung der Beteiligungen in der Eröffnungsbilanz des Kreises zum 01.01.2009,
- Konsolidierung von verbundenen Unternehmen und assoziierten Bereichen im Gesamtabchluss, Stichtag spätestens 31.12.2010,
- Erhöhung der Anforderungen an den Beteiligungsbericht, Stichtag spätestens 31.12.2010,
- Einbeziehung von Anstalten des öffentlichen Rechts und Zweckverbänden in die Bilanzierung und Konsolidierung.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Teil B
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Teil B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Übersicht in Teil A.4, einzeln in Teil B
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Teil D.1
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Teil D.4
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Teil B, Zahlungen in Teil D.2
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Teil B
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Teil D.3

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH (WRW)
- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- Meß- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- ESC Euro-Service-Center Geilenkirchen GmbH
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- Quantum GmbH
- strasserauf GmbH
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH

In den Beteiligungsbericht wurden auch die Zweckverbände aufgenommen, in denen der Kreis Euskirchen Mitglied ist, s. Teil F.

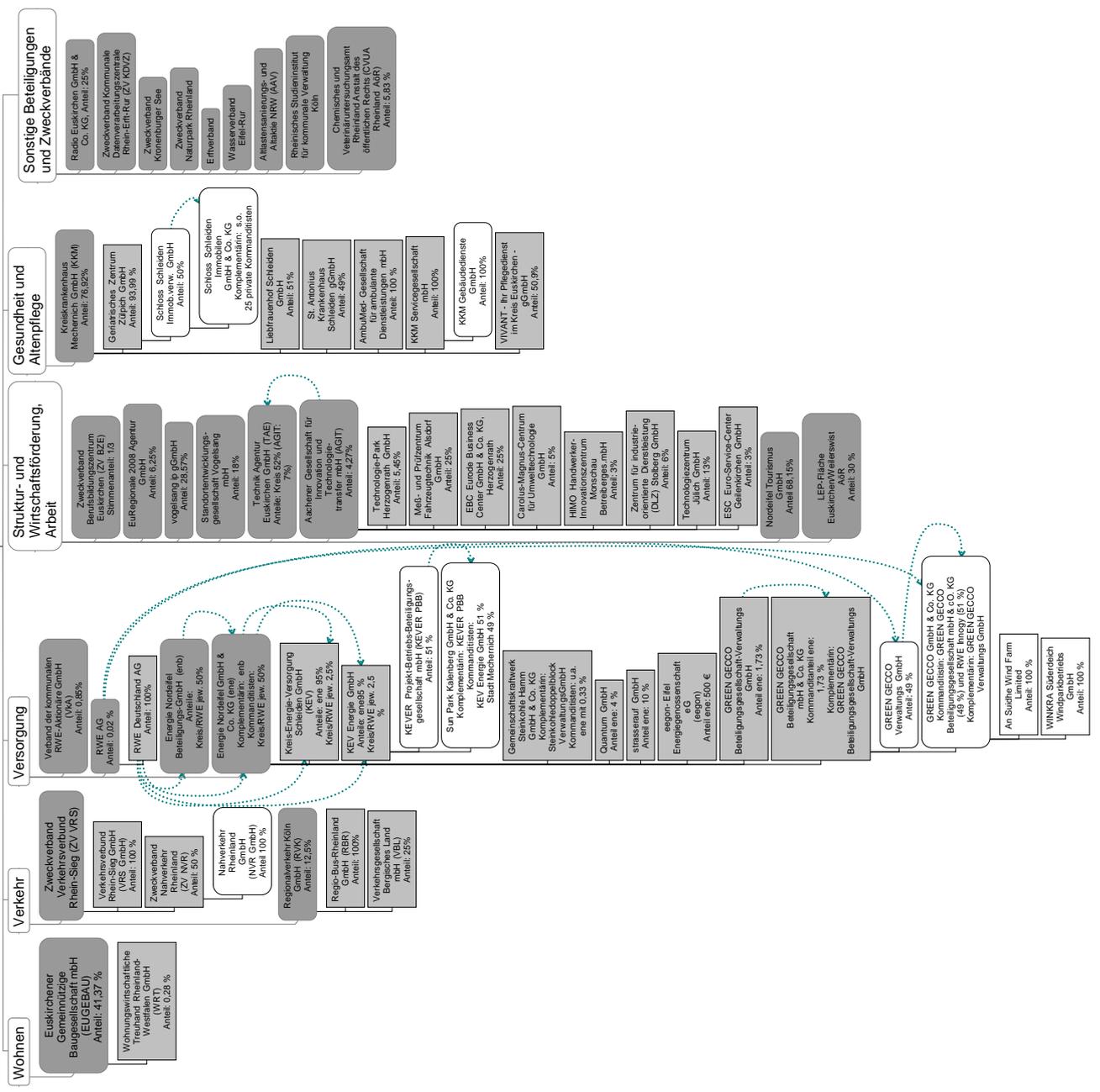
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2011. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 09.11.2012 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

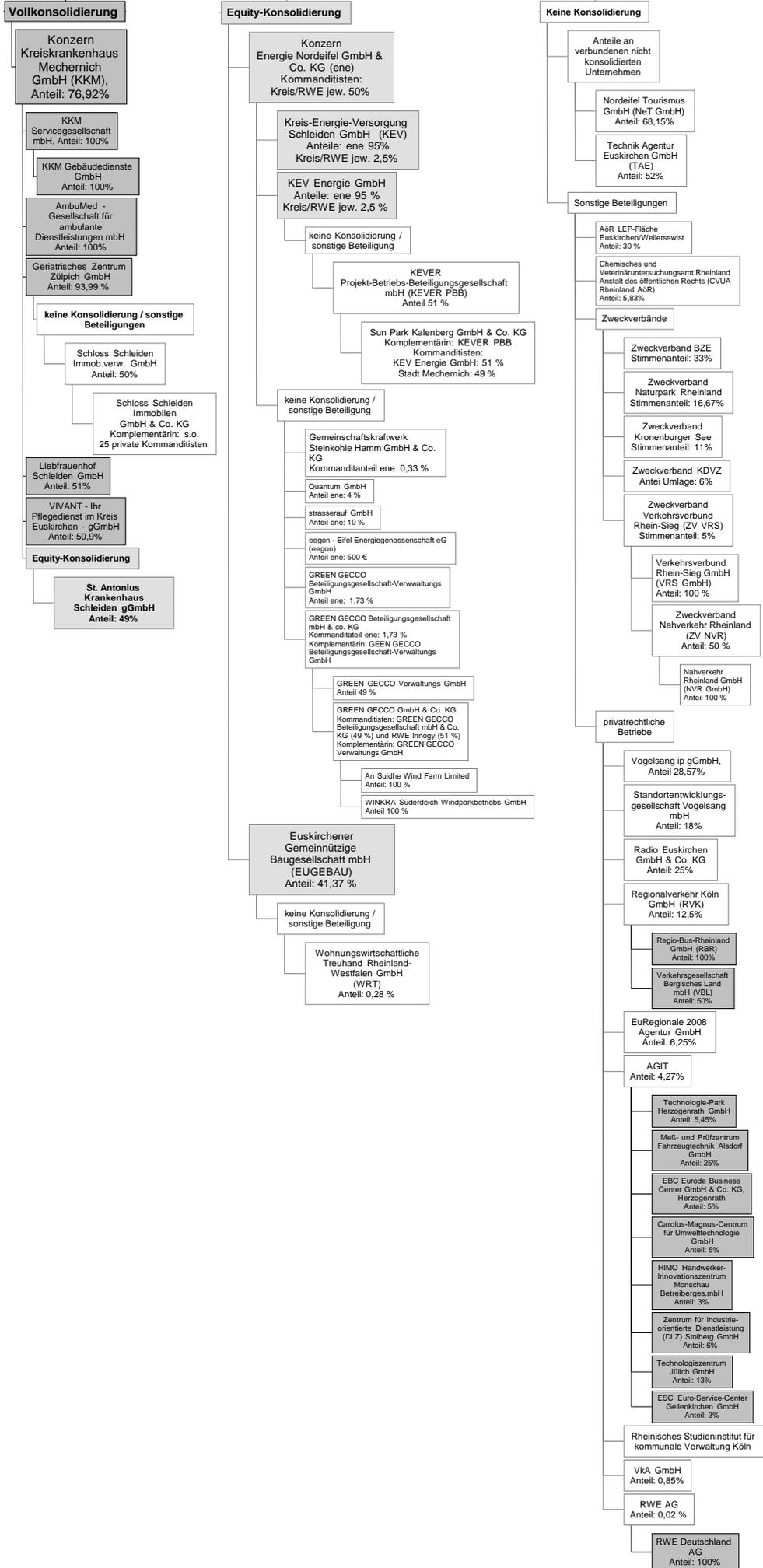
Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

- Seite 8: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2011
- Seite 9: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

**Beteiligungen
Kreis Euskirchen
Stand 31.12.2011**



Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen - Entwurf - Stand 31.12.2011



5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2011

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 20.07.2011

- Der Kreistag hat die Satzung zur Änderung der Unternehmenssatzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts“ beschlossen (V 180/2011).
- Der Kreistag hat der Abgabe einer Gewährträgererklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten des gemeinsamen Kommunalunternehmens „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts“ (LEP-AöR) gegenüber einem künftigen Darlehensgeber bis zu einer Höhe von maximal 5.520.000 € zugestimmt (V 179/2011). Mit der Erklärung hat sich der Kreis verpflichtet, bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten bis zum v. g. Höchstbetrag zu haften.
- Der Kreistag hat der Verschmelzung der Kreis-Energie-Verteilnetz GmbH mit der Kreis-Energie Versorgung Schleiden GmbH und Abspaltung der KEV Energie GmbH als Vertriebsgesellschaft entsprechend V 143/2011 zugestimmt.
- Zur Zukunft der Energieversorgung im Kreis Euskirchen, hat der Kreistag folgende Beschlüsse gefasst (D 36/2011):
 1. Der Kreis Euskirchen verfolgt das Ziel, die Aufgaben der Stromversorgung und mittel- bzw. langfristig die übrige Energie- und Daseinsversorgung im Kreis Euskirchen im Rahmen der interkommunalen, partnerschaftlichen Zusammenarbeit in einer kreisweiten Gesellschaft zu bündeln.
 2. Der Kreis Euskirchen ist bereit, zur Umsetzung dieses Ziels die Mehrheitsverhältnisse im ene-Konzern zu verändern.
 3. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung des Ziels zu initiieren bzw. durchzuführen.
- Der Kreistag hat der Übernahme eines Stammkapitalanteils der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) in Höhe von 10.933,50 € zugestimmt (D 37/2011).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 14.12.2011:

- Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG bzw. der KEV Energie GmbH gemeinsam mit der Stadt Mechernich an der regenerativen „Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG“ und Gründung der „KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH“ gemeinsam mit der PE Becker GmbH (D 38/2011).
- Der Kreis Euskirchen hat, vorbehaltlich einer positiven verbindlichen Auskunft des Finanzamtes hinsichtlich der steuerlichen Anerkennung des Gesellschafterdarlehens als echtes Fremdkapital zu Gunsten der vogelsang ip gGmbH der Übernahme einer Ausfallbürgschaft in Höhe von 36,36 % des jeweils in Anspruch genommenen Darlehensbetrages, maximal bis zu 2.436.000 € zugestimmt. Die Bürgschaft dient der Besicherung eines vom Landschaftsverband Rheinland zu gewährenden Gesellschafterdarlehens an die vogelsang ip gGmbH von bis zu 6.700.000 €. Für die Gewährung der Bürgschaft wird ein einmaliges Entgelt in Höhe von 12.180 € erhoben, zahlbar binnen eines Monats nach Unterzeichnung der Bürgschaftsurkunde (V 220/2011).
- Der Kreistag hat beschlossen, von dem Angebot der Kreissparkasse Euskirchen hinsichtlich der Inanspruchnahme von Bezugsrechten neuer RWE-Aktien keinen Gebrauch zu machen (D 45/2011).
- Der Kreistag hat der Anpassung der Satzung des Zweckverbandes VRS (§ 14) an die Vorgaben der VO (EU) 1370/2007 unter Berücksichtigung der VRS-Vorlage (6-12-11-1.4) zugestimmt (V 216/2011).
- Der Kreistag hat seine Zustimmung zu der in der Sitzung der Gesellschafterversammlung der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) am 28. September 2011 beschlossenen Anhebung der Höchstbeträge für auszugleichende negative Ergebnisse (§ 19 Absatz 3 Gesellschaftsvertrag der RVK) und der damit erforderlichen Änderung des Gesellschaftsvertrages erteilt (V 219/2011).

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften

1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

Internet: <http://www.rwe.com/de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere in den Wirtschaftszweigen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Rohstoffe, Mineralöl, Chemie, Entsorgung, Bau, Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau und Dienstleistungen tätig sind. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO NW.

Das operative Geschäft des RWE-Konzern gliederte sich bis Anfang 2009 in sechs Unternehmensbereiche: **RWE Power** (Stromerzeugung für Kontinentaleuropa), **RWE Energy AG** (Vertriebs- und Netzgesellschaft für Kontinentaleuropa), **RWE npower** (Stromerzeugung in GB), **RWE Thames Water** (Wassergeschäft in GB), **RWE Trading** (Energiehandel) und **RWE Systems** (Dienstleistungen für RWE-Gesellschaften). Unter dem Dach des Unternehmens RWE Energy AG operierten sechs regional integrierte Energiegesellschaften in Deutschland und weitere sechs in den anderen kontinentaleuropäischen Märkten

In der Hauptversammlung vom 22.04.2009 wurde ein Umbau des Konzerns beschlossen.

Im Jahre 2009 wurden Weichen für die neue Konzernorganisation gestellt.

Die Aktivitäten der RWE AG werden fortan stärker an die Besonderheiten der nationalen Märkte ausgerichtet. Das deutsche Vertriebs- und Netzgeschäft wurde gestrafft. Aus den beiden Regionalgesellschaften RWE Rhein-Ruhr und RWE Westfalen-Weser-Ems wurde eine Vertriebsgesellschaft (RWE Vertriebs AG) und eine Verteilnetzgemeinschaft (RWE Rheinland Westfalen Netz AG) gebildet. Die Zwischenholding RWE Energy AG wurde aufgelöst. In 2010 wurde das Vertriebs- und Verteilnetzgeschäft in der neuen Gesellschaft RWE Deutschland AG (vormals RWE Rheinland Westfalen Netz AG) gebündelt. Die RWE Deutschland AG ist an kommunalen Energieversorgungsunternehmen beteiligt, u.a. an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (s. Teil D, Ziffer 4). Der Bereich Stromerzeugung wird auch weiterhin durch die RWE Power abgewickelt.

Bei den internationalen Aktivitäten der Gesellschaft wurde die Verantwortung für das komplette operative und regulatorische Geschäft auf die jeweiligen Landesgesellschaften übertragen, welche unmittelbar dem Konzernvorstand berichtspflichtig sind.

Die regionalen Gebiete werden wie folgt untergliedert:

- Deutschland (mit den Unterbereichen Stromerzeugung und Vertrieb/Verteilnetze)
- Niederlande/Belgien (Essent)
- Großbritannien (RWE npower)
- Zentral- und Ost-Europa (RWE East)

Länderübergreifend werden die überregionalen Funktionen zur Unterstützung der Wachstumsstrategie aufgestellt. Dies umfasst die folgenden Gesellschaften:

- RWE Innogy (Erneuerbare Energien)
- RWE DEA und (Upstream Gas & Öl)
- RWE Supply & Trading (Trading/Gas Midstream)

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Grundversorgung der Kreisbevölkerung kann angesichts des liberalisierten Marktes auch anderweitig sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? siehe Ziffer 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? Ja.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien ist grundsätzlich möglich. Soweit eine Veräußerung erfolgen soll, ist der richtige Zeitpunkt über einen zu erzielenden Mindestpreis festzulegen. Bei der Abwägung über einen etwaigen Verkauf ist zu berücksichtigen, dass die RWE Partner des Kreises (bzw. der KVE) als Gesellschafterin der KEV sowie der Energie Nordeifel ist. Insofern sprechen durchaus strategische Erwägungen für das Halten der Aktien, da der Kreis nicht nur als Partner, sondern auch gleichzeitig als Aktionär auftritt. Zwischen diesen strategischen Überlegungen und der Veräußerungsmöglichkeit ist abzuwägen.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	2.434.137 €	0,02 %
übrige Aktionäre	538.877.150	13.976.565.863 €	99,98 %
Summe Stammaktien	538.971.000	13.979.000.000 €	100,00 %

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen zum 01.01.2009 wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend von Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wurden Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates. Der Jahresabschluss der RWE AG ist in Teil C nur auszugsweise dargestellt. Der vollständige Geschäftsbericht ist auf der Homepage der RWE dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Hauptversammlung
- b) Aufsichtsrat
- c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

Clas Kohlheyer, CDU

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im Beirat des RWE Konzerns und im Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG

Landrat Günter Rosenke

2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Baedecker Str. 5
45128 Essen
Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Die Beteiligung an der Vka ist so lange erforderlich wie Aktien an der RWE AG gehalten werden. Im Falle einer Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien kann die Vka-Beteiligung eingestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

siehe Ziffer 1

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? siehe Ziffer 1

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? siehe Ziffer 1

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? siehe Ziffer 1

5. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Beteiligung an der Vka steht in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung an der RWE AG. Sofern eine Veräußerung der RWE-Aktien bejaht wird, entfällt auch der Anknüpfungspunkt zu einer Beteiligung an der Vka.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
24 Städte/Gemeinden		
30 Kreise		
3 kommunale Verbände		
31 weitere Gesellschafter	126.739,03 €	99,15 %
Summe	127.822,97 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Verwaltungsrat
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Clas Kohlheyer (CDU)

bis 18.11.2011

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.04.2012 Herrn LR Günter Rosenke als Vertreter des Kreises in die Gesellschafterversammlung der Vka GmbH für die Dauer der restlichen Wahlperiode entsandt.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen
Landrat a.D. Roger Graef, Rheinbach

3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Am Europaplatz
52068 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Die Struktur- und Wirtschaftsförderung dient der wirtschaftlichen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 Abs. 1 KrO, es handelt sich um eine Einrichtung der Wirtschaftsförderung nach § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO. Demnach besteht ein wichtiges Interesse des Kreises im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NW i.V.m. § 53 KrO.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Zum einen stellt der Kreis Euskirchen durch seine Beteiligung an der AGIT die überregionale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen als Teil der Region Aachen im In- und Ausland sicher. Zum anderen partizipiert der Kreis Euskirchen an technologieorientierten Projekten (z. B. Zentrum für Automobile Innovation und Ansiedlung von Entwicklungslaboren von Automobilherstellern und Zulieferern), für die allerdings in aller Regel zusätzliche Finanzmittel aufzubringen sind. Bei der Vermarktung durch die AGIT – und dies lässt der Gesellschaftsname unterstellen – wird die in seinem Zentrum hochschulgeprägte Region Aachen durch Innovationspotenzial und Technologietransfer profiliert, wobei die positiven Standortfaktoren des Kreises Euskirchen nicht in entsprechendem Maße zur Geltung kommen können. Auch ist das Potenzial an ansiedlungs- und umsiedlungswilligen Betrieben nachweislich bundesweit zurückgegangen, sodass der AGIT erfolgreiche Neuansiedlungen im Kreis Euskirchen bislang nicht zugeschrieben werden können. Mit der Beteiligung an der AGIT hat sich der Kreis Euskirchen seinerzeit (1992) zur Wirtschaftsregion Aachen bekannt. Die regional bedeutsame Funktion der AGIT wird nunmehr durch die Einrichtung der „Regionalagentur für die Region Aachen“ (GbR) gestärkt. Ein Austritt aus der AGIT würde den Kreis in der Wirtschaftsregion Aachen isolieren, es sei denn, dass alle regional bedeutsamen Funktionen in einer anderen, regional getragenen Organisation konzentriert würden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die AGIT hat die Vermarktung der Region Aachen in In- und Ausland zur Aufgabe und betreibt entsprechende Geschäftskontakte. Eine Aufgabenreduzierung wäre hinsichtlich der Profilierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen und Akquisitionsbemühungen kontraproduktiv und nur durch Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Kreises und ggf. der TAE GmbH aufzufangen.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Nein. Verwaltungsseitig ist an der AGIT-Mitgliedschaft festzuhalten. Gemäß § 13 bedürfen Abtretung und Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der Zustimmung aller Gesellschafter und sind nur zum Ende eines Geschäftsjahres zulässig. Eine Verpflichtung der übrigen Gesellschafter, den Gesellschaftsanteil zu erwerben, besteht nicht. Beim Ausscheiden eines Gesellschafters wird der Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters von der Gesellschaft eingezogen. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung die § 3 geleistete Stammeinlage. Die Vergütung ist nicht auszuzahlen, sondern als zinsloses Darlehen in der Gesellschaft zu belassen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein, dies ist nicht ersichtlich.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Die Erfüllungsdefizite der Vergangenheit wurden durch eine Neuausrichtung der AGIT (Schnittstellenminimierung, Konzentration auf Kompetenzfelder) aufgehoben, an der insbesondere die Kreise der Region mitgewirkt haben.“

In der Sitzung des Kreistages vom 07.09.2005 wurde der Antrag A 30/2005, die AGIT zum baldmöglichen Zeitpunkt zu verlassen, abgelehnt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter am 31.12.2010	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	128.000,00 €	3,93%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	384.000,00 €	11,80%
Handwerkskammer Aachen	128.000,00 €	3,93%
Stadt Aachen	895.000,00 €	27,52%
StädteRegion Aachen	461.000,00 €	14,17%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	256.000,00 €	7,87%
Kreis Heinsberg	128.000,00 €	3,93%
Sparkasse Aachen	431.000,00 €	13,25%
Sparkasse Düren	62.000,00 €	1,91%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	36.000,00 €	1,11%
Aachener- und Münchener Versicherung AG *1)	256.000,00 €	7,87%
Summe	3.253.000,00 €	100,00%

*1) Die Aachener- und Münchener Versicherung AG hat mit Schreiben vom 04.06.2008 fristgerecht ihren Geschäftsanteil zum 31.12.2008 gekündigt. Eine Einziehung des Geschäftsanteils war jedoch mangels freier Rücklagen bisher noch nicht möglich gewesen. In der Aufsichtsratssitzung und der Gesellschafterversammlung vom 07.12.2010 wurde berichtet, dass es in den beiden letzten Jahren nicht gelungen ist, einen neuen Gesellschafter zu finden. Es wurde wie folgt Beschluss gefasst: „Auf Empfehlung des Aufsichtsrates beschließt die Gesellschafterversammlung, bei einer Enthaltung, den Stammkapitalanteil der AachenMünchener-Versicherung entsprechend den jeweiligen Gesellschafteranteilen zu übernehmen und die Einlage entsprechend den Auszahlungen an die AachenMünchener-Versicherung der AGIT zuzuführen.“

Dieser Beschluss wurde vorbehaltlich der Zustimmung aller notwendigen Gremienbeschlüsse der einzelnen Gesellschafter gefasst. Zwei Gesellschafter hatten zwischenzeitlich mitgeteilt, dass sie sich nicht an dieser Übernahme beteiligen werden. In der Aufsichtsratssitzung und der Gesellschafterversammlung am 10.06.2011 teilte die IHK Aachen mit, dass diese die Anteile zusätzlich übernehmen werde. Für die übrigen Gesellschafter ergab sich keine Änderung der Beschlusslage vom 07.12.2010.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Übernahme eines Stammkapitalanteils in Höhe von 10.933,50 € zugestimmt (D 37/2011). Die Übertragung der Teilgeschäftsanteile der AachenMünchener-Versicherung wurde am 09.11.2011 notariell beurkundet.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich nunmehr wie folgt dar:

Gesellschafter am 31.12.2011	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934,00 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	424.317,00 €	13,04%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Summe	3.253.000,00 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) werden wie folgt getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64%) und die StädteRegion Aachen (36%)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 sind zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20%)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74% des kommunal zu tragenden Aufwandes)

E) Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung: je 1.000,00 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme

b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen

c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied:

Johannes Esser (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung):

Landrat Günter Rosenke

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

c) Geschäftsführung

Dr. Helmut Greif

Ulrich Schirowski

nachrichtlich

Entsprechend der Verwaltungsvorlage V 257/2012 hat der Kreistag am 16.04.2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) folgenden Beschluss gefasst:

- „1. Er bekräftigt seinen Willen zur Stärkung der Region Aachen durch eine Reform der aktuellen Strukturen (REGIO Aachen e.V./AGIT mbH).*
- 2. Er unterstützt auf der Grundlage des als Anlage 2 zu V 257/2012 beigefügten Satzungsentwurfs die Bildung eines Zweckverbandes „Region Aachen“ als schlagkräftige, politisch-strategische Plattform für regional bedeutsame Aufgaben. Der Zweckverband tritt an die Stelle der Regio Aachen e.V. (einschl. Regionalkonferenz und RegioRat) und übernimmt die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT mbH.*
- 3. Er beauftragt die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voranzutreiben. Dabei soll sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten.*
- 4. Er beauftragt die im Rahmen der regionalen Strukturreform federführende Arbeitsgruppe, weiterhin die notwendigen Beschlussfassungen in den zuständigen Gremien der Region Aachen auf Grundlage gleichlautender Vorlagen und präziser Darstellung der finanziellen und personellen Auswirkungen vorzubereiten.“*

Gem. V 314/2012 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 31.10.2012 zugestimmt, dass der Reformprozess der AGIT mbH in den dafür zuständigen Gremien der AGIT fortgeführt wird. Die in den AGIT-Gremien diskutierte Modellrechnung für die Finanzentwicklung definiert nach notwendigen Übergangsregelungen den vereinbarten Kostenrahmen ab 2014.

Für nähere Ausführungen zum Zweckverband Region Aachen siehe Teil F Nr. 6 (Seite 367).

4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.tae-gmbh.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Mit der Rechtsform einer GmbH soll die TAE das Leistungsangebot des öffentlich-rechtlich organisierten BZE, der Wirtschaftsförderung des Kreises und der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer sinnvoll ergänzen. Die TAE ist originär technisch bzw. technologisch ausgerichtet. So zählt zu den Schwerpunkten der Beratungen der Technologietransfer (Informationen zu neuen Technologien und Fördermitteln, Vermittlung von Technologieexperten, Entwicklung und Einführung von Neuerungen), die Vermittlung von Verbundprojekten und das Durchführen von Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu firmenspezifischer Qualifizierung.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Auf Grund der engen organisatorischen Verbindung zwischen BZE und TAE GmbH sind die Aufgabeninhalte beider Einrichtungen in gegenseitiger Abgrenzung und in Abgrenzung zu anderen Dienstleistern zu überprüfen und es ist festzustellen, ob die Einrichtungen mit ihrem Dienstleistungsangebot in dem beabsichtigten Maß angenommen werden (Siehe auch Ausführungen zur Mitgliedschaft BZE).

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Gemäß § 6 des TAE Gesellschaftsvertrags vom 19.09.1994 kann der Kreis Euskirchen seit dem 31.12.2004 mit halbjährlicher Frist zum Schluss eines Geschäftsjahres seinen Austritt erklären. Der Geschäftsanteil des Kreises Euskirchen kann von der Gesellschaft unter Beachtung der Bestimmungen des GmbHG erworben oder eingezogen werden. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung den Buchwert seiner Einlage, maximal jedoch den Nennwert seiner geleisteten Stammeinlage. Im Übrigen sind weitere Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu beachten. Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages bedarf diese Abtretung zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Gesellschafter.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) hat in ihrer Stellungnahme vom Juli 2004 herausgearbeitet, dass die Organisationsform des Zweckverbandes für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben und in Abgrenzung zu den Aufgaben und der Rechtsform der TAE GmbH sinnvoll ist. Dabei stellt die Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) insbesondere darauf ab, dass sich die Angebote von BZE und TAE GmbH sinnvoll ergänzen und, da die Geschäftsführung für beide Organisationsformen in einer Hand liegt, das Angebot je nach Qualifizierungsart, -inhalt, -zielrichtung und -förderung von der einen oder der anderen Organisationsform vorgehalten werden kann.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

TAE GmbH und das BZE sind organisatorisch eng verbunden. Auf Grund der Tatsache, dass nunmehr auch private Qualifizierungsträger Angebote zur Berufsbildung erstellen, sollte in einer Prüfung festgestellt werden, ob das Angebot der TAE GmbH weiterhin aufrecht erhalten werden muss. Ggf. ist in Verbindung mit dem BZE auch für die TAE GmbH eine Entwicklungsstrategie auszuarbeiten, die die Position der Einrichtung transparent und nachvollziehbar aufzeigt und deren wirtschaftliche Zukunft beleuchtet.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Defizitenausgleich erfolgt durch Betriebskostenzuschüsse von maximal 30.000 € jährlich und wird entsprechend der Geschäftsanteile von allen Gesellschaftern getragen (beschränkte Nachschusspflicht). Ab dem Jahr 2009 erklärten die Gesellschafter ihre Bereitschaft, einen Verlust von max. 85.500 € entsprechend ihrer Gesellschafteranteile auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 (5) des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

- | | |
|--------------------------------|-----|
| 1. Weber, Günter (Stimmführer) | CDU |
| 2. Schneider, Hans-Erhard | CDU |
| 3. Seidler, Stefanie | SPD |
| 4. Reiff, Hans | FDP |

Stellvertreter/innen:

- | | |
|----------------------|-----|
| 1. Kolvenbach, Bernd | CDU |
| 2. Kohlheyer, Clas | CDU |
| 3. Hettmer, Heinrich | SPD |
| 4. Kindler, Volker | FDP |

b) Geschäftsführung

Gerhard Pauls

5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen
Internet: <http://www.eugebau.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages. Damit liegt kommunalrechtlich ein öffentlicher Zweck im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 GO vor.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Aufgabe der Wohnungsversorgung muss nicht über eine Beteiligung sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? Ja.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Die Geschäftsanteile an der EGB können mit Zustimmung des Aufsichtsrates veräußert bzw. abgetreten werden (§ 4 des Gesellschaftervertrages). Es kann unterstellt werden, dass der Aufsichtsrat immer dann seine erforderliche Zustimmung erteilt, wenn die Interessen der Gesellschaft durch die Übertragung des Geschäftsanteils in hinreichendem Umfang gewahrt bleiben, d. h. wenn der potenzielle Erwerber der Geschäftsanteile den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Gesellschaftszweck genauso gut verwirklichen könnte wie der Kreis Euskirchen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? entfällt

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? entfällt

Abschlussbewertung:

Die Anteile des Kreises an der Euskirchener Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH (EGB) können generell veräußert bzw. abgetreten werden. Über die Veräußerungsmöglichkeiten hat der Kreistag bereits in seiner Sitzung am 02.04.2003 (Haushaltsplanberatung) sowie anschließend in nichtöffentlichen Sitzungen (siehe V 224/2003, Sitzungen des Kreistages vom 08.10.2003 und 23.06.2004) beraten. Das Thema ist anlässlich der Haushaltsplanberatungen 2005 erneut aufzugreifen (Beschluss des Kreistages vom 23.06.2004).“

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 18.12.2006 zu A100/2006 folgende Beschlüsse gefasst:

„1. Die durch die Verwaltung vorgesehene Heranziehung von angenommenen Erlösen aus dem Verkauf der Anteile des Kreises an der Euskirchener gemeinnützigen Baugesellschaft zum Ausgleich des Haushaltsentwurfes 2007 wird gestrichen.

2. Die vom Kreistag entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der EUGEBAU werden beauftragt, ein ergebnisoffenes externes Organisationsgutachten hinsichtlich der künftigen Unternehmensausrichtung der Gesellschaft in Auftrag zu geben. Dabei ist unter anderem die Frage zu untersuchen, welchen höheren unmittelbaren und mittelbaren Nutzen der Kreis aus einer Weiterführung einer Beteiligung erzielen kann. Diese Untersuchung soll zeitlich so angelegt werden, dass der Kreistag in die Lage versetzt wird, einen fundierten Beschluss über die weitere Beteiligung an der EugeBau in der zweiten Jahreshälfte 2007 herbeiführen zu können.“

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht (Teil C) Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850,00 €	41,37 %
Stadt Euskirchen	1.507.420,00 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070,00 €	0,08 %
Stadt Zülpich	6.210,00 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070,00 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290,00 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530,00 €	0,10 %
Eigene Anteile	2.070,00 €	0,08 %
6 private Gesellschafter	2.990,00 €	0,11 %
Summe	2.610.500,00 €	100,00 %

Die EUGEBAU ist mit 0,28% an der Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH beteiligt. Auf eine weitergehende Berichterstattung wird verzichtet, siehe Teil A Nr. 3.

Am 01.12.2009 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der WRW Wohnungswirtschaftlichen Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH vor dem Insolvenzgericht Düsseldorf eröffnet. Im Rahmen des Jahresabschlusses der EUGEBAU zum 31.12.2009 wurde der Geschäftsanteil an der Gesellschaft außerplanmäßig abgeschrieben. Das Insolvenzverfahren wird voraussichtlich Ende 2013 abgeschlossen sein.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10% des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4% der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Berners, Ingrid CDU

Stellvertreter:

Hettmer, Heinrich SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- 1. Engels, Hans-Josef CDU
- 2. Kolvenbach, Bernd CDU
- 3. Groß, Franz Albert FDP
- 4. Häger, Norbert SPD

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kreiskrankenhaus-mechernich.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Somit liegt der öffentliche Zweck in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO, sodass ein wichtiges Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO gegeben ist.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nicht erforderlich, aber sinnvoll. Die Vorhaltung mindestens eines Krankenhauses im Kreisgebiet ist im Interesse der Einwohner erforderlich, allerdings ist diese Vorhaltung nicht zwingend über ein eigenes Krankenhaus (bzw. die Mehrheitsbeteiligung an einer entsprechenden Gesellschaft) sicherzustellen. Nach § 1 Abs. 2 Krankenhausgesetz NRW (KHG NRW) ist die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes NRW dabei mit. Krankenhausträger sind nach § 1 Abs. 3 KHG NRW in der Regel freie gemeinnützige, kommunale, private Träger und das Land. Falls sich kein anderer geeigneter Träger findet, sind Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, Krankenhäuser zu errichten und zu betreiben. Die stationäre Krankenversorgung ist im Kreisgebiet sichergestellt, die gegenwärtige Struktur mit 3 Krankenhäusern ist als bedarfsgerecht anzusehen. Dies ist zuletzt durch die weitgehend abgeschlossene Krankenhausplanung bestätigt worden. Letzten Endes ist im Kreis Euskirchen eine Trägerpluralität, die auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchaus Vorteile bietet, realisiert: Neben den kirchlichen Krankenhäusern in Schleiden und Euskirchen wird die mit kommunalen Gesellschaftern strukturierte Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) vorgehalten. Über die (Mit-)Trägerschaft eines eigenen Krankenhauses hat der Kreis Euskirchen unmittelbar die Möglichkeit, die für die medizinische Versorgung der Bevölkerung notwendigen Strukturen und Leistungsangebote im medizinischen Bereich vorzuhalten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass in der jüngeren Vergangenheit immer wieder private oder auch freigemeinnützige Krankenhausträger ihren Betrieb einstellen mussten. Bei Gebietskörperschaften, die mit derartigen Betriebsaufgaben konfrontiert werden, kann durchaus eine nicht unerhebliche Reduzierung des Leistungsangebotes für die eigene Bevölkerung verbunden sein. Darüber hinaus ist der Kreis Euskirchen über die KKM in der Lage, auch bei nicht von vorneherein rentablen Aufgabenerfüllungen Leistungsangebote in entsprechenden Regionen des Kreises Euskirchen zu schaffen. Dies betrifft vor allem die Versorgung älterer Menschen in und am Schloss Schleiden, die neue Struktur des St. Antonius Krankenhauses Schleiden, aber auch die Schaffung des Geriatriischen Zentrums sowie des ambulanten OP-Zentrums Zülpich.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die Vorhaltung eines Krankenhauses im Kreisgebiet in kommunaler Trägerschaft ist im Interesse der Einwohner erforderlich. Als Folge der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts ist mit einer wachsenden Nachfrage nach medizinischen Leistungen zu rechnen. Ansonsten siehe Antwort zur Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Eine Übertragung des Gesellschaftsanteils wäre allerdings nur an den verbleibenden Gesellschafter (Stadt Zülpich) und nur mit dessen Zustimmung (§ 6 des Gesellschaftsvertrages) möglich. Eine entsprechende Realisierungsmöglichkeit erscheint zweifelhaft.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Organisationsform einer GmbH ist für diese Aufgabenstellung gut gewählt.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Wie den Prüfungsberichten für das Jahr 2003 zu entnehmen ist, ist die KKM GmbH sowohl unter Beachtung leistungsmäßiger Kriterien als auch unter Zugrundelegung von wirtschaftlichen Anforderungen als gesundes und stabiles Gesundheitsunternehmen zu bezeichnen. Trotz der nicht zuletzt auf Anlaufsituationen zurückzuführenden Verluste bei verschiedenen Tochtergesellschaften ist auch das Konzernergebnis im Jahre 2003 - wie in den Vorjahren - positiv.

Wie im Lagebericht des Konzern ausgeführt, werden die Einrichtungen des Liebfrauenhofes Schleiden auch im Jahre 2004 ein negatives Ergebnis nicht vermeiden können. Ergebnisbelastend wirkt sich zum einen aus, dass die bis längstens 30. Juni 2005 vereinbarten Investitionskostenentgelte keine volle Refinanzierung der entsprechenden Kosten ermöglichen. Neben der Deckungslücke bei den Investitionskosten ist die Situation, dass im Haus St. Josef aufgrund der vorgegebenen Betriebsgröße kein betriebswirtschaftlich adäquates Ergebnis zu erreichen ist, zu berücksichtigen. Mit der Neustrukturierung der Wohnbereiche unter Berücksichtigung des Ersatzneubaus auf dem Sportplatzgelände werden spätestens nach Fertigstellung des Neubaus alle Verlustquellen beseitigt werden können.

Bei der Ambulantes OP-Zentrum Zülpich GmbH wird in diesem Jahr die Inanspruchnahme schon auf über 1.000 Patienten steigen. Ein ausgeglichenes Ergebnis wird aber erst bei über 2.000 Patienten zu erreichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wird seitens der Geschäftsführung ein Zeitraum von 2-3 Jahren veranschlagt.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist eine Gesellschaft, die sich aufgrund der geringen Größe der einzelnen Leistungsangebote immer im Bereich +/- Null bewegen wird. Für das Jahr 2004 ist festzuhalten, dass aufgrund einer positiven Entwicklung in den Monaten ab März 2003 im Hauptumsatzbereich „Geriatriische Rehabilitation“ das erste Halbjahr 2004 mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen hat. Sofern diese Entwicklung anhält, ist für das Jahr 2004 zumindest mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Den vorstehenden Ausführungen Rechnung tragend, ist davon auszugehen, dass bei den genannten Tochtergesellschaften auch auf Dauer keine größeren Ergebnisbeiträge zu erwarten sind. Allerdings werden ausgeglichene Ergebnisse angestrebt und auch als realistisch angesehen. Die Leistungsangebote der Tochtergesellschaften sind wichtig für die Attraktivität des Gesamtverbundes KKM GmbH. Auf mittlere Sicht werden Gesundheitsunternehmen nur dann erfolgreich agieren können, wenn sie umfassende Leistungsangebote in der akuten Krankenhausversorgung, in der Rehabilitation, in der Altenpflege und im ambulanten Sektor darstellen können und sie damit als regionales Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen werden. Der Aufbau der Leistungsketten ermöglicht es, den Patienten ein umfassendes Leistungsangebot zu bieten.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Ja. Die Vergütung der Krankenhausbehandlung erfolgt seit dem 01.01.2003 komplett über so genannte DRG-Fallpauschalen. In den Prüfungsberichten kommt zum Ausdruck, dass die KKM GmbH gut für diese Anforderungen gewappnet ist. Darüber hinaus sind die Kompetenzen und die Managementstrukturen im Gesamtverbund so ausgestaltet, dass den sicherlich nicht einfachen Veränderungen in den Rahmenbedingungen erfolgreich begegnet werden kann.

Abschlussbewertung:

Für die stationäre Krankenhausversorgung ist die Vorhaltung eines eigenen Krankenhauses bzw. die Beteiligung an der KKM GmbH nicht zwingend vorgeschrieben. Ob überhaupt eine Veräußerung realisiert werden kann, ist derzeit zu bezweifeln. Bei der Beurteilung etwaiger Veräußerungsüberlegungen sind die unter Frage 1 aufgeführten Argumente in die Abwägung einzubeziehen.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500,00 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500,00 €	23,08 %
Summe	665.000,00 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Seit der Änderung des Gesellschaftsvertrages am 15.07.2010 sind die Gesellschafter nicht mehr verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- b) Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

1. Rosenke, Günter	Landrat
2. Schmitz, Manfred (Stimmführer)	CDU
3. Tilz, Ulrike †	CDU
4. Berners, Ingrid	CDU
5. Schulz, Günther	CDU
6. Seidler, Stefanie	SPD
7. Schmitz, Hans	SPD
8. Konias, Nathalie	B 90/Grüne
9. Dr. Wolter, Manfred	skB/FDP
10. Simon, Wulf-Dietrich	UWV

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

1. Rosenke, Günter	Landrat
2. Reidt, Josef (Vorsitzender)	CDU
3. Rhiem, Josef	CDU
4. Schulz, Günther	CDU
5. Schmitz, Uwe	SPD
6. Hergarten, Winfried	SPD
7. Reiff, Hans	FDP
8. Simon, Wulf-Dietrich	UWV

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung):

1. Poth, Manfred	AV
2. Wasems, Hans Peter	CDU
3. Dr. Dirhold, Sabine	CDU
4. Vogelsberg, Matthias	CDU
5. Schmitz, Hans	SPD
6. Seidler, Stefanie	SPD
7. Kindler Volker	FDP
8. Dr. Pesch, Dieter	UWV

c) Geschäftsführung

Dr. Hans Rossels, Hauptgeschäftsführer

Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik

Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss lt. Beschluss des Verwaltungsrates dabei im Innenverhältnis dessen Zustimmung einholen.

nachrichtlich:

Frau Ulrike Tilz ist am 25.10.2012 verstorben. Die Wahl einer/eines Nachfolgerin/Nachfolgers wird in der Sitzung des Kreistages am 19.12.2012 erfolgen.

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden. Die Berichterstattung erfolgt hier zusammengefasst für alle Gesellschaften innerhalb des Konzerns.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Folgende Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

A) Ziele der Beteiligungen

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich

AmbuMed GmbH

Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen

VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe und -betreuung.

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ¹⁾

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen

KKM Servicegesellschaft mbH

Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen; Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestellungen, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speiserversorgung und Gebäudereinigung.

KKM Gebäudedienste GmbH

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

¹⁾ Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Minderheitsgesellschafter.

Quelle: www.kreiskrankenhaus-mechernich.de

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ergebnis der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003 ist bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Teil B 6.1 dargestellt.

C) Beteiligungsverhältnisse

a) Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000,00 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000,00 €	6,01 %
Summe	5.704.000,00 €	100,00 %

zu a) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,88 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,88 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
24 private Kommanditisten, insgesamt:	1.629.716,03 €	100,00 %
Summe	1.629.716,03 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2011

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	51.000,00 €	51,00 %
Familienpflege der Franziskusschwestern e.V. Essen	49.000,00 €	49,00 %
Summe	100.000,00 €	100,00 %

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	14.700,00 €	49,00 %
Caritas-Trägergesellschaft West gGmbH	15.300,00 €	51,00 %
Summe	30.000,00 €	100,00 %

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

e) KKM Servicegesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu e) KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KKM Servicegesellschaft mbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen – gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750,00 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Summe	25.050,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und ggf. nach Genehmigung des Beirats bzw. Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Bei **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** und **VIVANT gGmbH**: Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwe-

cke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Durch notariellen Vertrag ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH – als Nachfolgerin der ehemals beteiligten St. Antonius-Betreibergesellschaft – verpflichtet, die Verluste der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH**, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 250 T€ auszugleichen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Personalgestellung, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss dabei lt. geltender Beschlusslage im Innenverhältnis die Zustimmung des Verwaltungsrates einholen. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

1. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Josef Reidt
2. Erster Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Bürgermeister Albert Bergmann
3. Zweiter Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Josef C. Rhiem
4. Landrat des Kreises Euskirchen: Günter Rosenke
5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied: Dieter Pritzsche

aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der GZZ durch Geschäftsführer der KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Dipl. Ing. Joachim Stiller, Dr. Hans Rossels

ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (7 Sitze, davon 4 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Karl Osinski (bis 10.01.2011)
Manfred Herrmann (ab 10.01.2011)
Hermann Gemke (ab 10.01.2011)

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der Liebfrauenhof Schleiden GmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Pastor Philipp Cuck
4. Winfried Hergarten

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (9 Sitze, davon 4 von KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Gábor Szük und Bernd Koch

Vertreter der KKM im Beirat der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH:

*LR Günter Rosenke
Josef Reidt (Vorsitzender)
Winfried Hergarten
Dr. Hans Rossels*

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

e) KKM Servicegesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

ea) KKM Gebäudedienste GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der KKM GmbH durch ihren Geschäftsführer)
- Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Winfried Hergarten

7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Nach § 24 des Landesrundfunkgesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 26 des Landesrundfunkgesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Beteiligung an einer Radiogesellschaft gehört zu den freiwilligen Aufgaben.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Siehe Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Ja. Die finanzielle Lage der Einheitsgesellschaft zeigt, dass die Verluste nur durch Zuschüsse des Mitgesellschafters gedeckt werden können.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Nein.

Abschlussbewertung:

Da es sich bei der Beteiligung an der Radiogesellschaft um eine freiwillige Aufgabe des Kreises handelt, wäre eine Veräußerung der Anteile generell denkbar. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

8. EuRegionale 2008 Agentur GmbH

Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2009 aufgelöst und befindet sich in der Abwicklung. Zum Liquidator wurde die StädteRegion Aachen bestellt.

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der Eu-Regionalen 2008. Alle im Rahmen dieser grenzüberschreitenden REGIONALE zu initiierten Projekte, Ereignisse und Initiativen haben grenzüberschreitend regionalen Charakter mit überregionaler Bedeutung und dienen der Schaffung eines gemeinsamen, trinationalen Lebensraumes, der Vorbildcharakter für andere Grenzregionen in Europa besitzt. Die Aufgaben liegen in diesem Zusammenhang vor allem in der Projektierung, Marketing, Qualifizierung und im Qualitätsmanagement der EuRegionalen 2008. Im Kreis Euskirchen ist die Gesellschaft u.a. durch die Kooperationsprojekte im Rahmen der „Zukunftsinitiative Eifel“, hier insb. Standortentwicklung Vogelsang, Netzwerk Naturzentren, Holzcampus Nettersheim, Westwall, tätig.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja, als Partner der Wirtschaftsregion Aachen und Teilregion der EUREGIO Maas-Rhein wird der Kreis Euskirchen von den Projekten, Ereignissen und Initiativen zur Stärkung des Profils „Dreiländerland“ profitieren. Unter Umständen werden dabei auch Projekte der Konversion Vogelsang als EuRegionale-Projekte gelabelt und gefördert.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Nein. Die Veräußerung wäre ohnehin nicht vor dem 30.06.2008 möglich (§ 11 Gesellschaftsvertrag).

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein, dies ist nicht erkennbar.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Ja. Bei einzelnen Projekten werden im Zusammenhang mit den jährlichen Rahmenfinanzplänen zusätzliche Projektmittel bzw. Kofinanzierungsmittel zur Qualifizierung und Umsetzung einzuplanen sein (z. B. Projekte aus Konversion).

Abschlussbewertung:

Der Kreis Euskirchen profitiert von den im Rahmen der EuRegionale 2008 durchgeführten Projekten und hat damit die Möglichkeit, an für Infrastrukturmaßnahmen gewährten Fördermitteln des Landes NRW zu partizipieren.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Stadt Aachen	6.400 €	25,00 %
StädteRegion Aachen	6.400 €	25,00 %
Regio Parkstad Limburg	1.600 €	6,25 %
Gewest Maastricht en Mergelland	1.600 €	6,25 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.600 €	6,25 %
Kreis Düren	1.600 €	6,25 %
Kreis Euskirchen	1.600 €	6,25 %
Kreis Heinsberg	1.600 €	6,25 %
Handwerkskammer Aachen	800 €	3,13 %
IHK Aachen	800 €	3,13 %
ZAR e.V.	1.600 €	6,25 %
zusammen	25.600 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Nach § 4 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter keine Nachschussverpflichtung. Hinsichtlich der Finanzierung der im Rahmen der EuRegionale 2008 zu realisierenden Projekte sind lt. Gesellschaftsvertrag gesonderte vertragliche Regelungen zu treffen.

Der Kreisausschuss hat vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Gesellschafter der EURegionale 2008 im Wege der Dinglichkeit (D 21/2010) beschlossen, einem Umlaufbeschluss der Gesellschafterversammlung zuzustimmen. Mit diesem Beschluss haben sich die Gesellschafter dazu bereit erklärt, eine mögliche Forderung der StädteRegion Aachen, als Liquidator der Gesellschaft, die sich aus der Abwicklung der Gesellschaft ergibt, im Verhältnis der Stammkapitalanteile auszugleichen. Die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung erfolgte am 15.12.2010 durch den Kreistag.

Der letzte zu erstellende Jahresabschluss für das Jahr 2011 wird derzeit durch das Rechnungsprüfungsamt der StädteRegion Aachen geprüft. Der endgültige Jahresabschluss 2011, in dem die angekündigte Nachschusspflicht abschließend beziffert wird, soll in Kürze den Gesellschaftern vorgelegt werden.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (Stadt und StädteRegion Aachen entsenden jew. 2, die anderen Gesellschafter jeweils 1 Vertreter. Je 50 € Geschäftsanteil gewähren 1 Stimme)
- b) Beirat (mindestens 2 Sitze, davon 1 Sitz AGIT, 1 Sitz Sparkasse Aachen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Manfred Poth, Allgem. Vertreter des Landrates
Stellvertreterin: Iris Poth, Stabsstellenleiterin 80

b) Vertreter des Kreises im Beirat

Der Kreis Euskirchen ist im Beirat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Nach Auflösung der Gesellschaft ist nicht mehr Geschäftsführer: Henk Vos

Hinweis:

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 03.12.2009 ist die Gesellschaft zum 31.12.2009 aufgelöst. Zum Liquidator wurde die StädteRegion Aachen bestellt. Die Auflösung der Gesellschaft wurde im elektronischen Bundesanzeiger am 28.12.2009, 28.05.2010, 31.05.2010 und 01.06.2010 bekannt gemacht.

Die Liquidation wird voraussichtlich noch in 2012 beendet.

9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03./30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2013. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2013, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV) bis 06.2010: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (MWME)	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	36.000 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit von 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der "Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH" in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008).

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich (Stimmführer)	CDU	2. Ingrid Berners	CDU
3. Franz Cremer	SPD	3. Heinrich Hettmer	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Josef Reidt	CDU	1. Günther Schulz	CDU
2. Manfred Poth (Vorsitzender)	Allg. Vertreter	2. Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz	SPD	3. Markus Ramers	SPD

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

10. vogelsang ip gGmbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	13.650 €	50,00 %
Kreis Euskirchen	7.800 €	28,57 %
StädteRegion Aachen	1.950 €	7,15 %
Kreis Düren	1.300 €	4,76 %
Kreis Heinsberg	650 €	2,38 %
Stadt Schleiden	1.300 €	4,76 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650 €	2,38 %
Gesamtsumme	27.300 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich (Stimmführer)	CDU	2. Ute Stolz	CDU
3. Markus Ramers	SPD	3. Uwe Schmitz	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Josef Reidt	CDU	1. Bernd Kolvenbach	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	2. Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz	SPD	3. Markus Ramers	SPD

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz

11. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 38 - 40
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400,00 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400,00 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400,00 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400,00 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400,00 €	12,50 %
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)	447.400,00 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400,00 €	12,50 %
Summe	3.579.200,00 €	100,00 %

Die RVK ist beteiligt an:

- **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln, Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €
- **Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH**, Gummersbach, (**VBL**), mit 25 % am Stammkapital von 200.000 €

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negative Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011).

E) Zusammensetzung der Organe

- Vertreter des Kreises Euskirchen in der **Gesellschafterversammlung**: Hans Schmitz (SPD)
- **Aufsichtsrat** (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter): Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)
- **Geschäftsführung**: Eugen Puderbach, Köln

12. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.ene-strom.de/>

Innerhalb der Konzernstruktur bestehen die folgenden Gesellschaften

Mutterunternehmen: Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Komplementärin der ene: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Tochterunternehmen:

- Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)
 - Holz-Energiehof Nettersheim GmbH
- KEV Energie GmbH
 - KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)
 - Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- Quantum GmbH
- strasserauf GmbH
- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 02.07.2012 der Gründung der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ durch die Gründungskommanditisten KEV Energie GmbH (25 %) und Kreis Euskirchen (75 %) unter Übernahme einer Pflichteinlage von insgesamt 200.000 € zugestimmt (V 272/2012). Komplementärin dieser Gesellschaft ist die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH. Sie ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt. Die Gesellschaft wurde am 15.08.2012 unter der Firmierung „Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG“ gegründet.

A) Ziele der Beteiligung

ene: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieversorgung auf dem Gebiet des ehemaligen Kreises Schleiden, wie zum Beispiel: Energielieferungen, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung, der Bau von Energieversorgungs- und -verbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen und das Energiecontracting. Weiterhin das Halten einer Beteiligung an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und deren Verwaltung.

Am 23.08.2011 wurde die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der ene notariell beurkundet.

Das Unternehmensziel stellt sich hiernach wie folgt dar:

Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen. Weiterhin das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

enb: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ene.

KEV GmbH: Versorgung des ehemaligen Kreises Schleiden mit Energie.

Am 23.08.2011 wurde die Neufassung des Gesellschaftsvertrages der KEV GmbH notariell beurkundet.

Das Unternehmensziel stellt sich hiernach wie folgt dar:

Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

Holz-Energiehof Nettersheim GmbH: Errichtung und Betrieb eines Holzenergiehofes zur Verwertung und Aufbereitung von Holz- und Pflanzenmaterial.

KEV Energie GmbH: Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEVER PBB: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und /oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

Sun Park Kalenberg GmbH & CO. KG: Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG: Errichtung und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes.

Quantum GmbH: Handel mit Energie und Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die öffentliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

strasserauf GmbH: Vertrieb von und Handel mit Energie, vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter, sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung.

Gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung der strasserauf GmbH vom 03.05.2011 wurde die operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft zum 31.12.2011 eingestellt. Die Gesellschaft soll in 2012 abgewickelt werden.

eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG: Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen, sowie Errichtung und Betrieb von KWK-Anlagen. Weiterhin die Verteilung und Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung und Energieeffizienz sowie gemeinsamen Einkauf von Anlagen und Betriebsstoffen zur Energieerzeugung.

Green Gecco: Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland und weiteren EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Planung, Errichtung und/oder Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung. Für jedes Einzelprojekt zur regenerativen Energieerzeugung soll eine separate Projektgesellschaft als Zweckgesellschaft gegründet oder erworben werden. Als erstes Projekt wurde die „An Suidhe Wind Farm Ltd.“ im Bereich der Windkraft realisiert. In 2011 erfolgte als weiteres Projekt der Erwerb der WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH.

nachrichtlich:

Das Ziel der am 15.08.2012 gegründeten Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (**NER**) stellt sich gem. Gesellschaftsvertrag wie folgt dar:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

Entsprechend der Beschlussfassung des Kreistages vom 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) zur Zukunft der Energieversorgung im Kreis Euskirchen wird sich das Unternehmensziel der **ene** nach Umsetzung der Maßnahmen wie folgt darstellen:

Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

a) Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zugestimmt (D 62/2012).

Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG

aa) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG

Komplementärin: Steinkohledoppelblock VerwaltungsGmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
ene	163.398,69 €	0,33 %
RWE Power AG	38.562.091,50 €	77,12 %
GEKKO Vorschaltgesellschaft GmbH & Co. KG	2.679.738,57 €	5,36 %
Andere Versorgungsunternehmen	8.594.771,24 €	17,19 %
Summe	50.000.000,00 €	100,00 %

ab) Quantum GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	33.000,00 €	4,00 %
Andere Versorgungsunternehmen	972.000,00 €	96,00 %
Summe	825.000,00 €	100,00 %

ac) strasserauf GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	2.500,00 €	10,00 %
Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH	7.500,00 €	30,00 %
Energieversorgung Oberhausen AG	7.500,00 €	30,00 %
Stadtwerke Duisburg AG	7.500,00 €	30,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Gem. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 03.05.2011 wurde die operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft zum 31.12.2011 eingestellt. Die Gesellschaft soll in 2012 abgewickelt werden.

ad) eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG

Die ene hat einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben. Zum 09.11.2012 umfasste die Mitgliederliste der Genossenschaft 330 Mitglieder.

ae) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	525,00 €	2,10 %
25 weitere Versorgungsunternehmen	24.475,00 €	97,90 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Die Gesellschaft hat zum Juli 2011 eine Veränderung im Bestand der Gesellschafter erfahren. Mit Vertrag vom 18.07.2011 erfolgte der Beitritt von drei weiteren Versorgungsunternehmen. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich nunmehr wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	525,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	29.895,00 €	98,27 %
Summe	30.420,00 €	100,00 %

af) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
ene	2.227.176,00 €	2,10 %
25 weitere Versorgungsunternehmen	103.828.824,00 €	97,90 %
Summe	106.056.000,00 €	100,00 %

Die Gesellschaft hat zum Juli 2011 eine Veränderung im Bestand der Gesellschafter erfahren. Mit Vertrag vom 18.07.2011 erfolgte der Beitritt von drei weiteren Versorgungsunternehmen. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich nunmehr wie folgt dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	2.227.176,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	126.821.764,80 €	98,27 %
Summe	129.048.940,80 €	100,00 %

ag) Green Gecco Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	12.250,00 €	49,00 %
RWE Innogy	12.750,00 €	51,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

ah) Green Gecco GmbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	490.000,00 €	49,00 %
RWE Innogy	510.000,00 €	51,00 %
Summe	1.000.000,00 €	100,00 %

aha) An Suidhe Wind Farm Limited

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	1,00 £	100,00 %
Summe	1,00 £	100,00 %

ahb) WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00
Summe	25.564,59 €	100,00 %

b) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Gesellschafterin in die „Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH“ zugestimmt (D 62/2012).

c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	2.944.900,00 €	95,00 %
Kreis Euskirchen	77.550,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	77.550,00 €	2,50 %
Summe	3.100.000,00 €	100,00 %

Beteiligungen der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH):

ca) Kreis-Energie-Verteilnetz GmbH

Durch Beschluss des Kreistages vom 20.07.2011 (V 143/2011) wurde die KEV Netz GmbH mit Wirkung zum 01.01.2011 in die KEV GmbH zurückgeführt.

cb) Holz-Energiehof Nettersheim GmbH

Krausstr. 2
53947 Nettersheim

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis-Energieversorgung Schleiden GmbH	3.750,00 €	15,00 %
Bio Wärme Nettersheim GmbH	12.750,00 €	51,00 %
1 privater Gesellschafter	8.500,00 €	34,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Die Holz-Energiehof Nettersheim GmbH hat seit 2003 mangels Ertragskraft ihr operatives Geschäft eingestellt. Die 15%ige Einlage der KEV GmbH wurde im Jahr 2004 um 90% auf 375 € abgewertet.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihren Sitzungen am 19.07. und 24.08.2011 einstimmig unter Vorbehalt der Zustimmung der Gesellschaftergremien, den Beschluss gefasst, dass die Gesellschaft zum 31.12.2011 aufgelöst wird. Die Handelsregisteranmeldung zur Liquidation der Gesellschaft ist am 11.01.2012 erfolgt.

d) KEV Energie GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	23.750,00 €	95,00 %
Kreis Euskirchen	625,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	625,00 €	2,50 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

nachrichtlich:

Zur Wahrung der Unbundlingsvorschriften wurde der Teilbetrieb „Vertrieb“ der KEV GmbH durch notariellen Vertrag vom 15.08.2012 rückwirkend zum 01.01.2012 auf die KEV Energie GmbH zur Aufnahme abgespalten. Im Rahmen der Abspaltung wurde das Stammkapital der Gesellschaft auf 300.000,00 €

erhöht, wobei sich die Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter nicht verändert haben (vgl. nachfolgende Aufstellung).

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	285.000,00 €	95,00 %
Kreis Euskirchen	7.500,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	7.500,00 €	2,50 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

Beteiligungen der KEV Energie GmbH:

da) KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250,00 €	49,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

db) Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG (SPK)

Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100,00 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900,00 €	49,00 %
Summe	310.000,00 €	100,00 %

dc) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 02.07.2012 der Gründung der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ durch die Gründungskommanditisten KEV Energie GmbH (25 %) und Kreis Euskirchen (75 %) unter Übernahme einer Pflichteinlage von insgesamt 200.000 € zugestimmt (V 272/2012). Komplementärin dieser Gesellschaft ist die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH. Sie ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt. Die Gesellschaft wurde am 15.08.2012 unter der Firmierung „Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG“ gegründet.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 16.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen. Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil, also Kreis Euskirchen und RWE Deutschland AG jeweils zur Hälfte. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene. Die Höhe der Zuflüsse an den Kreis ist in Teil D Nr. 2 dargestellt.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperren Betrag. Die ene hat sich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer eingestellt worden sind.

Hinweis:

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	LR Günter Rosenke	AV Manfred Poth
		Josef Reidt CDU	Hans Peter Wasems CDU
		Ute Stolz CDU	Johannes Mertens CDU
		Ingrid Berners CDU	Matthias Vogelsberg CDU
		Franz Cremer SPD	Stefanie Seidler SPD
		Jörg Grutke B90/Grüne	Klaus Kaltenbach skB 90/Grüne
	Axel Gerth UWV	Thomas Pick UWV	
Aufsichtsrat	LR Günter Rosenke		
	Helmut Schmitz CDU		
	Jörg Grutke B90/Grüne		
Geschäftsführung	Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH*1		
Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
Quantum GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
strasserauf GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	GF Dieter Hinze	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH	Gesellschafterversammlung	Johannes Mertens CDU	Winfried Hergarten CDU
	Geschäftsführer	Dieter Hinze	
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Dieter Hinze bis 31.08.2011 Helmut Kläßen ab 01.09.2011	
Holz-Energiehof Nettersheim GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
	Geschäftsführer	Bernd Häuser	
KEV Energie GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Markus Böhm	
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	Markus Mertgens	
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH*2	

*1 Lt. Gesellschaftsvertrag der ene ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

*2 Lt. Gesellschaftsvertrag der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

Hinweise:

- Die Ausübung der der ene aus ihren Beteiligungen an der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH zustehenden Rechte bedarf der vorherigen Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der ene.
- Die Geschäftsführungen der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH sind verpflichtet, vor Ausübung ihres Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung einer Beteiligungsgesellschaft bei wesentlichen Angelegenheiten die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV GmbH bzw. der KEV Energie GmbH einzuholen, z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses Entlastung des Geschäftsführers.

nachrichtlich:

Der Kreis Euskirchen wird aufgrund des Beschlusses vom 02.07.2012 in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG durch Hans Peter Wasems als ordentliches Mitglied und durch Franz Cremer als stellvertretendes Mitglied für die Dauer der Wahlzeit vertreten.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 02.07.2012 dem Antrag der UWV-Fraktion (A 91/2012) zugestimmt und für die Dauer der restlichen Wahlperiode als Nachfolger des ausgeschiedenen Kreistagsmitglieds Axel Gerth Herrn Frank Westerburg als ordentliches Mitglied der Gesellschafterversammlung der ene gewählt.

13. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (Vorlage D 62/2012) folgenden Beschluss gefasst:

„Der Kreistag stimmt

1. dem Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Entwurfs des Konsortialvertrages zwischen dem Kreis Euskirchen und der RWE Deutschland AG zu.
Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wird ebenfalls erteilt.
2. der Beteiligung des Kreises Euskirchen
 - a) als Gründungskommanditist an der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines festen Kapitalanteils in Höhe von jeweils 12.500 € (50 %) sowie
 - b) als Gesellschafter an der Komplementärgesellschaft dieser Gesellschaft, der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“, gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines Geschäftsanteils von jeweils 12.500 € (50 %) zu.
3. dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zu.
4. Der Kreistag nimmt die folgenden beiliegenden Vertragsentwürfe
 - Gründungsgesellschaftsvertrag der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (Anlage 1 zum Konsortialvertrag)
 - Gründungsgesellschaftsvertrag der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (Anlage 2 zum Konsortialvertrag)
 - geänderter Gesellschaftsvertrag der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (Synopsis - Anlage 2) und
 - geänderter Gesellschaftsvertrag der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Synopsis - Anlage 3)zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Vertreter des Kreises in den jeweiligen Gremien des Konzerns „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zur Beschlussfassung.
Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wird ebenfalls erteilt.
5. Der Kreistag beschließt, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ durch 1 Person vertreten werden soll.
Der Kreistag benennt den Vertreter des Kreises Euskirchen für die „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ für die Dauer der Wahlzeit wie folgt:
Ordentliches Mitglied: Ingo Hessenius, Kreiskämmerer
Stellvertreter: Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I
Sofern in der neuen Wahlperiode noch keine neuen Vertreter bestellt sind, üben die bisherigen Vertreter ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertreter weiter aus.
6. Weiterhin beschließt der Kreistag, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ durch 1 Person vertreten werden soll.
Der Kreistag benennt den Vertreter des Kreises Euskirchen für die „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ für die Dauer der Wahlzeit wie folgt:
Ordentliches Mitglied: Ingo Hessenius, Kreiskämmerer
Stellvertreter: Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I
Sofern in der neuen Wahlperiode noch keine neuen Vertreter bestellt sind, üben die bisherigen Vertreter ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertreter weiter aus.
7. Der Kreistag beschließt, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungskommanditist der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Kommanditanteile entsprechend dem beiliegenden Entwurf des Konsortialvertrages sukzessive an die in Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußert.
Ferner beschließt der Kreistag, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungsgesellschafter der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Geschäftsanteile in gleichem Umfang wie vorstehend an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußert.
8. Der Kreistag beschließt, die Mittel für die Gründung der neuen Gesellschaften außerplanmäßig bereitzustellen.“

Die vorstehend aufgeführten Maßnahmen wurden zum 09.11.2012 gesellschaftsrechtlich noch nicht umgesetzt.

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	18.000 €	68,15 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Stadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Der Kreis Euskirchen trägt maximal 100.000 € und die übrigen Gesellschafter jeweils maximal 10.000 € des Finanzierungsbedarfs. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter.

Ein etwaiger Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 200.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

nachrichtlich:

Gem. Beschluss des Kreistages vom 28.08.2012 (D 61/2012) wird der Höchstbetrag der Zahlungsverpflichtung für den Kreis Euskirchen ab dem 01.01.2013 auf 260.000 € angehoben.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied	Stellvertreter
1. LR Günter Rosenke	1. KK Ingo Hessenius
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU 2. Johannes Mertens
3. Thilo Waasem	SPD 3. Markus Ramers

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

nachrichtlich:

Der Kreistag hat aufgrund der Verwaltungsvorlage V 273/2012 am 02.07.2012 die Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von jeweils 1.200 € an die Kommunen Nettersheim, Blankenheim und Bad Münstereifel zum 01.01.2013 beschlossen. Die Veräußerung an Bad Münstereifel erfolgte vorbehaltlich des noch zu fassenden Stadtratsbeschlusses.

Ein entsprechender Beschluss des Rates der Stadt Bad Münstereifel ist bislang (Stand:09.11.2012) noch nicht erfolgt.

Im Zusammenhang mit der Erweiterung des Gesellschafterkreises zum 01.01.2013 hat der Kreistag am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 61/2012) den Beschluss gefasst, den bestehenden Gesellschaftsvertrag zu ändern.

Neben der Änderung der Beteiligungsverhältnisse werden die Vorschriften zur Finanzierung der Gesellschaft wie folgt angepasst:

„Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafter nicht etwas anderes beschließen. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.“

15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt.

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	59.223,72 €	5,4515 %
Rhein-Erft-Kreis	157.177,24 €	14,4680 %
Landschaftsverband Rheinland	174.40,43 €	16,0539 %
Oberbergischer Kreis	98.932,30 €	9,1066 %
Rheinisch Bergischer Kreis	90.219,03 €	8,3045 %
Rhein-Sieg-Kreis	207.321,95 €	19,0837 %
Stadt Bonn	118.193,35 €	10,8795 %
Stadt Köln	180.907,19 €	16,6523 %
Gesamtsumme	1.086.381,21 €	100,0000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied	Stellvertreter
LR Günter Rosenke	Manfred Poth Allg. Vertreter

b) Institutsausschuss

Mitglied	Stellvertreter
1. Manfred Poth 2. Hans Peter Wasems	Allg. Vertreter CDU
	1. Johannes Adams 2. Markus Ramers
	GBL I SPD

c) Institutsvorsteher

Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herr Jürgen Roters, vertreten durch Frau Patricia Florack

16. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.primesite-rhineregion.eu/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital am 31.12.2010	Anteil
Kreis Euskirchen	300 €	30,00 %
Stadt Euskirchen	500 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	200 €	20,00 %
Gesamtsumme	1.000 €	100,00%

Der Kreistag des Kreises Euskirchen in seiner Sitzung am 20.07.2011 (V 180/2011), der Rat der Stadt Euskirchen in seiner Sitzung am 14.07.2011 und der Rat der Gemeinde Weilerswist in seiner Sitzung am 07.07.2011 haben in übereinstimmenden Beschlüssen die Änderung der Unternehmenssatzung beschlossen, welche am 06.09.2011 in Kraft getreten ist. Mit der Änderungssatzung wurde das Stammkapital unter Beibehaltung der Beteiligungsverhältnisse auf 10.000 € erhöht.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich nunmehr wie folgt dar:

Träger	Stammkapital am 31.12.2011	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000 €	30,00 %
Stadt Euskirchen	5.000 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Bank oder Sparkassen. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Stadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist angegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von 18,4 Mio. € haften werden.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. LR Günter Rosenke		1. AV Manfred Poth	
2. Urban-Josef Jülich	CDU	2. Nathalie Konias	B90/Grüne
3. Norbert Häger	SPD	3. Margret Rhiem	SPD

b) Vorstand

Josef Forstner (Vorsitzender bis 25.05.2011)
Johannes Adams
Paul Zündorf (Vorsitzender ab 26.05.2011)

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die wichtige Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffende Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

Der Kreistag hat der personenidentischen Entsendung der in den Verwaltungsrat entsandten Mitglieder und Stellvertreter als Vertreter und Stellvertreter in den Projektbeirat beschlossen.
Zum Stimmführer des Projektbeirates ist Urban-Josef Jülich und als dessen Stellvertreter Norbert Häger bestellt.

17. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Blücherplatz 43
52068 Aachen

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500 €	5,83 %
Land NRW	90.000 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500 €	5,83 %
Rheinisch-Bergische Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500 €	5,83 %
Summe	300.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen

Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied	Stellvertreter
Heinz Rosell	Geschäftsbereichsleiter II Dr. Jochen Weins
	Abt.-Leiter 39

b) Vorstand

Herr Dr. Löhr (Standort Aachen), Vorstandsvorsitzender
Frau Pauly-Mundegar (Standort Leverkusen)

Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2011

Auf den folgenden Seiten werden die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen und die Lageberichte zum 31.12.2011 abgebildet. Bei der KKM GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und RVK ist der Konzernlagebericht enthalten. Aus Datenschutzgründen wurden personenbezogene Angaben unkenntlich gemacht.

Gesellschaft	ab Seite
1. RWE AG *1	55
2. Vka – Stand 30.06.2011	57
3. AGIT	60
4. TAE *2	71
5. EuGeBau	
• Jahresabschluss zum 31.12.2010	79
• Jahresabschluss zum 31.12.2011	89
6. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern *2	98
• KKM GmbH	115
• Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	118
• Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	120
• Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	122
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	124
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	126
• AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	128
• KKM Servicegesellschaft mbH	130
• KKM Gebäudedienste GmbH	132
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	134
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG und Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.	136
8. EuRegionale 2008	
• Jahresabschluss zum 31.12.2010	142
• Jahresabschluss zum 31.12.2011	146
9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	149
10. Vogelsang ip gGmbH	160
11. RVK	
• RVK Konzern	169
• RVK GmbH	189
12. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	
• Konzern	191
• Energie Nordeifel GmbH & Co KG	220
• Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH	222
• KEV Schleiden GmbH	224
• KEV Energie GmbH	226
13. Nordeifel Tourismus GmbH *2	
• Jahresabschluss zum 31.12.2010	228
• Jahresabschluss zum 31.12.2011	236
14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	245
15. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR	248
16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts *3	

*1 Wegen des geringen Beteiligungsanteils wird bei der RWE AG auf die Wiedergabe des Lageberichts verzichtet.

*2 Bei Beteiligungen über 50% (KKM, TAE und NeT) sind die Berichte über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung beigefügt.

*3 Der Jahresabschluss für 2011 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

4.3 BILANZ

Aktiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.11	31.12.10
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	16.946	17.350
Sachanlagen	(11)	34.847	32.237
Investment Property	(12)	136	162
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	(13)	4.113	3.694
Übrige Finanzanlagen	(14)	836	750
Finanzforderungen	(15)	1.928	1.042
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	(16)	2.041	2.213
Ertragsteueransprüche		71	626
Latente Steuern	(17)	2.621	2.391
		63.539	60.465
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	(18)	3.342	3.293
Finanzforderungen	(15)	2.171	2.746
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(19)	7.468	9.485
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	(16)	8.934	10.484
Ertragsteueransprüche		198	543
Wertpapiere	(20)	4.995	3.196
Flüssige Mittel	(21)	2.009	2.476
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte			389
		29.117	32.612
		92.656	93.077
Passiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.11	31.12.10
Eigenkapital	(22)		
Anteile der Aktionäre der RWE AG		13.979	14.574
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG		1.759	1.759
Anteile anderer Gesellschafter		1.344	1.084
		17.082	17.417
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	(24)	23.829	23.485
Finanzverbindlichkeiten	(25)	15.428	15.908
Übrige Verbindlichkeiten	(27)	3.438	3.584
Latente Steuern	(17)	1.696	2.185
		44.391	45.162
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	(24)	5.327	5.572
Finanzverbindlichkeiten	(25)	6.495	3.902
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(26)	7.886	8.415
Ertragsteuerverbindlichkeiten		144	90
Übrige Verbindlichkeiten	(27)	11.331	12.376
Zur Veräußerung bestimmte Schulden			143
		31.183	30.498
		92.656	93.077

4.1 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG¹

in Mio. €	(s. Anhang)	2011	2010
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	(1)	51.686	53.320
Erdgas-/Stromsteuer	(1)	2.533	2.598
Umsatzerlöse	(1)	49.153	50.722
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	2.151	1.495
Materialaufwand	(3)	33.928	33.176
Personalaufwand	(4)	5.170	4.873
Abschreibungen	(5)	3.404	3.213
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	4.673	4.448
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		4.129	6.507
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	(7)	400	310
Übriges Beteiligungsergebnis	(7)	128	97
Finanzerträge	(8)	695	1.248
Finanzaufwendungen	(8)	2.328	3.184
Ergebnis vor Steuern		3.024	4.978
Ertragsteuern	(9)	854	1.376
Ergebnis		2.170	3.602
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter		305	279
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG		59	15
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG		1.806	3.308
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Stamm- und Vorzugsaktie in €	(28)	3,35	6,20

¹ Angepasste Vorjahreszahlen

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Essen

Bilanz zum 30. Juni 2011

	30.06.2011	30.06.2010
	€	€
Aktiva		
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
Geschäftsausstattung	5.875,00	7.157,00
I. Finanzanlagen		
Wertpapiere des Anlagevermögens	273.467,00	0,00
	279.342,00	7.157,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Sonstige Vermögensgegenstände	23.521,07	17.819,82
II. Wertpapiere		
1. Eigene Anteile	0,00	1.022,58
2. Sonstige Wertpapiere	0,00	273.467,00
	309.651,97	274.489,58
III. Guthaben bei Kreditinstituten	333.173,04	693.210,04
	612.515,04	700.367,04

	30.06.2011	30.06.2010
	€	€
Passiva		
A. Eigenkapital		
Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97
Eigene Anteile	-1.022,58	0,00
Eingefordertes Kapital	126.800,39	127.822,97
Kapitalrücklage	678.784,38	551.983,38
III. Gewinnrücklagen		
Rücklage für eigene Anteile	0,00	1.022,58
Andere Gewinnrücklagen	1.022,58	0,00
Ausgleichsrücklage	400.000,00	400.000,00
	401.022,58	401.022,58
IV. Bilanzverlust	-610.314,23	-395.606,68
	596.293,12	685.222,25
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	10.400,00	9.400,00
C. Verbindlichkeiten		
Sonstige Verbindlichkeiten	5.821,92	5.744,79
(davon aus Steuern € 4.476,92; 30.6.2010 € 3.619,79)		
(davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
€ 5.821,92; 30.6.2010 € 5.744,79)		
	5.821,92	5.744,79
	612.515,04	700.367,04

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Essen

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Juli 2010 bis 30. Juni 2011

	2010/11	2009/10
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	2.180,99	1.431,50
2. Personalaufwand		
a) Gehälter	-159.712,77	-154.357,88
b) Soziale Abgaben	-13.334,81	-10.732,94
	-173.047,58	-165.090,82
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-2.214,96	-1.902,87
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-63.242,18	-64.831,83
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16.650,00	0,00
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.966,18	25.022,08
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-214.707,55	-205.371,94
8. Jahresfehlbetrag	-214.707,55	-205.371,94
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-395.606,68	-648.694,39
10. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0,00	208.674,23
11. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
Entnahmen aus der Rücklage für eigene Anteile	1.022,58	808,00
Entnahmen aus Ausgleichsrücklage	0,00	250.000,00
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
Einstellungen in Rücklage für eigene Anteile	0,00	-1.022,58
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-1.022,58	0,00
13. Bilanzverlust	-610.314,23	-395.606,68

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010/2011

1. Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

2. Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2010/2011 ein Jahresfehlbetrag von € 214.707,55. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von € 126.801,00 in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 97,4 % der Bilanzsumme.

3. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Essen, 12. September 2011

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Geschäftsführer


Landrat a. D.
Roger Graef


Staatssekretär a. D.
Ernst Gerlach

BILANZ zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.898,04	5.035,54
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.631.564,40	9.494.198,40
2. technische Anlagen und Maschinen	26.996,00	33.619,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>119.959,92</u>	<u>91.344,43</u>
	8.778.520,32	9.619.161,83
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	50.530,26	50.530,26
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	57.617,98	14.934,79
2. Forderungen gegen Gesellschafter	352.695,04	155.708,94
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>852.715,94</u>	<u>651.104,13</u>
	1.263.028,96	821.747,86
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
	232.202,92	58.668,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
	1.843,87	7.252,33
	<u>10.330.024,37</u>	<u>10.562.396,12</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2011

PASSIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00	3.253.000,00
II. Verlustvortrag	1.851.643,50-	1.665.175,78-
III. Jahresfehlbetrag	298.451,91-	186.467,72-
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	4.189.261,90	4.831.993,75
C. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	138.810,00	109.300,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.571.336,94	3.256.410,19
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 994.459,28 (Euro 647.073,25)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	539.244,57	202.760,57
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 539.244,57 (Euro 202.760,57)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	124.842,58	123.050,65
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 12.956,29 (Euro 11.164,36)		
4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>648.623,79</u>	<u>637.524,46</u>
- davon aus Steuern Euro 61.064,07 (Euro 66.951,55)	4.884.047,88	4.219.745,87
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 1.586,18 (Euro 11.166,28)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 242.241,16 (Euro 231.141,83)		
E. Rechnungsabgrenzungsposten	15.000,00	0,00
	<u>10.330.024,37</u>	<u>10.562.396,12</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	3.013.613,67	2.758.515,30
2. sonstige betriebliche Erträge	3.371.144,71	2.683.731,89
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	27.110,00	0,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.121.316,10	1.659.718,03
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>562.639,25</u>	<u>455.477,54</u>
	2.683.955,35	2.115.195,57
- davon für Altersversorgung Euro 165.034,93 (Euro 119.066,10)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	909.700,75	898.933,97
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.804.388,22	2.378.328,04
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	877,98	498,80
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>161.946,92</u>	<u>147.522,71</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	201.464,88-	97.234,30-
10. sonstige Steuern	96.987,03	89.233,42
11. Jahresfehlbetrag	<u>298.451,91</u>	<u>186.467,72</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

A. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

Die sechs Geschäftsfelder der AGIT werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die Projekte und Aufträge werden nur summarisch dargestellt. Sie sind inhaltlich im Jahresbericht aufgeführt, der diesem Bericht als Anhang beiliegt.

1. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2011 qualitativ und quantitativ auf dem hohen Niveau der Vorjahre. Die gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 230 Arbeitsplätze schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 11,4 Mio. Euro. Die Region Aachen liegt damit gegenläufig zum deutschlandweiten Trend, der einen deutlichen Rückgang der Gründer konstatiert. Auch die anderen Beratungsleistungen der AGIT (SIGNO, Wachstumsberatung, Finanzierungsvermittlung) und die Mitwirkung bei der Gründungs- und Wachstumsinitiative AC² im Rahmen der GründerRegion Aachen lagen auf dem hohen Niveau der Vorjahre.

2. Technologiezentrummanagement (Geschäftsfeld II)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen nach Flächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2011 in den beiden von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA und MTZ fort. Die Auslastung liegt weiterhin auf dem hohen Niveau der Vorjahre (TZA 97 %, MTZ 99 %). Auch das in der zweiten Jahreshälfte erstmalig in Betrieb genommene ZBMT, das erste CAMPUS-Clustergebäude, wurde von den Gründern und CAMPUS-Mietern gut angenommen und war zum Januar 2012 bereits mit 92 % ausgelastet (14 Firmen).

3. Investorenberatung (Geschäftsfeld III)

Mit knapp 50 Kontakten zu standortsuchenden Unternehmen war die Nachfrage etwa so groß wie im Vorjahr, jedoch entschieden sich deutlich weniger Unternehmen als im Rekordjahr 2010 für einen Standort in der Region. Das Niveau der Jahre 2008-2010 wurde wieder erreicht. Die Ansiedlungsinteressenten spiegeln das Technologie-/Wissenschaftsangebot der Region wider.

4. Regional- und Clusterentwicklung (RuC) (Geschäftsfeld IV)

Die Region Aachen ist auf einem erfolgreichen Kurs für eine nachhaltige regionale Wirtschafts- und Strukturentwicklung. Ein wesentliches Instrument bildet weiterhin die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel 2 Programm 2007-2013 (EFRE). Das regionale Programm- und Projektmanagement wurde 2007 der AGIT seitens der Gesellschafter übertragen. Deshalb sind im vergangenen Jahr von RuC gemeinsam mit den regionalen Partnern und potenziellen Antragstellern zahlreiche mögliche Projektansätze entwickelt worden. Letztlich sind die meisten der in den Ziel-2-Förderwettbewerben beim Land NRW eingereichten Projekte aus der Region Aachen in enger Abstimmung - zum Teil auch in inhaltlicher Kooperation - mit der AGIT erstellt worden. Bei den Ergebnissen des Wettbewerbs ist die Region Aachen weiterhin führend in NRW.

5. Regionalmarketing (Geschäftsfeld V)

In 2011 wurden die Öffentlichkeitsarbeit der AGIT und das Regionalmarketing in wesentlichen Punkten erweitert.

Das für Investoren konzipierte **aHEAD** (Magazin der Region Aachen), das auch in englischer Sprache herausgegeben wird, erschien in der dritten Ausgabe.

Wesentliche Impulse für die Region Aachen erwarten wir aus der Beteiligung der AGIT bzw. der Region Aachen an der 2011 gestarteten Marketingkampagne des Landes Nordrhein-Westfalen "Germany at its best". Die unter der Schirmherrschaft des Wirtschaftsministers des Landes NRW stehende Kampagne wird von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes NRW Invest getragen und aktiv unterstützt. Als offizieller Partner hat die Region Aachen über die AGIT die Möglichkeit, Bestleistungen in Kategorien wie Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur zu präsentieren. Schwerpunktmäßig präsentiert sich die Region Aachen im Rahmen der Kampagne als Standort für wissensbasierte Industrie mit einem Schwerpunkt im Bereich Automotive. Auf der Internetseite www.germanyatitsbest.de und in zahlreichen Publikationen werden Bestleistungen aus der Region Aachen vorgestellt.

Anstelle der bisherigen Informationsmedien „AGIT aktuell“ und „Region Aachen Newsletter“ wurde das Magazin „**Region Aachen46**“ konzipiert und im November von AGIT und Regio Aachen gemeinsam herausgegeben. Ziel ist es, Menschen in der Region zu informieren und auf bestimmte Möglichkeiten der Unterstützung aufmerksam zu machen. Das Magazin soll ab 2012 dreimal jährlich erscheinen.

Im Jahr 2011 lag die durchschnittliche monatliche Besucherzahl der Internetpräsenz bei über 3.000 Besuchern. Die Ansichtszeit pro Besucher lag bei über drei Minuten. Mit der Erstellung eines **neuen Internetauftritts** wurde im Frühjahr 2011 begonnen. 2012 wird er frei geschaltet.

Nachdem die AGIT seit 2006 die Bewerbungsphase und die Festveranstaltung zur Verleihung des Innovationspreis Region Aachen organisiert hatte, wurde ein neues Konzept (**AC² - Innovationspreis Region Aachen 2012**) erarbeitet, das eine Zusammenlegung der Preisverleihung mit der Veranstaltung zur Verleihung der Preise im Rahmen der AC²-Wettbewerbe vorsieht. Die Findungsphase für die Innovationspreiskandidaten sowie die Abendveranstaltung werden weiterhin von der AGIT organisiert.

Die Standortwerbekampagne „**Wussten Sie schon, dass...?**“ findet große Zustimmung seitens der Unternehmen und wird in 2012 fortgesetzt.

6. Regionalagentur Aachen (Geschäftsfeld VI)

Die Tätigkeit der Regionalagentur, die im Auftrag des Landes NRW und der Region Aachen für die regionale Arbeitspolitik zuständig ist, konzentriert sich auf folgende fünf Handlungsfelder:

- Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
- Arbeit und Bildung in der Gesundheitsregion Aachen
- Fachkräfteentwicklung im Demografischen Wandel
- Jugend und Beruf
- Neue Wege in Arbeit.

B. DARSTELLUNG DER LAGE

Das Geschäftsjahr 2011 brachte eine deutliche Steigerung der Gesamtleistung um 943 T€ (17,3 %) auf 6.385 T€ (5.442 T€ in 2010). Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber 2010 deutlich zu (255 T€ / 9,2 %), aber insbesondere die sonstigen betrieblichen Erlöse stiegen um 687 T€ (25,6 %) auf nunmehr 3.371 T€ (Vorjahr 2.684 T€). Diese sonstigen Erlöse basieren auf deutlich erhöhten Projekteinnahmen, die mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen. Insgesamt schloss das Geschäftsjahr dadurch mit einem negativen Ergebnis von rund -298 T€ ab (Vorjahr -186 T€).

Gegenüber dem Jahr 2010 ist diese Verschlechterung primär auf einer Erhöhung der Personalkosten um knapp 570 T€ (+26,9 %) auf 2.684 T€ (Vorjahr 2.115 T€) und der damit verbundenen Steigerung der Gesamtkosten zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich in 2011 gegenüber 2010 ebenfalls deutlich erhöht (426 T€ / 17,9 %), was u.a. aus erhöhten Instandhaltungsaufwendungen und dem in 2011 in Betrieb gegangenen ZBMT resultiert.

Unter dem Aspekt, dass die Einnahmen aus Projekten (die von der Region Aachen an die AGIT herangetragen wurden) in der Regel mit einem Eigenanteil zwischen 20 % und 30 % unter Vollkostenbetrachtung finanziell hinterlegt werden müssen, war dieses Ergebnis vorhersehbar und kann durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Bezüglich des TZA BA II haben die Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen den Ausgleich für die Differenz zwischen „Leasingrate“ und „Einnahmen“ ab 2010 übernommen. In 2011 liegt dieser Betrag bei 94 T€ (76 T€ für 2010) und damit im Planbereich. Damit wurde die im letzten Bericht festgestellte notwendige neue Finanzierungslösung vollständig eingelöst. Der noch verbleibende Fehlbetrag von 122 T€ (Vorjahr 113 T€) kann ebenfalls laut Gesellschafterbeschluss durch ein Darlehen zur Verbesserung der Liquiditätssituation der AGIT ausgeglichen werden. Die in den Beschlüssen zur Absicherung der Situation im BA II gemachten Berechnungen (Simulation) über die Kostendifferenz „Einnahmen vs. Leasingrate“ sowie Höhe der Darlehensaufnahme wurden damit eingehalten.

Beleuchtet werden sollte in diesem Zusammenhang jedoch ausdrücklich das „Gesamtergebnis“ des TZA II, das durch die steigende Leasingrate und das ausgewiesene Ergebnis immer etwas verdeckt wird: Trotz der o.ä. Zuschüsse der beiden Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen i.H.v. 94 T€ (76 T€ für 2010) und des aufzunehmenden Darlehens in Höhe von insgesamt 122 T€ in 2011 (113 T€ in 2010), entsteht in 2011 wie bereits in 2010 aus dem Betrieb des TZA II in Summe kein Verlust für die AGIT, sondern es liegt sogar ein Wertzuwachs vor. In 2011 sind dies 33 T€ (31 T€ in 2010). Dieser Wertzuwachs resultiert aus der einfachen Tatsache, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate in 2011 knapp 249 T€ (220 T€ in 2010) beträgt, dem die oben ausgewiesenen Zuschüsse und Verluste (Darlehen) gegenüberstehen. Es findet somit ein Darlehensabbau statt und die Restschuld verringert sich.

Für die Finanzierung der eingeworbenen und im Auftrag der Region Aachen durchgeführten Projekte gibt es immer noch keine zufriedenstellende Lösung, da weder der aufzubringende Eigenanteil von den Gesellschaftern bereitgestellt noch die notwendige Finanzierungssicherheit geboten wird.

Das Ergebnis laut Gewinn- und Verlustrechnung entwickelt sich auf rund -298 T€ (Vorjahr -186 T€). Das Plan-Ergebnis für 2011 von ca. -159 T€ konnte nicht erreicht werden.

Im Bereich des Technologiezentrumsmanagements (TZM) hat die AGIT im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr im TZA eine verbesserte Auslastung im Jahresmittel und damit erhöhte Einnahmen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich in diesem Ergebnis als überwunden, was sich z.B. an den höheren Einnahmen im Bereich der Konferenzraumvermietung zeigt.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten, aber vor Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 435 T€ (Vorjahr 411 T€) erzielt. Im TZA BA II wurde ein Verlust von rund -122 T€ (Vorjahr -113 T€) nach Abzug des Zuschusses in Höhe von 94 T€ (Vorjahr 76 T€) durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen erreicht.

Im MTZ, das in 2011 zu 99 % ausgelastet war, lag das Ergebnis bei knapp 3 T€ (im Vorjahr -28 T€). Gegenüber 2010 hat sich das Ergebnis damit - wie prognostiziert - wieder deutlich verbessert (31 T€).

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, die zudem zu erheblichen Mietminderungen geführt haben. Das Ergebnis von knapp -130 T€ belastet die AGIT nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass in 2012 die Mietmängel im ZBMT weitgehend behoben werden konnten und dass der Vermietungsstand einschließlich Optionen bei über 95 % liegt, was als Vollauslastung angesehen werden kann.

Bei Umlage der Aufwendungen für die Zentralen Dienste (knapp 700 T€) nach Mitarbeiterköpfen auf die jeweiligen Bereiche verbleibt für das TZA I. BA für 2011 ein GuV-Ergebnis von rund 338 T€ (Vorjahr 273 T€).

In den anderen Geschäftsbereichen Beratung technologieorientierter Unternehmen, Regionalentwicklung und Entwicklung Technologiefelder, Regionalmarketing und Ansiedlung, Standortbeobachtung und -entwicklung und Regionalagentur (RA) konnte auch unter Berücksichtigung der budgetierten Zuschüsse kein ausgeglichenes Ergebnis erreicht werden. Auf alle vier Bereiche entfällt nach Umlage der Zentralen Dienste ein Gesamtverlust in Höhe von ca. -514 T€ (Vorjahr -347 T€).

Auf Grund deutlich erhöhter Außenstände, die insbesondere im Bereich der Projektförderung bei bis zu 1.000 T€ lagen, hat sich trotz eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2011 eine deutlich verschlechterte Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Hierbei spielt auch die hohe, von der AGIT vorzufinanzierende Leasingrate für den TZA BA I eine sichtbare Rolle. Trotz einer Erhöhung des Kontokorrentkredites von 510 T€ auf 850 T€ kam es in 2011 zu einer vollen Inanspruchnahme des Kredites. Die daraus resultierende Zinsbelastung lag mit 18 T€ deutlich über dem Wert des Vorjahres (ca. 5 T€ in 2010).

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresfehlbetrag in Höhe von -298 T€ (Vorjahr -186 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich aufgrund der vielen neuen Aufgaben, die die AGIT in 2011 übernommen und durchgeführt hat.

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (86 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen an. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen erhöhten sich aufgrund wachsender Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln. Der Anstieg der Forderungen von 822 T€ in 2010 auf 1.263 T€ in 2011 erklärt die Minderung des Bestandes an liquiden Mitteln und zeigt die Notwendigkeit der Euribor-Erhöhung in 2011. Allein nur die Projektforderungen liegen bereits über dem gegebenen Finanzrahmen.

Das negative Ergebnis hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das gezeichnete Kapital von 3.253 T€ weit über 50 % aufgebraucht ist und um das negative Ergebnis 2011 weiter aufgebraucht wird.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung vom 9. November 2011 die Übernahme der Anteile des ausgeschiedenen Gesellschafters Aachen-Münchener Versicherung nach einem bestimmten Schlüssel einstimmig beschlossen. Der Beschluss wurde umgesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität: Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben zu einer deutlichen Verschlechterung der Liquidität der AGIT geführt. Zwar führt die AGIT nur noch Projekte durch, die zu 100 % finanziert sind, insbesondere hat die nachträgliche, oft verzögerte Auszahlung von Projektmitteln von bis zu über einem Jahr eine komplette Vorfinanzierung der Projekte zur Folge. Beispielsweise lag die vorfinanzierte Summe für Projekte Mitte Mai bei ca. 950 T€ und damit bereits über dem derzeitigen Kreditrahmen. Die Erhöhung des Kontokorrentkredits von 510 T€ auf 850 T€ in 2011 könnte möglicherweise nicht ausreichend sein, so dass hier eine weitere Erhöhung des Kontokorrentkredites aus Vorsichtsgründen vorgesehen werden sollte. Dies ist für die nächste Sitzung des AR im Juni 2012 geplant.

In 2012 wird sich an dieser Situation nichts ändern, da das Projektvolumen auf ähnlichem Niveau wie in 2011 liegt und deutlich höhere Einnahmen aus den Technologiezentren (Vollauslastung) nicht zu erwarten sind. Erst gegen Ende des Jahres 2013 wird sich die Situation deutlich entschärfen, da zum einen das Projektvolumen in 2013 deutlich zurückgeht und die Forderungen aus 2012 beglichen sein müssten.

AGITneu: Im Jahre 2011 hat die Region Aachen ein Reformkonzept entwickelt, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll. Nach diesem Konzept wird es einen Zweckverband (ZV) und eine AGITneu geben. Die AGITneu wird sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und deutlich weniger Projekte durchführen als bisher oder ausschließlich Projekte, die zu 100 % finanziert sind. Nach aktueller Planung wird das Projektvolumen für die AGITneu in 2013 unter 500 T€ liegen. Dieses Volumen liegt damit unter dem Projektvolumen von 2008, als die AGIT ein positives Ergebnis erwirtschaftete. Für 2014 sind bisher noch keine neuen Projekte vorgesehen.

TZA: Inspektionen am TZA, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich sind, die deutlich über 100 T€ zusätzlich zu den bereits geplanten Instandhaltungsaufwendungen liegen. Wir werden ein Gutachten erstellen lassen, das die Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen des TZA für die nächsten 5 bzw. 10 Jahre erfasst, da das Gebäude im nächsten Jahr 20 Jahre alt wird.

ZBMT: Obwohl erhebliche Mängel am ZBMT zu Mietminderungen geführt haben, belasten diese nicht die AGIT, da zum Einen die Mietminderung an die GEGRA weitergegeben wurde und zum Zweiten die Stadt Aachen die Gesamtverluste und damit auch die entstandenen Anfangsverluste in 2011 über eine Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht.

Sachstand AGIT-Beteiligungen

Gegenüber 2010 ergaben sich zum Dezember 2011 keine Veränderungen bei den Beteiligungen. Die AGIT ist weiterhin bei 10 Beteiligungen zur anteiligen Verlustabdeckung verpflichtet ist.

Die TAE GmbH hat das Geschäftsjahr 2011 mit einem negativen Jahresergebnis abgeschlossen. In der TAE-Gesellschafterversammlung wurde ein Beschluss zur Verlustabdeckung herbeigeführt. Dies bedeutet für die AGIT, dass die Gesellschaft für dieses Jahr einen Zuschuss von rd. 4 T€ (Vorjahr rd. 4 T€) leisten muss.

C. RISIKOBERICHT

In 2011 wurde ein Projektvolumen von über 2.000 T€ (Vorjahr 1069 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2010 deutlich überschritten. Frühere Befürchtungen, das Projektvolumen könnte erheblich einbrechen, haben sich damit nicht bestätigt, das Gegenteil ist eingetreten. Hieraus ergaben sich aber negative Folgen für das Ergebnis der AGIT, da der Eigenanteil an den Projekten (der in der Regel zwischen 20 % und 30 % liegt) sich unmittelbar negativ im Ergebnis auswirkt, solange der Eigenanteil über Zuschüsse der Gesellschafter nicht abgedeckt wird. Hinzu kam die Tatsache, dass Raumkosten und Overheadkosten im Rahmen der Projekte nicht mehr finanziert werden. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt-Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

In 2012 ist das Projektvolumen auf dem Niveau von 2011. Dies führt wiederum zu einer weiteren Verschlechterung des Ergebnisses gegenüber der Planung.

Die Integration der Regionalagentur (RA) in die AGIT ist in 2007 erfolgt. Die Regionalagentur ist durch öffentliche Förderung und durch Gesellschafterzuschüsse zu 100 % finanziert, so dass sich hieraus keine Risiken ergeben.

Für die seit 2003 weiterhin ständig auftretenden Betriebsverluste für den 2. Bauabschnitt TZA II wurde - wie oben beschrieben - einer Lösung erarbeitet. Die seit 2008 laufenden Verhandlungen konnten Anfang 2011 in einem Gesellschafterbeschluss zum Abschluss gebracht werden. Risiken ergeben sich unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr. Bei einer entsprechenden Auslastung des TZA BA II wird sogar ein kontinuierlicher Abbau der Restschuld vorgenommen, der in 2011 immerhin 33 T€ betrug.

Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Dachflächenanierung wurden in einen Stufenplan überführt und in 2010 ausgeschrieben. Mit den ersten dringenden Arbeiten wurde Ende 2010 begonnen. Größere Maßnahmen werden in 2012 und 2013 durchgeführt.

Aufgrund der oben beschriebenen Projektaktivitäten hat sich Liquiditätssituation der Gesellschaft spürbar verschlechtert. In Verbindung mit den wieder gestiegenen Zinssätzen im Bereich des Kontokorrentkredites ist die aktuelle Zinsbelastung nicht mehr zu vernachlässigen. Durch den in 2011 und insbesondere in 2012 gestiegenen Projektanteil, der eine Erhöhung des Anteils von Fördermitteln mit einem erheblichen Eigenanteil zur Folge hat, ist die Liquiditätssituation der AGIT trotz Erhöhung der Kontokorrentkredites auf 850 T€ in 2011 sehr angespannt. Die Forderungen aus 2010, 2011 und 1-5/2012 belaufen sich zurzeit auf knapp 1.000 T€.

D. SONSTIGE ANGABEN UND PROGNOSE ZUR VORAUSSICHTLICHEN ENTWICKLUNG

Nach jetziger Erkenntnislage kann gegenüber dem Plan Budget 2012, das ein erwartetes Ergebnis von knapp -139 T€ ausweist, folgende Einschätzung erfolgen:

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2011 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind. Die Ausgaben im TZA II werden durch die weiterhin steigende Leasingrate natürlich zusätzlich belastet. Jedoch sind diese Erhöhungen im Planbudget berücksichtigt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich bisher in einer verringerten Einnahmesituation im Bereich der Konferenzraumvermietung niedergeschlagen hat, scheint überwunden, denn in 2011 waren die Einnahmen deutlich höher als in 2010 und in 2012 dürften die Werte von 2011 sogar wiederum übertroffen werden. Der Eigentümer des MTZ hat das Gebäude an das UKA (Universitätsklinikum Aachen) verkauft. Der Mietvertrag der GEGRA mit der AGIT wurde für den zweiten Bauabschnitt des MTZ bis Ende 2014 verlängert und für den ersten Bauabschnitt wurde mit dem UKA ein Servicevertrag bis Ende April 2011 abgeschlossen. Dieser Servicevertrag wurde ebenfalls bis Ende 2014 verlängert. Die Einnahme- und Kostensituation für die AGIT bleibt damit weitgehend unverändert. Das Ergebnis für das MTZ hat sich bereits in 2011 verbessert, nachdem in 2010 durch den Verkauf ein erheblicher Mehraufwand entstanden war; in 2012 ist nach heutigem Stand wiederum mit einem positiven Ergebnis zu rechnen. Für 2012 zeichnet sich auch für das neue, in 2011 in Betrieb genommene Zentrum für Bio-Medizinische Technik (ZBMT), für das die AGIT als Generalmieter auftritt, eine Vollausslastung (> 95 %) ab. Die technischen Anfangsprobleme sind weitgehend behoben und die aktuelle Vermietungssituation im ZBMT einschließlich der Optionen liegt zurzeit (Mai 2012) bei einem Auslastungsgrad von fast 95 %.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Aufgrund des Baualters des TZA (knapp 20 Jahre für den TZA BA I) und der geplanten Maßnahmen werden die Instandhaltungsaufwendungen voraussichtlich weiterhin hoch sein und weiterhin ansteigen.

Sehr erfreulich ist weiterhin (Frühjahr 2012) die Auslastung in den beiden Technologiezentren. Sowohl im TZA als auch im MTZ kann von einer knapp 100 %igen Auslastung ausgegangen werden. Im Konferenzbereich setzt sich die spürbare Verbesserung in 2011 gegenüber 2010 weiter fort, denn das Quartalsergebnis liegt bereits über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraumes.

Die bisherigen Bemühungen der Gesellschaft, durch geförderte Projekte Mehreinnahmen zu erzielen, waren in 2011 erfolgreich und die aktuelle Situation in 2012 zeigt wiederum ein ähnliches Niveau wie 2011. Die aktuelle Prognose des Projektvolumens für 2012 liegt bei über 2.000 T€. Durch die geforderten Eigenanteile und die nicht mehr übernommenen Raumkosten und Gemeinkostenanteile ergibt sich hieraus jedoch eine negative Ergebnisbelastung aus den Projekten in Höhe von ca. -300 T€. und mehr. Das Ergebnis in 2012 wird sich damit gegenüber dem Plan deutlich verschlechtern und etwa dem von 2011 entsprechen, sofern die Gesellschafter sich nicht zu einem Zuschuss entschließen. Ein entsprechender aktualisierter Plan 2012 wurde hierzu erarbeitet. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst. Sehr erfreulich entwickelten sich in 2011 und auch in 2012 im Rahmen der NRW-Wettbewerbsverfahren die Projektzusagen für die gesamte Region Aachen. Der neue Bereich Regionalentwicklung erfüllt hier voll die in ihn gestellten Erwartungen.

Die Regionalagentur (RA), die 2007 in die AGIT integriert wurde, wird durch Zuschusserhöhung der kommunalen Gesellschafter getragen. Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (aric), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. Für 2012 ist eine Kooperation mit der RWTH Aachen geplant, unter der die bisherigen Aktivitäten fortgeführt werden sollen.

Mit der Förderung von Gründungen, Wachstum und Ansiedlung in der Region Aachen und der Aufgabe der Strukturentwicklung steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten und anspruchsvollen Aufgaben. Die Bewältigung dieser Aufgaben sind durch die Lösung der TZA BA II-Problemik in 2010 deutlich erleichtert worden. Die intensiven Bemühungen um ausreichende Fördermittel sowie eine bestmögliche Refinanzierung der vermieteten Immobilien hat erstmalig in 2008 zu einem positiven Ergebnis geführt, das in 2009 und 2010 jedoch nicht gehalten werden konnte. Hierfür war in 2009 zu einem großen Teil die ungelöste TZA BA II-Problemik verantwortlich und in 2010 und 2011 der hohe Projektanteil an der Finanzierungsstruktur der AGIT mit den erheblichen Eigenanteilen. Für 2012 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis nicht erreichen kann, sofern keine Sondereffekte eintreten oder die Gesellschafter einen entsprechenden Zuschuss beschließen. Die angestrebte Lösung einer AGITneu lässt jedoch die Perspektive einer ausreichend finanzierten AGIT ab dem Jahr 2013 bzw. nach einer Übergangsperiode ab den Jahre 2014 erwarten.

Aachen, im Juni 2012

Dr. Helmut Greif
Geschäftsführer



Ulrich Schirowski
Geschäftsführer

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

	<u>€</u>	<u>€</u>	<u>2010</u> <u>T€</u>
1. Umsatzerlöse		114.917,64	58
2. Sonstige betriebliche Erträge		<u>9.196,95</u>	<u>9</u>
		124.114,59	67
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00		1
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>45.046,89</u>		36
	<u>45.046,89</u>	45.046,89	
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	74.298,48		58
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>14.811,34</u>		12
	<u>89.109,82</u>	89.109,82	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.337,32	1
- davon nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB:		(0,00)	(0)
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		21.293,67	14
- davon Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil:		(0,00)	(0)
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.195,13	0
- davon an verbundene Unternehmen:		<u>(0,00)</u>	<u>(0)</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-33.868,24	-55
9. Außerordentliche Erträge		0,00	55
- davon Betriebskostenzuschuss Gesellschafter:		<u>(0,00)</u>	<u>(55)</u>
11. Jahresfehlbetrag		<u>33.868,24</u>	<u>0</u>



Lagebericht für das Jahr 2011

Allgemeine Ausführungen

Im Vordergrund der Aktivitäten der Technik-Agentur Euskirchen GmbH im Jahr 2011 stand neben der Fortführung der Führungskräfte-seminare die inhaltliche Projektarbeit im Interreg-Projekt „TeTRRA“ (Technology Transfer and Recruiting in Rural Areas). Nach Ausscheiden eines Projektpartners konnte ein Budget in Höhe von 101 T€ von der TAE im Juli 2011 übernommen werden. Im August 2011 wurde daraufhin ein weiterer Mitarbeiter bei der TAE eingestellt mit einem befristeten Vertrag bis zum Ende der Projektlaufzeit von TeTRRA am 30.09.2013.

Auf Grund der Erhöhung des Projektbudgets von TeTRRA und den damit verbundenen Veränderungen der Finanzierungsstruktur des Projektes fällt das Gesamtergebnis der Technik-Agentur Euskirchen GmbH für das Jahr 2011 deutlich positiver aus, als es im Wirtschaftsplan dargestellt wurde. Die wichtigsten Einflussfaktoren für diese positive Abweichung in Höhe von 19 T€ werden im Folgenden noch näher erläutert.

I. Geschäftsfeld Projekte

AixHighTing (Aachener High Tech Ingenieure)

Das Projekt AixHighTing der GründerRegion Aachen hat am 01.02.2010 begonnen und ist bisher planmäßig verlaufen. AixHighTing hat das Ziel, junge technologieorientierte Unternehmen im Jahr zwei bis fünf nach der Gründung zu mehr Wachstum zu bringen. Innerhalb des Projektes hat die TAE die Konzeption und Durchführung von Kick-Off-Workshops und Qualifizierungsmaßnahmen für die teilnehmenden Unternehmer übernommen. Im Berichtsjahr war die TAE im Umfang von 0,1 VZÄ (Vollzeitäquivalent) d. h. 4 Std./Woche am Projekt beteiligt bei einer Förderquote von 80 %.

Im Jahr 2011 wurden innerhalb des Projektes insgesamt drei Qualifizierungsmaßnahmen durch die TAE konzipiert und durchgeführt zu den Themen „Strategisches Marketing“, „Vertrieb“ und „Zeitmanagement“. Darüber hinaus betreute die TAE intensiv die Schaffung und den Aufbau eines Beirats in einem jungen Unternehmen im Kreis Euskirchen, welches am Projekt AixHighTing teilnimmt. In drei Fachgesprächen tauschten sich die drei mitwirkenden erfahrenen Unternehmer mit den Gesellschaftern des jungen Unternehmens aus unter Moderation und Leitung einer Mitarbeiterin der TAE. Diese Fachgespräche werden im Jahr 2012 themenzentriert fortgesetzt und auch weiterhin von der TAE geleitet.

TeTRRA (Technology Transfer and Recruiting in Rural Areas)

Das Interreg-Projekt TeTRRA hat am 01.10.2010 begonnen und wird nach einer Laufzeit von drei Jahren voraussichtlich am 30.09.2013 enden. Ziel dieses Projektes ist die Förderung des grenzüberschreitenden Technologietransfers und die erfolgreiche Rekrutierung von Fachkräften in der Euregio Maas-Rhein. Die Gesamtförderquote von TeTRRA beträgt 80 %, wovon 50 % aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) stammen und 30 % durch das Land NRW kofinanziert sind.

Die TAE hat innerhalb des Projektes unter anderem die Aufgabe, Fachseminare und branchenspezifische Netzwerktreffen zu konzipieren und durchzuführen. Die Entwicklung und Durchführung neuer Veranstaltungsformate zur Rekrutierung von Fachkräften ist ein weiterer Schwerpunkt. Im Zuge der Mittelaufstockung im August 2011 konnte die TAE darüber hinaus

einen Technologiescout einsetzen, der zukünftig in enger Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen innovative Technologieprojekte im Kreis Euskirchen entwickeln wird.

Seit August 2011 ist die TAE mit zwei Personen mit je 0,75 VZÄ (Vollzeitäquivalent) d. h. je 30 Std./Woche im Projekt TeTRRA eingebunden. Dabei entfallen bei einer Person etwa 18 Wochenstunden auf die Tätigkeiten als Technologiescout. In diesem Rahmen wurde durch den Technologiescout im Jahr 2011 gemeinsam mit 10 regionalen mittelständischen Unternehmen das Technologieprojekt „Dynamo“ entwickelt und im Mittelstandsprogramm ZIM-Nemo zur Förderung vorgestellt. Nach Rücksprache mit dem Förderer ist das Projekt als aussichtsreich und grundsätzlich förderfähig zu betrachten, doch der Antrag muss dazu noch in bestimmten Aspekten weiter ausgearbeitet werden.

Als weitere Beispiele für die Aktivitäten der TAE innerhalb des Projektes TeTRRA sind zu nennen:

- Entwicklung des Veranstaltungsformates „Jobexpedition Eifel 2011“ zur Rekrutierung junger Fachkräfte in die Eifel;
- Mitarbeit bei der Entwicklung des „Technologieatlas online Euregio Maas Rhein“
- Vorbereitung der Wiederaufnahme der Netzwerkaktivität „PaperNet“ für Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette „Papier“;
- Präsentation des Projektes TeTRRA und der TAE im Rahmen der „Eifelkonferenz“ in St. Vith am 14.10.2011;
- Teilnahme an der Rekrutierungsveranstaltung „Nacht der Unternehmen“ am 09.11.2011 im Technologiezentrum Aachen zur Werbung für die „Jobexpedition Eifel 2011“;
- Planung und Durchführung eines Netzwerktreffens „Kunststoff“ bei der Fa. Albis Plastic in Zülpich am 17.11.2011;
- Teilnahme an der Firmenkontaktmesse bonding 2011 am 28.11.2011 in Aachen mit einem Gemeinschaftsstand mit Unternehmen aus der Region Euskirchen;

Die neue Projekt- und Finanzierungsstruktur hat zur Folge, dass sich das Geschäftsergebnis für das Jahr 2011 positiver darstellt als geplant. Seit August 2011 ist der absolute Anteil der Personalkosten, die über das Projekt refinanziert werden kann, höher als vorher und somit die Kosten für die TAE insgesamt geringer.

II. Geschäftsfeld Seminare

Die Seminarreihe zum Führungskräfte-Training mit insgesamt sechs thematisch unterschiedlichen Modulen wurde auch im Jahr 2011 erfolgreich weitergeführt. Für diese Seminarreihe gibt es einen Hauptkunden im Kreis Euskirchen und es wurden im Jahr 2011 zehn Seminare mit insgesamt 117 Teilnehmern durchgeführt. Mittlerweile konnten zwei weitere mittelständische Unternehmen als Kunden für diese Seminarreihe gewonnen werden, von denen im Jahr 2011 fünf Mitarbeiter an unterschiedlichen Modulen teilgenommen haben. Die Teilnahmegebühr für die Module des Führungskräfte-Trainings wurde auf Grund gestiegener Betriebskosten zum 01.12.2012 um fünf Prozent angehoben.

III. Weitere Geschäftsfelder

Neben der Projektarbeit und dem Seminargeschäft bringt sich die TAE aktiv in die Netzwerk- und Gremienarbeit in der Region mit ein. Insbesondere in den Themenbereichen „Technologietransfer“ sowie „Rekrutierung von Fachkräften“ und „Qualifizierung“ arbeitet die TAE hier intensiv mit an der Bearbeitung aktueller Problemstellungen. Unter anderem hat die TAE bei folgenden Veranstaltungen mitgewirkt bzw. teilgenommen:

- Treffen der „Transferallianz Aachen“ taa, Fa. Philips, Aachen, 09.02.2011

- „Gut aufgestellt“: Lösungen zur Personalgewinnung, Kreis Euskirchen, 12.07.2011
- Workshop „Wirtschaftliche Entwicklung Kreis Euskirchen“, 22.11.2011
- Klimaschutzkonferenz, Kreis Euskirchen, 29.11.2011
- Mehrere Veranstaltungen im Holzkompetenzzentrum Nettersheim HKZ

Durch die aktive Netzwerk- und Gremienarbeit der TAE wird das Dienstleistungsangebot den entsprechenden Institutionen und Unternehmen stärker bekannt gemacht und führt damit zu einer Ausweitung des Kundenkreises der TAE im Kreis Euskirchen.

IV. Kooperation BZE (Berufsbildungszentrum Euskirchen)

Innerhalb des Geschäftsbesorgungsvertrages hat die TAE von Oktober 2009 bis 2011 die Projektkoordination des Projektes „Aristoteles“ für das BZE übernommen. Dieses Projekt hatte die systemische Beratung von Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Arbeitslosengeld II zum Inhalt und wurde mit Förderung der ARGE EU-aktiv, ARGE StädteRegion Aachen, der EU und des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Seit August 2011 ist ein Mitarbeiter der TAE mit 25 % seiner Arbeitszeit, d. h. mit durchschnittlich 10 Stunden pro Woche, für das BZE im Bereich „Berufsorientierung“ tätig. Ziel dieses Programms ist die Heranführung von Jugendlichen an unterschiedliche Berufsfelder, um damit den Schülern die Auswahl eines passenden Ausbildungsberufes zu ermöglichen.

Im März 2012 koordinierte die TAE die Konzipierung und Beantragung eines Projektes des BZE innerhalb der „Fachkräfteinitiative NRW“, in dem es um die Ermöglichung einer Berufsausbildung für Menschen im Alter von 25 bis 35 Jahren geht.

Seitens des BZE werden für die TAE unterschiedliche Dienstleistungen des Sekretariats und der Buchhaltung durchgeführt. Die Arbeitsstunden werden erfasst und quartalsweise mit den entsprechenden Stundensätzen der Mitarbeiter an die TAE weiterbelastet. Die von der TAE für das BZE geleisteten Arbeitsstunden werden in gleicher Weise per Rechnung an das BZE ausgeglichen.

V. Ertragslage

Die Umsatzerlöse der letzten drei Jahre stellen sich wie folgt dar:

2009	2010	2011
54 TEUR	58 TEUR	115 TEUR

Die positive Abweichung der tatsächlich erzielten Umsatzerlöse um 13 TEUR gegenüber der Planzahl resultiert aus der Ausweitung der Aktivitäten im Projekt TeTRRA.

VI. Vermögen

Zur Durchführung des Projektes TeTRRA wurden im Jahr 2011 aus Projektmitteln, die eigens dafür vorgesehen sind, Anschaffungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung getätigt in Höhe von 3 TEUR.

VII. Personal

Auf Grund der Ausweitung des Projektes TeTRRA und des gestiegenen Personalbedarfs im Programm „Berufsorientierung“ des BZE wurde am 15. August 2011 ein weiterer Mitarbeiter

in Vollzeit für die TAE eingestellt. Dieser Mitarbeiter ist Dipl.-Kaufmann und arbeitet zu 75 % bzw. mit 30 Wochenstunden bei der TAE im Projekt TeTRRA und zu 25 % bzw. mit 10 Wochenstunden im BZE.

Am 01.01.2012 wurde der eingeplante Minijob neu besetzt und eine weitere Mitarbeiterin bei der TAE eingestellt mit einem Umfang von 36 Stunden pro Monat. Die neue Mitarbeiterin ist Bankkauffrau und übernimmt in der Hauptsache kaufmännische Teilaufgaben und Aufgaben im Bereich der Bürokommunikation.

Voraussichtliche Entwicklung - Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2012 wird insbesondere die inhaltliche Bearbeitung der Aufgaben im Projekt TeTRRA einen großen Raum einnehmen. Außerdem bietet die Entwicklung von Forschungsprojekten und die Projektbegleitung für die Unternehmen der Region ein großes Potential für die zukünftige Arbeit der TAE. Dabei kann die TAE bei der Akquisition von Projektpartnern aus dem Bereich Forschung und Entwicklung auf die guten Kontakte zu den Hochschulen in der Region zurückgreifen.

Am 1. Dezember 2012 wird ein Wechsel in der Geschäftsführung der TAE stattfinden, da der derzeitige Geschäftsführer in Vorruhestand geht. Die Nachfolgerin wurde bereits ausgewählt und es kann von einer nahtlosen Weiterführung der Geschäfte der TAE ausgegangen werden.

I. Geschäftsfeld Projekte

Im Projekt TeTRRA sind in Fortsetzung zu den Aktivitäten im Jahr 2011 weitere große Veranstaltungen und Netzwerktreffen geplant. Im Vordergrund steht hier außerdem die Ausweitung der Aktivitäten des Technologiescouts, der unter anderem die Netzwerkbildung „PaperNet“ inhaltlich konzipieren und koordinieren wird. Dieses Netzwerk ist attraktiv für alle Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette „Papier“ in der Wirtschaftsregion Aachen, insbesondere in den Kreisen Düren und Euskirchen.

Die enge Zusammenarbeit des Technologiescouts mit den Unternehmen in der Papierbranche bietet die Möglichkeit, aus den aktuellen technologischen Fragestellungen der Unternehmen innovative Technologieprojekte zu entwickeln und für deren Durchführung Fördermittel zu beantragen.

Eine aktuelle Anfrage eines mittelständischen Unternehmens für die Durchführung eines Technologieprojektes kommt aus dem Bereich „Keramik“ und wird im zweiten Quartal 2012 konkretisiert werden.

II. Geschäftsfeld Seminare

Im Bereich der Führungskräfte Seminare ist für das Jahr 2012 nach bisherigem Stand mit etwa gleich bleibenden Teilnehmerzahlen gegenüber 2011 zu rechnen. Diese Entwicklung wird zu einem Deckungsbeitrag im Geschäftsfeld Seminare von ca. 15 T€ führen und damit ähnlich sein wie im Jahr 2011. Die Ausweitung der Unternehmerkontakte des Technologiescouts werden dazu genutzt, den Kundenkreis für die Führungskräfte Seminare möglichst noch weiter zu vergrößern.

Auf Anfrage eines mittelständischen Unternehmens aus der Region Euskirchen ist zurzeit die Konzipierung eines Firmenseminars im Bereich Elektro in Arbeit. Insgesamt sollen acht Mitarbeiter geschult werden zur „Prüfung ortsveränderlicher Betriebsmittel“.

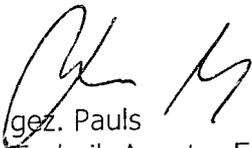
III. Ausblick

Zur Bearbeitung der momentan bestehenden Aufgaben und Projekte ist keine weitere Personalaufstockung notwendig. Zwei befristet eingestellte Vollzeitmitarbeiter, eine Mitarbeiterin mit Minijob und die zukünftige Geschäftsführerin können den im Jahr 2012 planmäßig anfallenden Arbeitsaufwand gut bewältigen. Die Übernahme weiterer Aufgaben oder die Bearbeitung neuer Technologieprojekte würde eine Personalaufstockung notwendig machen, da alle Mitarbeiter im Jahr 2012 durch ihre momentanen Aufgaben ausgelastet sein werden.

Trotz Zunahme der Projektaktivitäten und positiver Entwicklung des Seminargeschäfts wird die TAE mittelfristig keine Gewinne erzielen. Das Ziel ist daher, aus den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln das größtmögliche Volumen technologieorientierter Wirtschaftsförderung für die Unternehmen in der Region Euskirchen zu generieren.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 weist einen Verlust von 45,8 T€ aus. Diese Summe wird durch den vertraglich festgelegten maximalen Betriebskostenzuschuss der Gesellschafter in Höhe von insgesamt 85,5 T€ abgedeckt sein.

Euskirchen, 20. April 2012



gez. Pauls
Technik-Agentur Euskirchen GmbH
Geschäftsführer

Bericht

über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung der TAE-GmbH Technikagentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2011

Zu den Zielen und der Ausrichtung der Gesellschaft beinhaltet der Gesellschaftsvertrag der TAE- GmbH Technikagentur Euskirchen folgende Bestimmungen:

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

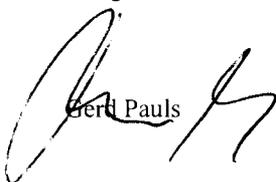
1. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technikagentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung der TAE-GmbH Technikagentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2011 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrages entsprochen hat.

Euskirchen, 21. Juni 2012

TAE-GmbH
Technikagentur Euskirchen



Gerd Pauls

BILANZ ZUM 31.12.2010

AKTIVA	Geschäftsjahr €	Vorjahr €	P A S S I V A	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital		
Sachanlagen			1. Nominell	2.610.500,00	2.610.500,00
1. Grundstücke mit Wohnbauten	39.509.221,14	39.577.837,46	2. abzüglich eigene Anteile	-2.070,00	0,00
2. Grundstücke mit Geschäftsbauten	1.061.435,29	940.574,04			
3. Grundstücke ohne Bauten	1.034.613,05	892.219,62	II. Gewinnrücklagen		
4. Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	205.563,10	205.563,10	1. Rücklage für eigene Anteile	0,00	6.424,99
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	110.902,49	92.930,68	2. Gesellschaftsvertragliche Rücklage	1.305.250,00	1.305.250,00
6. Anlagen im Bau	308.788,11	0,00	3. Bauerneuerungs rücklage	5.007.250,48	4.707.250,48
7. Bauvorbereitungskosten	28.309,45	34.563,03	4. Andere Gewinnrücklagen	3.753.840,00	3.504.115,43
8. Geleistete Anzahlungen	0,00	42.258.832,63			
III. Finanzanlagen			III. Bilanzgewinn		
Andere Finanzanlagen	170,00	170,00	Jahresüberschuss	1.028.392,48	860.666,17
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	42.289.893,63	41.777.764,43	EIGENKAPITAL INSGESAMT	13.703.162,96	12.994.207,07
B. UMLAUFVERMÖGEN			B. RÜCKSTELLUNGEN		
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			1. Steuerrückstellungen	59.077,95	105.191,00
1. Grundstücke ohne Bauten	667.908,78	738.253,79	2. Sonstige Rückstellungen	107.141,51	125.517,09
2. Bauvorbereitungskosten	39.443,04	42.063,37			
3. Grundstücke mit unfertigen Bauten	238.949,76	458.450,83	C. VERBINDLICHKEITEN		
4. Grundstücke mit fertigen Bauten	79.093,69	84.586,78	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.571.506,70	24.542.017,95
5. Unfertige Leistungen	2.033.900,37	2.014.434,27	2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	7.872.922,71	7.758.831,98
6. Andere Vorräte	12.417,19	3.071.712,83	3. Erhaltene Anzahlungen	2.514.448,46	2.611.859,18
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			4. Verbindlichkeiten aus Vermietung	305.242,21	140.227,51
1. Forderungen aus Vermietung	30.697,07	28.594,55	5. Verbindlichkeiten aus Betreuungstätigkeit	219.461,04	321.455,52
2. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	113.538,01	246.535,38	6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	280.128,98	282.375,44
3. Sonstige Vermögensgegenstände	55.328,97	167.338,80	7. Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern € 291.407,43	291.600,40	5.239,58
III. Wertpapiere					
Eigene Anteile			D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
IV. Flüssige Mittel					
Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,00	6.424,99			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			BILANZSUMME		
1. Geldbeschaffungskosten	2.547,00	230,00		0,00	2.018,49
2. Andere Rechnungsabgrenzungsposten	2.657,73	3.478,58			
BILANZSUMME	48.924.692,92	48.888.940,81		48.924.692,92	48.888.940,81

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 1.1. - 31.12.2010

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
1. Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	7.064.445,67		7.142.444,99
b) aus Verkauf von Grundstücken	1.332.756,00		21.450,00
c) aus Betreuungstätigkeit	<u>172.792,98</u>	8.569.994,65	175.422,06
2. Verminderung (Vorjahr: Erhöhung) des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertige Leistungen		-278.493,40	121.389,83
3. Andere aktivierte Eigenleistung		31,40	108,50
4. Sonstige betriebliche Erträge		262.942,61	183.877,68
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	2.776.469,88		2.954.043,21
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	809.511,51		301.501,32
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	<u>13,14</u>	3.585.994,53	<u>0,00</u>
6. ROHERGEBNIS		4.968.480,73	4.389.148,53
7. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	831.070,43		771.444,79
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	<u>232.842,02</u>	1.063.912,45	217.262,24
davon für Altersversorgung	€ 52.413,60 (Vorjahr € 47.297,48)		
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		1.412.937,94	1.125.875,20
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		283.540,69	350.987,76
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11,85		11,85
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>33.371,05</u>	33.382,90	53.226,60
12. Abschreibung auf Finanzanlagen		0,00	2.577,51
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>807.974,09</u>	<u>842.429,27</u>
14. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		1.433.498,46	1.131.810,21
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		242.266,93	113.001,16
16. Sonstige Steuern		<u>162.839,05</u>	<u>158.142,88</u>
17. JAHRESÜBERSCHUSS		<u>1.028.392,48</u>	<u>860.666,17</u>

**Euskirchener gemeinnützige
Baugesellschaft mit beschränkter
Haftung (GmbH), Euskirchen**

Lagebericht und Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2010

BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Rahmenbedingungen **Allgemeine Angaben**

Die Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mbH wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 5. Dezember 2008 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrags, des GmbH-Gesetzes sowie der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung bzw. der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Im Verlauf des Jahres 2010 hat sich die Erholung der Weltwirtschaft verlangsamt. Der im Winterhalbjahr stürmische Wiederaufschwung des Welthandels hat nach und nach an Tempo eingebüßt. Die durch die Finanzkrise offen gelegten strukturellen Probleme sind noch nicht überwunden.

Auch in der Europäischen Union bleibt die Erholung verhalten, vor allem aufgrund der dämpfenden Wirkungen der ausgeprägt restriktiven Finanzpolitik. Auch ist die Schulden- und Vertrauenskrise einiger Staaten im Euroraum keineswegs ausgestanden. Eine Zuspitzung mit generell höheren Risikoprämien für Anleihen im Euroraum oder gar einer Inanspruchnahme des Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus durch weitere Schuldnerländer würde sich negativ auswirken.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Aufschwung. Sie ist auf gutem Weg, den krisenbedingten Produktionseinbruch wettzumachen. Die Prognosen gehen davon aus, dass sich die konjunkturelle Erholung im Jahr 2011 zwar fortsetzt, das Tempo allerdings spürbar geringer sein wird.

Nach dem Rückgang der Arbeitslosigkeit bis Ende 2010 rechnen die Prognosen für 2011 im Jahresdurchschnitt mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl unter 3 Mio. - erstmals seit 1992.

Branchenspezifische Entwicklung

Von Januar bis November 2010 wurde in Deutschland der Bau von 171.422 Wohnungen (einschließlich Bestandsmaßnahmen) genehmigt. Das waren 7,15 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Von den im Zeitraum von Januar bis November 2010 genehmigten Wohnungen waren 153.239 Neubauwohnungen. Das waren 8,01 % mehr als im Vorjahreszeitraum.

Im Kreis Euskirchen wurden in 2010 rund 382 Wohnungen erstellt, insgesamt 22 % weniger als in 2009. Die Baugenehmigungen für zu erstellende Wohnungen waren gleichfalls in 2010 um 9,1 % rückläufig. Insgesamt wurden Baugenehmigungen für 398 Wohnungen erteilt.

Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern.

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen kann nicht mehr als "Mietermarkt" bezeichnet werden. Die Vermietungssituation der Gesellschaft war nach wie vor zufriedenstellend. Strukturelle Leerstände waren nicht zu verzeichnen.

Mietwohnungsbau

In 2010 wurden 4 Mieteinfamilienhäuser in der Dechant-Boßhammer-Str. 14-20 in Euskirchen-Kreuzweingarten errichtet. Alle Häuser sind

nach der Fertigstellung unmittelbar vermietet worden. Mit dem Bau eines Mehrfamilienhauses mit 8 Wohnungen ist in Euskirchen, Carl-Schurz-Str. 12a begonnen worden.

**Instandhaltung /
Instandsetzung**

Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2010 betragen einschließlich der Aufwendungen für die Modernisierungen TEUR 1.316. Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Modernisierung

Die in 2009 begonnene Modernisierung und Instandhaltung der Liegenschaft Hubert-Salentin-Str. 29-31 in Euskirchen wurde in 2010 fertig gestellt. Mit den Arbeiten zur Vollmodernisierung des Gebäudes Hubert-Salentin-Str. 32 in Euskirchen wurde im Berichtsjahr angefangen. Gleichfalls wurde die 2009 begonnene Strang-, Kanal- und Badsanierung des Gebäudes in der Von-Ketteler-Str. 28-30 in Weilerswist in 2010 abgeschlossen. Mit der Fassadensanierung, der zusätzlichen Wärmedämmung und der Modernisierung der Heizung und Fenster der Seniorenwohnanlage Dominikanerinnen Platz 2 (Euskirchen) wurde Ende 2010 begonnen.

Trägerbau

Der Trägerbau verlor im Kreis Euskirchen weiterhin an Bedeutung. So wurden in 2010 insgesamt 267 Ein- und Zweifamilienhäuser fertig gestellt. Im Jahr 2009 waren es noch 275.

Die seit 2009 im Bau befindlichen Doppelhäuser in der Eisenacher Str. 14-16 und Gothaer Str. 2-4, sowie die im Bau befindlichen freistehenden Einfamilienhäuser in der Eisenacher Str. 10 und Gothaer Str. 14 wurden in 2010 fertig gestellt und an die Erwerber übergeben. Zudem wurde in 2010 mit dem Bau von 4 freistehenden Einfamilienhäusern in der Gothaer Str. 8, 10, 12 und in der Weimarer Str. 3 begonnen. Hiervon wurden 3 Häuser verkauft. Die Fertigstellung wurde den Käufern in 2011 fest zugesagt.

**Entwicklung des
Wohnungsbestandes**

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2010 insgesamt 1.319 Wohnungen, 6 gewerbliche Einheiten und 379 Garagen. Von den Wohnungen waren 664 freifinanziert, die anderen unterlagen öffentlich-rechtlicher Zweckbindung.

Zum Wohnungsbestand der Gesellschaft kamen in 2010 durch den Neubau der oben genannten Einfamilienhäuser, den Ausbau der Dachgeschosse im Rahmen der Modernisierungen und den Ankauf von 2 Objekten insgesamt 10 Wohnungen und eine gewerbliche Einheit hinzu. Im Gegenzug veräußerte die Gesellschaft einige Immobilien, hauptsächlich ältere sanierungsbedürftige Ein- und Zweifamilienhäuser. Insgesamt wurden 9 Wohnungen und eine gewerbliche Einheit verkauft.

Fremdverwaltung

Ende 2010 wurden von der Gesellschaft 389 Wohnungen, 5 gewerb-

liche Einheiten, 88 Garagen für Dritte verwaltet.

**Verwaltung nach
WEG**

Weiterhin war in 2010 die Gesellschaft für 13 Wohnungseigentümergemeinschaften mit 223 Wohnungen und 134 Garagen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt. Davon stand eine Garage im Eigentum der Gesellschaft.

**Unbebaute
Grundstücke**

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über 4 baureife Grundstücke mit 2.403 qm, 3 Grundstücke im Zustand der Erschließung mit 19.114 qm, 2 Ackerlandflächen mit 28.272 qm, 2 Waldgrundstücke mit 27.532 qm, eine Parzelle von 4.507 qm, die nach abgeschlossenem Umlegungsverfahren zur Zeit von der Stadt Euskirchen erschlossen wird und im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist, sowie 2 Gartenparzellen von 663 qm.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2010 ein Jahresüberschuss von TEUR 1.028 (Vorjahr: TEUR 861) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2010 TEUR	Vorjahr TEUR	Ver- änderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	2.334	1.947	387
- Bauträgertätigkeit	256	4	252
- Betreuungstätigkeit	173	175	-2
- Sonstigem	12	15	-3
	<u>2.775</u>	<u>2.141</u>	<u>634</u>
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	<u>1.332</u>	<u>1.245</u>	<u>-87</u>
Betriebsergebnis	1.443	896	547
Ergebnis der Finanzrechnung	33	53	-20
Ergebnis der neutralen Rechnung	-206	25	-231
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>242</u>	<u>113</u>	<u>129</u>
Jahresergebnis	<u>1.028</u>	<u>861</u>	<u>167</u>

Die Mietausfälle von TEUR 130 betragen 1,8 % (Vorjahr: 2,4 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 2,0 % (Vorjahr: 1,1 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2010.

Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und der Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2011 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen Vermögenswerte, hauptsächlich Sachanlagen, sind fristgerecht durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel finanziert. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2010 um TEUR 36 auf TEUR 48.925 erhöht.

Es wurde für die durchgeführten Modernisierungen und Neubautätigkeiten in erheblichem Maße Eigenkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 86,4 % (Vorjahr: 85,5 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) 27,4 % (Vorjahr: 25,9 %).

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind z.B. die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) mit 27,4 %, die Gesamtkapitalrentabilität mit 4,2 %, der Cash Flow mit TEUR 2.376, die Fluktuationsquote mit 7,7 % und die Leerstandsquote mit 2,0 %.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Besondere Ereignisse im Geschäftsjahr

Besondere Ereignisse sind im Geschäftsjahr 2010 nicht eingetreten.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB

Betriebswirtschaftlich werden die Geschäftsprozesse mittels des ERP-Systems "Immotion" der GAP- Group weiterhin automatisiert. Insbesondere soll auch in 2011 die Optimierung des Kreditorenmanagements mittels der Schnittstelle BK01 weiterverfolgt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft nehmen auch in 2011 verstärkt an Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.

Ergänzende Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31.12.2010 nicht eingetreten.

Risikobericht und Risikomanagement / Chancen und Risiken der künftigen

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Entwicklung

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Unverkäuflichkeit fertig gestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium, Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierearm und seniorengerecht zu erstellen.

Es ist für 2011 geplant, den Bau des 8-Familienhauses in der Carl-Schurz-Straße 12a abzuschließen. Mit dem Bau eines Doppelhauses in der Dechant-Boßhammer-Straße zur Vermietung soll in der zweiten Jahreshälfte 2011 begonnen werden.

Die Anforderungen der Basel II – Ratingprozesse müssen weiterhin beachtet werden.

Euskirchen, 31. März 2011

Die Geschäftsführung:

(Knuth)

BILANZ ZUM 31.12.2011

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke mit Wohnbauten	38.940.173,81	39.509.221,14	2.610.500,00	2.610.500,00
2. Grundstücke mit Geschäftsbauten	1.135.524,00	1.061.435,29	-2.070,00	-2.070,00
3. Grundstücke ohne Bauten	1.584.190,96	1.034.613,05		
4. Grundstücke mit Erbbaurechten Dritter	205.553,10	205.553,10	1.305.250,00	1.305.250,00
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	102.704,00	110.902,49	5.507.250,48	5.507.250,48
6. Anlagen im Bau	2.596.234,96	308.788,11	3.969.220,88	3.753.840,00
7. Båuvorbereitungskosten	54.968,26	44.619.359,09	10.781.721,36	3.753.840,00
III. Finanzanlagen				
Andere Finanzanlagen	170,00	170,00	485.642,49	1.028.392,48
ANLAGEVERMÖGEN INSGESAMT	44.646.641,09	42.289.893,63	13.875.793,85	13.703.162,96
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte				
1. Grundstücke ohne Bauten	587.636,66	667.908,78	0,00	59.077,96
2. Båuvorbereitungskosten	39.668,18	39.443,04	113.355,43	107.141,51
3. Grundstücke mit unfertigen Bauten	0,00	238.949,76		
4. Grundstücke mit fertigen Bauten	59.671,78	79.063,69	23.914.637,48	23.571.506,70
5. Unfertige Leistungen	1.992.389,24	2.033.900,37		
6. Andere Vorräte	13.720,55	2.683.086,41	8.572.713,43	7.872.922,71
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Vermietung	12.085,26	30.697,07	2.420.294,97	2.514.448,46
2. Forderungen aus Betreuungstätigkeit	85.220,51	113.538,01	324.163,31	305.242,21
3. Sonstige Vermögensgegenstände	461.217,50	55.328,97	176.540,90	219.461,04
III. Flüssige Mittel				
Kassenstand, Guthaben bei Kreditinstituten			719.119,96	280.128,98
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
1. Gelbeschaffungskosten	2.378,00	3.358.317,68	120.535,33	291.600,40
2. Andere Rechnungsabgrenzungsposten	1.524,86	2.547,00	36.248.005,38	(291.407,43)
BILANZSUMME	50.237.349,75	48.924.692,92	195,09	0,00

davon aus Steuern € 119.085,37

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 1.1. - 31.12.2011

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
1. Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	7.089.201,96		7.064.445,67
b) aus Verkauf von Grundstücken	917.066,00		1.332.756,00
c) aus Betreuungstätigkeit	179.046,05	8.185.314,01	172.792,98
2. Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unfertigen Bauten sowie unfertige Leistungen		-320.740,32	-278.493,40
3. Andere aktivierte Eigenleistung		0,00	31,40
4. Sonstige betriebliche Erträge		110.465,39	262.942,61
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a) Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.634.266,93		2.776.469,88
b) Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	458.668,30		809.511,51
c) Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen	361,92	4.093.297,15	13,14
6. ROHERGEBNIS		3.881.741,93	4.968.480,73
7. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	875.982,44		831.070,43
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung davon für Altersversorgung € 55.406,90 (Vorjahr € 52.413,60)	241.000,37	1.116.982,81	232.842,02
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		987.564,88	1.412.937,94
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		330.276,72	283.540,69
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	11,15		11,85
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.964,66	27.975,81	33.371,05
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		810.771,08	807.974,09
13. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		664.122,25	1.433.498,46
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		13.732,94	242.266,93
15. Sonstige Steuern		164.746,82	162.839,05
16. JAHRESÜBERSCHUSS		485.642,49	1.028.392,48

BERICHT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Rahmenbedingungen Allgemeine Angaben

Die Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mbH wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 5. Dezember 2008 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist.

Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrags, des GmbH-Gesetzes sowie der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung bzw. der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Neben der Naturkatastrophe in Japan und den Revolutionen im arabischen Raum war die noch nicht überwundene Staatsschuldenkrise in Europa und auch - unter anderen Rahmenbedingungen - in den USA der größte Einflussfaktor auf die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2011. Der weltweite Vertrauenseinbruch setzte im Juli ein, als zeitgleich in den USA um die Ausweitung der Obergrenze für öffentliche Schulden und in der Europäischen Union um ein neues Hilfspaket für Griechenland sowie eine Reform des Rettungsfonds gerungen wurde.

Die Staatsfinanzen im Euroraum sind durch die Finanzkrise massiv in Mitleidenschaft gezogen worden. Etwa die Hälfte des Anstiegs der Defizitquote seit 2007 war auf Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und Aufwendungen zur Stabilisierung des Finanzsektors zurückzuführen. Die andere Hälfte reflektiert Einnahmeausfälle und Ausgabenzuwächse, die Folge des konjunkturellen Einbruchs waren. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Defizite im Zuge eines Aufschwungs quasi automatisch wieder verschwinden. Ursächlich für diese Annahme ist, dass die Rezession in einer Reihe von Ländern mit strukturellen Umbrüchen - insbesondere im Immobilienmarkt und im Bankensektor - einherging, die das Produktionspotenzial gesenkt haben dürften und wohl auch das Potenzialwachstum auf längere Zeit drücken werden. Hinzu kommt die Belastung durch den Schuldendienst, der infolge des höheren Schuldenstandes und wegen gestiegener Risikoprämien zunimmt.

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2011 wieder kräftig gewachsen. Im Jahresverlauf 2011 wurde auch das Vorkrisenniveau des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts wieder überschritten. Der wirtschaftliche Aufschwung fand dabei hauptsächlich in der ersten Jahreshälfte statt. Wachstumsimpulse kamen 2011 vor allem aus dem Inland. Insbesondere die privaten Konsumausgaben erwiesen sich als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung. Daneben war das Jahr 2011 wiederum geprägt von einer kräftigen Investitionsdynamik, während der Außenhandel einen geringeren Anteil am BIP-Wachstum hatte. Für die Prognose bestehen nach wie vor beträchtliche Risiken. Das größte Risiko wird allgemein in einer weiteren Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise gesehen, bei der das europäische Finanzsystem erneut ins Wanken geriete. Hier ist insbesondere relevant, dass sich viele Staaten eine Rekapitalisierung der nationalen Banken wohl nicht mehr leisten könnten, da die öffentlichen Haushalte bereits sehr stark angespannt sind. Eine Bankenkrise im Euroraum würde angesichts der Vernetzung im Finanzsektor vermutlich auf andere Länder übergreifen und hätte gravierende Konsequenzen für die Wirtschaft in Deutschland.

Branchenspezifische Entwicklung

Im Kreis Euskirchen wurden in 2011 rund 417 Wohnungen erstellt, insgesamt 9,2 % mehr als in 2010. Die Anzahl der Baugenehmigungen für zu erstellende Wohnungen stieg gleichfalls in 2011 um 17,6 %. Insgesamt wurden Baugenehmigungen für 468 Wohnungen erteilt. Teil dieser Statistik sind allerdings auch Plätze in Wohnheimen.

Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern.

Wohnungsmarkt	Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist nunmehr ein "Vermietermarkt". Die Vermietungssituation der Gesellschaft war nach wie vor zufriedenstellend.
Mietwohnungsbau	Das in 2010 mit dem Bau begonnene Mehrfamilienhaus mit 8 Wohnungen in Euskirchen, Carl-Schurz-Str. 12a und die in 2011 mit dem Bau begonnenen 2 Mieteinfamilienhäuser in der Dechant-Boßhammer-Str. 22-24 in Euskirchen-Kreuzweingarten sind zum Berichtszeitpunkt fertig gestellt und vermietet.
Instandhaltung / Instandsetzung	Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2011 betragen einschließlich der Aufwendungen für die Modernisierungen TEUR 2.157. Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.
Modernisierung	<p>Das Quartier Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit 11 Häusern wird zur Zeit modernisiert. Die in 2010 begonnene Modernisierung und Instandhaltung der Liegenschaft Hubert-Salentin-Str. 32 in Euskirchen wurde in 2011 abgeschlossen. Weiterhin wurde im Berichtszeitraum das Gebäude Hubert-Salentin-Str. 30 saniert und modernisiert. Mit der Modernisierung der Häuser Appelsgarten 12-14 wurde in 2011 begonnen.</p> <p>Die ebenfalls in 2010 begonnene Sanierung der Seniorenwohnanlage Dominikanerinnen Platz 2 in Euskirchen wurde Anfang 2012 fertig gestellt. Einhergehend mit der Fassadensanierung erhielt das Gebäude eine zusätzliche Wärmedämmung. Weiterhin wurden die Fenster und die Heizung modernisiert.</p>
Trägerbau	<p>Der Trägerbau für Ein- und Zweifamilienhäuser verlor im Kreis Euskirchen weiterhin an Bedeutung. So wurden in 2011 insgesamt 201 Ein- und Zweifamilienhäuser gebaut. Im Jahr 2010 waren es noch 267.</p> <p>Die seit 2010 im Bau befindlichen freistehenden Einfamilienhäuser in der Gothaer Str. 8-12 und in der Weimarer Str. 3 wurden in 2011 an die Erwerber übergeben. Mit dem Bau eines Mehrfamilienhauses in der Trierer Straße, Euskirchen mit 11 Eigentumswohnungen soll in 2012 begonnen werden.</p>
Entwicklung des Wohnungsbestands	<p>Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2011 insgesamt 1.319 Wohnungen, 7 gewerbliche Einheiten und 379 Garagen. Von den Wohnungen waren 686 freifinanziert, die anderen unterlagen öffentlich-rechtlicher Zweckbindung.</p> <p>Zum Wohnungsbestand der Gesellschaft kamen in 2011 durch den Ausbau der Dachgeschosse im Rahmen der Modernisierungen 2 Wohnungen und durch Ankauf eines Objekts eine gewerbliche Einheit hinzu. Im Gegenzug veräußerte die Gesellschaft ein älteres sanierungsbedürftiges Zweifamilienhaus.</p>

Fremdverwaltung

Ende 2011 wurden von der Gesellschaft 372 Wohnungen, 3 gewerbliche Einheiten, 89 Garagen für Dritte verwaltet.

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war in 2011 die Gesellschaft für 14 Wohnungseigentümergemeinschaften mit 229 Wohnungen und 134 Garagen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt. Davon stand eine Garage im Eigentum der Gesellschaft.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über 6 baureife Grundstücke mit 11.675 qm, 3 Grundstücke im Zustand der Erschließung mit 17.424 qm, 2 Ackerlandflächen mit 28.272 qm, 2 Waldgrundstücke mit 27.532 qm, eine Parzelle von 4.507 qm, die zur Zeit von der Stadt Euskirchen erschlossen wird und im Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche ausgewiesen ist, sowie 2 Gartenparzellen von 663 qm.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2011 ein Jahresüberschuss von TEUR 486 (Vorjahr: TEUR 1.028) ausgewiesen.

In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2011 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	1.474	2.334	-860
- Bauträgertätigkeit	178	256	-78
- Betreuungstätigkeit	179	173	6
- Sonstigem	11	12	-1
	1.842	2.775	-933
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	1.423	1.332	91
Betriebsergebnis	419	1.443	-1.024
Ergebnis der Finanzrechnung	28	33	-5
Ergebnis der neutralen Rechnung	52	-206	258
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	242	-229
Jahresergebnis	486	1.028	-542

Die Mietausfälle von TEUR 162 betragen 2,2 % (Vorjahr: 1,8 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 1,4 % (Vorjahr: 2,0 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2011.

Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und die Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend dem Wirtschaftsplan ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2012 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die in der Bilanz ausgewiesenen langfristigen Vermögenswerte, hauptsächlich Sachanlagen, sind fristgerecht durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel finanziert. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2011 um TEUR 1.312 auf TEUR 50.237 erhöht.

Es wurde für die durchgeführten Modernisierungen und Neubautätigkeiten in erheblichem Maße Eigenkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 88,9 % (Vorjahr: 86,4 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) 27,0 % (Vorjahr: 27,4 %).

Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren sind z.B. die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) mit 27,0 %, die Gesamtkapitalrentabilität mit 2,6 %, der

Cash Flow mit TEUR 1.461, die Fluktuationsquote mit 7,5 % und die Leerstandsquote mit 1,4 %.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Besondere Ereignisse im Geschäftsjahr Besondere Ereignisse sind im Geschäftsjahr 2011 nicht eingetreten.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB Betriebswirtschaftlich werden die Geschäftsprozesse mittels des ERP-Systems "Immotion" der GAP- Group weiterhin automatisiert. Insbesondere soll auch in 2012 die Optimierung des Kreditorenmanagements mittels der Schnittstelle BK01 weiterverfolgt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft nehmen auch in 2012 verstärkt an Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teil.

Ergänzende Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31. Dezember 2011 nicht eingetreten.

Risikobericht und Risikomanagement / Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar.

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden.

Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen.

Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Unverkäuflichkeit fertig gestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft.

Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungs-

maßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut.

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert.

Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierearm und seniorengerecht zu erstellen.

Die Anforderungen der Basel II-Ratingprozesse müssen weiterhin beachtet werden.

Euskirchen, 31. März 2012

Die Geschäftsführung:

(Knuth)

Kreis Krankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva		31.12.2011 €	31.12.2010 €	Passiva	
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Lizenzen		303.715,72	322.377,18	665.000,00	665.000,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert		191.787,14	128.020,33	3.782.695,79	3.782.695,79
		495.502,86	450.397,51	4.305.450,62	4.305.450,62
II. Sachanlagen				10.948.046,15	8.116.392,90
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		48.225.355,24	49.453.029,40	4.106,34	4.106,34
2. Technische Anlagen und Maschinen		994.213,57	1.136.324,98	922.479,49	842.942,03
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		5.283.651,61	6.346.799,26	1.212.006,33	2.831.653,25
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		1.793.448,88	571.710,87	21.835.784,72	20.548.240,93
		56.296.669,30	57.507.864,51		
III. Finanzanlagen				19.210.636,04	19.308.180,00
1. Beteiligungen		13.804,88	13.804,88	612.872,00	405.965,79
2. Anteile an assoziierten Unternehmen		14.700,00	14.700,00	11.504,00	9.295,00
3. Sonstige Ausleihungen		5.000,00	5.000,00	19.835.012,04	19.723.440,79
		33.504,88	33.504,88		
		56.825.677,04	57.991.766,90		
B. Umlaufvermögen				22.812,10	4.481,16
I. Vorräte				9.097.282,95	8.168.334,24
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		879.159,33	928.276,31	9.120.095,05	8.172.815,40
2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		1.222.100,00	1.176.700,00		
		2.101.259,33	2.104.976,31	23.966.236,00	25.074.545,15
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		6.485.897,50	7.685.465,67		
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht		109.246,00	217.291,00		
3. Sonstige Vermögensgegenstände		2.664.597,39	1.042.795,24	2.576.645,97	2.027.456,70
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 1.508.471,88; 31.12.2010: € 129.310,96)					
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		9.259.740,89	8.945.551,91	352.167,40	1.540.065,05
		7.532.155,08	5.775.778,34		
		18.893.155,30	16.826.306,56		
C. Ausgleichsposten nach dem KHG				150.000,00	230.018,31
I. Ausgleichsposten für die Eigenmittelförderung		3.490.074,24	3.490.074,24		
D. Rechnungsabgrenzungsposten				2.069.785,82	1.840.533,21
		801.028,82	923.222,68		
		80.009.935,40	79.231.370,38	29.114.835,19	30.712.618,42
				100.208,40	74.254,84
				80.009.935,40	79.231.370,38

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich

**Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2011**

	2011	2010
	€	€
1. Erlöse aus Altenpflege, Altenpfliegewohnungen und geriatrischer Rehabilitation	15.158.537,60	13.145.648,76
2. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	52.197.353,32	51.533.068,04
3. Erlöse aus Wahlleistungen	1.795.663,35	1.404.266,47
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.448.094,43	2.142.626,52
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.435.141,74	1.390.624,01
6. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen/unfertigen Leistungen	45.400,00	13.700,00
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.476.196,16	1.441.616,55
8. Umsatzerlöse	609.087,83	514.633,05
9. Sonstige betriebliche Erträge	3.201.426,29	3.178.639,22
	78.366.900,72	74.764.822,62
10. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-36.342.845,14	-33.778.621,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 2.562.612,63; 2010: € 2.399.088,07)	-9.123.337,14	-8.492.744,00
11. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-9.585.747,49	-9.361.560,75
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-8.792.329,06	-8.221.908,07
	-63.844.258,83	-59.854.833,82
Zwischenergebnis	14.522.641,89	14.909.988,80
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.848.415,51	1.834.021,13
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.663.350,46	2.592.084,95
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-1.983.787,72	-1.958.851,78
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-193.428,60	-210.518,58
	2.334.549,65	2.256.735,72
16. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.184.287,62	-4.232.172,52
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Aufwendungen überschreiten	-1.149,92	0,00
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.327.502,18	-8.811.792,93
	-14.512.939,72	-13.043.965,45
Zwischenergebnis	2.344.251,82	4.122.759,07
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	142.321,40	104.171,80
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.147.692,96	-1.175.475,80
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.338.880,26	3.051.455,07
21. Außerordentliche Erträge	0,00	1.140,00
22. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	-18.569,14
23. Außerordentliches Ergebnis	0,00	-17.429,14
24. Steuern	-47.336,47	-47.790,58
25. Konzern-Jahresüberschuss	1.291.543,79	2.986.235,35
26. Auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-79.537,46	-154.582,10
27. Konzerngewinn	1.212.006,33	2.831.653,25

Konzernlagebericht der Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, für das Geschäftsjahr 2011

A. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

1. Konzernstruktur

Mutterunternehmen ist die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH mit Sitz in Mechernich.

Die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH hält an der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH einen Anteil am Stammkapital in Höhe von 93,99 %; dies entspricht einem Betrag von T€ 5.361. Die verbleibenden 6,01 % oder T€ 343 des Stammkapitals der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält die Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH. Deren Stammkapital beträgt T€ 27,6. Die Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloß Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt.

An der Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 am Stammkapital von T€ 100 einen Geschäftsanteil von 51 %. Die übrigen T€ 49 des Stammkapitals werden vom Familienpflege der Franziskuswestern e. V., Essen, gehalten. Durch notariellen Vertrag vom 09. Dezember 2003 hat die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH im Zusammenhang mit der Übernahme des Geschäftsanteils der St. Antonius Betreibergesellschaft Schleiden mbH an der Liebfrauenhof Schleiden GmbH auch deren Verlustausgleichsverpflichtung übernommen. Diese besagt, daß die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH verpflichtet ist, die Verluste der Liebfrauenhof Schleiden GmbH, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von T€ 250 auszugleichen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von T€ 25,05 hält die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 51 % (T€ 12,75). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile in Höhe von jeweils T€ 6,15.

Partner für Generationen & die Region



Vorsitzender des Verwaltungsrates:
Rechtsanwalt Josef Reidt
Geschäftsführer:
Dr. Hans Rossels (Hauptgeschäftsführer)
Hermann Gerke
Manfred Herrmann

Kreissparkasse Euskirchen
BLZ 382 501 10 • Konto 3 300 050
Volksbank Euskirchen eG
BLZ 382 600 82 • Konto 200 916 018
Postbank Köln
RI Z 370 100 50 • Konto 25 024 508

Sitz der Gesellschaft:
Mechernich
Eingetragen beim Amtsgericht Bonn
HRB Nr. 10852
www.kreiskrankenhaus-mechernich.de
info@kreiskrankenhaus-mechernich.de



Bei der im Jahre 2008 neu strukturierten AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nach der Neuordnung das Stammkapital von T€ 25 zu 100 % in ihrem Besitz. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Wohlfahrtspflege. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich und durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums nach § 95 SGB V im Gebiet des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen erfüllt.

Das Stammkapital der im Jahre 2002 gegründeten KKM Servicegesellschaft mbH von T€ 25 ist zu 100 % im Besitz der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH. Gegenstand dieser Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen. Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestaltung, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speiserversorgung und Gebäudereinigung. Als 100 %ige Tochtergesellschaft der KKM Servicegesellschaft mbH ist mit notariellem Vertrag vom 15. März 2006 mit einem Stammkapital von T€ 25 die KKM Gebäudedienste GmbH gegründet worden. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen.

An der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 mit 49 % am Stammkapital in Höhe von T€ 30 beteiligt (Anteil: T€ 14,7). Die übrigen Geschäftsanteile in Höhe von 51 % hält die Caritas-Trägergesellschaft West. Für die Herbeiführung von im Gesellschaftsvertrag definierten strategischen Entscheidungen ist ein Einstimmigkeitsvorbehalt vorgesehen.

2. Markt- und Wettbewerbssituation

Der Krankenhausesektor in Nordrhein-Westfalen lässt sich durch folgende Daten kennzeichnen:

Von 1995 bis zum Jahre 2010 ist die Zahl der Krankenhäuser von 483 auf 404 zurückgegangen (-16,4 %). Bei zurückgehender Verweildauer (von 12,6 Tagen in 1995 auf 8,0 in 2010) ist die Zahl der vollstationär behandelten Patienten in dem gleichen Zeitraum von 3.725.000 in 1995 auf 4.194.500 in 2010 gestiegen (+12,6 %). Trotz der erheblichen Zunahme bei den vollstationär behandelten Patienten ist die Zahl der in den nordrhein-westfälischen Krankenhäusern beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von 257.000 in 1995 auf 238.400 in 2010 gesunken (-7,2 %).

Als Konsequenz der von der Bundesregierung in 2010 beschlossenen Sparpläne wird insbesondere für das Jahr 2012 ein weiterer erheblicher Abbau bei den Beschäftigten im Pflegedienst in den Krankenhäusern befürchtet. Obwohl durch die tariflichen

Vereinbarungen für den ärztlichen Dienst und die nicht-ärztlichen Beschäftigten im Jahre 2012 Mehrkosten bei den Krankenhäusern von deutlich über 3 % zu erwarten sind, wurde die maximale Steigerungsmöglichkeit der Einnahmen der Krankenhäuser bei 1,48 % eingefroren. Wenn eine zumindest teilweise Refinanzierung der tariflichen Mehrkosten ausbleibt, ist nicht nur mit einem größeren Abbau von Personal in den Krankenhäusern zu rechnen. Die mit einem Personalabbau einhergehende Arbeitsverdichtung und Unzufriedenheit lässt zudem eine weitere Abnahme der Attraktivität der medizinischen Berufe erwarten. Mittel- und langfristig könnte dies zu einem eklatanten Personalmangel führen und damit auch zu einer Beeinträchtigung der medizinischen Versorgung.

Die krankenhausesrelevanten Diskussionen des Jahres 2011 waren vorrangig beherrscht durch die Fragen der Ausgestaltung des Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstrukturgesetz). Die Stoßrichtungen des GKV-Versorgungsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 2011 sind vorrangig auf die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung sowie die Reform des vertragsärztlichen Vergütungssystems und weniger auf den stationären Krankenhaussektor ausgerichtet. Allerdings ist mit dem GKV-Versorgungsstrukturgesetz über den ambulanten spezialfachärztlichen Versorgungsbereich ein eigenständiger Sektor geschaffen worden. Die von der Krankenhausseite als zwingend erforderlich angesehene finanzielle Entlastung für die Kliniken ist im GKV-Versorgungsstrukturgesetz ausgeblieben. In Nordrhein-Westfalen haben sich die Krankenhäuser weiterhin mit der Diskussion der Eckpunkte des neu aufzustellenden Krankenhausrahmenplans befasst. Nach dem aktualisierten Arbeitsplan des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen soll der neue Krankenhausrahmenplan bis Ende 2012 fertiggestellt und veröffentlicht werden.

Die Situation im **Pflegesektor** lässt sich wie folgt beschreiben:

Für stationäre Einrichtungen der Altenhilfe haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen der Pflegeversicherung im Jahre 2011 nicht wesentlich verändert. Aktuelle gesetzgeberische Initiativen zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung basieren schwerpunktmäßig auf der Stärkung der ambulanten und teilstationären Versorgungsbereiche. Wesentliche Reformvorhaben für den stationären Leistungsbereich – wie z.B. die Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffes, die eine hohe Bedeutung für die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz in den stationären Einrichtungen besitzt – wurden erneut verschoben; das zuletzt mit dem im Januar 2012 durch den vom Bundesministerium für Gesundheit vorgelegten Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung. Das Gesundheitsministerium weist im Referentenentwurf darauf hin, dass vor Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes weitere Beratungen in einem Expertenbeirat durchzuführen sind. Die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Finanzierung von stationären Altenpflegeleistungen konnten damit auch im Jahre 2011 nicht zu Gunsten der Einrichtun-

gen und damit der in den Einrichtungen zu versorgenden Menschen verbessert werden.

Vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen ist für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** folgendes festzuhalten:

Nachdem in den zurückliegenden Jahren vorrangig der Aufbau von komplementären Leistungsangeboten über die mit der Kreiskrankenhaus Mechernich verbundenen Unternehmen im Vordergrund stand, war im Jahre 2011 der Fokus insbesondere auf verschiedene Weiterentwicklungsmaßnahmen im Kreiskrankenhaus Mechernich gerichtet. So konnten in den Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe sowie Urologie über die Fertigstellung von neuen Ambulanzräumen und eines neuen Wahlleistungsbereiches für die Gynäkologie und Geburtshilfe und einer neuen zentralen urologischen Raumeinheit erhebliche Verbesserungen für die Arbeitsabläufe und die Patientenversorgung erreicht werden. Mit der Inbetriebnahme einer Aufnahmestation mit Isoliermöglichkeit und neun Einzelzimmern wurde in besonderer Weise auf die erheblich gestiegenen Vorgaben des geänderten Infektionsschutzgesetzes reagiert. Darüber hinaus galt es im Jahre 2011, die neu geschaffenen Versorgungsangebote in den Tochtergesellschaften im Markt weiter zu etablieren. (Altenpflegeheim Barbarahof in Mechernich, Medizinisches Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd, Tagespflegeeinrichtung in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich).

3. Leistungsbereiche und Leistungsentwicklung

Die Entwicklung der zum Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zählenden Unternehmen stellte sich in 2011 wie folgt dar:

- Im Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 24. November 2005 ist die abgestimmte Struktur des **Kreiskrankenhauses Mechernich** krankenhauserplanerisch umgesetzt worden. Nach den Festlegungen wird das Kreiskrankenhaus Mechernich ab dem 01. Januar 2006 mit 413 Betten/Plätzen vorgehalten. Mit Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 21. Dezember 2010 ist die Zahl der Intensivpflegebetten für Erwachsene im Betten-Soll von 14 auf 18 Betten erweitert worden. Nach Abschluß der baulichen Erweiterungsmaßnahme der Intensivstation Ende 2012 soll die Kapazitätsaufstockung der Intensivpflege im Betten-Ist nachvollzogen werden.

Die Zahl der im Jahre 2011 im Kreiskrankenhaus Mechernich behandelten Patienten entspricht in etwa der Zahl des Vorjahres: Während im Jahre 2010 insgesamt 17.828 Patienten in den Fachabteilungen des Kreiskrankenhauses Mechernich behandelt wurden, waren es im Jahre 2011 17.806 (-22). Die Auslastung des Krankenhauses ist bezogen auf 403 vollstationäre Betten von 89,72 % in 2010 auf 86,84 % in 2011 zurückgegangen; der Rückgang ist im

wesentlichen auf die weitere Reduzierung der Verweildauer von 7,46 Tagen in 2010 auf 7,23 Tage in 2011 zurückzuführen.

Die für den Bereich der DRG-Leistungen vereinbarte Zahl der Casemixpunkte (17.300) konnte im Geschäftsjahr 2011 mit 17.270 Punkten nicht vollständig erreicht werden. Überproportionale Erlösanstiege im Bereich der Zusatzentgeltleistungen führten jedoch dazu, dass das mit den Krankenkassen vereinbarte Erlösbudget in Höhe von T€ 52.725 leicht übertroffen werden konnte.

- Zweck der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** ist die Förderung der Altenhilfe und des öffentlichen Gesundheitswesens insbesondere durch den Betrieb eines Geriatrischen Zentrums unterhalb der Akutgeriatrie in Zülpich. Die Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatrischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülpich) an. Seit April 2008 betreibt die Gesellschaft zudem das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreis-Krankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Dermatologie und seit dem 01. Januar 2011 Chirurgie. Mit Wirkung zum 01. April 2010 hat die Gesellschaft die Betriebsträgerschaft für das Altenpflegeheim Barbarahof in Mechernich (65 Plätze) übernommen.

Während die für die Ergebnissituation der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH besonders bedeutsame Geriatrische Rehabilitationsklinik im Jahre 2011 durchschnittlich mit 41 Patienten und damit leicht höher als im Vorjahr belegt war (durchschnittliche Belegung 2010: 40,5 Patienten), konnte insbesondere eine Steigerung in der Kurzpflegeeinrichtung des Geriatrischen Zentrums in Zülpich erreicht werden (von 5,4 in 2010 auf 7,5 in 2011).

Die Altenpflege im Barbarahof war in 2011 bei stetig steigenden Monatsauslastungen durchschnittlich mit 54,7 Bewohnern (84,2 %) belegt. Davon fielen 14,6 belegte Plätze (66,4 % von 22 Plätzen) auf die Betreuung geistig Behinderter im Barbarahof HPZ und 40,1 Bewohner auf den regulären Altenpflegebereich im Barbarahof einschließlich der eingestreuten Kurzzeitpflegeplätze. Die durchschnittliche Vermietungsquote der 82 betreuten Wohnungen lag bei 88,9 % (72,9 Wohnungen). Damit liegt die Zahl der vermieteten Wohnungen leicht über dem Vorjahresniveau.

- Die **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** betreibt zwei Altenpflegeheime, nämlich den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatrischen Zentrums in Zülpich mit 61 Plätzen. Die Belegung des Liebfrauenhofes in Schleiden hat im Jahre 2011 bei 102 Planplätzen durchschnittlich 102,5 betragen (Vorjahr:

103,1). Das Brabendstift in Zülpich ist bei 61 Planplätzen durchschnittlich von 60,8 Bewohnern genutzt worden (Vorjahr : 61,3).

- Die **Vivant- Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Hellenthal-Blumenthal sowie seit dem 01. April 2010 eine Tagespflegeeinrichtung mit 12 Plätzen in Verbindung zum Barbarahof. Die Entwicklung der Gesellschaft stellte sich auch im Geschäftsjahr 2011 weiterhin positiv dar: Die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle konnte gegenüber dem Vorjahr um 456 erhöht werden; die monatsdurchschnittliche Zahl der Betreuungen stieg um 38 auf insgesamt 512 Fälle an. Zur Erhöhung der Abrechnungsfälle trugen insbesondere die Sozialstation in Hellenthal-Blumenthal sowie die Sozialstation Zülpich bei. Die Auslastung der Tagespflege in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich lag im Berichtsjahr bei durchschnittlich 80,3 % bzw. 9,64 Plätzen.
- Die **AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** betreibt nach der Erweiterung im Jahre 2011 neben dem Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich (AOPZ) weiterhin das Medizinische Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd mit den Bereichen Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie Allgemeinmedizin. Die Inanspruchnahme des Ambulanten OP- Zentrums durch die Fachabteilungen des Kreiskrankenhauses Mechernich hat im Jahre 2011 weiter zugenommen: Die Zahl der Operationen bei Krankenhauspatienten ist von 1.148 in 2010 auf 1.279 in 2011 gestiegen (+ 131; +11,4 %).
- Da die Leistungserbringung der **KKM Servicegesellschaft mbH** auf Kostenerstattungsvereinbarungen beruht, werden die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Rahmenbedingungen der KKM Servicegesellschaft durch die Situation der Muttergesellschaft Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der mit ihr verbundenen Unternehmen determiniert.
- Wie bei der KKM Servicegesellschaft werden die Gebäudereinigungsleistungen durch die **KKM Gebäudedienste GmbH** auf der Grundlage von mit den übrigen Konzernunternehmen geschlossenen Dienstleistungsvereinbarungen durchgeführt.
- Die **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** hat in 2011 mit 4.647 Fällen 53 Patienten weniger behandelt als im Vorjahr (- 1,13 %). Die in der Entgeltvereinbarung mit den Kostenträgern fixierte Leistungsmenge konnte in 2011 nicht erreicht werden (- 161 Fälle; -76 Case-Mix-Punkte).

4. Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen

Im Jahre 2011 sind im **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen - wie im Vorjahr - insbesondere im Kreiskrankenhaus abgeschlossen bzw. begonnen worden. Abgeschlossen wurden die folgenden Maßnahmen:

- Ambulanzbereich für die Gynäkologie und Geburtshilfe
- Zentrale urologische Raumeinheit
- Wahlleistungsbereich Geburtshilfe/Gynäkologie
- Aufnahmestation mit Isoliermöglichkeit mit 9 Einzelzimmern

Nach Abschluss der Planungsphasen sowie Ausschreibung und Vergabe der ersten Gewerke wurden in 2011 folgende Baumaßnahmen begonnen:

- Errichtung einer neuen Station mit 35 Betten/Umbau von 40 Patientenbädern: Mit dieser Baumaßnahme ist im Oktober 2011 begonnen worden; die Baufertigstellung ist für Ende 2012 geplant. Nach den Ausschreibungen mußte das Kostenvolumen für die neue Station von T€ 2.850 auf T€ 3.000 erhöht werden; bei dem Umbau der 40 Patientenbäder, der ursprünglich mit T€ 700 veranschlagt worden ist, ist aktuell von Kosten in einer Höhe von T€ 960 auszugehen.
- Erweiterung der Intensivpflegeeinheit (mit Schaffung von zusätzlichen Räumlichkeiten für das Röntgeninstitut): Mit der Baumaßnahme zur Erweiterung der Erwachsenenintensivstation von 14 auf 18 Betten ist im Oktober 2011 begonnen worden; der Abschluß der Baumaßnahme ist für den 30. Dezember 2012 kalkuliert. Das geplante Kostenvolumen beträgt T€ 1.670.
- Errichtung eines Blockheizkraftwerkes: Mit der Baumaßnahme „Errichtung eines Blockheizkraftwerkes“ ist im Februar 2012 begonnen worden; das Bauwerk soll zum 30. Juni 2012 abgeschlossen werden, so daß eine Inbetriebnahme zum 01. Oktober 2012 angestrebt werden kann. Einschließlich der technischen Ausstattung ist ein Kostenvolumen von insgesamt T€ 900 geplant.
- Erweiterung des Ambulanten Zentrums Mechernich (Ärztehaus): Mit der Maßnahme ist im Juni 2011 begonnen worden. Durch erhebliche Probleme bei der Betonierung einer Decke erfolgt die Baufertigstellung voraussichtlich erst im Oktober 2012. Die Kosten, die von dem Generalanmieter getragen werden, belaufen sich auf T€ 430.

- Errichtung der Tagespflege in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden: Die von der Kreiskrankenhaus GmbH finanzierte Maßnahme mit einem Kostenvolumen von T€ 500 soll bis Mitte 2012 fertiggestellt werden.

5. Personal- und Sozialbereich

In 2011 wurden 1.358 Mitarbeiter in den Dienstarten ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienste, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 72,3 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Dienstarten.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Am 30. April 2002 ist die KKM Servicegesellschaft mbH als 100 %ige Tochtergesellschaft der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gegründet worden. Neben dem Zentraleinkauf (mit Betreiben des Zentrallagers) für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und alle mit ihr verbundenen Unternehmen sowie die Gebäudereinigung für die Konzernunternehmen über die 100 %ige Tochtergesellschaft KKM Gebäudedienste GmbH hat die KKM Servicegesellschaft mbH Aufgaben im Bereich der Personalgestellung übernommen. Über die KKM Servicegesellschaft mbH sind ab dem Jahre 2002 alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die geringfügig oder in der Gleitzone beschäftigt waren, eingestellt und an die Konzernunternehmen überlassen worden. Vor dem Hintergrund des mißbräulichen Einsatzes der Leiharbeit (z. B. Fall Schlecker) sowie zur Umsetzung der EU-Leiharbeitsrichtlinie ist das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz mit Wirkung 01. Dezember 2011 novelliert worden. Den durch die Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragend, hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH entschieden, die Personalgestellung in der KKM Servicegesellschaft mbH aufzugeben und alle dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die jeweiligen Einsatzunternehmen, d. h. in das Kreiskrankenhaus Mechernich sowie in die mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen zu übernehmen. Diese Maßnahmen sind mit Wirkung 01. Dezember 2011 umgesetzt worden.

In Nachfolge des 2011 verstorbenen Pflegedirektors für den konservativen Bereich ist Ende 2011 mit Wirkung 01. Januar 2012 eine neue Pflegedirektorin bestellt worden. Die neue Pflegedirektorin für den konservativen Bereich führt gemeinsam mit dem Pflegedirektor für den operativen Bereich den Pflege- und Funktionsdienst im Kreiskrankenhaus Mechernich.

Um die Neuropädiatrie als Schwerpunkt der Abteilung für Kinder- und Jugendmedizin stärker zu betonen, ist mit Wirkung 01. Oktober 2008 eine Leitende Abteilungsärztin für Neuropädiatrie bestellt worden. Zur weitergehenden Verankerung der Neu-

Partner für Generationen & die Region

ropädiatrie in der Abteilung für Kinder- und Jugendmedizin ist die Leitende Abteilungsärztin mit Wirkung 01. Januar 2012 zur Chefärztin für Neuropädiatrie im Kollegialsystem mit dem Chefarzt für Kinder- und Jugendmedizin bestellt worden.

Zur weiteren Verbesserung der ökologischen und wirtschaftlichen Situation wird am Kreiskrankenhaus Mechernich ein Blockheizkraftwerk nach dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) errichtet: Mit dem Blockheizkraftwerk wird eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes von 4.207 t je Jahr um 897 t auf 3.310 t je Jahr angestrebt; weiterhin wird ein Einsparpotential von 119 T€ pro Jahr erwartet. In 2011 ist entschieden worden, dass BHKW nicht in der alten Heizzentrale, sondern in unmittelbarer Nähe zur aktuellen Heizzentrale zu errichten. Die Inbetriebnahme des BHKW ist für das 4. Quartal 2012 geplant.

B. Darstellung der Lage

1. Ertragslage

Im Jahre 2011 wurde ein Konzerngewinn von T€ 1.212 nach T€ 2.831 in 2010 erwirtschaftet. Der Ergebnismrückgang (./ T€ 1.619) ist insbesondere auf einen Ergebnismrückgang in der Muttergesellschaft Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zurückzuführen. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2011 Gewinnanteile in Höhe von T€ 80 zugewiesen.

Die Gesamtleistung des Konzerns konnte in 2011 um T€ 3.580 (+5,0%) wiederum gesteigert werden. Der Anstieg der Gesamtleistung ist mit T€ 1.361 (+2,5%) auf den Bereich der stationären und ambulanten Krankenhausleistungen und mit T€ 2.013 (+15,3%) auf die Bereiche der Altenpflege, der betreuten Seniorenwohnungen und der Geriatrischen Rehabilitation zurückzuführen. Der Anstieg im Bereich der Altenpflege wurde dabei im Wesentlichen durch den erstmals ganzjährigen Betrieb und die gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene durchschnittliche Auslastung des Barbarahofes in Mechernich erreicht.

Personal- und Sachkosten haben sich im Geschäftsjahr 2011 stärker erhöht als die Gesamtleistung, so dass das Konzernergebnis gegenüber dem Vorjahr deutlich abgenommen hat. Die Personalkosten nahmen konzernweit um T€ 3.194 (+7,6%) zu. Neben tariflichen Personalkostensteigerungen hat sich auch die leistungsbedingte Erhöhung der Mitarbeiterzahl ausgewirkt. Aufgrund der Durchführung größerer Instandhaltungsmaßnahmen haben sich die Instandhaltungskosten im Kreiskrankenhaus Mechernich gegenüber dem Vorjahr um T€ 899 erhöht.

Zu den Leistungsentwicklungen in den einzelnen Konzerngesellschaften ist insbesondere auf die Darlegungen unter Punkt A. 3. zu verweisen.

2. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des Konzerns hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert: Der Konzerngewinn in Höhe von T€ 1.212 führte bei einer um 0,9 % leicht erhöhten Bilanzsumme zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote von 25,9% auf 27,3%.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um T€ 778 auf T€ 80.010. Auf der Passivseite steht dem durch den Konzerngewinn gestiegenen Eigenkapital ein Rückgang des Fremdkapitals gegenüber. Der Rückgang des Fremdkapitals ist überwiegend auf die planmäßige Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und den Abbau der Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht zurückzuführen. Die Rückstellungen haben sich insbesondere aufgrund des Anstieg der Rückstellungen für Überstunden und Urlaub sowie für Abrechnungsrisiken um T€ 947 erhöht. Auf der Aktivseite wird der Anstieg der liquiden Mittel durch einen überwiegend abschreibungsbedingten Rückgang des Anlagevermögens kompensiert. Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von T€ 4.591 stehen Abschreibungen in Höhe von T€ 4.184 gegenüber.

Der Finanzmittelbestand betrug zum Bilanzstichtag T€ 7.532 (Vorjahr: T€ 5.775). Im Vergleich zum Vorjahr wurde wiederum ein deutlicher Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt. Aus dem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit konnte der Mittelbedarf für die Finanzierung der Investitionen in das Anlagevermögen sowie für die Rückführung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gedeckt werden. Die verbleibenden finanziellen Mittel dienen der Erhöhung des Finanzmittelbestandes.

Die Ertrags- und Ergebnissituation als auch die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als sehr stabil zu bezeichnen.

C. Zukünftige Entwicklung des Unternehmens

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vor dem Hintergrund des altersbedingten Ausscheidens des jetzigen Ärztlichen Direktors zum Ende des Jahres 2012 ist mit Wirkung 01. Juli 2012 die Ärztliche Direktion des Kreiskrankenhauses Mechernich neu bestellt worden. Der zum neuen Ärztlichen Direktor bestellte Chefarzt der Medizinischen Klinik 2 wird zukünftig unterstützt von zwei Stellvertretern, nämlich zum einen für den operativen Bereich durch den Chefarzt der Abteilung für Anästhesiologie, operative Intensivmedizin und Schmerztherapie sowie zum anderen für den konservativen Bereich durch den Chef-

arzt der Medizinischen Klinik 3 (Akutgeriatrie). Die Bestellungen gelten für den Zeitraum von drei Jahren, d.h. bis zum 30. Juni 2015.

Im März 2012 hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einem auf 10 Jahre ausgelegten Dienstleistungs- und Mietvertrag mit einer logopädischen Praxis zugestimmt. Der Dienstleistungsvertrag regelt die Leistungserbringung für das Kreiskrankenhaus Mechernich und die mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen.

2. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Risikobericht)

Chancen und Risiken der Krankenhausbranche und des Pflegesektors sind unter A.2. skizziert worden.

Während der für Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2012 vereinbarte und genehmigte Landesbasisfallwert mit 2.960,67 € aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nur um einen Wert unterhalb von 1,5 % gesteigert werden konnte, wirken sich insbesondere die erheblich höheren tariflich bedingten Steigerungen bei den Personalkosten ergebnisbelastend aus. Die tariflichen Mehrkosten für die ärztlichen und nicht-ärztlichen Mitarbeiter der kommunalen Krankenhäuser liegen insgesamt deutlich über 3 %. Sofern seitens der Bundesregierung kein zumindest teilweiser Ausgleich der tariflichen Mehrkosten beschlossen wird, entsteht für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in diesem Bereich in 2012 eine Deckungslücke von über T€ 700.

Die im Jahre 2010 beschlossene Errichtung einer weiteren Tagespflegeeinrichtung mit zwölf Plätzen in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden soll Mitte des Jahres 2012 in die Nutzung überführt werden. Mit der Errichtung der Tagespflege sollen die Angebote des Unternehmensverbundes Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Altkreis Schleiden in der ambulanten Pflege sowie in der Dauer- und Kurzzeitpflege komplettiert werden. Aktuell prüft der Unternehmensverbund, in Ergänzung zu den Einrichtungen in Mechernich und Schleiden in Verbindung zum Brabenderstift in Zülpich eine weitere Tagespflegeeinrichtung zu etablieren. Mit dem Aufbau von Angeboten in der Tagespflege strebt der Unternehmensverbund eine weitere Verbesserung seiner Wettbewerbsposition im Bereich der Altenpflege an.

Für das Jahr 2012 werden insgesamt keine Gefahren für die Entwicklung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gesehen.

3. Zukünftige Lageentwicklung (Prognosebericht)

Unter Berücksichtigung der aktuell verhandelten Entgeltvereinbarung für das Jahr 2012 geht die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** davon aus, die tariflich be-

Partner für Generationen & die Region

dingten Mehrkosten zumindest teilweise auffangen zu können, so dass wie in den Vorjahren mit einem positiven Jahresergebnis gerechnet werden kann.

Die Belegung des Kreiskrankenhauses Mechernich stellt sich im ersten Quartal des Jahres 2012 bei den fachabteilungsbezogenen Fallzahlen mit 4.690 Fällen in etwa in der Größenordnung des Vorjahres dar (4.670 Fachabteilungsfälle; + 20,0). Bei den die Ertragsseite bestimmenden Casemixpunkten ist eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu konstatieren, nämlich eine Steigerung von 4.530 Punkten im ersten Quartal 2011 auf 4.780 Punkte im ersten Quartal 2012 (+ 250 Punkte; + 5,5 %).

Für die **übrigen Konzernunternehmen** ist für die Jahre 2012 und 2013 folgendes festzuhalten:

Für die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wird für das Jahr 2011 ein negatives Ergebnis von T€ ./ 14 ausgewiesen; im Jahre 2010 war ein negatives operatives Ergebnis von T€ ./ 36 erwirtschaftet worden. Über die Kurzpflegeeinrichtung sind verglichen mit dem Jahre 2010 insgesamt Mehrerlöse von T€ 46 erwirtschaftet worden.

Die Belegungssituation in der Geriatrischen Rehabilitation in den Monaten Januar bis März 2012 stellte sich im Vorjahresvergleich zwar leicht rückläufig dar. Mit durchschnittlich 42,0 belegten Plätzen liegt die Belegung aber oberhalb der durchschnittlichen Vorjahresbelegung (41,0 Plätze). Unter Berücksichtigung der sich weiterhin positiv darstellenden Auslastungssituation der Kurzzeitpflegeeinrichtung wird für 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Allerdings könnte die Ergebnissituation der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH durch einen im ersten Quartal 2012 aufgetretenen Schaden im Bewegungsbecken ggf. außerordentlich in einer Größenordnung von T€ 50 belastet werden. Wie in den Vorjahren, hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Altenpflegeheim Barbarahof in Mechernich und für das Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich die Übernahme etwaiger Verluste im Jahre 2012 beschlossen. Aufgrund der zwischenzeitlich nahezu erreichten Vollauslastung wird für den Barbarahof für 2012 allerdings ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Für die **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** mit ihren Altenpflegeeinrichtungen in Schleiden und Zülpich resultiert in 2011 ein Überschuss von T€ 31, wobei der Liebfrauenhof in Schleiden ein positives Ergebnis von T€ 59 ausweist und für das Brabenderstift in Zülpich ein negatives Ergebnis von T€ ./ 28 dokumentiert ist. Bei Würdigung des Ergebnisses für den Liebfrauenhof in Schleiden sind die Auswirkungen der von der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gewährten Mietreduzierung von 25 % und einer Höhe von T€ 189 im Jahr 2011 zu berücksichtigen; ohne diese Mietreduzierung würde für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH ein negatives Ergebnis von rund T€ ./ 158 resultieren. In den Monaten Januar bis März 2012 konnte das hohe Auslastungsniveau des Vorjahres im Liebfrauenhof in Schleiden nicht erreicht

werden; im Durchschnitt waren im Liebfrauenhof Schleiden lediglich 97 Plätze ausgelastet. Diese Entwicklung ist insbesondere auf die Inbetriebnahme einer weiteren Altenpflegeeinrichtung in Hellenthal zurückzuführen. Obwohl sowohl für den Liebfrauenhof in Schleiden als auch für das Brabenderstift in Zülpich mit Wirkung 01. April 2012 höhere Entgelte vereinbart werden konnten, wird für die Altenpflegeeinrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH unter Berücksichtigung des Überschusses im Investitionskostenbereich im Jahre 2012 ein Jahresfehlbetrag von bis zu T€ 100 erwartet. Soweit sich die Belegungssituation über das erste Quartal 2012 hinaus dauerhaft niedriger darstellt als die Vorjahresbelegung, ist auch ein höherer Jahresfehlbetrag nicht auszuschließen.

Für die **Vivant- Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist im Geschäftsjahr 2011 ein Jahresüberschuss von T€ 133 gegenüber einem Vorjahreswert von T€ 119 erwirtschaftet worden. Die Sozialstationen in Mechernich, Zülpich und Weilerswist konnten je ein positives Jahresergebnis erreichen; die Sozialstation in Hellenthal-Blumenthal sowie die Tagespflege in Mechernich verzeichneten dagegen erwartungsgemäß Verluste. Zur Erweiterung der Angebotsstruktur wird die Vivant im zweiten Halbjahr 2012 eine weitere Tagespflegeeinrichtung mit zwölf Plätzen auf dem Gelände des Liebfrauenhofes in Schleiden in direkter Anbindung an das dortige Pflegeheim in Betrieb nehmen. Die Ergebnisse der ersten Monate des Jahres 2012 lassen für die Vivant gGmbH wieder ein deutlich positives Jahresergebnis erwarten. Lediglich für die Sozialstation in Hellenthal-Blumenthal wird aufgrund der Konkurrenzsituation auch im Jahre 2012 noch eine Verlustsituation erwartet. Für die Tagespflegeeinrichtung am Barbarahof in Mechernich wird ein annähernd ausgeglichenes Ergebnis prognostiziert. Mit Anlaufverlusten ist in 2012 für die geplante Tagespflegeeinrichtung am Standort Schleiden in Verbindung zum Liebfrauenhof zu rechnen.

Die ergebnisbestimmende Einrichtung der **AmbuMed-Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH**, das Ambulante OP Zentrum in Zülpich, hat in 2011 ein positives Ergebnis von T€ 46 erwirtschaftet. Auch für das Jahr 2012 wird unter Berücksichtigung der Leistungsentwicklung in den ersten Monaten und bei Ansatz der weiterhin geltenden Verlustübernahme für das von der AmbuMed getragene Medizinische Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd durch die Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH ein positives Jahresergebnis erwartet.

Die Geschäftsführung der **St. Antonius Krankenhauses Schleiden gGmbH** hat für 2011 in einer Hochrechnung ein negatives Ergebnis von ca. T€ 220 ausgewiesen. Für 2012 hat die Krankenhausgeschäftsführung im Wirtschaftsplan ein negatives Ergebnis von T€ 396 dargestellt.

Für das Mutterunternehmen **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wird – trotz der aktuell nicht gegebenen Refinanzierung der tarifbedingten Mehrkosten im Personalbereich – für 2012 ein positives Ergebnis oberhalb von T€ 500 erwartet. Das Jahresergebnis der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist in 2012 durch die weiter

Partner für Generationen & die Region



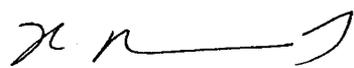
Vorsitzender des Verwaltungsrates:
Rechtsanwalt Josef Reidt
Geschäftsführer:
Dr. Hans Rossels (Hauptgeschäftsführer)
Hermann Gemke
Manfred Herrmann

Kreissparkasse Euskirchen
BLZ 382 501 10 • Konto 3 300 050
Volksbank Euskirchen eG
BLZ 382 600 82 • Konto 200 916 018
Postbank Köln
BLZ 370 100 50 • Konto 25 024 508

Sitz der Gesellschaft:
Mechernich
Eingetragen beim Amtsgericht Bonn
HRB Nr. 10852
www.kreiskrankenhaus-mechernich.de
info@kreiskrankenhaus-mechernich.de

geltenden Verlustübernahmen für das in der Trägerschaft der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH stehende Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich, das in der Trägerschaft der AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH stehende Medizinische Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd, den in der Trägerschaft der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH stehenden Barbarahof sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden belastet. Unter Berücksichtigung des erwarteten positiven Ergebnisses der Muttergesellschaft und der finanziellen Unterstützungen der verschiedenen Konzerngesellschaften wird für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** in 2012 ein Ergebnis in der Größenordnung des Ergebnisses des Mutterunternehmens geplant. Für 2013 werden aktuell keine Entwicklungen gesehen, die zu schlechteren Ergebniserwartungen als für das Jahr 2012 führen könnten.

Mechernich, den 29. Mai 2012



(Dr. Hans Rossels)

Hauptgeschäftsführer



(Hermann Gemke)

Geschäftsführer



(Manfred Herrmann)

Geschäftsführer

Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2011

Der Gesellschaftsvertrag der Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH enthält in der für das Jahr 2011 geltenden Fassung (Notarurkunde vom 15. Juli 2010) in § 2 zum Gegenstand der Gesellschaft folgende Bestimmungen:

§ 2 – Gegenstand der Gesellschaft, Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe.

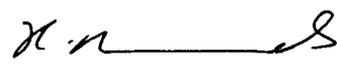
Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die dem Zweck der Gesellschaft dienen. Darüber hinaus darf sie sich an anderen Gesellschaften beteiligen sowie die Betriebsführung von anderen Einrichtungen übernehmen, soweit damit der Zweck nach Absatz 1 erfüllt wird.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung des Konzerns Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH im Geschäftsjahr 2011 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrags entsprochen hat.

Mechernich, den 22. Juni 2012

Kreis-Krankenhaus Mechernich GmbH



(Dr. Hans Rossels)
Hauptgeschäftsführer



(Hermann Gemke)
Geschäftsführer



(Manfred Herrmann)
Geschäftsführer

AKTIVSEITE	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR	PASSIVSEITE 31.12.2010 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und dafür geleistete Anzahlungen	290.425,00	302.123,00	665.000,00
1. Sachanlagen	31.133.586,51	31.984.953,00	3.782.695,79
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	839.582,00	937.389,00	4.304.594,44
2. technische Anlagen	4.457.231,21	5.492.297,21	9.958.460,93
3. Einrichtungen und Ausstattungen	1.793.448,88	586.227,64	1.277.018,25
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	38.223.848,60	38.972.866,85	19.987.769,41
II. Finanzanlagen	5.596.804,95	5.596.804,95	19.210.636,04
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	14.700,00	14.700,00	612.872,00
2. Beteiligungen	5.000,00	5.000,00	8.209,00
3. sonstige Ausleihungen	5.616.504,95	5.616.504,95	19.831.717,04
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	579.390,37	594.110,07	20.808,00
1. Roh-, Hilfs- und Beibsstoffe	1.222.100,00	1.176.700,00	8.237.061,67
2. unfertige Erzeugnisse, unterfertige Leistungen	1.801.490,37	1.770.810,07	8.257.869,67
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.613.585,43	6.747.609,39	3.117,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	109.246,00	217.291,00	7.358.443,96
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	1.497.219,81	1.735.052,05	7.351.960,96
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.495.439,55	864.970,85	12.619.538,01
4. sonstige Vermögensgegenstände			12.864.545,23
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			580.563,14
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht			734.600,75
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen			10.224.237,22
4. sonstige Vermögensgegenstände			10.393.775,56
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			2.184.522,94
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht			1.508.728,07
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen			1.508.728,07
4. sonstige Vermögensgegenstände			352.167,40
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			1.047.802,30
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht			218.969,40
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen			1.540.065,05
4. sonstige Vermögensgegenstände			150.000,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			827,75
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht			230.018,31
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen			109.440,25
4. sonstige Vermögensgegenstände			0,00
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			129.582,70
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht			528.277,81
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen			1.648.307,61
4. sonstige Vermögensgegenstände			1.333.762,16
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			17.084.118,66
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht			16.049,08
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen			66.256.542,17
4. sonstige Vermögensgegenstände			1.954.156,47
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	9.715.490,79	9.564.923,29	230.018,31
1. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	7.108.995,19	5.322.688,34	129.582,70
2. Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074,24	3.490.074,24	528.277,81
3. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung			1.648.307,61
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	9.713,03	50.234,05	18.005.396,63
1. Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	66.256.542,17	65.090.224,79	12.057,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.954.156,47	2.302.283,63	66.050.224,79
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.954.156,47	2.302.283,63	2.302.283,63
Haftungsverhältnisse			

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011
der
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich**

	2011		2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	52.197.353,32		51.533.068,04	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	1.795.663,35		1.404.266,47	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.448.094,43		2.142.626,52	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.435.141,74		1.390.624,01	
5. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	45.400,00		13.700,00	
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10	1.390.268,70		1.355.689,09	
7. sonstige betriebliche Erträge	<u>4.255.270,43</u>	63.567.191,97	<u>4.318.641,56</u>	62.158.615,69
8. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	27.816.706,77		26.483.475,79	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung EUR 2.284.668,00 (im Vorjahr: EUR 2.163.896,71)	7.128.035,85		6.762.740,71	
	<u>34.944.742,62</u>		<u>33.246.216,50</u>	
9. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.388.337,71		8.268.911,02	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>9.337.002,08</u>	<u>17.725.339,79</u>	<u>8.924.236,80</u>	<u>17.193.147,82</u>
Zwischenergebnis		10.897.109,56		11.719.251,37
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen davon Fördermittel nach dem KHG EUR 1.848.415,51 (im Vorjahr: EUR 1.834.021,13)	1.848.415,51		1.834.021,13	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	<u>2.662.740,42</u>	4.511.155,93	<u>2.592.084,95</u>	4.426.106,08
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	1.983.523,72		1.958.851,78	
13. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	193.428,60		210.518,58	
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.424.052,71		3.546.923,47	
15. sonstige betriebliche Aufwendungen,	<u>8.264.390,57</u>	<u>13.865.395,60</u>	<u>8.654.981,29</u>	<u>14.371.275,12</u>
Zwischenergebnis / Übertrag:		1.542.869,89		1.774.082,33

	2011		2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag:		1.542.869,89		1.774.082,33
16. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen EUR 41.373,29 (im Vorjahr: EUR 96.092,21)	169.158,30		146.489,34	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen,	601.313,71		593.172,40	
		<u>-432.155,41</u>		<u>-446.683,06</u>
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.110.714,48		1.327.399,27
19. außerordentliche Erträge	0,00		1.140,00	
20. außerordentliche Aufwendungen	0,00		17.824,14	
21. außerordentliches Ergebnis		<u>0,00</u>		<u>-16.684,14</u>
Zwischenergebnis		1.110.714,48		1.310.715,13
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		14.651,00		16.341,00
23. sonstige Steuern		<u>17.045,17</u>		<u>17.355,88</u>
24. Jahresüberschuss		<u><u>1.079.018,31</u></u>		<u><u>1.277.018,25</u></u>

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, Mechernich

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	31.12.2011		31.12.2010		Passiva	
	€	€	€	€	31.12.2011	31.12.2010
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Lizenzen	5.731,34	6.708,34			5.704.000,00	5.704.000,00
2. Geschäftswert	115.850,14	18.333,33			-440.326,41	-1.404.497,89
	121.581,48	25.041,67			-13.983,17	964.171,48
II. Sachanlagen					5.249.690,42	5.263.673,59
1. Grundstücke und Bauten	16.221.431,83	16.656.951,83			257.033,99	247.395,00
2. technische Anlagen	108.478,00	145.495,00			257.033,99	247.395,00
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	672.664,19	731.800,18				
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	13.483,23				
	17.002.574,02	17.547.730,24			10.312.904,42	11.047.246,52
III. Finanzanlagen					154.223,26	197.672,56
1. Beteiligungen	13.804,88	13.804,88			2.432.952,56	2.317.609,03
2. sonstige Ausleihungen	0,00	0,00			211.923,59	163.520,47
	13.804,88	13.804,88			13.112.003,83	13.726.048,58
	17.137.960,38	17.586.576,79			19.939,55	7.055,56
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	47.799,50	48.587,33				
	47.799,50	48.587,33				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	411.402,52	474.026,97				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	5.816,78	10.800,00				
3. sonstige Vermögensgegenstände	133.673,58	87.372,01				
	550.892,88	572.198,98				
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	116.457,72	168.930,40				
	715.150,10	789.716,71				
C. Rechnungsabgrenzungsposten	785.557,31	867.879,23				
	18.638.667,79	19.244.172,73			18.638.667,79	19.244.172,73

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2011

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	5.768.745,82	4.262.451,79
2. Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
3. sonstige betriebliche Erträge	2.908.586,39	4.148.196,60
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-677.500,23	-570.045,49
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.779.007,30	-1.456.601,96
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.451.283,25	-1.997.458,36
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (davon für Altersversorgung: € 167.518,25; 2010: € 137.295,74)	-634.908,86	-521.569,70
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	-643.803,59	-589.355,30
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.976.035,03	-1.748.927,08
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen: € 244,20; 2010: € 244,20)	9.844,52	51.602,65
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen: € 49.359,81; 2010: € 95.219,35)	-531.823,42	-607.323,45
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7.184,95	970.969,70
10. sonstige Steuern	-6.798,22	-6.798,22
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-13.983,17	964.171,48

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechnernich

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	31.12.2011		31.12.2010		Passiva	
	€	€	€	€	31.12.2011	31.12.2010
A. Umlaufvermögen						
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Sonstige Vermögensgegenstände	44.273,72	45.117,24			27.609,76	27.609,76
II. Guthaben bei Kreditinstituten	1.081,99	565,54			13.654,70	12.499,80
	45.355,71	45.682,78			127,57	1.154,90
					41.392,03	41.264,46
					22,00	0,00
					1.300,00	1.300,00
					1.322,00	1.300,00
					0,00	1.271,16
					2.641,68	1.847,16
					2.641,68	3.118,32
	45.355,71	45.682,78			45.355,71	45.682,78

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2011

	2011	2010
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	9.273,36	10.815,92
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-8.583,60	-8.583,60
b) Soziale Abgaben	-689,76	-697,92
3. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.234,56	-1.534,40
4. Erträge aus Beteiligungen	1.380,49	1.380,49
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,88	2,31
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-11,63
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	150,81	1.371,17
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-23,24	-216,27
Jahresüberschuss	127,57	1.154,90

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2011

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	507.474,41	530.168,60
2. Sonstige betriebliche Erträge	203.676,36	0,00
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-203.167,44	-220.037,00
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-72.025,99	-94.543,03
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	343,66	329,65
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-139.667,64	-208.871,93
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	296.633,36	7.046,29
7. Sonstige Steuern	-9.699,23	0,00
Jahresüberschuss	286.934,13	7.046,29
8. Belastung/Gutschrift auf Kapitalkonten	-286.934,13	-7.046,29
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Bilanz zum 31. Dezember 2011

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 TEUR	31.12.2011 EUR	31.12.2010 TEUR
AKTIVSEITE				
A. ANLAGEVERMOGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	35.645,00	43		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	5.377.548,35	5.708		
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	579.871,85	616		
3. Technische Anlagen	139.819,00	152		
4. Einrichtungen und Ausstattungen	1.162.424,00	1.255		
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	24.251,53	5		
	<u>7.283.914,73</u>	<u>7.736</u>		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	91.975,08	96		
2. Unfertige Leistungen	73.029,30	71		
	<u>165.004,38</u>	<u>167</u>		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.350.201,31	1.268		
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntG/BPflV	229.173,24	0		
- 214.001,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)				
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	9.777,40	0		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	235.128,61	116		
	<u>1.824.280,56</u>	<u>1.384</u>		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.309.218,49	2.344		
C. AUSGLEICHSPOSTEN NACH DEM KHG				
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	166.563,42	167		
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
Andere Abgrenzungsposten	4.733,84	17		
	<u>10.789.360,42</u>	<u>11.859</u>		
PASSIVSEITE				
A. EIGENKAPITAL				
1. Gezeichnetes Kapital	30.000,00	30		
2. Kapitalrücklagen	272.483,22	272		
3. Gewinnrücklagen	3.063.913,89	3.064		
4. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	43.767,20	-56		
5. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-304.013,46	99		
	<u>3.106.150,85</u>	<u>3.409</u>		
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS				
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	2.991.548,35	3.117		
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	138.427,00	136		
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	319.449,00	352		
	<u>3.449.424,35</u>	<u>3.605</u>		
C. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	94.500,00	0		
2. Sonstige Rückstellungen	669.668,07	917		
	<u>764.168,07</u>	<u>917</u>		
D. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.094.067,08	659		
- 81.170,08 EUR (Vorjahr 55 TEUR)				
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	333.008,13	622		
- 333.008,13 EUR (Vorjahr 622 TEUR)				
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	9.373,38	33		
- 9.373,38 EUR (Vorjahr 33 TEUR)				
4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht davon nach KHEntG/BPflV	714.916,58	575		
- 0,00 EUR (Vorjahr 33 TEUR)				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr				
714.916,58 EUR (Vorjahr 575 TEUR)				
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon mit einer Restlaufzeit von einem Jahr	9.239,65	38		
- 9.239,65 EUR (Vorjahr 38 TEUR)				
6. Sonstige Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	301.780,33	930		
- davon aus Steuern				
- 137.226,02 EUR (Vorjahr 149 TEUR)				
	<u>2.462.385,15</u>	<u>2.857</u>		
E. AUSGLEICHSPOSTEN AUS DARLEHENSFORDERUNG				
	1.007.232,00	1.069		
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	0,00	1		
	<u>10.789.360,42</u>	<u>11.856</u>		

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> TEUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	12.218.841,66	12.038
2. Erlöse aus Wahlleistungen	279.529,85	293
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	330.394,12	435
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	769.069,06	684
5. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	2.072,21	-63
6. Sonstige betriebliche Erträge	1.444.837,81	868
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre 157.130,00 EUR (Vorjahr 5 TEUR)		
	<u>15.044.744,71</u>	<u>14.255</u>
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.766.117,19	7.445
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.699.937,89	1.608
- davon für Altersversorgung 441.823,90 EUR (Vorjahr 388 TEUR)		
	<u>9.466.055,08</u>	<u>9.053</u>
8. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.656.710,31	1.553
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>2.136.830,27</u>	<u>1.797</u>
	<u>3.793.540,58</u>	<u>3.350</u>
Zwischenergebnis	<u>1.785.149,05</u>	<u>1.852</u>
9. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	463.864,36	433
- davon Fördermittel nach dem KHG 463.864,36 EUR (Vorjahr 433 TEUR)		
10. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	491.647,07	418
11. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343,00	61
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	488.985,55	408
13. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	<u>26.528,63</u>	<u>43</u>
	501.340,25	461
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	771.438,85	690
15. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.782.931,28	1.548
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre 4.327,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
	<u>2.554.370,13</u>	<u>2.238</u>
Zwischenergebnis	<u>-267.880,83</u>	<u>75</u>
16. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29.748,34	71
- davon aus Abzinsung 620,15 EUR (Vorjahr 40 TEUR)		
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60.295,22	62
- davon aus Aufzinsung 5.586,78 EUR (Vorjahr 1 TEUR)		
	<u>30.546,88</u>	<u>9</u>
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-298.427,71	84
19. Außerordentlicher Ertrag/außerordentliches Ergebnis	0,00	21
20. Steuern	5.585,75	6
- davon vom Einkommen und vom Ertrag 2.336,00 EUR (Vorjahr 2 TEUR)		
21. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	<u><u>-304.013,46</u></u>	<u><u>99</u></u>

Anlage II

Bilanz zum 31. Dezember 2011

	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	TEUR	TEUR
<u>P.A.S.S.I.V.S.E.I.T.E</u>			
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital	100.000,00		100
II. Gewinnrücklagen	1.070,00		1
III. Gewinn-/Verlustvortrag	391.429,54		314
IV. Jahresüberschuss	<u>31.057,62</u>		<u>78</u>
	523.557,16		493
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS			
Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	3.295,00		0
C. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen	279.955,03		277
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	65.503,68		102
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	38.691,74 EUR (Vorjahr 37 TEUR)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	71.859,14		79
- davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr	71.859,14 EUR (Vorjahr 79 TEUR)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	218.080,57		57
- davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr	218.080,57 EUR (Vorjahr 57 TEUR)		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	106.334,38		92
- davon aus Steuern	22.898,10 EUR (Vorjahr 20 TEUR)		
- davon mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr	106.334,38 EUR (Vorjahr 92 TEUR)		
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		<u>461.777,77</u>	330
		<u>64.219,77</u>	<u>55</u>
		<u>1.332.804,73</u>	<u>1.155</u>
<u>A.K.T.I.V.S.E.I.T.E</u>			
A. ANLAGEVERMÖGEN			
Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	3.295,00	0	
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.071,00	0	
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	18.141,70	16	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	95.166,07	45	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.071.423,57	935	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>8.604,17</u>	<u>16</u>	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.175.193,81	996	
	134.525,58	142	
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
	<u>577,64</u>	<u>1</u>	
	<u>1.332.804,73</u>	<u>1.155</u>	

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> TEUR
1. Umsatzerlöse	6.619.745,65	6.416
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>66.392,78</u>	<u>89</u>
	6.686.138,43	6.505
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	471.230,86	452
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>981.380,15</u>	<u>896</u>
	1.452.611,01	1.348
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.160.729,29	1.844
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	525.754,22	442
- davon für Altersversorgung		
103.243,36 EUR (Vorjahr 81 TEUR)		
	<u>2.686.483,51</u>	<u>2.286</u>
Zwischenergebnis	2.547.043,91	2.871
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	610,04	0
5. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten	264,00	0
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.263,66	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.528.647,65</u>	<u>2.802</u>
Zwischenergebnis	17.478,64	69
8. Zinsen und ähnliche Erträge	18.321,18	15
- davon aus verbundenen Unternehmen		
15.657,18 EUR (Vorjahr 14 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.421,97	6
- davon für Betriebsmittelkredite		
396,68 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
- davon aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen		
220,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
	<u>13.899,21</u>	<u>9</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31.377,85	78
11. Sonstige Steuern	<u>320,23</u>	<u>0</u>
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31.057,62	78
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	<u>391.429,54</u>	<u>313</u>
14. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	<u>422.487,16</u>	<u>391</u>

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Mechernich

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	31.12.2011		31.12.2010		Passiva	
	€	€	€	€	31.12.2011	31.12.2010
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Lizenzen	1.549,38	2.065,84			25.000,00	25.000,00
2. Geschäftswert	75.937,00	109.687,00			-277.857,78	-811.061,70
	77.486,38	111.752,84			46.177,51	533.203,92
II. Sachanlagen					206.680,27	252.857,78
1. Bauten auf fremden Grundstücken	867.041,90	811.124,57			0,00	0,00
2. technische Anlagen	46.153,57	53.440,98				
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	86.523,21	77.112,87				
	999.718,68	941.678,42				
	1.077.205,06	1.053.431,26				
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Waren	8.141,40	14.652,92				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	44.683,40	60.666,36			968.289,89	1.060.331,01
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	60.084,83	144.557,06			16.186,72	7.580,82
3. sonstige Vermögensgegenstände	3,61	9.486,49			388.803,99	429.880,45
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	16.744,18	12.260,70			4.656,45	12.054,38
	121.516,02	226.972,61				
	129.657,42	241.625,13			1.377.937,05	1.509.846,66
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag						
	206.680,27	252.857,78				
	1.413.542,75	1.547.914,17			1.413.542,75	1.547.914,17
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital						
II. Verlustvortrag						
III. Jahresüberschuss						
nicht gedeckter Fehlbetrag						
B. Rückstellungen						
1. sonstige Rückstellungen					35.605,70	38.067,51
C. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen						
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen						
4. sonstige Verbindlichkeiten						
davon aus Steuern: € 4.540,78; 2010: € 4.142,20						
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00; 2010: € 0,00						

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2011

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	753.076,34	600.074,71
2. sonstige betriebliche Erträge	142.912,34	582.464,63
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-134.086,77	-93.085,23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-37.718,09	-26.220,47
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	-288.689,82	-199.919,41
b) soziale Abgaben	-48.271,32	-35.592,91
5. Abschreibungen:		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-97.522,43	-77.936,43
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	-1.149,92	0,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-176.947,42	-139.359,82
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge,	229,71	160,39
davon aus verbundenen Unternehmen: € 132,00; 2010: € 132,00		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen,	-65.655,11	-77.381,54
davon an verbundene Unternehmen: € 7.275,59; 2010: € 14.164,55		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46.177,51	533.203,92
Jahresüberschuss	46.177,51	533.203,92

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechnernich

Bilanz zum 31. Dezember 2011

	Aktiva		Passiva	
	31.12.2011 €	31.12.2010 €	31.12.2011 €	31.12.2010 €
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Lizenzen	1,00	1,00	25.000,00	25.000,00
II. Sachanlagen			35.931,08	25.356,41
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.519,00	1.199,00	9.460,02	10.574,67
III. Finanzanlagen			70.391,10	60.931,08
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00	366,04	1.031,30
	26.520,00	26.200,00	21.500,00	21.000,00
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte			21.866,04	22.031,30
1. Waren	225.686,36	254.596,07	94.542,30	190.560,12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			567.423,91	191.355,50
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.838,05	44.634,94	11.357,07	162.144,36
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	466.431,72	243.672,84	673.323,28	544.049,98
3. sonstige Vermögensgegenstände	18.645,94	36.533,09		
	502.915,71	324.840,87		
III. Guthaben bei Kreditinstituten	10.458,35	21.375,42		
	739.060,42	600.812,36	765.580,42	627.012,36
	765.580,42	627.012,36		
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital				
II. Gewinnvortrag				
III. Jahresüberschuss				
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen				
2. sonstige Rückstellungen				
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
3. sonstige Verbindlichkeiten				
davon aus Steuern: € 2.996,37; 2010: € 5.338,32				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 2.597,33;				
2010: € 43.321,36				

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2011

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	7.554.806,76	7.257.188,41
2. Sonstige betriebliche Erträge	442.909,84	390.321,04
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	-5.617.886,30	-5.325.424,03
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-234.877,03	-193.365,73
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-1.566.584,08	-1.535.438,96
b) Soziale Abgaben	-356.299,61	-363.992,49
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-469,47	-746,35
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-194.309,21	-199.985,55
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	250,77	540,33
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.912,15	-13.862,24
(davon an verbundene Unternehmen: € 13.800,00; 2010: € 13.800,00)		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.629,52	15.234,43
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.169,50	-4.659,76
Jahresüberschuss	9.460,02	10.574,67

KKM Gebäudedienste GmbH, Meckernich

Bilanz zum 31. Dezember 2011

		Aktiva		Passiva	
		31.12.2011 €	31.12.2010 €	31.12.2011 €	31.12.2010 €
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital	
I. Sachanlagen				I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	23.449,00	0,00		II. Gewinnvortrag	13.476,12
	23.449,00	0,00		III. Jahresüberschuss	7.109,45
B. Umlaufvermögen					45.585,57
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				B. Rückstellungen	
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	22.297,09	78.919,88		1. Steuerrückstellungen	1.638,06
II. Guthaben bei Kreditinstituten	95.781,82	48.330,07		2. sonstige Rückstellungen	12.293,30
	118.078,91	127.249,95			13.931,36
				C. Verbindlichkeiten	
				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	33.421,69
				2. sonstige Verbindlichkeiten	48.589,29
					82.010,98
	141.527,91	127.249,95			141.527,91
					127.249,95

KKM Gebäudedienste GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2011

	2011	2010
	€	€
1. Umsatzerlöse	982.303,78	837.262,70
2. Sonstige betriebliche Erträge	447,46	0,00
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-637.499,61	-540.410,78
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung (davon für Altersversorgung: € 0,00; 2010: € 6.083,96)	-148.171,48	-126.636,80
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	-907,13	0,00
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-186.480,69	-165.396,40
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	535,91	513,77
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-6,18
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.228,24	5.326,31
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.118,79	-961,17
Jahresüberschuss	7.109,45	4.365,14

Bilanz zum 31. Dezember 2011

<u>AKTIVSEITE</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	<u>PASSIVSEITE</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	TEUR		EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	25.050,00	25
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.009,00	11	II. Gewinnrücklagen	610,00	1
II. Sachanlagen			III. Gewinnvortrag	554.961,31	436
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	41.194,00	44	IV. Jahresüberschuss	<u>132.704,05</u>	<u>119</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN				713.325,36	561
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	303.222,03	314	Sonstige Rückstellungen	253.833,26	213
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	644.561,23	431	C. VERBINDLICHKEITEN		
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>8.973,58</u>	<u>17</u>	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.889,92	13
	956.756,84	762	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	49.192,24	61	- 21.889,92 EUR (Vorjahr 13 TEUR)		
	5.180,84	4	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	30.666,95	42
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
	<u>1.058.332,92</u>	<u>882</u>	- 30.666,95 EUR (Vorjahr 42 TEUR)		
			3. Sonstige Verbindlichkeiten	38.617,43	33
			- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
			- 38.617,43 EUR (Vorjahr 33 TEUR)		
			- davon aus Steuern		
			- 18.893,34 EUR (Vorjahr 17 TEUR)		
				<u>91.174,30</u>	<u>88</u>
				<u>1.058.332,92</u>	<u>882</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	2.770.046,13	2.467
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	85.927,46	86
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>120.218,58</u>	<u>35</u>
	2.976.192,17	2.588
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	192.123,29	163
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>373.425,98</u>	<u>336</u>
	565.549,27	499
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.421.352,32	1.178
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	281.895,80	240
- davon für Altersversorgung		
7.183,02 EUR (Vorjahr 11 TEUR)		
	<u>1.703.248,12</u>	<u>1.418</u>
Zwischenergebnis	707.394,78	671
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	16.268,63	17
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>570.602,95</u>	<u>545</u>
Zwischenergebnis	120.523,20	109
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.416,41	13
- davon aus verbundenen Unternehmen		
13.028,73 EUR (Vorjahr 12 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.002,00	1
- davon aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen		
890,00 EUR (Vorjahr 1 TEUR)		
	<u>13.414,41</u>	<u>12</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	133.937,61	121
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	1
12. Sonstige Steuern	<u>1.233,56</u>	<u>1</u>
13. Jahresüberschuss	<u><u>132.704,05</u></u>	<u><u>119</u></u>

Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft,
Euskirchen

Bilanz zum 31. Dezember 2011

	31.12.2011		31.12.2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A k t i v a				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		108,00
II. Sachanlagen				
Anderer Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		20.749,00		33.858,00
III. Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen		25.564,59		25.564,59
		46.313,59		59.530,59
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen gegen Gesellschafter	5.567,18		0,00	
– gegen verbundene Unternehmen–				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.195.350,13		1.069.852,36	
– davon aus Lieferungen und Leistungen EUR 176.284,49 (i. Vj. EUR 142.186,33)–				
3. Sonstige Vermögensgegenstände	14.657,67	1.215.574,98	28.615,04	1.098.467,40
II. Kassenbestand		160,45		80,63
		1.215.735,43		1.098.548,03
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
		250,00		750,00
		1.262.239,02		1.158.828,62

	31.12.2011		31.12.2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
P a s s i v a				
A. Eigenkapital				
I. Kapitalanteile der Kommanditisten				
		511.291,88		511.291,88
II. Rücklagen der Kommanditisten				
		924.435,41		924.435,41
III. Gewinnrücklage				
		3.494,52		3.494,52
IV. Verlustsonderkonten der Kommanditisten				
		393.182,81		497.728,47
		1.046.039,00		941.493,34
B. Rückstellungen				
1. Steuerrückstellungen		5.110,00		0,00
2. Sonstige Rückstellungen		38.688,15		34.858,42
		43.798,15		34.858,42
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		21.169,28		20.787,17
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern				
– Sonstige Verbindlichkeiten–		128.480,25		136.030,24
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen EUR 95.487,44 (i. Vj. EUR 111.423,32)–				
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen				
– aus Lieferungen und Leistungen–		1.462,42		0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten				
– davon aus Steuern EUR 16.840,71 (i. Vj. EUR 18.659,56)–		21.349,92		25.659,45
		172.461,87		182.476,86
		1.262.239,02		1.158.828,62

Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft,
Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011	2010
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	827.064,12	818.747,19
2. Sonstige betriebliche Erträge	22.637,27	23.748,62
3. Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	715,07	1.963,69
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	14.738,75	16.432,93
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	724.038,51	725.422,97
6. Erträge aus Beteiligungen	28.143,76	0,00
–aus verbundenen Unternehmen–		
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10.488,81	4.691,09
–aus verbundenen Unternehmen–		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.121,42	4.723,63
–davon an verbundene Unternehmen EUR 2.779,04 (i. Vj. EUR 2.658,99)– –davon aus Aufzinsung EUR 829,73 (i. Vj. EUR 1.652,94)–		
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	144.720,21	98.643,68
10. Steuern vom Ertrag	5.110,00	0,00
11. Sonstige Steuern	216,00	216,00
12. Jahresüberschuss	139.394,21	98.427,68
13. Gutschrift auf Verlustsonderkonten der Kommanditisten	104.545,66	73.820,76
14. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	34.848,55	24.606,92
15. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Radio Euskirchen GmbH & Co. Kommanditgesellschaft, Euskirchen

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Die positive Entwicklung des Werbemarktes setzte sich in 2011 fort. Laut Nielsen Media Research ist die Summe der Brutto-Werbeaufwendungen um 5,8 % zum Vorjahr gestiegen. Die Werbeaufwendungen in der Mediengattung „Radio“ erzielten einen Zuwachs von 3,4 %.

Der Anteil der Radio-Werbeumsätze erreicht im Jahr 2011 einen Marktanteil von 5,4 %, nach 5,5 % im Vorjahr.

Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG schließt das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 139 (i. Vj. TEUR 98) ab. Geplant war ein Verlust von TEUR -31.

Die Hörfunkwerbeerlöse wurden von TEUR 536 in 2010 auf TEUR 622 in 2011 (+16,1 %) gesteigert. Damit werden die geplanten Umsätze deutlich übertroffen.

Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW sind wegen rückläufiger Reichweiten um TEUR -78 (-27,6 %) auf TEUR 205 gesunken.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 724 etwa auf Vorjahresniveau. Während die Kosten der Veranstaltergemeinschaft um TEUR -20 auf TEUR 295 zurück gingen, sind die Dienstleistungen der HSG (hörfunk service gmbh) umsatzbedingt um TEUR 24 auf TEUR 170 gestiegen.

Die Reichweiten des Senders „Hörer gestern Montag bis Freitag“ lagen im März 2011 bei 21,0 % und im Juli bei 23,8 %. Damit ist der Sender in seinem Verbreitungsgebiet weiterhin Marktführer vor den Konkurrenten WDR 2 und Eins Live.

In 2010 lagen diese Reichweiten bei 25,8 % (März) bzw. 23,3 % (Juli).

In der Planung für 2012 geht die Geschäftsführung von einem leicht positiven Ergebnis aus (TEUR 21). Auf dieser Basis wird sich voraussichtlich auch das Jahr 2013 entwickeln.

Die Werbeeinbuchungen im Januar und Februar liegen im Plan und deuten auf eine positive Entwicklung hin.

Für die Jahre 2012 und 2013 sieht die Geschäftsführung keine existenzbedrohenden Risiken.

Euskirchen, im März 2012

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Krupp'.

Die Geschäftsführung

Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk
im Kreis Euskirchen e.V., Euskirchen

Bilanz zum 31. Dezember 2011

	31.12.2011		31.12.2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Aktiva				
Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
Sonstige Vermögensgegenstände	4.119,57		5.467,18	
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
	5.603,18		3.242,18	
	9.722,75		8.709,36	

	31.12.2011		31.12.2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Passiva				
A. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen		3.000,00		3.000,00
B. Verbindlichkeiten				
Sonstige Verbindlichkeiten		6.722,75		5.709,36
-mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr-				
-davon aus Steuern EUR 6.074,92 (i. Vj. EUR 5.077,48)-				
-davon im Rahmen der sozialen Sicherheit				
EUR 647,83 (i. Vj. EUR 631,88)-				
	9.722,75		8.709,36	

Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk
im Kreis Euskirchen e.V., Euskirchen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

1. Sonstige betriebliche Erträge	
2. Materialaufwand	
Aufwendungen für bezogene Leistungen	
3. Personalaufwand	
a) Löhne und Gehälter	
b) Soziale Abgaben	
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	/
6. Sonstige Steuern	
7. Jahresüberschuss	

	2011		2010	
	EUR	EUR	EUR	EUR
		295.655,65		315.802,39
		56.880,77		74.806,79
	188.297,96		189.538,94	
	37.541,21	225.839,17	37.116,65	226.655,59
		12.274,63		14.340,01
		661,08		0,00
		661,08		0,00
		0,00		0,00

BILANZ zum 31. Dezember 2010

AKTIVA

	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	1.936,00
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.811,00	5.145,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	214,20	3.008,20
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>7.502,41</u>	<u>999,17</u>
	7.716,61	4.007,37
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.919,41	165.821,80
	<u>13.447,02</u>	<u>176.910,17</u>
	<u><u>13.447,02</u></u>	<u><u>176.910,17</u></u>

BILANZ zum 31. Dezember 2010

PASSIVA

	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00	25.600,00
II. Bilanzverlust	21.109,54-	12.711,78-
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	3.930,00	3.830,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.026,56	6.566,22
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 5.026,56 (Euro 6.566,22)		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>0,00</u>	<u>153.625,73</u>
	5.026,56	160.191,95
- Davon aus Steuern Euro 0,00 (Euro 148.032,09)		
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Euro 153.625,73)		
	<u>13.447,02</u>	<u>176.910,17</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>0,00</u>	<u>10.000,00</u>
2. Gesamtleistung	0,00	10.000,00
3. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Ordentliche betriebliche Erträge Sonstige ordentliche Erträge	0,00	12.104,03
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	100,47	95.082,68
c) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	0,00	1.629,00
d) Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>12.023,19</u> 12.123,66	<u>797.965,09</u> 906.780,80
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	0,00	167.532,06-
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	<u>0,00</u> 0,00	<u>36.414,15-</u> 203.946,21-
- Davon für Altersversorgung Euro 0,00 (Euro -5.092,90)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs	3.270,00-	7.928,66-
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	1.650,63-	37.609,36-
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	0,00	4.603,85-
ac) Fahrzeugkosten	0,00	11.137,74-
ad) Werbe- und Reisekosten	6,40-	92.870,43-
ae) Verschiedene betriebliche Kosten	9.261,63-	438.175,95-
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,00	788,37-
c) Sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhn- lichen Geschäftstätigkeit	<u>0,00</u> 10.918,66-	<u>100,00-</u> 585.285,70-
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13,53	363,97
Übertrag	<u>2.051,47-</u>	<u>119.984,20</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag	2.051,47-	119.984,20
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>6.999,25-</u>	<u>12.901,30-</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9.050,72-	107.082,90
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	652,97	0,00
11. Sonstige Steuern	<u>0,00</u> <u>652,97</u>	<u>136.373,66-</u> <u>136.373,66-</u>
12. Jahresfehlbetrag	8.397,75-	29.290,76-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0,00	1.176.000,00
14. Vortrag auf neue Rechnung	<u>12.711,79-</u>	<u>1.159.421,02-</u>
15. Bilanzverlust	<u><u>21.109,54-</u></u>	<u><u>12.711,78-</u></u>

BILANZ zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	0,00	0,00
II. Sachanlagen		
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	0,00	3.811,00
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	214,20
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.419,71</u>	<u>7.502,41</u>
	1.419,71	7.716,61
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	11.414,11	1.919,41
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	26.818,80	0,00
	<hr/>	<hr/>
	<u>39.652,62</u>	<u>13.447,02</u>
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

BILANZ zum 31. Dezember 2011

PASSIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.600,00	25.600,00
II. Bilanzverlust	52.418,80-	21.109,54-
Nicht gedeckter Fehlbetrag	26.818,80	0,00
	<hr/>	<hr/>
Buchmäßiges Eigenkapital	0,00	4.490,46
B. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	17.114,40	3.930,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	5.026,56
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00 (Euro 5.026,56)		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>22.538,22</u>	<u>0,00</u>
- Davon aus Steuern Euro 2.538,22 (Euro 0,00)	22.538,22	5.026,56
- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.538,22 (Euro 0,00)		
	<hr/>	<hr/>
	<u>39.652,62</u>	<u>13.447,02</u>
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	29,00	100,47
b) Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>829,22</u>	<u>12.023,19</u>
	858,22	12.123,66
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.455,22-	0,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	<u>1.502,98-</u>	<u>0,00</u>
	3.958,20-	0,00
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anla- gevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweite- rung des Geschäftsbetriebs	3.811,00-	3.270,00-
- davon außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 (2) Satz 3 HGB Euro -2.477,00 (Euro 0,00)		
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	0,00	1.650,63-
ab) Werbe- und Reisekosten	0,00	6,40-
ac) Verschiedene betriebliche Kosten	<u>13.390,67-</u>	<u>9.261,63-</u>
	13.390,67-	10.918,66-
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	192,95	13,53
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>9.340,36-</u>	<u>6.999,25-</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29.449,06-	9.050,72-
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	652,97
9. Sonstige Steuern	<u>1.860,20-</u>	<u>0,00</u>
	1.860,20-	652,97
10. Jahresfehlbetrag	31.309,26-	8.397,75-
11. Vortrag auf neue Rechnung	21.109,54-	12.711,79-
12. Bilanzverlust	52.418,80-	21.109,54-

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH
Schleiden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge		550.372,12	451.427,30
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	43.714,77		0,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>12.447,56</u>	56.162,33	<u>0,00</u>
- davon für Altersversorgung EUR 880,00 (EUR 0,00)			0,00
3. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		23.472,38	25.816,42
4. sonstige betriebliche Aufwendungen		428.878,58	468.465,91
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>980,25</u>	<u>639,36</u>
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		42.839,08	42.215,67-
7. sonstige Steuern		246,00	0,00
8. Jahresüberschuss		<u><u>42.593,08</u></u>	<u><u>42.215,67-</u></u>

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH

Lagebericht für das Jahr 2011

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde bis zum 31.12.2013 verlängert. Aufgrund der Gründung der StädteRegion Aachen als Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen wurde der Gesellschaftsvertrag mit Beurkundung am 11.05.2010 redaktionell angepasst. Gleichzeitig wurden die neuen Vorschriften des Transparenzgesetzes in den Gesellschaftsvertrag integriert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der SEV im Jahr 2011 lag in der Fortführung des 2009 gestarteten Markterkundungsverfahrens für den Standort. Ausgelöst durch die Diskussion um das sog. „Krimiresort“ wurde sich als Grundlage für die weitere Vermarktung auf ein neues „Räumliches Entwicklungskonzept“ verständigt. Kernpunkte sind der Abriss der Kaserne „Van Dooren“ und als Kompensation die Schaffung einer Neubaufäche an den ehemaligen „Panzerhallen“ südlich des Kinos. Das Plateau soll in Anlehnung an den Architekturwettbewerb „Forum Vogelsang“ als zentrale Frei- und Veranstaltungsfläche bis zum Jahr 2015 umgestaltet werden. Die angestoßene Entwicklung eines „Vogelsang-Hotels“ soll aktiv weiter verfolgt werden. Zu Beginn des Jahres 2012 hat die SEV daher die Erstellung einer Machbarkeitsstudie beauftragt.

Erfolgreich angesiedelt werden konnte in einem der sog. „Kameradschaftshäuser“ das „Rotkreuz-Museum für internationales Völker- und Menschenrecht“. Die beiden Projekte „Astronomie-Werkstatt“ und „Outdoor-Zentrum“ befinden sich noch in der Planungsphase, die Investitionsentscheidungen werden im Jahr 2012 erwartet. Für ein barrierefreies Erlebnisangebot, den sog. „Panoramatrail“, erfolgt durch einen Investor die Machbarkeitsprüfung.

Als dauerhaftes Marketinginstrument wurden gemeinsam mit der vogelsang ip gemeinnützige GmbH zwei Ausgaben der Bauzeitung, ip.news, herausgebracht. Für das Jahr 2012 ist eine weitere Ausgabe geplant. Für die Immobilienmesse EXPO REAL hat die SEV ein Geländemodell erstellen lassen, in dem das „Räumliche Entwicklungsmodell“ und das Rahmenkonzept visualisiert wurden. Mit dem Exposé „Vogelsang-Hotel Rahmenbedingungen“ wird für die Ansiedlung eines hochwertigen Hotels am Standort geworben.

Im Rahmen der Ansiedlung der Kernnutzungen hat die Landesregierung NRW überraschend entschieden, die Internationale Begegnungsstätte des DJH derzeit nicht zu fördern. Damit wurde auch die Realisierung des in das Projekt integrierten Jugendwaldheims zunächst gestoppt. Ob und zu welchem Zeitpunkt das Projekt der 1. Entwicklungsstufe noch umgesetzt wird, wird in den nächsten Monaten geprüft. Die Architektur- und Freiraumplanungen waren auf Grundlage des im Jahr 2009 durchgeführten Planungswettbewerbes weitgehend abgeschlossen, der Bauantrag für das Vorhaben sollte im Frühjahr 2012 eingereicht werden.

Für das künftige „Forum Vogelsang“ wurde inzwischen eine Gesamtbewilligung für „Umbau und Sanierung“ in Höhe von 35,1 Mio. € erteilt. Gesichert ist damit auch die Finanzierung der drei Förderprojekte „NS-Dokumentation“, „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ und „Nationalparkzentrum“.

Der Bauantrag für das Kernprojekt „Forum Vogelsang“ wurde beim Kreis Euskirchen gestellt. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 2012 terminiert, eröffnet werden sollen das neue Besucherzentrum und die Ausstellungen im Mai 2014.

Der Umbau des Vogelsang-Kinos zu einem großformatigen Veranstaltungsort und der temporären Besucherinformation ist weitgehend abgeschlossen. Die Eröffnung ist für März 2012 terminiert. Voraussetzung ist die vorherige Erneuerung der Hausanschlüsse der Entwässerung, welche im Februar 2012 erfolgen soll.

Das von der SEV zur Ansiedlung des Nationalparkforstamtes im Malakoff-Gebäude vorbereitete europaweite Offene Verfahren zur Gewinnung eines Investors wurde Ende September gestartet. Nach Abgabeschluss Ende des Jahres 2011 wird die Vergabeentscheidung für Frühjahr 2012 erwartet.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen hat die SEV im Jahr 2011 das Sanierungskonzept für die Entwässerung des Standortes vorgelegt. Im Einvernehmen mit der Stadt Schleiden wurde ein öffentliches Schmutzwassernetz definiert. Die mit der Stadt Schleiden abgeschlossene Vereinbarung sieht die Sanierung des Schmutzwassernetzes durch die SEV und Übertragung an die Stadt bis spätestens 01.07.2013 vor. Die Versickerung der Regenwässer muss durch die jeweiligen Grundstückseigentümer auf eigenem Grundstück erfolgen.

In Abstimmung mit den Nutzern und Behörden hat die SEV durch das Büro sinai das „Rahmenkonzept Freiraum, Erschließung, Beleuchtung“ erstellt. Es dient der SEV und allen vorhandenen und künftigen Nutzern als Leitfaden für Planungen und Investitionsentscheidungen. Das Rahmenkonzept wird Anlage und Bestandteil künftiger Kaufverträge.

Das im Jahr 2010 entwickelte Geländemanagement-Konzept „Bürgerarbeit“ wurde ab Mai 2011 erfolgreich umgesetzt. Die SEV übernimmt damit zunächst bis Ende 2013 den Betrieb und Unterhalt aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes. Die personalintensiven Serviceleistungen werden zurzeit durch fünf bei der SEV angestellte „Bürgerarbeiter“ erbracht, welche durch einen ebenfalls eingestellten Geländehausmeister geführt werden. Die „Bürgerarbeit“ wird vom Bundesverwaltungsamt gefördert. Die der SEV im Rahmen des Geländemanagements entstehenden Kosten werden durch die Nutzer und Eigentümer getragen.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Der deutschlandweite Trend sinkender Umsätze im Tourismus- und Bildungsbereich war in Vogelsang nicht spürbar. Da im Jahr 2011 keine für Besucher spürbaren infrastrukturellen Verbesserungen am Standort erfolgten, war eine Stagnation oder sogar ein Rückgang der Besucher gegenüber dem Jahr 2010 erwartet worden. Entgegen dieser Prognose stieg das Besucheraufkommen im Jahr 2011 nochmals gegenüber dem Vorjahr von knapp unter 200.000 auf über 200.000 an. Damit konnten in den ersten sechs Jahren seit Öffnung des Geländes am 01.01.2006 bereits über 1,1 Millionen Besucher in Vogelsang begrüßt werden. Begründet sind diese Steigerungen möglicherweise mit der Tendenz zu mehr Kurzurlauben und Tagesausflügen im Inland anstatt Flugreisen ins Ausland. Durch das höhere Besucheraufkommen konnten die sinkenden Umsätze pro Kopf am Standort kompensiert werden.

Damit bestätigt sich auch im Jahr 2011 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist auch durch die überregional beachteten Veranstaltungen und Ausstellungen weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“, welcher durch die Eröffnung des „Vogelsang-Kinos“ neue Impulse erhalten wird. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als sechzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auch im Jahr 2011 waren die Auswirkungen aus der Finanzkrise bei der Vermarktung des Standortes spürbar. Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist weiterhin eine deutliche Zurückhaltung zu verzeichnen. Im Rahmen des im Herbst 2009 gestarteten Markterkundungsverfahrens sind im Jahr 2011 vier neue Projektideen eingereicht worden. Die Investitionsbereitschaft von privater Seite kann insgesamt als gering bezeichnet werden. Mit dem „Rotkreuz Museum für internationales Völker- und Menschenrecht“ konnte eine Ansiedlung im Jahr 2011 realisiert werden. Bei drei weiteren Projekten bestehen gute Chancen auf Realisierung.

Bei den beiden Kernprojekten Forum Vogelsang und Nationalparkforstamt kam zu zeitlichen Verzögerungen hinsichtlich der Finanzierung bzw. der Freigabe des Investorenverfahrens. Die weiteren Projektphasen sind zwischenzeitlich freigegeben worden, sodass die weitere

Finanzierung und Umsetzung der Projekte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gefährdet ist. Unklar ist allerdings, ob und wann das Kernprojekt Internationale Begegnungsstätte DJH mit integriertem Jugendwaldheim am Standort gebaut werden wird.

1.3 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2011

Im Geschäftsjahr 2011 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus Fördermitteln und den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt (150.000,00 €), des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Ab Mai des Jahres wurde erstmals im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ der Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer übernommen. Sämtliche Ausgaben werden durch die Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 42.593,08 € (Vorjahr Jahresunterdeckung 42.215,67 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten halten wir stabil.

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 152.340,47 € (Vorjahr: 96.747,40 €) dargestellt. Es handelt sich um Einnahmen aus Fördermitteln und den Beiträgen der Bundesanstalt und der regionalen Gesellschafter. Die Fördermittel stammen aus Städtebaumitteln des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBVV). Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 151.999,11 € (Vorjahr: 109.406,03 €) gegenüber.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2011 entsteht Jahresüberschuss in Höhe von 42.593,08 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 42.215,67 € im Jahr 2010. Erträgen in Höhe von 551.352,37 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 508.759,29 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus Fördermitteln und Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das positive Jahresergebnis sind geringere Ausgaben bei den Fremdleistungen, den allgemeinen Verwaltungskosten und den Sachkosten.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,20 € (Vorjahr: 302.260,20 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG. Weiterer Aufwand fiel an im Bereich der Fremdleistungen über 44.863,25 € u. a. für die Erstellung des Rahmenkonzeptes.

Neu gegenüber den Vorjahren sind die Aufwendungen im Geschäftsbereich „Geländemanagement“. Der größte Aufwandsposten entstand mit 56.162,33 € im Jahr 2011 für Personal.

2.3. Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt 228.210,17 € (Vorjahr: 126.570,72 €). Das Eigenkapital beträgt 151.999,11 € (Vorjahr: 109.406,03 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 67 % (Vorjahr: 86 %). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 33 % (Vorjahr: 12 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken

Die Entscheidung des Landes NRW, das Kernprojekt Internationale Begegnungsstätte DJH und Jugendwaldheim im Jahr 2012 nicht mit öffentlichen Mitteln umzusetzen, kann heute noch nicht in allen Facetten absehbare Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung nach sich ziehen. Die beiden Initiatoren der Investorenprojekte Astronomie-Werkstatt und Outdoor Zentrum prüfen, ob sie ohne Jugendherberge und Jugendwaldheim ihre Projekte noch umsetzen. Das vorläufige „Aus“ der beiden Kernprojekte führt möglicherweise zu einem Vertrauensverlust am Markt, d. h. nicht kalkulierbaren Verzögerungen bei der weiteren Vermarktung. Als Folge der Entscheidung ist auch ein vorübergehender Vertrauensverlust der Partner untereinander zu verzeichnen. Die Zukunft wird Klarheit darüber bringen, ob das Projekt „Jugendherberge / Jugendwaldheim“ im Lichte konkreter Übernachtungsnachfragen wieder aufgegriffen wird und wie sich die künftige Zusammenarbeit der Partner gestaltet. Verbunden mit dieser Klarheit und dem Baubeginn des „Forum Vogelsang“ wird dann hoffentlich auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren in Vogelsang in den kommenden Jahren wieder zunehmen und auch zu konkreten Vertragsabschlüssen führen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer fast ausschließlich öffentlich bzw. öf-

fentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu einem Drittel aus Fördermitteln des Landes NRW und zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt und der Kommunen finanziert. Die Landesmittel sowie die direkten Zuweisungen sind bis zum Ende des Fortführungszeitraumes im Jahr 2013 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern bis Ende 2013. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit nicht erkennbar.

5. Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2013 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Schwerpunkte der Tätigkeit in den Jahren 2012 und 2013 werden die Begleitung der Realisierung der Kernnutzungen „Forum Vogelsang“ und „Nationalparkforstamt“ sowie der weiteren sich aus dem Markterkundungsverfahren konkretisierenden Projekte sein. Für das derzeit nicht mit öffentlichen Mitteln zu finanzierende Kernprojekt „Internationale Begegnungsstätte DJH/Jugendwaldheim“ werden alternative Finanzierungskonzepte untersucht werden. Aktiv weiterverfolgt wird insbesondere die Ansiedlung eines Hotels in Vogelsang. Als Infrastrukturmaßnahmen sind die Sanierung der Entwässerungsanlagen und die weiterführende Planung und Umsetzung von Maßnahmen auf Grundlage des Rahmenkonzeptes Freiraum | Verkehr | Beleuchtung geplant.

Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der Gesellschaft werden die Akquisition neuer Investorenprojekte und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für den Standort sein.

Für die kommenden Geschäftsjahre werden geringe Überschüsse erwartet.

Zum heutigen Tag sind auch keine Anzeichen erkennbar, dass sich weitere Verzögerungen oder sonstige Einschränkungen bei der Umsetzung der Kernprojekte und Investorenprojekte auf Vogelsang ergeben. Die allgemeine konjunkturelle Erholung hat noch keine Auswirkungen in der Vermarktung gezeigt, d.h. die Investorenkontakte haben nicht zugenommen. Durch die Entscheidung gegen die kurzfristige Realisierung der Jugendherberge und des Jugendwaldheims wird die Gewinnung privater Entwickler und Investoren, insbesondere für die bestehende Altbausubstanz, eher noch schwieriger werden. Durch den Baubeginn des Ankerprojektes „Forum Vogelsang“ wird andererseits eine gewisse Sogwirkung d. h. Erhöhung der Investitionsbereitschaft von privater Seite erwartet.

Schleiden, 19. März 2012

Fischer-Reinbach

Thomas Fischer-Reinbach
Geschäftsführung

BILANZ zum 31. Dezember 2011
vogelsang ip gemeinnützige GmbH, Schlierden

AKTIVA

PASSIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
II. Sachanlagen				
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	65.536,00	41.490,00		
2. Anlagen im Bau	<u>3.456.542,32</u>	<u>261.889,85</u>		
	3.522.078,32	303.379,85		
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	18.656,43	16.156,42		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	/			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.131,51	33.913,41		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>565.870,03</u>	<u>429.510,11</u>		
	570.001,54	463.423,52		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	28.947,20	6.820,02		
	39.476,16	1.777,75		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>4.197.763,65</u>	<u>792.444,56</u>		
	<u>4.197.763,65</u>	<u>792.444,56</u>		
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	18.604,00	887,00		
II. Verlustvortrag			27.300,00	
III. Jahresüberschuss			6.349,02	
			<u>0,00</u>	
			20.950,98	
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen				
			1.658.601,11	
C. Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen			133.225,60	
D. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			54.739,58	3.726,78
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen			0,00	100,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			1.154.676,26	68.709,87
4. sonstige Verbindlichkeiten			<u>1.175.570,12</u>	<u>341.968,28</u>
			2.384.985,96	414.504,93
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
			0,00	23.039,52
			<u>4.197.763,65</u>	<u>792.444,56</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011
vogelsang ip gemeinnützige GmbH, Schleiden

	Euro	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse		496.236,97	451.780,67
2. sonstige betriebliche Erträge		1.395.261,91	1.146.046,95
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	71.424,61		73.310,70
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.300,00</u>		<u>494,60</u>
		72.724,61	73.805,30
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	920.503,51		752.343,64
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>190.421,33</u>		<u>156.115,04</u>
		1.110.924,84	908.458,68
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen		27.634,54	14.211,24
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		682.141,04	593.548,32
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.810,03	92,54
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>1.883,88</u>	<u>9.620,59</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0,00	1.723,97-
10. sonstige Steuern		0,00	3,67
11. Jahresüberschuss		<u>0,00</u>	<u>1.727,64-</u>

vogelsang ip gemeinnützige GmbH

LAGEBERICHT 31.12.2011

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
 - 1.1. Geschäftsverlauf
 - 1.2. Geschäftsergebnis
2. Ertragslage
3. Finanzlage
4. Vermögenslage
5. Nachtragsbericht
6. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung
7. Prognosebericht

1. GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang
- sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

Das Stammkapital der Gesellschaft von zum Gründungszeitpunkt 26.000,- EUR wurde per notariellem Gesellschafterbeschluss vom 26.02.2010 und durch Übernahme von jeweils 650,- EUR durch

- den bisherigen Gesellschafter LVR Landschaftsverband Rheinland
- sowie
- die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als neue Gesellschafterin

rückwirkend zum 01. Januar 2009 auf 27.300,- EUR erhöht. Zum 21.10.2009 gingen die Geschäftsanteile sowie Rechte und Pflichten von Stadt Aachen und Kreis Aachen satzungsgemäß auf die StädteRegion Aachen über.

Im Jahr 2011 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR,
 - Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR,
 - StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR,
 - Kreis Düren mit 1.300 EUR,
 - Kreis Heinsberg mit 650 EUR,
 - Stadt Schleiden mit 1.300 EUR
- sowie
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR.

1.1 GESCHÄFTSVERLAUF

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH zum einen den Betrieb der **Besuch**erinformation im Forum Vogelsang sowie eine Vielzahl standortbezogener **Bildungsaktivitäten** durch.

Dies umfasst als **regelmäßige Aktivitäten** u.a.

- den Betrieb eines Informationszentrums mit Counter, Informationszone und Informationsausstellung, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
 - den Betrieb der Besucherrundgänge sowie des zentralen Besucherparkplatzes auf dem Gelände,
 - die Organisation von täglichen offenen sowie individuell buchbaren Geländeführungen, von Turmaufstiegen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten, sowohl im Bereich der Jugendbildung als auch der Erwachsenenbildung,
 - die Durchführung von Bildungs- und Kulturveranstaltungen im Forum sowie auf dem Gelände,
 - die Begleitung von Tagungen und Konferenzen
- sowie
- das Angebot von Wechselausstellungen.

Daneben wurden im Jahre 2011 mehrere **Sonderprojekte** durchgeführt: Neben einem größeren, arbeitsmarkt- und bildungsbezogenen Förderprojekt im Rahmen des

- Bundesprogramms XENOS Integration und Vielfalt

sowie der Durchführung einer wesentlich aus Mitteln der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ geförderten

- internationalen Jugendbegegnung Zlocieniec (Polen) / Düren am Standort vogelsang ip

starteten die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln geförderten Baumaßnahmen zur

- Inwertsetzung des ehemaligen Truppenkinos (Kinosaal) zu einem Veranstaltungsort

sowie die

- die Inwertsetzung der den Kinosaal umgebenden Räume zu einer temporären Besucherinformation sowie dauerhaft zu pädagogischen und Verwaltungsräumen.

Wesentliche Aktivitäten waren zudem die Konkretisierung der anstehenden **investiven Projekte** der Gesellschaft zum sogenannten „Forum Vogelsang“ und die Akquise der diesbezüglichen Fördermittel beim Land Nordrhein-Westfalen.

Im Einzelnen umfasst das „Forum Vogelsang“ die Teilprojekte

1. Sanierung und Umbau des Forums,

2. NS-Dokumentation

und

3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel.

Für die beiden erstgenannten Projekte erfolgte im Dezember 2011 die Übergabe der entsprechenden Förderbescheide, für das Besucherzentrum wurde der förderunschädliche, vorzeitige Maßnahmebeginn genehmigt. Der Abschluss der Maßnahmen ist für das Jahr 2014 avisiert.

1.2 GESCHÄFTSERGEBNIS

Das Jahr 2011 kann als erfolgreich bewertet werden. Ablesen lässt sich dies u.a.

- an den quantitativen Ergebnissen im laufenden Betrieb, was sich an folgenden Kennwerten ablesen lässt:
 - eine mit 2.500 Formaten und 41.000 Teilnehmenden nahezu unveränderte, hohe Nachfrage nach qualifizierten Angeboten (d.h. Führungen, Seminaren, Projekttagen und Turmaufstiegen),
 - eine mit +/- 300 Formaten konstant hohe Nachfrage nach qualifizierten Schulklassenprogrammen,und
 - eine deutliche Steigerung der Verkaufserlöse im Shop (+ 19%) sowie der Parkerlöse (+ 9%),
 - an der zunehmenden Vernetzung und den diversen Kooperationen mit verschiedensten Bildungspartnern
- sowie
- an den Projektfortschritten der o.g. Förderprojekte.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Im Geschäftsjahr 2011 wurde die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut. Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die o.g. Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, als generelle kulturtouristische Destination sowie als Standort hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

2. ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2011 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2011 weist einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 498.785,32 EUR aus. Der festgestellte Verlust liegt innerhalb des vom Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmens von maximal 500.000,- EUR.

Satzungsgemäß wird dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen.

Die wesentlichen, ergebnisprägenden Positionen sind in der GuV 2011 abgebildet.

3. FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb
- eines seit November 2009 bestehenden Kontokorrentkredits
- sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

4. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch Sachanlagen in Höhe von insgesamt 3.522.078,32 EUR geprägt, darüber hinaus durch das Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 490.242,79 EUR sowie Warenbestände in Höhe von 18.656,43 EUR.

Dem stehen auf der Passivseite insbesondere Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 1.658.601,11 €, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 1.158.436,03 EUR

Anlage 4 / 5

(bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.154.676,26 EUR sowie Rückstellungen in Höhe von 133.225,60 EUR gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

5. NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

6. CHANCEN UND RISIKEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Angesichts des Verlaufs der Nachfragewerte wird für das Jahr 2012 von einem vergleichbaren Geschäftsverlauf mit ähnlichen Besucherzahlen und ähnlichen Verkaufserlösen wie im Jahr 2011 ausgegangen.

Dieser Ansatz beinhaltet insofern ein Risiko, als bedingt durch eine Reihe äußerer Faktoren auch Rückgänge möglich sind: die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, eine eventuell eintretende „Sättigung“ der Nachfrage, das Fehlen neuer Attraktionen sowie saisonale bzw. Wettereffekte können ggf. zu einem Besucher- und Erlösrückgang führen.

Hinzu kommt ein weiteres, zur Zeit nicht kalkulierbares Risiko: Bedingt durch den Ende April 2012 vor dem Hintergrund der am Forum startenden Baumaßnahmen erfolgenden Umzug der Besucherinformation wie der pädagogischen Angebote aus dem Forum in den neu hergerichteten Kinokomplex sowie die gleichzeitig erfolgende Einzäunung der Baustelle Forum, der heutigen zentralen Attraktion des Geländes, können sich negative Effekte auf die Besucherzahlen und Nachfragewerte einstellen.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf und die Komplexität der Projekte können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Zur Risikominimierung wurde für das Projekt „Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau“ eine externe Projektsteuerung beauftragt, deren wesentliches Augenmerk auf der Einhaltung von Terminen und Kosten liegt.

Im Förderbereich können zudem Risiken durch notwendige, aber nicht förderbare Ausgaben eintreten. Hierzu gehören u.a. Kreditzinsen für die Vorfinanzierung von Projektausgaben sowie Prüfungs- und Rechtsberatungskosten, z.B. im Falle steuerrechtlicher oder vergaberechtlicher Verfahren. Weiterhin kann angesichts der förderrechtlichen Vorgaben und der Dimension der Projekte erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass projektbedingter Aufwand im Nachhinein, z.B. im Rahmen von Prüfungen durch LRH, BRH oder EU-Prüfstellen, als nicht förderfähig anerkannt wird.

Für das Teilprojekt Besucherzentrum / SchauFenster Eifel liegt der „vorzeitige Maßnahmebeginn“ aus Dezember 2011 vor; der endgültige Förderbescheid wird in Kürze erwartet. Bis zum Eingang desselben erfolgen die Projektausgaben auf Risiko der Gesellschaft. Wesentlicher Hinderungsgrund für den Förderbescheid ist die derzeit bestehende Haushaltssperre bezüglich des Landeshaushaltes 2012; dessen Verabschiedung ist für Mai 2012 vorgesehen. Da die Finanzierungsabsicht des Landes außer Frage steht, wird das Risiko als sehr gering erachtet.

Durch die gesellschaftsseite gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Gesamtprojekt „Forum Vogelsang“ sowie ein für die Investitionsprojekte genehmigtes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters LVR ist für die Jahre 2012-2015 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2012 werden zur Zeit außer den oben genannten keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet. Sollten gravierende Probleme in den Projektförderungen bzw. -abläufen auftreten, ist mit negativen Auswirkungen auf das Ergebnis zu rechnen.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz mit gleichzeitigem Soll/Ist-Vergleich in Bezug auf die Wirtschaftsplanung durchgeführt. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und ggf. eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei können die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zu Grunde gelegt werden.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten, unter Einbindung der externen Projektsteuerung sowie der Fördergeber, ein kontinuierliches Projektcontrolling, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel sicherzustellen.

7. PROGNOSEBERICHT

In den Jahren 2012 und 2013 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die Durchführung der investiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des "Forum Vogelsang" sowie den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ wesentlich an Volumen zunehmen. Dies spiegelt sich in der aktuellen Wirtschaftsplanung wider.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, von Mitte 2012 bis Mitte 2014 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH, u.a. des Besucherzentrums, in das renovierte „Kulturkino“ wird zu einer temporären Verlagerung und Adaption der Besucheraktivitäten führen. Eine weitgehend unveränderte Besuchernachfrage und ein im Wesentlichen unveränderter Umsatz werden erwartet.

Wir erwarten daher auch für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 ein ausgeglichenes Ergebnis. Basis hierfür sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Programmerklöse
- Projektförderungen
- sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

aufgestellt, 31.03.2012

gez. Albert Moritz
Geschäftsführer

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen		
I. <u>Inmaterielle Vermögensgegenstände</u>		
Software	750.407,00	759.775,00
II. <u>Sachanlagen</u>		
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.629.241,82	1.098.835,76
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	1.526.875,00	1.600.743,00
3. Kraftomnibusse	38.458.957,00	38.150.280,00
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	27.092,00	40.583,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.274.841,00	3.475.756,00
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	821.234,40	2.390.648,27
	45.738.240,82	46.756.846,03
III. <u>Finanzanlagen</u>		
1. Beteiligungen	50.000,00	50.000,00
2. Sonstige Ausleihungen	15.049,17	14.414,14
	65.049,17	64.414,14
	46.553.696,99	47.581.035,17
B. Umlaufvermögen		
I. <u>Vorräte</u>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	370.531,77	318.649,81
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.797.466,93	1.536.339,17
2. Forderungen gegen Gesellschafter	3.900.266,29	4.439.458,76
davon aus Lieferungen und Leistungen:		
31.12.2011: EUR 3.900.266,29		
31.12.2010: EUR 1.761.474,28		
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	423.247,51	557.103,61
	1.418.569,97	1.445.789,25
	7.539.550,70	7.978.690,79
	3.492.122,89	4.442.507,36
	11.402.295,36	12.739.847,96
III. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	108.779,59	125.798,87
C. Rechnungsabgrenzungsposten		
PASSIVA		
A. Eigenkapital		
I. <u>Stammkapital</u>		
II. <u>Kapitalrücklage</u>		
III. <u>Gewinnrücklagen</u>		
Andere Gewinnrücklagen	710.944,13	710.944,13
IV. <u>Bilanzgewinn</u>	2.952.153,75	4.284.849,93
	15.154.628,77	16.338.219,41
	13.652.550,20	12.657.669,39
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse		
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	586.994,00	304.223,00
2. Sonstige Rückstellungen	6.337.806,31	5.753.256,60
	6.924.800,31	6.057.479,60
D. Verbindlichkeiten		
1. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
31.12.2011: EUR 2.630.522,96		
31.12.2010: EUR 2.354.798,69		
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:		
31.12.2011: EUR 5.801.638,16		
31.12.2010: EUR 6.207.294,79		
	18.585.846,98	17.873.496,34
2. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
31.12.2011: EUR 2.866.417,62		
31.12.2010: EUR 3.207.664,85		
3. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern</u>		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
31.12.2011: EUR 304.407,22		
31.12.2010: EUR 847.896,40		
davon aus Lieferungen und Leistungen:		
31.12.2011: EUR 304.407,22		
31.12.2010: EUR 276.171,07		
4. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>		
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
31.12.2011: EUR 357.092,15		
31.12.2010: EUR 3.290.445,94		
davon aus Steuern:		
31.12.2011: EUR 189.132,95		
31.12.2010: EUR 568.081,21		
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:		
31.12.2011: EUR 3.029,25		
31.12.2010: EUR 3.728,02		
	500.030,84	3.309.256,01
	2.866.417,62	3.207.664,85
	304.407,22	847.896,40
	500.030,84	3.309.256,01
E. Rechnungsabgrenzungsposten		
	22.256.702,66	25.238.313,60
	76.000,00	155.000,00
	58.064.681,94	60.446.682,00

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2011

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	65.006.827,84	64.365.234,47
2. Sonstige betriebliche Erträge	17.541.797,59	17.622.917,33
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	8.081.236,41	6.917.536,56
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.199.946,47	26.541.869,11
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	26.289.175,46	25.842.290,31
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.692.741,69	5.367.681,36
- davon für Altersversorgung:		
2011: EUR 401.413,91		
2010: EUR 98.482,04		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.310.969,90	6.620.778,67
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>7.434.029,86</u>	<u>7.372.199,79</u>
7. Betriebsergebnis	1.540.525,64	3.325.796,00
8. Erträge aus Beteiligungen	3.000,00	3.000,00
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	523,24
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46.861,94	21.559,78
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>614.698,79</u>	<u>577.703,34</u>
12. Finanzergebnis	<u>-564.836,85</u>	<u>-552.620,32</u>
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	975.688,79	2.773.175,68
14. Außerordentliche Erträge	0,00	134.420,00
15. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	81.886,16
16. Sonstige Steuern	<u>35.279,43</u>	<u>35.113,50</u>
17. Jahresüberschuss	940.409,36 =====	2.790.596,02 =====

Zusammengefasster Lagebericht/Konzernlagebericht

für das Geschäftsjahr 2011

der

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2011

Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2011 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und die Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Die Änderung des ÖPNV-Gesetzes für Nordrhein-Westfalen brachte wesentliche Veränderungen der Gesetzeslage aus Sicht der Verkehrsunternehmen mit sich. Im Ergebnis jedoch ändert sich für die RVK als kommunales Unternehmen insofern nur, dass ihre Eigentümer mittelbar oder unmittelbar Empfänger von bisher an die RVK direkt zugewiesenen Fördermitteln oder Ausgleichszahlungen werden. Wie in der Vergangenheit steht es daher im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt.

Zu beachten sein wird künftig auch verstärkt die verabschiedete neue EU-Verordnung 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr. Die Fülle neuer unbestimmter Rechtsbegriffe und noch weiterhin vorhandener Interpretationsspielraum erschweren Prognosen über die künftige Praxis.

Dies wirkt sich auch auf die aktuelle Diskussion über die Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) aus.

Die RVK hat sich, soweit möglich, auf diese Situation vorbereitet, als intensive Verhandlungen mit den Aufgabenträgern/Eigentümern zur Herbeiführung einer rechtssicheren und dauerhaften Gestaltung der Zuschüsse zum ÖPNV im Hinblick auf die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der RVK geführt worden sind.

Durch Unterzeichnung von Vereinbarungen bzw. durch Betrauungsakte, unter Berücksichtigung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 24. Juli 2003 in Sachen Altmark-Trans, mit den Gebietskörperschaften Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis (Linksrheinische

Verkehrsgesellschaft mbH) und Kreis Euskirchen wurden diesen geänderten rechtlichen Erfordernissen entsprochen.

Unverändert betreibt die RVK GmbH Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen erbracht. Auch der so genannte Gelegenheitsverkehr wurde im Rahmen der Reisesparte im Geschäftsjahr 2011 weiter betrieben, aber aus wirtschaftlichen Gründen zum 31.12.2011 eingestellt.

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifrahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg eingebunden, wobei zwischenzeitlich eine Integration der 43/2er (Schülerverkehre) in die 42er Verkehre erfolgt ist.

Geschäftsverlauf

Im RVK-Konzern sind die Gesamtfahrleistungen im Berichtsjahr 2011 leicht zurückgegangen und umfassen insgesamt 28,09 Mio. Km.

In den einzelnen Verkehrsarten waren im Berichtsjahr sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG gab es eine Steigerung um 5,58 % (+505.583 Km). Diese Zunahme steht in direktem Zusammenhang mit einer vorgenommenen Integration der Sonderlinienverkehre nach § 43/2 PBefG in die Linienverkehre nach § 42 PBefG. Dementsprechend ist im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG ein Rückgang in Höhe von 34,59 % (-475.283 Km) zu verzeichnen.

Bei den TaxiBus-Leistungen ist eine geringe Zunahme in Höhe von 2,48 % (+25.222 Km) zu verzeichnen. Die AST-Verkehre sind mit einer geringfügigen Steigerung in Höhe von 1,06 % (+739 Km) nahezu unverändert. Eine Zunahme ist auch beim Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG festzustellen. Diese beträgt 11,25% (+6.718 Km).

Die Verkehre im Mietomnibusverkehr sind um 44,37 % gesunken (-105.964 Km). Beim Notverkehr ist ein Rückgang in Höhe von 18,32 % (-11.804 Km) zu verzeichnen. Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind mit einem geringfügigen Rückgang in Höhe von 0,64 % (-96.192 Km) sehr nah an den Vorjahresfahrleistungen in diesem Bereich.

Nach wie vor bleibt es bei dem Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch alternative, an der Nachfrage orientierten, Verkehrsangebote (TaxiBus) in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften anzuregen und diese, bei entsprechender Beschlusslage der Aufgabenträger, auch vorzunehmen.

Vermögenslage

Auf der Ebene der Muttergesellschaft RVK sind Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im Umfang von ca. 6.509 T€ getätigt worden.

Somit ergibt sich auch auf der Konzernebene ein Investitionsvolumen in Höhe von 6.509 T€. Die Investitionen betreffen überwiegend die Beschaffung von 11 Omnibussen (2.711 T€) und Schlusszahlungen für 2 Wasserstoff-Hybrid-Busse als Teil des Projekts „Null Emission“ (1.492 T€), sowie ein Bauvorhaben in Meckenheim (986 T€) und Softwarelizenzen (643 T€).

Die finanziellen Mittel haben sich im Vorjahresvergleich im Konzern um 950 T€ vermindert.

Die Höhe der Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 2.382 T€ auf 58.065 T€ gesunken.

Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2011 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen 34,1 %. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote 34,0 %.

Seit dem 01. Januar 2009 erhöhen die geleisteten Betriebskostenzuschüsse – im Gegensatz zu den bis zum 31. Dezember 2008 geleisteten Zahlungen in die Kapitalrücklage - das handelsrechtliche Jahresergebnis. Eine steuerrechtliche Verpflichtung der Gesellschaft ergibt sich aufgrund dieses Ergebnisses allerdings nicht, da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von rd. 10.241 T€ keiner ertragsteuerlichen Berücksichtigung unterliegen und außerhalb der handelsrechtlichen Bilanz (für Zwecke der Besteuerung) abzusetzen sind.

Insoweit ist aus den nunmehr positiven handelsrechtlichen Jahresergebnissen auch keine veränderte Auswirkung auf die Liquiditätslage abzuleiten.

Lt. beschlossenen Wirtschaftsplan wird für das Geschäftsjahr 2012 ein positives Betriebsergebnis in Höhe von ca. 1.300 T€ erwartet.

Finanzlage

Die Investitionen des Berichtsjahres wurden mit Investitionszuschüssen und durch die Aufnahme von Bankdarlehen in Höhe von 3.065 T€ sowie aus Abschreibungen und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung finanziert.

Aus dem im Berichtsjahr aufgenommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung des Jahres 2011 ergibt sich am Ende des Berichtsjahres auf Grund der planmäßigen Tilgungen in Höhe von 21 T€ noch ein Schuldenstand in Höhe von 2.519 T€.

Bei den in Vorjahren in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 2.352 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 15.359 T€.

Für Zwecke der Zinssicherung wurden von der RVK zwei Zinsbegrenzungsgeschäfte (Cap) mit Laufzeiten bis 2014 bzw. 2017 abgeschlossen. Der Abschluss der Zinssicherungsgeschäfte erfolgte in Zusammenhang mit Darlehen zu Busbeschaffungen der Jahre 2004 und 2007. Im Berichtsjahr wurden Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert (12 T€) vorgenommen.

Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 2011 ergibt sich auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2011	2010
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	1.534	3.332
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-6.297	-2.808
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	3.948	686
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-815	1.210
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	4.071	2.861
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.382	4.071

Ertragslage

Das positive handelsrechtliche Jahresergebnis 2011 in Höhe von rd. 940 T€ ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis.

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Die Umsatzerlöse sind im RVK-Konzern um insgesamt ca. 642 T€ auf 65.007 T€ gestiegen, bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um ca. 731 T€ auf 67.273 T€.

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG eine deutliche Minderung zu verzeichnen (-30,99%). Diese Minderung ist begründet mit einer Integration dieser Verkehre in die Linienverkehre nach § 42 PBefG. Diese Integration führt dort u. a. zu einer prozentualen Steigerung in Höhe 6,48 %. Auch beim freigestellten Schülerverkehr ergibt sich eine Steigerung (+9,71 %).

Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen haben sich im Vorjahresvergleich erhöht (+1,79 %) während sich im Bereich des Mietomnibusverkehrs eine deutliche Verringerung um 45,04 % ergibt. Diese Verringerung ist im lfd. Geschäftsjahr 2011 bereits eine Folge der Einstellung dieser Verkehrssparte zum 31. Dezember 2011.

Einnahmen aus Ausgleichszahlungen im Bereich des Ausbildungsverkehrs haben sich im Berichtsjahr lediglich noch aufgrund endgültiger Vorjahresabrechnungen und aufgrund der Auflösung zeitlicher Abgrenzungen (Schuljahr) in Höhe von insgesamt rd. 10 T€ ergeben.

Bei den Abgeltungen nach SGB IX ist nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen ein Zugang um 209 T€ (+28,58%) zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr wurden erstmals Einnahmen im Rahmen des § 11a ÖPNVG NRW erzielt. Diese belaufen sich auf insgesamt rd. 1.149 T€.

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 2.346 T€ auf 81.008 T€ erhöht. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich ein Anstieg um 2.477 T€, im Wesentlichen verursacht durch höhere Aufwendungen in den Bereichen Dieseleinkauf und Abschreibungen für Omnibusse.

Eine Erhöhung um 772 T€ ergibt sich auf Konzernebene bei den Personalkosten. Bei der Muttergesellschaft ist eine Erhöhung um 237 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Erhöhung im Konzern ergibt sich im Wesentlichen aufgrund tariflicher Lohnsteigerungen ab dem 01. Januar 2011 (RBR) bzw. ab 01. März 2011 (RVK) und der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Jahresverlauf. So wurden aufgrund vereinbarter und vergüteter Zusatzfahrleistungen bis zum Ende des dritten Quartals 2011 zeitweise mehr Personen beschäftigt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Bei der Tochtergesellschaft ergibt sich ein Rückgang tatsächlich erst im vierten Quartal des Berichtszeitraums. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Verringerung um 18 Personen, bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 28 Personen festzustellen.

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 822 T€ gestiegen. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 1.449 T€. Diese Steigerung ist im Wesentlichen mit einem entsprechenden Anstieg bei den Einkaufspreisen für Dieseltreibstoff begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, sind im Konzern um 62 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 101 T€ gestiegen.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 538 T€ aufgewendet.

Den Zinsaufwendungen stehen auf Konzernebene Zins- und Beteiligungserträge in Höhe von 50 T€ und bei der Muttergesellschaft in Höhe von 49 T€ gegenüber.

Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Mobilitätsversorgung im demografischen Wandel ländlicher Regionen

Die RVK hat sich in den letzten 10 Jahren stets den absehbaren Entwicklungen für die öffentliche Verkehrsversorgung gestellt und ihren kommunalen Eigentümern, neben ihrem Kerngeschäft, der Leistungserbringung im täglichen Nahverkehr, kontinuierlich angebotsstrukturelle und wirtschaftliche Optimierungen offeriert.

Die absehbaren Folgen des demografischen Wandels in unserer Region mündeten zuletzt in die gemeinsam von der RVK und ihren Eigentümern durchgeführten Untersuchungen

- zur „Demografischen Entwicklung und schüler- sowie seniorenrechtlichem öffentlichen Nahverkehr“ (DESS ON)
- zur „Mobilitätssicherung und sicheren Mobilität älterer Menschen“ (MosiM) sowie
- zum „Schulischen Mobilitäts-Management“ (SchuliMM).

Aktuelle Veröffentlichungen, wie etwa der „Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume“ oder die „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ lesen sich wie eine Bestätigung dieses Handelns.

Kosten- und Einnahmenentwicklung, demografischer Wandel und ökologische Notwendigkeiten konkretisieren sich daher zu einem Herausforderungspaket für die Verkehrsunternehmen.

Hinzu kommt die Herausforderung, die mit der als sinnvoll und sachgerecht anzusehenden Zusammenführung des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg mit dem Aachener Verkehrsverbund verbunden ist.

Die damit einhergehende Novellierung nahezu aller Verbundstrukturen (insbesondere auch die der Einnahmeaufteilung) bedingt gleichermaßen grundlegende Neuorientierungen zur Erstellung wirtschaftlich tragfähiger Strukturen der Mobilitäts-Daseinsvorsorge.

Vier Säulen werden aus Sicht der RVK die Zukunft prägen:

1. Erbringung von qualitativ hochwertigen, marktgerechten und die gesellschaftliche Verantwortung berücksichtigende Dienstleistungen,
2. nachhaltiges Wirtschaften und konsequente Reduzierung betriebsbedingter Schadstoffemissionen,
3. differenzierte Angebots- und Leistungsgestaltung in den Gebietskörperschaften, die der demografischen Entwicklung Rechnung trägt sowie
4. Tarifgestaltung und Einnahmenverteilung entsprechend der in den jeweiligen Gebietskörperschaften erforderlichen Nahverkehrsstrukturen.

Mobilitätssicherung wird daher zunehmend zum Standortfaktor in den ländlich strukturierten Räumen unserer Region. Gleichzeitig muss der Begriff „Daseinsvorsorge“, auch im Bereich des Personennahverkehrs, mit zeitgemäßem bzw. zukunftsweisendem Inhalt gefüllt werden.

Beispielhaft seien hier folgende Denkansätze genannt:

- Integration teilöffentlicher Fahrdienste (z. B. Fahrdienste von Senioreneinrichtungen, Sozialdiensten usw.) und ggf. auch privater Mitfahrmöglichkeiten,
- Hilfestellungen zur Förderung individualisierter Zu-/Abgangsmobilität, um so die Erschließungsräume öffentlicher Verkehrsangebote zu erweitern (Mobilitätsknotenpunkte),
- Fahrpreisdifferenzierung (Tarifizierung) nach Entfernung und Angebotsqualität, kostenpflichtige Platzreservierungen oder rabattierte „Solidartickets“ auch für Vereine, Dorfgemeinschaften etc.,
- Fortschreibung des so genannten Patentickets durch die Einbindung von Schülerinnen und Schülern als Paten,

Vertrieb von Kombinationsleistungen auch im ländlichen Raum (z. B. Carsharing, E-Mobilität),

Förderung solidarischer Angebotsstrukturen (z. B.: „Wenn x % einer Ortschaft ein Verbundticket abonnieren, wird diese Ortschaft im x-Takt bedient“),

Flächen- und / oder monetäre Privilegierung ökologischer Nahmobilität (z. B.: Kostengünstige Parkplätze für Elektromobile),

Initiierung und Förderung koordinierten Mobilitätsmanagements,

Fortentwicklung der „Haus-zu-Haus-Bedienung“ im ÖPNV („Meine Haltestelle“).

In dieser Zielsetzung bedarf es der Recherche, Konzeption und praktischen Erprobung von Mobilitäts-, Marketing-, Tarif- und Vertriebsangeboten, mit denen die kontinuierlich nachfrageadäquat und wirtschaftlich optimierten ÖPNV-Angebote zu attraktiven und nachhaltig wirkenden regionalen Mobilitätspaketen entwickelt werden können.

Explizit geht es in der angestrebten Untersuchung nicht darum, die Nahverkehrsplanungen der ÖPNV-Aufgabenträger (§ 8 ÖPNVG NRW) zu unterlaufen oder zu ersetzen, sondern Angebote zu entwickeln, diese oder abweichende Maßnahmen einschließlich der damit einhergehenden Kosten in ihre Nahverkehrsplanungen aufzunehmen und diese Angebote zu beschließen.

Ziel ist es vielmehr, den kommunalen Kostenträgern wesentliche konzeptionelle Grundlagen für wirtschaftliche und betrieblich funktionale öffentliche Nahverkehrs-Grundangebote bereitzustellen, die sowohl der gesetzlich geforderten Daseinsvorsorge (§ 2 ÖPNVG NRW) als auch einer dauerhaften Finanzierbarkeit gerecht werden.

Um dabei unterschiedliche strukturelle Besonderheiten (u. a. auch aus einer eventuellen Verbundzusammenführung AVV/VRS) zu beachten, ist es aus Sicht der RVK zielführend, die vier zusammenhängenden Flächenkreise Düren, Euskirchen, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Sieg- Kreis (linksrheinisch) in die Untersuchung einzubeziehen.

Die Zustimmung des Kreises Düren zu diesem Gemeinschaftsprojekt liegt vor.

Nach positiven Vorgesprächen mit Vertretern des zuständigen Ministeriums MWEBWV NRW besteht die Möglichkeit, bei einer zeitnahen Antragstellung eine Förderung nach § 14 ÖPNVG NRW, in einer Größenordnung von bis zu 80 % der Gesamtsumme von 150.000 € für dieses Projekt zu erhalten.

Umweltschutz und Energieeffizienz

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Konzernweit sind wir bemüht, in Zusammenarbeit mit unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge zu treffen, um Notfälle zu vermeiden und verpflichten uns, kompetent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeiten zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen mindestens die Grenzwerte der Schadstoffklasse Euro EEV (Enhanced Environmentally Friendly Vehicle) einhalten. EEV ist der gegenwärtig anspruchsvollste europäische Abgasstandard für Busse und LKW.

Zudem fördert die RVK erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten durch praxisnahe Projekte, wie z. B. die Einführung der ersten beiden Brennstoffzellen-Hybridbusse im regulären Linienverkehr in NRW seit September 2011 und die Inbetriebnahme einer Photovoltaikanlage am RVK-Standort Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) im Jahr 2010.

Dieser Weg wird auch in Zukunft konsequent weitergegangen. So sind die Anschaffung weiterer emissionsarmer Fahrzeuge wie Elektro-Pkw und weiterer emissionsfreier Busse mit Brennstoffzellentechnologie sowie die Installation mehrerer Photovoltaikanlagen an unseren Standorten in Meckenheim, Euskirchen und Bergheim/Erft bereits erfolgt oder in der Vorbereitungsphase.

Um die hochgesteckten Umweltziele zu erreichen, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, mittel- bis langfristig den gesamten Fuhrpark des Unternehmens auf alternative Antriebstechniken umzustellen.

Die RVK handelt, soweit irgend möglich, in allen Konzern-Bereichen umweltbewusst und ressourcenschonend.

Neben dem Einkauf und Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge und Kraftstoffe zählt hierzu u. a. auch die Nutzung von Regen- und Brauchwasser in allen unseren Fahrzeugwaschanlagen sowie die strikte Trennung sämtlicher Abfallarten, sofern diese nicht zu vermeiden sind.

Der schonende und sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen ist ebenfalls Teil der Unternehmensphilosophie. So ist Energieeinsparung in den Betriebs- und Verwaltungsbereichen gelebte Praxis.

Die geschilderten Maßnahmen und Projekte, die Ganzheitlichkeit des Ansatzes, die erfolgreichen bisherigen Bemühungen sowie der Nachweis über deren Nachhaltigkeit haben dazu beigetragen, dass die Konzernunternehmen der RVK im März 2011 die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001:2009 erhalten haben.

Warum gerade die Themen „Kraftstoffverbrauch“, „Suche nach alternativen Treibstoffen“ und Nachhaltigkeit, insbesondere auch aus wirtschaftlicher Sicht von grundlegender Bedeutung für die RVK und ihre kommunalen Eigentümer sind, zeigt alleine die Tatsache dass der RVK-Konzern am Ende des Berichtsjahres über 321 eigene Omnibusse verfügte, mit denen 52 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Hierfür wurden, trotz einer breit angelegten und intensiv betriebenen Einsparkampagne, ca. 6,5 Millionen Liter Diesekraftstoff verbraucht. Für die weiteren 48 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 331 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt,

wobei der Anteil der Leistungserbringung durch eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also der so genannte Regieverkehr, strukturell bedingt in den verschiedenen Gebietskörperschaften unseres Bedienungsgebietes sehr unterschiedlich ist.

Einnahmeverteilung

Die Situation der Einnahmeverteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) ist derzeit von der Diskussion über die Ergebnisse der Fahrgasterhebung 2009 geprägt. Es ist insgesamt eine Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlichen geprägten Raum in die Ballungsräume einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene festzustellen, was naturgemäß negative Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten hat. Mit der Umsetzung der Ergebnisse der Fahrgasterhebung 2009 kann voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2012 gerechnet werden.

Das Risiko einer Rückzahlungsverpflichtung wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 auch für die vorangegangenen Geschäftsjahre 2009 und 2010 in Höhe von jeweils rd. 1,24 Mio. Euro berücksichtigt.

Schülerticket

Die flächendeckende Einführung des SchülerTickets ab August 2011 im Gebiet des VRS ist Teil eines seit einigen Jahren von der RVK verfolgten Gesamtkonzeptes. Dieses Konzept sieht vor, dass es allen Kundengruppen möglich sein soll, ein an ihren spezifischen Erfordernissen orientiertes und gleichzeitig angemessen tarifiertes Monatsticket zu erwerben.

Erstmals wird also mit dem SchülerTicket ab dem Schuljahr 2011/2012 die Möglichkeit eröffnet, dass unsere jungen Fahrgäste in den Kreisen Euskirchen, Oberberg, Rhein-Berg, Rhein-Erft und Rhein-Sieg die Chancen der verbundweiten Mobilität zu bezahlbaren Preisen nutzen können.

Die Kinder im Grundschulalter werden mit dem PrimaTicket in der Regel mit ihren Schulfahrten in den öffentlichen Linienverkehr nach § 42 PBefG integriert und erhalten somit ebenfalls ein garantiertes Leistungsangebot.

Betriebshofoptimierung

Die beabsichtigte Zusammenlegung der Betriebshöfe der RVK, der OVAG und der VBL am Standort Gummersbach (Oberbergischer Kreis) wird unverändert angestrebt. Dieses Vorhaben steht in Abhängigkeit einer erfolgreichen Vermarktung des Betriebsgrundstückes der RVK in Niederseßmar, welche sich jedoch aufgrund der allgemeinen Entwicklung auf dem Grundstücksmarkt, der spezifischen Angebotslage in Gummersbach und den Anforderungen an das Grundstück in bauplanungsrechtlicher Hinsicht weiterhin als schwierig erweist. Im Rahmen einer Gesamtlösung zwischen den drei genannten Unternehmen, ist auch eine Veräußerung der zweiten Liegenschaft der RVK im Oberbergischen Kreis, nämlich der am Standort Waldbröl, geplant.

Im Jahr 2011 wird aufgrund der Beschlussfassung der RVK-Gremien die notwendige Erweiterung des Betriebshofes am Standort Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) begonnen. Der Ankauf der hierzu erforderlichen benachbarten Liegenschaft von der Rheinischen Warenzentrale Köln ist unter dem Datum vom 05. April 2011 erfolgt. Die erforderlichen Abriss- und Umbaumaßnahmen sollen bis Ende 2012 abgeschlossen sein.

Tariftreue- und Vergabegesetz

Am 01. Mai 2012 trat das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) in Kraft. Da auch öffentliche Aufträge im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs von diesen Regelungen erfasst werden, wird das Gesetz maßgebliche Auswirkungen auf zukünftige Beauftragungen von Unternehmen durch die RVK haben.

Öffentliche Aufträge dürfen künftig nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, „die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen.“

Welche Tarifverträge als „repräsentativ“ zu qualifizieren sind, lässt das Gesetz offen. Diese Frage wird voraussichtlich Mitte 2012 durch einen durch das Landesministerium noch einzurichtenden Beratungsausschuss entschieden werden.

Mögliche Auswirkungen für die RVK bzw. die RBR

Für NRW könnten im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs auf der Straße Verbandstarifverträge und zwar im Zweifel solche, die mit ver.di abgeschlossen wurden, als repräsentativ festgelegt werden. Für die kommunalen Verkehrsbetriebe müsste in diesem Fall der in NRW geltende Tarifvertrag Nahverkehr Nordrhein-Westfalen (TVN-NRW) als „repräsentativer Tarifvertrag“ festgelegt werden.

Es zeichnet sich ab, dass daneben der für private Omnibusunternehmen zwischen der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) und dem Verband der Nordrhein-Westfälischen Omnibusunternehmen abgeschlossene Tarifvertrag für das private Omnibusgewerbe in NRW (TV NWO) als weiterer repräsentativer Tarifvertrag durchsetzen kann.

Zu klären ist weiterhin, ob und inwieweit die für die RVK bzw. die RBR abgeschlossenen firmenbezogenen (Verbands-)Tarifverträge Geltung behalten können, da diese zumindest für das Tarifgebiet der jeweiligen Aufgabenträger als repräsentativ anzusehen sind.

Voraussichtlich wird sich die RVK zukünftig verpflichten müssen, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung (mindestens) das im jeweiligen Tarifgebiet vorgesehene Entgelt zu zahlen und diesbezügliche Tarifloohnerhöhungen während der Laufzeit nachzuvollziehen.

Neben der Pflicht zur Tariftreue enthält das Gesetz auch eine sogenannte „Nachunternehmerklausel“. Hiernach muss die RVK als Auftragnehmerin bei zukünftigen Vergaben ihre Subunternehmer ebenfalls zur Tariftreue verpflichten, was zu einer Vereinheitlichung/Verteuerung der Subunternehmerkosten führen wird.

Unabhängig von vorstehenden Ausführungen bleibt darauf hinzuweisen, dass bis Mitte des Jahres die anstehenden Tarifverhandlungen mit noch ungewissem Ausgang abzuschließen sind.

Risikofrüherkennung

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, das alle wesentlichen Konzernbereiche umfasst.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Risikomanagements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Die wesentlichen Ziele der Geschäftsführung des RVK- Konzerns sind:

1. Den Eigentümern und Aufgabenträgern sowie den sonstigen Auftraggebern des Konzerns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen.
2. Die Erbringung von Dienstleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden, und den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden als die zentrale Aufgabenstellung für aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.

4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.
7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich, sofern nicht bereits ausgeführt, erkennbar nicht ergeben.

Köln, 25. Mai 2012

Regionalverkehr Köln GmbH

gez. Eugen Puderbach

Geschäftsführer

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Anlage 1

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

		31.12.2011	31.12.2010
		EUR	EUR
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			
	Software	750.405,00	759.773,00
II. Sachanlagen			
	1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.629.241,82	1.098.835,76
	2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	1.526.875,00	1.600.743,00
	3. Kraftomnibusse	38.488.957,00	38.150.280,00
	4. Maschinen und maschinelle Anlagen	27.082,00	40.583,00
	5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.270.282,00	3.470.380,00
	6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	821.234,00	2.390.648,27
		45.733.681,82	46.751.470,03
III. Finanzanlagen			
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	227.000,00	227.000,00
	2. Beteiligungen	50.000,00	50.000,00
	3. Sonstige Ausleihungen	15.049,17	14.414,14
		292.049,17	291.414,14
		46.776.135,99	47.802.657,17
B. Umlaufvermögen			
I. <u>Vorräte</u>			
	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	370.531,77	318.649,81
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.797.466,93	1.536.339,17
	- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:		
	31.12.2011: EUR	0,00	0,00
	31.12.2010: EUR	0,00	0,00
	2. Forderungen gegen Gesellschafter	3.900.266,29	4.439.458,76
	- davon aus Lieferungen und Leistungen:		
	31.12.2011: EUR	3.900.266,29	4.439.458,76
	31.12.2010: EUR	4.439.458,76	4.439.458,76
	3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	423.247,51	557.103,61
	4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.402.941,95	1.420.719,73
		7.523.922,08	7.953.621,27
III. Kassenbestand			
IV. Bankguthaben			
		60.270,37	70.188,94
		3.321.600,49	4.000.927,99
		11.276.324,71	12.343.387,91
		107.301,09	125.798,87
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		58.159.761,79	60.271.843,95
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
	I. Stammkapital	3.579.200,00	3.579.200,00
	II. Kapitalrücklage	7.915.202,20	7.766.096,66
	III. Gewinnrücklagen	710.470,13	710.470,13
	IV. Bilanzgewinn	2.935.061,85	4.267.758,03
		15.139.934,18	16.223.524,82
		13.652.550,20	12.657.669,39
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse			
C. Rückstellungen			
	1. Rückstellungen für Pensionen	586.994,00	304.223,00
	2. Sonstige Rückstellungen	6.015.501,31	5.415.921,60
		6.602.495,31	5.720.144,60
D. Verbindlichkeiten			
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.585.846,98	17.873.496,34
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
	31.12.2011: EUR	2.863.571,73	3.100.198,14
	31.12.2010: EUR	3.100.198,14	3.100.198,14
	- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren:		
	31.12.2011: EUR	15.722.274,25	14.773.298,20
	31.12.2010: EUR	14.773.298,20	14.773.298,20
	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.863.571,73	3.100.198,14
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
	31.12.2011: EUR	2.863.571,73	3.100.198,14
	31.12.2010: EUR	3.100.198,14	3.100.198,14
	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	304.407,22	847.896,40
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
	31.12.2011: EUR	304.407,22	847.896,40
	31.12.2010: EUR	847.896,40	847.896,40
	- davon aus Lieferungen und Leistungen:		
	31.12.2011: EUR	276.171,07	276.171,07
	31.12.2010: EUR	290.256,02	290.256,02
	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	463.389,60	215.442,55
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
	31.12.2011: EUR	463.389,60	215.442,55
	31.12.2010: EUR	215.442,55	215.442,55
	- davon aus Lieferungen und Leistungen:		
	31.12.2011: EUR	463.389,60	215.442,55
	31.12.2010: EUR	215.442,55	215.442,55
	5. Sonstige Verbindlichkeiten	471.566,57	3.378.471,71
	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr:		
	31.12.2011: EUR	328.627,88	328.627,88
	31.12.2010: EUR	3.277.891,95	3.277.891,95
	- davon aus Steuern:		
	31.12.2011: EUR	161.330,19	161.330,19
	31.12.2010: EUR	260.453,91	260.453,91
	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:		
	31.12.2011: EUR	3.029,25	3.029,25
	31.12.2010: EUR	2.256,37	2.256,37
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		22.688.792,10	25.415.505,14
		76.000,00	155.000,00
		58.159.761,79	60.271.843,95

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2011

Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

	<u>2011</u> <u>EUR</u>	<u>2010</u> <u>EUR</u>
1. Umsatzerlöse	67.273.155,36	66.542.184,80
2. Sonstige betriebliche Erträge	17.574.232,06	17.610.925,64
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	8.128.609,12	6.965.982,41
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	36.670.840,73	36.384.276,91
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	19.576.568,64	19.621.417,27
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.332.764,93	4.113.181,96
- davon für Altersversorgung:		
2011: EUR 394.175,63		
2010: EUR 98.482,04		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.310.152,90	6.619.962,67
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>7.303.272,98</u>	<u>7.202.512,46</u>
7. Betriebsergebnis	1.525.178,12	3.245.776,76
8. Erträge aus Beteiligungen	3.000,00	3.000,00
9. Erträge aus Gewinnabführung	15.752,10	14.346,20
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0,00	523,24
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45.780,84	83.183,51
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>614.677,27</u>	<u>577.464,03</u>
13. Finanzergebnis	<u>-550.144,33</u>	<u>-476.411,08</u>
14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	975.033,79	2.769.365,68
5. Außerordentliche Erträge	0,00	134.420,00
6. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	78.786,16
7. Außerordentliches Ergebnis	0,00	55.633,84
8. Sonstige Steuern	<u>34.624,43</u>	<u>34.403,50</u>
9. Jahresüberschuss	940.409,36	2.790.596,02
0. Gewinnvortrag	<u>1.994.652,49</u>	<u>1.477.162,01</u>
1. Bilanzgewinn	<u>2.935.061,85</u>	<u>4.267.758,03</u>
	=====	=====

Konzernbilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2011

A k t i v a :		Anhang	31.12.2011	31.12.2010
Anlagevermögen				
1	Immaterielle Vermögensgegenstände		513.685,00 €	587.304,00 €
	Sachanlagen		23.941.328,01 €	14.134.120,18 €
	Finanzanlagen		6.348.604,92 €	6.054.625,06 €
			30.803.617,93 €	20.776.049,24 €
Umlaufvermögen				
	Vorräte		509.697,95 €	405.507,56 €
2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		3.535.384,37 €	4.403.477,47 €
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		166.666,66 €	1.493,75 €
	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		117.141,97 €	118.310,38 €
	Forderungen gegen Gesellschafter		2.724.686,03 €	3.186.265,11 €
	Sonstige Vermögensgegenstände		6.543.879,03 €	7.709.546,71 €
3	Wertpapiere		-	1.000.000,00 €
4	Flüssige Mittel		11.421.225,75 €	8.558.701,03 €
5	Rechnungsabgrenzungsposten		122.702,04 €	129.600,00 €
			49.401.122,70 €	38.579.404,54 €
P a s s i v a :				
Eigenkapital				
6	Kapitalanteile		7.877.147,48 €	7.877.147,48 €
	Bilanzgewinn		3.070.891,92 €	2.621.835,58 €
	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		283.097,34 €	155.100,00 €
			11.231.136,74 €	10.654.083,06 €
7	Empfangene Ertragszuschüsse		4.116.930,18 €	4.889.528,15 €
Rückstellungen				
8	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.638.915,00 €	1.838.767,00 €
	Steuerrückstellungen		363.203,00 €	141.698,00 €
	Sonstige Rückstellungen		4.443.831,97 €	4.560.032,62 €
			7.445.949,97 €	6.540.497,62 €
Verbindlichkeiten				
9	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.847.542,42 €	6.990.000,00 €
	Erhaltene Anzahlungen		26.555,00 €	8.275,00 €
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		6.196.322,53 €	4.561.184,36 €
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		3.847,61 €	56.027,06 €
	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		8.361,40 €	9.112,47 €
	Sonstige Verbindlichkeiten		11.778.526,70 €	4.278.025,24 €
			25.861.155,66 €	15.902.624,13 €
10	Rechnungsabgrenzungsposten		745.960,15 €	592.671,58 €
			49.401.122,70 €	38.579.404,54 €

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2011

	Anhang	2011	2010
Umsatzerlöse		72.794.279,64 €	54.966.004,20 €
Stromsteuer		- 5.520.722,61 €	- 5.080.653,47 €
	12	67.273.557,03 €	49.885.350,73 €
Andere aktivierte Eigenleistungen		250.528,31 €	2.300,58 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	457.208,64 €	556.343,71 €
		67.981.293,98 €	50.443.995,02 €
Materialaufwand	14	48.750.262,31 €	32.620.398,63 €
Personalaufwand	15	7.722.210,66 €	7.413.129,97 €
Abschreibungen	16	1.958.659,76 €	1.682.390,37 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	5.103.450,64 €	5.027.862,82 €
		4.446.710,61 €	3.700.213,23 €
Finanzergebnis	20	- 690.198,44 €	- 262.859,74 €
		3.756.512,17 €	3.437.353,49 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Außerordentliches Ergebnis		- €	- 234.852,00 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21	685.830,57 €	548.604,59 €
Sonstige Steuern		37.192,34 €	32.061,32 €
Konzernjahresüberschuss		<u>3.033.489,26 €</u>	<u>2.621.835,58 €</u>
auf andere Gesellschafter entfallender Verlust		- 37.402,66 €	- €
Konzerngewinn*		<u>3.070.891,92 €</u>	<u>2.621.835,58 €</u>

* (auf Gesellschafter der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG entfallend)

Konzernlagebericht 2011

(zusammengefasst mit dem Lagebericht Einzelabschluss)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	II
1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	1
1.1 Anteilseigner und Konzernstruktur	1
1.2 Wirtschaftliche Entwicklung	2
2 Wirtschaftliche Entwicklung der ene (Jahresabschluss und Konzern)	4
2.1 Geschäftsentwicklung der in den ene-Konzern einbezogenen Unternehmen	6
2.1.1 Dienstleistungsgeschäft	6
2.1.2 Stromverkauf	9
2.1.3 Netzaufkommen	9
2.1.4 Ertragslage	10
2.1.5 Finanz- und Vermögenslage (Konzern)	12
2.1.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der ene	12
3 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW	14
3.1.1 Mitarbeiter	15
3.2 Entwicklung der Chancen und Risiken	18
3.2.1 Marktrisiken	18
3.2.2 Risiken aus dem energiepolitischen Rahmen	18
3.2.3 Betriebsrisiken	19
3.2.4 Finanz- und Kreditrisiko / Risikomanagementziele im Hinblick auf Finanzinstrumente	20
4 Ausblick 2012	21
4.1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	21
4.1.1 Anteilseigner und Konzernstruktur / Ergebnisse nach dem Bilanzstichtag	21

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften.....	2
Tab. 2: Stromverkauf	9
Tab. 3: Außenumsätze der ene und des ene Konzerns.....	10
Tab. 4: Veränderung des Finanzmittelfonds	12
Tab. 5: Eckdaten des Einzelabschluss.....	13
Tab. 6: Mitarbeiterentwicklung.....	15

1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Anteilseigner und Konzernstruktur

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall (ene), ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, der in 2004 durch die konsequente Umsetzung der rechtlichen und operationellen Entflechtung (seit Ende 2009 auch informelle, systemtechnische Trennung zwischen Netz und Vertrieb) aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall (KEV GmbH), hervorgegangen ist.

In Würdigung der in 2010 geänderten regulatorischen und Marktumfeldanforderungen wurde der Konzern 2011 umgestaltet. Die Netzaktivitäten sind seit dem 01. Januar 2011 von der KEV-Netz GmbH auf die KEV GmbH im Zuge einer Verschmelzung übergegangen. Zur Aufnahme des Teilbetriebes Vertrieb zum 01. Januar 2012 und Bündelung aller Vertriebsaktivitäten wurde am 23. August 2011 die KEV Energie GmbH (KEV E GmbH) gegründet.

Zum Aufbau einer Grünstromsparte erfolgte zum 16. September 2011 die Gründung der KEVER Planungs-, Bau und Betriebsgesellschaft mbH (PBB GmbH) durch die KEV Energie GmbH (51%) und die in Kall ansässige PE Becker, Architekten und Ingenieure GmbH (49%), mit einem Stammkapital von 25 T €

Die KEV E (51%) sowie die Stadt Mechernich (49%) gründeten ihrerseits am 16.9.2011 die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG (Kommanditkapital von T€ 310). Die Geschäftsführung dieser Gesellschaft erfolgt durch KEVER PBB GmbH als Komplementärin ohne Kapitalanteil

Beteiligt am ene-Konzern ist der Kreis Euskirchen, Euskirchen, und die RWE Deutschland AG, Essen, über die Komplementärin der ene, die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH, Kall, zu gleichen Teilen.

Die ene hält an der KEV GmbH und an der KEV E GmbH eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen ist mit 2,5% und die RWE Deutschland AG ebenfalls mit 2,5%, jeweils an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 08. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV GmbH und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV E GmbH und der ene ein Ergebnisabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls er nicht spätestens sechs Monate vor seinem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt wird.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte der Gesellschaften:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil MA in %	Mitarbeiter ¹ (MA) 2011	Gezeichnetes Kapital in T €	Kerngeschäft
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	39	47	25	Energiedienstleistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	61	75	3.100	Regionale Energieversorgung und Assetowner
KEV Energie GmbH	0	0	25	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH	0	0	25	Entwicklung, Planung u. Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	0	0	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung

Als traditioneller regionaler Energieversorger ist und bleibt unser wichtigster Markt der regionale Strommarkt. Nach anfänglichen Startschwierigkeiten war dieser durch eine fortgesetzte leichte Erholung der regionalen Wirtschaft geprägt, einhergehend mit einem weiter zunehmenden Wettbewerb im Stromverkauf, wachsenden Energiebewusstsein der industriellen Verbraucher, sich konkretisierender gesetzlicher und regulatorischer Rahmenbedingungen für die Anreizregulierungsperiode 2014 bis 2018 im Fotojahr 2011 sowie massiver öffentlicher Aktivitäten der Verwaltungen der Kommunen im Hinblick auf eine kreisweite rein kommunale Verteilnetzgesellschaft "auf grüner Wiese" und der gesamten Politik im Kreis Euskirchen (Kreistagsbeschluss vom 20. Juli 2011) zur Rekommunalisierung der gesamten Energiewirtschaft des Kreises, beginnend mit der Sparte Strom, vor dem Hintergrund der im Jahr 2012 in allen Kommunen des Kreises auslaufenden Konzessionen.

Die Aktivitäten der Verwaltung, Politik des Kreises, der RWE Deutschland AG und der ene führten zu einer breiten Aufklärung im gesamten politischen Umfeld. Kreis Euskirchen und RWE Deutschland vereinbarten im Sinne des Beschlusses des Kreistages vom 20. Juli 2011 die Öffnung des ene-Konzerns für weitere kommunale Beteiligungen durch Kommunen des Kreises Euskirchen. Ein wünschenswertes gemeinsames Agieren der Strom- und Gassparte im

¹ nach § 267(5) HGB

Kreis Euskirchen konnte wegen in andere Regionen hineinreichende Interessen der Gassparte durch Kreis, RWE und ene nicht erreicht werden.

Der konjunkturelle Aufschwung der letzten Jahre in Deutschland setzte sich in der strukturschwachen Nordeifel nur gedämpft fort; der konjunkturelle Abschwung infolge der zeitnah und intensiv wirkenden Finanzkrise, der insbesondere bei Geschäftskunden im Netzgebiet der KEV 2008/2009 zu signifikanten Mengenrückgängen, Produktionsverlagerungen, -einschränkungen und Insolvenzen führte, konnte auch 2011 nicht egalisiert, sondern in etwa auf dem Niveau des Jahres 2010 fortgeführt werden.

Die Aktivitäten des Konzerns, gerichtet auf das verbliebene produzierende Gewerbe, konnte in 2011 die globale Konjunkturbelebung nutzen und Zuwachs generieren und Wettbewerbsverluste des Konzerns, insbesondere durch überdurchschnittliche Rückgewinnung von Privatkunden (Insolvenz TelDaFax) bei i.W. Beibehaltung der Verkaufspreise, kompensieren. Der weitere erfolgreiche Ausbau der EFFEKTRON-Aktivitäten in Sachen Energieeffizienz und energienahen Dienstleistungen im konzernexternen Geschäft und die weiter moderaten Auswirkungen der Mehrerlösabschöpfung sorgten unter Berücksichtigung von vermehrten Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und Sonderbelastungen aus der Projektschließung "strasserauf" (vgl. 2.1.1), zu einer deutlichen Steigerung des Ergebnisses.

Die unter KEVER gebündelten Aktivitäten der Grünstromerzeugung konnten 2011 weiter ausgebaut werden.

Dieses Ergebnis bestärkt uns darin, dass wir auf einem guten Weg sind, unser Risikomanagement weiter zeitnah zu qualifizieren, um Verluste aus Wettbewerb und Konjunkturschwäche einzelner Branchen im Kerngeschäft rechtzeitig durch entsprechende Gegenmaßnahmen erfolgreich ausgleichen und überkompensieren zu können.

2 Wirtschaftliche Entwicklung der ene (Jahresabschluss und Konzern)

Die Stromverkaufspreise der Grundversorgung blieben in 2011 stabil. Für einige Sonderverträge wurden die Preise mit Beginn der Vertragsverlängerung angepasst.

Der Ausbau des Strom- und Gasvertriebes des Dienstleistungsgeschäftes, insbesondere unter der EFFEKTRON-Marke im Stammgebiet und in Anrainerbereichen, konnte im bundesweiten Geschäft wegen fehlender Affinität, hartem Wettbewerb bei energiebewussten Kunden, hohen komplexen technischen und logistischen Anforderungen, Standortnachteilen und beschränkten Personalressourcen, zwar zu ersten Verträgen, aber nicht zu einer kontinuierlichen Entwicklung führen.

Mit dem Effizienzbaukasten, der ein Einstiegs-, Profi-, Maxi- und Optimalpaket enthält, haben wir ein nach EN/DIN 50 001 konformes Produkt der nachhaltigen Energieeffizienz für kleine und mittelständische Unternehmen geschaffen. Gepaart mit der Botschaft

IQ = intelligent
en = Energie
e = erleben

haben wir die Brücke vom Konzern zur Marke geschaffen, an der wir festhalten, allerdings begleitet von einer anhaltenden Restrukturierung und Weiterentwicklung des Produktportfolios und der Rekrutierung und Entwicklung von geeigneten Vertriebsmitarbeiter/innen. Ergebnis unserer Aktivitäten ist ein merklicher Anstieg der Dienstleistungen insbesondere bei der Optimierung der öffentlichen und nichtöffentlichen Beleuchtungsanlagen mittels der LED-Technik.

Entsprechend unserer strategischen Ausrichtung, unser Geschäft auf alle Stufen der Wertschöpfungskette in der Stromsparte auszudehnen, sind wir Beteiligungen in der Energieerzeugung, im Stromhandel und im Ökostromverkauf via Internet eingegangen und haben mit den Belegenheitskommunen, ausgewählten Kunden und Partnern Projektideen generiert, an deren Ausgestaltung wir weiterarbeiten.

Mit dem Bau und Betrieb einer 1,3 MW Photovoltaik Flächen-Anlage in einem Zeitraum von nur sechs Monaten erfolgte in 2010 der Start in eine neue Entwicklungsetappe des Unternehmens mit breiter Wahrnehmung und Akzeptanz im politischen und öffentlichen Raum, die 2011 durch den Bau eines weiteren Sun Parks mit einer Leistung von 4 MW und einer zum Bilanzstichtag im Bau befindlichen Anlage mit 1 MW, sowie den Zuschlag für Projektentwicklung (einschl. Bau und Betrieb, bei möglicher Genehmigung) für einen ca. 20 MW Windpark weiter fortgeführt wurden.

Unsere Kunden haben wir, wie in den Vorjahren, zuverlässig mit Strom versorgen können. Besondere Beachtung haben wir darauf gerichtet, weitere Schwachstellen im Netz abzubauen und uns einer Zielnetzkonfiguration (aus technischer Sicht) unter Beachtung des extrem zuwachsenden Potentials regenerativer dezentraler Einspeisungen bei gleichzeitiger signifikanter Netzverstärkung zu nähern. Im Rahmen einer Netzwerkpartnerschaft arbeiten wir mit Erfolg an Technologien zur Substanzerhaltung im Rahmen der zustandsbezogenen Instandhaltung.

Nicht zuletzt wegen des in 2009 krisenbedingt gesunkenen Netzaufkommens und trotz leichter Erholung 2010/2011 bestätigt sich, dass ländliche Versorgung im infrastrukturell schwach entwickelten Mittelgebirgsraum dauerhaft unter Regulierungs-Bedingungen kaum Investitionsanreize für Industrie, Handel und Gewerbe und auskömmliche Kosten für eine langfristige Substanzerhaltung und einen weiteren Ausbau der Netze sichert. Unter diesen Gesichtspunkten wurde 2010 die Solidarisierung mit dem vorgelagerten Verteilnetzbetreiber Rhein-Ruhr Verteilnetz GmbH untersucht und zum 01. Januar 2011 bei zeitgleicher Verschmelzung der KEV GmbH mit der KEV-Netz GmbH zur "Großen Verteilnetzesellschaft" vollzogen, die unter den Bedingungen der Verpachtung, wegen der Rückübertragung (unter Abzug der beim DSO Rhein-Ruhr Verteilnetz GmbH verbleibenden regulatorischen Pflichten) als Netzservicegesellschaft verbleibt. Die Solidarisierungsverträge sind so gestaltet, dass ein Ausstieg in Abhängigkeit von Wirtschaftlichkeit und politischem Willen vorbehalten bleibt.

Im Zuge des Neuvergabeverfahrens der Konzessionen zum Jahr 2013 konzentrieren wir 2011 unsere Aufmerksamkeit darauf, alle in diesem Prozess beteiligten Kräfte aufzuklären, dass die Chancen in der Region in der Nutzung der Synergien zwischen privatem und kommunalem Engagement auf der Ebene der Kommunen und des Kreises zwischen den Medien und in allen Wertschöpfungsstufen der Energieerzeugung, -verteilung, -versorgung, der zugehörigen Services und Dienstleistungen, einschließlich des neuen Wettbewerbsgeschäftes „Messstellenbetreiber“ liegen. Im Ergebnis dieses Prozesses können wir feststellen, dass durch die Kommunen der KEV Belegenheit die Vergabe von Konzessionen in deren Fokus rückt. Die Überlegungen der Verwaltungen der Kommunen richten sich darüber hinaus auf die Prüfung einer Beteiligung an den gesamten energiewirtschaftlichen Aktivitäten der ene. Alternative Netzbewirtschaftungsmodelle, einschließlich der Errichtung einer kommunalen Netzgesellschaft im Kreis Euskirchen zu untersuchen, spielen aus derzeitiger Sicht nur noch bei zwei Städten des Kreises eine Rolle.

Zusammenarbeit, Zusammenwachsen ist die Lösung der Zukunft!

Wir sehen weiter gute Chancen, uns in Übereinstimmung mit unseren Gesellschaftern erfolgreich in diesen Prozess in unserer Belegenheit einzubringen. So weist die augenblicklich

eingetretene Entwicklung eindeutig in die Richtung der partei- und verwaltungsübergreifenden Meinungskonsolidierung für ein Engagement der Kommunen mit unseren Gesellschaftern.

2.1 Geschäftsentwicklung der in den ene-Konzern einbezogenen Unternehmen

2.1.1 Dienstleistungsgeschäft

In den Kerngeschäften realisierte die ene im Geschäftsjahr 2011 Umsatzerlöse in Höhe von 16.743 T € (Vorjahr 13.844 T €).

Das konzerninterne Dienstleistungsgeschäft in Höhe von 10.023 T € (Vorjahr 12.096 T €) ist trotz des verminderten Auftragsvolumens nach wie vor wichtigstes Standbein der ene und wird im Wesentlichen durch die Aktivitäten der KEV GmbH bestimmt. Die Umsatzerlöse bei externen Dienstleistungen konnten durch Akquiseerfolge im Anlagenbau und im Straßenbeleuchtungsgeschäft auf 2.682 T € (Vorjahr 1.157 T €) gesteigert werden. Ferner wurde das bislang in der KEV GmbH gebündelte Stromgeschäft mit Erlösen von 4.037 T € (Vorjahr 593 T €) in der ene weiter ausgebaut.

Am 19. Februar 2008 hat die ene für 163 T € einen 0,3%igen Kommanditanteil an dem Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG, Essen (GSH) und damit entsprechend der Beteiligungsquote ein Kraftwerksanteil von 5 MW erworben. Mit der Beteiligung hat die ene den Einstieg in die Stromerzeugung vollzogen. Die Inbetriebnahme des Doppelblock-Kraftwerkes wird voraussichtlich in 2013 erfolgen. Die Gesamtinvestition in das Kraftwerk liegt inzwischen ca. 14% über der ursprünglichen Planung. In der Folge sind Kostenerhöhungen und Effizienzverschlechterungen zu erwarten. Der von der Bundesregierung beschlossene Atomausstieg sowie die Bestrebungen der Energiewende erfordern andererseits flexible Kraftwerke, so dass das Steinkohlekraftwerk in Hamm als Mittellastkraftwerk seinen Platz in der Kraftwerklandschaft findet.

Zur Finanzierung des Kraftwerkbaus wurde der GSH bisher ein Darlehen in Höhe von 5.211 T € zur Verfügung gestellt.

In Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung des Kraftwerkneubaus in Hamm ist beim Überschreiten von spezifischen Grenzkosten ggf. die Desinvestition in den kommenden Jahren zu entscheiden.

Nach notariellem Gesellschafterbeschluss vom 15. September 2008 zur Erweiterung der „Quantum GmbH“, Düsseldorf, und der Ausräumung aller aufschiebenden Bedingungen aus Kauf- und Abtretungsvertrag hat die ene am 08. Juli 2009 die Stammeinlage auf ihre 4%-Beteiligung in Höhe von 33 T € geleistet. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit

Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken. Neben „Knowhow“-Transfer im Bereich der Energiebeschaffung wurde die Quantum erfolgreich zur Belegung und zur Qualifizierung der Strombeschaffung genutzt. Der operative Betrieb soll nach aktueller Planung voraussichtlich ab 2012 für den sukzessiven Einstieg in das Gasgeschäft genutzt werden.

Am Tag der Gesellschaftsgründung der „strasserauf GmbH“ am 11. September 2009 hat die ene ihren 10%-Gesellschaftsanteil von 25 T € eingezahlt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von und der Handel mit Energie vorrangig in den Vertriebsgebieten der Gesellschafter sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Energieversorgung im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen. Die Produkte und Dienstleistungen sollen das Leistungsspektrum der Gesellschafter und damit der mittelbar beteiligten Kommunen ergänzen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Im Rahmen eines Gesellschafterdarlehens mit Vertrag vom 11. September 2009 hat die ene bis zum 31. Dezember 2011 entsprechend der Beteiligungsquote an der strasserauf GmbH einen Darlehensteilbetrag von 420 T € geleistet.

Nach Rückgang des Kundenzuwachses und des Engagements von Hauptgesellschaftern in eigene Internetprodukte, konnte keine Bereitschaft zur Weiterfinanzierung bzw. Aufbau eigener Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich im Verband der strasserauf-Aktivitäten erreicht werden.

In der Gesellschafterversammlung vom 13. Mai 2011 wurde beschlossen, das Projekt strasserauf nicht weiter zu verfolgen und die operative Tätigkeit zum 31. Dezember 2011 einzustellen. Die Gesellschaft soll in 2012 abgewickelt werden; insoweit stehen in 2012 noch Restverpflichtungen, wie Mieten, Steuern, Aufwendungen für Wirtschaftsprüfung an. Die Beteiligung sowie die gewährten Darlehen wurden in 2011 vollständig abgeschrieben. Für die zu erwartenden nachlaufenden Verpflichtungen wurde Risikovorsorge gebildet.

Am 21. September 2009 wurde die „eegon Eifel-Energiegenossenschaft eG“ gegründet. Die ene hat eine Mitgliedschaft von 0,5 T € erworben. Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen,
- die Verteilung und der Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme,
- die Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten sowie einer Öffentlichkeitsarbeit,
- gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte,
- Beteiligung an Projekten der Regenerativen Energieerzeugung (Beschluss der Genossen durch Satzungsänderung der Genossenschaft in 2011).

Zwischen dem Vorstand der Genossenschaft und der ene konnte eine gute informatorische Zusammenarbeit entwickelt werden, die zu weiteren operativen gemeinsamen Projekten führen soll.

Die ene hat sich mit Gesellschaftsvertrag vom 16. Februar 2010 mit einem 2,1%igen Anteil an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG – BG – beteiligt. Komplementärin der BG ist die Green GECCO Stadtwerke Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Troisdorf, weitere Kommanditisten sind andere kommunale Energieversorgungsunternehmen. Mittelbar ist die ene damit durch den Eintritt der BG in die von RWE Innogy GmbH gegründete Green GECCO GmbH & Co. KG, Essen, – GG – und den Erwerb eines Geschäftsanteils an deren Komplementärin (Green GECCO Verwaltungs-GmbH) an der GG beteiligt.

Im Juli 2011 kaufte die Green GECCO GmbH & Co. KG den Windpark Süderdeich für 8.639 T €.

Per 18. Juli 2011 beteiligten sich drei neue Gesellschafter an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG. Im Zuge der Aufnahme der Neugesellschafter verminderte sich die Anteilsquote der ene dadurch auf rd. 1,726 %.

Die gesamte von ene für Green GECCO bereitgestellte Darlehenssumme beträgt per 31. Dezember 2011 434 T €.

Am 07. April 2011 hat die ene einen Bauantrag zur Errichtung einer 3.770 kWp Freiflächen Photovoltaikanlage auf einem für 20 Jahre von der Stadt Mechernich gepachteten Grundstück gestellt. Die Investitionssumme von 7.865 T € wurde durch ein von der Stadt Mechernich

ausgereichtes kommunales Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren bei einem Eigenkapitalanteil von 310 T € (KEV Energie GmbH 51%, Stadt Mechernich 49%) fremdfinanziert. Nach Fertigstellung wurde der Solarpark an die „Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG“ verkauft. Die Besicherung erfolgte durch Sicherungsübereignung der PV-Anlage und Sicherungsabtretung der Einspeisevergütung gemäß banküblichem Standard.

Am 20. Oktober 2011 hat die ene einen Bauantrag zur Errichtung einer 971 kWp Freiflächen Photovoltaikanlage auf einem für 20 Jahre vom Kreis Euskirchen gepachteten Grundstück (Abfallwirtschaftszentrum des Kreises Euskirchen – AWZ) gestellt. Die Investitionssumme von 1.505 T € wurde durch ein Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren (KSK EU, KfW) fremdfinanziert. Die Besicherung erfolgte durch Sicherungsübereignung der PV-Anlage und Sicherungsabtretung der Einspeisevergütung gemäß banküblichem Standard. Es besteht die rechtliche Option für 24 Monate nach Inbetriebnahme des Parks, dass die Anlage an eine zwischen Kreis EU (75%) und ene (25%) zu gründende Projektgesellschaft verkauft wird. Der Betrieb und die Geschäftsführung soll dann durch die KEVER PBB durchgeführt werden.

2.1.2 Stromverkauf

Die intensive Reakquise bei den leistungsgemessenen Großkunden, begünstigt durch die Insolvenz der TelDaFax, führen zwar zu Mengenzuwachs, konnten jedoch den Verlust von Wärmekunden und die wegen Netzverpachtung nicht mehr im Portfolio enthaltenen Netzverluste (15 GWh werden über RRV GmbH realisiert) nicht auffangen. Mengenveränderungen nach Kundengruppen:

Tab. 2: Stromverkauf

Stromverkauf	2011	2010	Abweichung	
	GWh	GWh	GWh	%
Grundversorgte Kunden	63	63	0	0,0
Leistungsgemessene SVK	130	128	+3	+2,3
Raumheizungskunden	22	27	-5	-18,5
Sonstige inklusive Eigenverbrauch und Netzverluste (Netzverluste, 15 GWh ab 01.01.2011 wegen Verpachtung des Verteilnetzes bei RRV)	83	91	-8	-8,8
Summe Stromverkauf	298	309	-11	-3,6

2.1.3 Netzaufkommen

Die ins Verteilnetz des Konzerns eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 365 GWh (Vorjahr 378 GWh) und wurde durch fremde Einspeisungen sowie eigen erzeugtem

Solarstrom aus den Sun Park's Herhahn und Kalenberg und der PV-Anlage Hindenburgstraße 13 von 2,6 GWh gedeckt. Insgesamt lag die Netznutzung bei 352 GWh (Vorjahr 356 GWh).

Neben den Stromeinspeisungen durch - im Wesentlichen - RWE Vertrieb AG mit einem Anteil von rund 64% (Vorjahr 64%) wurden 183 GWh (Vorjahr 134 GWh) aus erneuerbaren Energien in unser Netz eingespeist. Die Verbrauchsstruktur hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Die KEV GmbH hat im Rahmen ihrer unabhängigen Bewirtschaftung des Verteilnetzes für laufende Instandhaltung und Netzführung 6.563 T € (Vorjahr 5.922 T €) ausgegeben. Investitionen in Höhe von 2.083 T € (Vorjahr 3.002 T €) wurden durch den Netzeigentümer bereitgestellt.

2.1.4 Ertragslage

Die Umsatzerlöse (inklusive Stromsteuer) des Konzerns betragen im Berichtszeitraum 72.794 T € (Vorjahr 54.966 T €), ohne Stromsteuer 67.274 T € (Vorjahr 49.885 T €). Sie lagen damit im Wesentlichen preisbedingt über denen des Vorjahres. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 3.033 T € (Vorjahr 2.622 T €). Der Konzernbilanzgewinn 2011 beträgt unter Berücksichtigung der Verlustanteile anderer Gesellschafter 3.071 T €.

Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 3: Außenumsätze der ene und des ene Konzerns

in T €	2011	2010	Veränderung
Außenumsätze			
- ene	6.720	1.748	+4.972
- KEV GmbH	60.448	44.398	+16.050
- KEV Energie	0	0	0
- KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH	0	0	0
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	106	0	+106
∑ Konzern	67.274	49.885	+17.389
Betriebliches Ergebnis			
- ene	1.612	1.301	+311
- KEV GmbH	2.845	1.747	+1.098
- KEV Energie	-3	0	-3
- KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH	11	0	+11

- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	-18	0	-18
Σ Konzern	4.447	3.700	+747

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Umsatzerlöse) betrug im Geschäftsjahr 4,51% (Vorjahr 5,26%). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Die Ergebnisveränderungen der KEV GmbH (auf die zum 1. Januar 2011 die KEV-Netz verschmolzen wurde) gegenüber dem Vorjahr resultieren im Wesentlichen aus gestiegenen Erlösen aus der Verpachtung des Stromnetzes an den DSO des umliegenden Netzeigentümers sowie Effekten aus der Mehrerlösabschöpfung, die in 2011 zu niedrigeren Netzentgelten geführt hat.

Die insgesamt gestiegenen Aufwendungen resultieren insbesondere aus erhöhten Fremdlieferungen und Leistungen für Instandhaltung und einer weiteren Zuführung zur Deputatrückstellung (783 T €).

Ab 2012 werden sich, durch die Kooperation mit dem DSO des umliegenden Netzeigentümers, die Netznutzungsentgelte im Netzgebiet der KEV auf dem Niveau des neuen DSO befinden.

Die Nationalparkverwaltung ist an die KEV-Netz GmbH herangetreten, im Wege der Renaturierung die durch den Nationalpark Eifel führenden Mittelspannungsleitungen aus den geschützten Waldflächen in die Trassen der öffentlichen Verkehrs- und Wanderwege umzulegen. Die KEV hat daraufhin die KEV-Netz GmbH mit Datum vom 10. September 2010 von sämtlichen Ansprüchen aus dieser Verpflichtung freigestellt. Die Renaturierungsverpflichtungen waren daher bereits vor Verschmelzung der KEV-Netz GmbH auf die KEV GmbH bei der KEV GmbH bilanziert.

Die ene hat mit Datum vom 08. April 2010 den Netzbetreiber KEV-Netz GmbH von sämtlichen Ansprüchen aus der Verpflichtung zum Bau von Vogelschutzeinrichtungen im Netz gemäß § 53 BNatSchG freigestellt. Die entsprechenden Verpflichtungen aus dem Vogelschutz sind daher im Abschluss der ene erfasst.

2.1.5 Finanz- und Vermögenslage (Konzern)

Die Veränderung des Finanzmittelfonds (Konzern) zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 4: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T €	2011	2010	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	7.977	7.235	+743
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-12.380	-8.487	-3.894
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	6.266	540	+5.726
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	1.862	-712	+2.574
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	9.559	10.271	-712
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	11.421	9.559	+1.862

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielten wir 2011 einen Cashflow in Höhe von 7.977 T € (Vorjahr 7.235 T €). Der Anstieg ist überwiegend durch die Minderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie höhere Abschreibungen bedingt. Neben den Kreditaufnahmen für den Sun Park Kalenberg von der Stadt Mechernich (7.805 T €) sowie der Kreissparkasse Euskirchen zur Finanzierung der Investition GSH (1.000 T €), ist der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit weiterhin geprägt durch die Ausschüttung an die Gesellschafter.

Da der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit und Finanzierungstätigkeit den negativen Cashflow aus Investitionstätigkeit vollständig decken konnte, hat sich der Finanzmittelfonds gegenüber dem Vorjahr erhöht. Er beinhaltet ausschließlich flüssige Mittel.

Die Bilanzsumme steigt durch erhöhte Investitionen in Sach- und Finanzanlagen, bei gleichzeitig steigenden Verbindlichkeiten. Die Eigenkapitalquote des Konzerns geht auf ca. 23% zurück.

2.1.6 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der ene

Neben den Umsätzen aus den Kerngeschäften sind der ene 2011 Stromverkäufe in Höhe von 4.037 T € (Vorjahr 594 T €) zuzuordnen. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem gestiegenen Stromverkauf an Sondervertragskunden. Insgesamt erreichte die ene einen Umsatz von 16.743 T € und damit rund 21% mehr als im Vorjahr.

Eine Übersicht der Eckdaten des Einzelabschlusses der ene zeigt nachfolgende Darstellung:

Tab. 5: Eckdaten des Einzelabschluss

Angaben vor Konsolidierung in T €	2011	2010	Veränderung
Anlagevermögen	13.860	11.968	+1.892
Umlaufvermögen	5.738	5.052	+686
Eigenkapital	2.947	2.947	0
Rückstellungen	2.200	1.400	+800
Verbindlichkeiten	14.451	12.673	+1.778
Eigenkapitalquote in Prozent	15,0	17,3	-2,3
Umsatzerlöse	16.743	13.844	+2.899
Jahresüberschuss	3.110	2.622	+488

Die Vermögenslage der ene ist geprägt durch die Beteiligung an der KEV GmbH und den Ergebnisabführungsvertrag mit dieser Gesellschaft. Die Veränderungen in den Vermögens- und Schuldspositionen resultieren im Wesentlichen aus der Investition in die GSH GmbH & Co. KG sowie deren Refinanzierung durch eine Darlehensaufnahme bei der KSK.

3 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Der ene Konzern erbringt durch den Betrieb des Strom-Verteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb und die Erzeugung erneuerbarer Energie im Kreisgebiet, einen öffentlichen Zweck. Gleiches gilt für die ene selbst, die durch die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet sowie die Versorgung mit Energie einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringt.

Tätigkeitsabschluss

Aufgrund der Neuregelungen im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in 2011 hat die KEV als vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen auf ihre Tätigkeitsabschlüsse im Lagebericht einzugehen (§ 6b Absatz 3 und 7 EnWG). Für die KEV ergeben sich gemäß § 6b Absatz 3 EnWG folgende Unternehmenstätigkeiten:

- Elektrizitätsverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitätssektors.

Für die Berichterstattung der Gesellschaft wurden die Posten des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den vorgenannten Unternehmenstätigkeiten direkt oder durch geeignete Schlüsselungen zugeordnet.

In der Elektrizitätsverteilung wird das Anlagevermögen jeweils über den mit der RR VN abgeschlossenen Pachtvertrag zugeordnet. Ferner sind alle Bau- und Servicetätigkeiten des Netzdienstleisters hierin gebündelt. Die Pachteinnahmen der Gesellschaft sind in den jeweiligen Umsätzen enthalten.

In den anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors sind im Wesentlichen die Erlöse und Aufwendungen aus Stromvertrieb und -beschaffung enthalten.

Zu den wesentlichen Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors gehören die kaufmännischen Querschnittsfunktionen sowie die Informationstechnologie.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Bereich Elektrizitätsverteilung verringerte sich verschmelzungsbedingt und aufgrund der Anpassung der Vertragsentgelte um 816 T € auf 1.226 T €.

Das Ergebnis der anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors verbesserte sich um 778 T € auf 947 T €.

Das Ergebnis der Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitätssektors ist im Vergleich zum Vorjahr um 714 T € auf 738 T € gestiegen.

3.1.1 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 134 Mitarbeiter (Vorjahr 133).

Im Zuge der Verschmelzung der Netzgesellschaft in die Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH sind zum 01. September 2011 alle Mitarbeiter der KEV-Netz GmbH zur KEV GmbH übergegangen. Im Einzelnen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr folgende Veränderungen:

Tab. 6: Mitarbeiterentwicklung

	2011	2010	Veränderung
Mitarbeiter			
-ene	47	41	+6
-KEV GmbH	75	64	+11
-KEV-Netz GmbH	0	13	-13
Konzern	122	118	+4
Auszubildende			
-ene	1	2	-1
-KEV GmbH	11	13	-2
Konzern	12	15	-3

Von unseren Mitarbeitern befanden sich im Berichtsjahr 34 in der Teilzeitbeschäftigung von denen wiederum 19 Mitarbeiter in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis standen.

Wie auch in Vorjahren bilden wir junge Menschen über unseren eigenen Bedarf hinaus aus. Sechs Auszubildende beendeten erfolgreich ihre Ausbildung und fünf erhielten befristete Arbeitsverträge im Konzern.

Als anerkannt schwerbehindert beschäftigten wir 5 Mitarbeiter, wobei sich hiervon einer in der Berufsausbildung befindet.

Zum 31. Dezember 2011 sind 21 Mitarbeiter befristet beschäftigt.

Die Fluktuationsquote lag im Berichtsjahr bei 4,1% (Vorjahr 4,2%).

Seit 2002 haben 51 Personen das Unternehmen verlassen, davon sind 26 in die ATZ/Freizeitphase eingetreten, 25 Personen sind ausgeschieden - davon 7 im Ruhestand, ein Todesfall und 17 Wechsel in andere Arbeitsverhältnisse.

69 Personen wurden neu eingestellt (eigener Nachwuchs/Fremdzugang).

Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der aktiven Mitarbeiter entwickelte sich von 19 Jahren im Jahr 2000 auf nunmehr 15 Jahre bei einem durchschnittlichen Lebensalter von 43,1 Jahren im Jahr 2000 auf 40,6 Jahre.

Bereinigt um die in Altersteilzeit (Freizeitphase) befindlichen Mitarbeiter ergibt sich zum 31. Dezember 2011 ein aktives Arbeitsvermögen von 105,6 Vollzeitkräften.

In 2012 bereits erfolgte und noch absehbare Fluktuation sowie Engagement in neuen Geschäftsfeldern erfordern eine weitere Rekrutierung von Personal.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass

- a) trotz eines regional begrenzten Arbeitsplatzangebotes, die Bereitschaft zum Verlassen der Region in industrielle Ballungsgebiete und darüber hinaus zunimmt, dadurch
- b) immer weniger geeignetes Fachpersonal in der Region zur Verfügung steht,
- c) es schwierig ist, Fachpersonal aus strukturstarken Regionen zu einem Wechsel in die strukturschwache Region der Eifel zu bewegen und
- d) unser Ziel, Leitungspositionen verstärkt mit weiblichem Personal zu besetzen, nur schwer zu erreichen sein wird. Im vorhandenen Personalbestand besteht nur teilweise Bereitschaft zur Übernahme von Führungsverantwortung und es bedarf noch einer mittel- bis langfristigen Entwicklung. Öffentliche Ausschreibungen 2011 führten zu keinen geeigneten Bewerberinnen.

Der eingeschlagene Weg, eigenes Personal heranzubilden und weiter zu entwickeln wurde weiter beschritten und qualifiziert! So nahmen 49 Mitarbeiter/innen an Personalentwicklungs- und Qualifikationsmaßnahmen sowie 26 Mitarbeiter/innen an Entwicklungsmaßnahmen für Vertriebsqualifikationen sowie Serviceschulungen für Montagepersonal teil.

Die Bildung einer/von Niederlassung/en außerhalb des Stammgebietes wird kurz- und längerfristig als Chance gesehen, die Heranbildung von Fach- und Führungspersonal zu unterstützen, um der langfristigen Abwanderung entgegenzuwirken.

Verstärkt wurden im Berichtsjahr die Anstrengungen, ein durchgängiges Arbeitssicherheits-Managementsystem zu entwickeln. Wir nutzen intensiv interne Besprechungen, um über

Arbeitsschutz zu informieren und zu motivieren. Die gesetzlich geforderten Unterweisungen und Prüfungen wurden fristgerecht durchgeführt.

Im Herbst 2011 wurden die Aktivitäten zur Zertifizierung eines TSM-Systems aktiviert und auf die Planstruktur 2012 der ene-Gruppe angepasst. Die Zertifizierung ist im 1. Halbjahr 2012 vorgesehen.

Die Umorganisation im Konzern wurde durch die Verschmelzung der Kreis-Energie-Verteilnetz GmbH in die Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH fortgeführt. Es ist geplant, das gesamte Vertriebsgeschäft von der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH auf die KEV Energie GmbH abzuspalten. Betriebsrat und Belegschaft wurden über anstehende Veränderungen im laufenden Geschäftsjahr und darüber hinaus informiert. Die Aufstellung eines dynamischen Stellenplanes, angepasst an die Unternehmensstruktur 2012, erfolgte im Berichtsjahr 2011 und soll 2012 im Zuge einer Prozessoptimierung verfeinert werden. Die Entwicklung verstärkt leistungsorientierter Entlohnungssysteme wurde in Übereinstimmung mit den Betriebsräten in 2011 nicht fortgeführt. Nach Abspaltung des Teilbetriebes Vertrieb in die KEV E GmbH und den erforderlichen Betriebsratszwischenwahlen wird die leistungsorientierte Entlohnungsthematik erneut aufgegriffen.

Die spürbare Zunahme des Wettbewerbes und die durch die Medien teilweise pauschalieren, undifferenzierten Berichte über die Oligopole in der deutschen Energiewirtschaft und die mit diesen verbundenen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie die Aktivitäten der Kommunen zur kreisweiten Verteilnetzgesellschaft, die Bewerbungen der Regionalgas auf Stromkonzessionen in der KEV-Belegenheit, führten zu einer weiteren Verunsicherung der Belegschaft.

Verstärkt werden die existenziellen Ängste der Mitarbeiter/innen durch die sich seit Jahren und zukünftig permanent gravierend verändernden politischen, regulatorischen, technologischen und wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen. Verschärft wird diese Situation durch die hohe Komplexität der Anforderungen an jede einzelne Person in den Standardprozessen und in den Entwicklungen in den neuen Geschäftsfeldern.

Die gesellschaftsrechtlichen und strukturellen Ausrichtungen der ene werden Transparenz in die Komplexität der Entwicklung bringen und sollten insbesondere unterstützt durch

- a) eine gemeinsame Erklärung zwischen den 2010 neu gewählten Betriebsräten und den Geschäftsführungen des Konzerns zur tiefgreifenden Sicherung der Mitbestimmung bei der Ausgestaltung der optimierten Geschäftsprozesse und Ergebnisse des Konzerns, die 2011 durch die Parteien bekräftigt wurde

- b) die guten Ergebnisse des aktuellen Geschäftsjahres und positive Aussichten für die Jahre 2012 bis 2013,
- c) die ersten Erfolge im Bereich des Einstiegs in die regenerativen Energien

zur Beruhigung der noch nicht erreichten Teile der Belegschaft führen.

3.2 Entwicklung der Chancen und Risiken

Das Risikomanagementsystem ist konzernumfassend in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert und gewährleistet so weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken. Der steigenden Komplexität Rechnung tragend wird der Umstieg auf andere Softwarelösungen geprüft, um künftig eine bessere Verzahnung mit dem ERP-System unter Berücksichtigung der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) zu gewährleisten.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems identifizieren, dokumentieren und bewerten wir potenzielle Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und –ausprägung analysiert.

Die bedeutenden Risiken unterscheiden wir wie folgt:

3.2.1 Marktrisiken

Auf liberalisierten Energiemärkten ergeben sich neben Preis- und Mengenisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern, gerade bei der Ausdehnung des Geschäfts auf neue Märkte. Wir sehen es aber auch als Chance, mit aktiven Produkt- und Preisstrategien Kunden neu zu gewinnen bzw. wiederzugewinnen. Monatliche Bedarfsaktualisierungen helfen uns im Stromeinkauf bei der Risikobegrenzung. Die Wertung unserer Marktpartner hinsichtlich ihrer Bonität und Eigenkapitalausstattung werden wir zukünftig stärker in unsere Risikobewertung einbeziehen.

3.2.2 Risiken aus dem energiepolitischen Rahmen

Der ständige Wandel im rechtlichen Umfeld führt potenziell zu Ergebnisrisiken. Im Zusammenhang mit dem hohen Einspeiseaufkommen aus regenerativen Energien sind Investitionen zur Netzverstärkung und Einbindung von regenerativen Erzeugeranlagen zu planen und zu finanzieren und komplexe Versorgungszustände zu beherrschen.

Mit der Verpachtung des Verteilnetzes sind trotz Rückbeauftragung für sämtliche Dienstleistungen für den Verteilnetzbetrieb spürbare Entlastungen im Umgang mit den Regulierungsbehörden in der Administration, bei gleichzeitig gesicherten Erlösobergrenzen,

in 2011 gegeben. Die Auswirkungen der Mehrerlösabschöpfung konnten ohne nennenswerte Auswirkungen auf die Netzaktivitäten in 2011 abschließend unter Aufrechnung mit dem Regulierungskonto berücksichtigt werden.

Die bisherige Regulierung und der Start der Anreizregulierung 2009, die Zuordnung von Kosten und Erlösen für die Erhebungen des Regulierers für das Fotojahr 2011 unter den Bedingungen der Verschmelzung von KEV-Netz GmbH auf die KEV GmbH zur „großen Verteilnetzesellschaft“ (unter den Bedingungen der Verpachtung), prägten unser Handeln im Jahr 2011 und veränderten die Prozessorganisation des Unternehmens signifikant.

Der Wettbewerb um Kunden in allen Kundengruppen hält weiter an. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens der TelDaFax bewirkte zwar mehr Wechselbewusstsein und dämpft die Bereitschaft zu Vorkassemodellen zu wechseln. Dem Kundenkauf mittels Bonuszahlung stehen nach wie vor Kunden positiv gegenüber.

Die Bewerbungen der Wärmepumpen konnte die Umstellung auf andere Energieträger und witterungsbedingte Minderverbräuche nicht kompensieren.

Wie für 2011 prognostiziert, konnte die schwache Konjunktur im Netz- und Vertriebsgebiet sich nicht in neuen Produktionsstätten und Gewerbeansiedlungen niederschlagen. Der in 2008/2009 in der Finanzkrise durch Firmenschließungen und Standortverlagerungen begonnene Rückgang des Verkaufspotenzials bleibt damit weiterhin auf dem Niveau 2010 bestehen.

3.2.3 Betriebsrisiken

Betriebsrisiken bestehen im Wesentlichen im Dienstleistungsbereich durch Fehlbedienungen im Netz, durch Planungsfehler sowie durch mögliche Systemausfälle. Wir begegnen ihnen im Rahmen der Möglichkeiten durch Qualifizierung und Schulungen.

Die für unsere Kunden notwendige Versorgungssicherheit erreichen wir durch kontinuierliche Verbesserung der Anlagen und Prozesse und permanente Qualitätssicherung.

Im Bereich der Energiedienstleistungen im Rahmen der EFFEKTRON-Aktivitäten entstehen vermehrt Vertragsrisiken. Hier wurde verstärkt qualifiziert und Leitungs- und juristische Aktivität eingebracht. Ein ausgeprägtes Vertragsmanagement ist 2011 angearbeitet und wird organisatorisch 2012 in der Organisationseinheit Auftrags- und Beschaffungsmanagement unter qualifizierter Leitung abgebildet.

3.2.4 Finanz- und Kreditrisiko / Risikomanagementziele im Hinblick auf Finanzinstrumente

Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten der ene zählen neben Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen insbesondere auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten sowie mit anderen Gesellschaften des ene-Konzerns.

Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Risiken, die im Rahmen unseres Geschäftes bestehen, begrenzen wir durch konservative Anlageformen mit 100%iger Kapitalgarantie auf Rückzahlung zum Nominalwert.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Finanzplanung kontinuierlich überwacht. Die Überwachung der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des Unbundlings. Der Konzern verfügt für sich selbst und für Projektgesellschaften, insbesondere für regenerative Projekte, über gute Finanzierungsmöglichkeiten und -modelle. Neben den in 2011 leicht angewachsenen eigenen Finanzmitteln wurde zusätzlich ein weiteres Darlehen für die Investition GSH in Höhe von 1.000 T € bei der Kreissparkasse Euskirchen aufgenommen. Mit der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird das Unternehmen erfolgreich gesteuert. Dies zeigt sich bei monatlichen Aktualisierungen und den in diesem Zusammenhang angefertigten Soll-/Ist-Vergleichen sowie Abweichungsanalysen.

Im Zusammenhang mit den Sun Park-Projekten sind Risiken durch eine Allgefahren- und Ausfallversicherung gesondert besichert worden.

Das Versicherungssystem wurde überprüft und in den Bereichen der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organmitglieder angepasst und um eine Warenkreditversicherung (für Forderungsausfälle größerer Stromkunden) erweitert.

4 Ausblick 2012

4.1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

4.1.1 Anteilseigner und Konzernstruktur / Ergebnisse nach dem Bilanzstichtag

Nach Umsetzung des gesellschaftsrechtlichen, organisatorischen und informellen Unbundlings in den vergangenen Jahren und der Anpassung der Unternehmensausrichtung an die aktuelle gesetzgeberische und regulatorische Situation in 2011, einschließlich der konformen Gremienstruktur an die diskriminierungsfreie und strategisch ausgerichtete Konzernorganisation, wird die Wettbewerbsausrichtung des Konzerns, in der regenerativen Energieerzeugung unter der KEVER-Organisation, in der KEV Energie GmbH neben Marken und Stromvertrieb mittels Aufbau der Gashandelssparte, weiter vorangetrieben.

In den nächsten Wochen ist mit einer verbindlichen Auskunft der Finanzbehörden zur steuerneutralen Abspaltung des Teilbetriebes Vertrieb aus der KEV GmbH in die KEV Energie GmbH (die Abspaltung soll rückwirkend zum 01. Januar 2012 erfolgen) zu rechnen. Damit wäre neben der internen Prozessreorganisation die strategische Unternehmensausrichtung vorerst abgeschlossen.

Gemäß geltender Gesetzgebung hat jeder Kunde das Recht, sowohl seinen Lieferanten, als auch seinen Messstellenbetreiber/Messdienstleister am Markt auszuwählen. Das entbindet den Verteilnetzbetreiber nicht von seiner Pflicht als Messstellenbetreiber die Grundversorgung des Messstellenbetriebes und des Messdienstleisters aller Netzkunden sicher zu stellen. Allerdings ist hier bei Bezug aus konzerninternen Dienstleistungen Diskriminierungsfreiheit, d.h. gesellschaftsrechtlich unbündelt, zu gewährleisten. Aus diesem Grund werden die Aktivitäten des Messstellenbetriebes in der ene GmbH & Co. KG unter der Marke FutureCount subsummiert.

Seit Beginn des Jahres 2012 gilt für die Aktivitäten in der ene Gruppe die 2011 entwickelte strukturelle Neuorganisation. Für die Belegschaft geht die Umorganisation einher mit der klaren Zuordnung von Verantwortungen und durchgängigen Arbeitsprozessen.

Die Optimierung der Prozesse erfolgt noch im ersten Halbjahr 2012 im Rahmen des Technischen Sicherheitsmanagements (Zertifizierung bis 06/2012 vorgesehen) und darüber hinaus im aktuell aufgesetzten und im zweiten Halbjahr 2012 in der Umsetzung befindlichen Projektes mit professioneller Unterstützung eines im Mittelstand tätigen namhaften Beratungsunternehmens.

Die negativen Effekte der krisenbedingten Strukturschwächung für den Verteilnetzbetrieb in der Region werden zeitnah bis zum Ende der nächsten Anreizregulierungsperiode, beim großen umgebenden Netzbetrieb auch 2012 und 2013, solidarisiert. Für die Aktivitäten der Verwaltungen und Politik der Belegenheitskommunen im Rahmen der Rekommunalisierungsaktivitäten wurden durch die ene-Gesellschafter Beteiligungsmodelle und -szenarien entwickelt und beschlossen, die den Belegenheitskommunen der ene zwischenzeitlich mit breiter positiver Resonanz angeboten wurden.

Für die ene-Gruppe erfolgt gegenwärtig die Ertrags- und Substanzbewertung durch ein am Markt tätiges einschlägiges Unternehmen. Nach Vorlage der Ergebnisse werden die Gesellschafter die Beteiligungsgespräche mit den Kommunen fortsetzen.

Das Engagement des Konzerns im Bereich der regenerativen Strom- und Wärmeerzeugung und Energieeffizienz stößt im privaten, öffentlichen und kommunalen Raum auf in diesem Maße nach wie vor nicht erwartete Zustimmung, aber auch auf Widerstand.

Zwar ist der Trend zu regenerativen, dezentralen Erzeugungen unverkennbar, gegenläufige Bekundungen wie „not in my backyard“ aber ebenso präsent wie im Vorjahr.

Politik, Verwaltung und Energiewirtschaft werden hinsichtlich eines Schulterschlusses und weitestgehender Akzeptanz hier weiter gefordert werden.

Der Konzern wird an seinem Ziel, bis 2030 die Versorgung der belieferten Kunden mit „Grüner Energie“ (virtuelle und physikalische Fahrplanversorgung) aufzubauen, beharrlich weiter arbeiten und 2012 die erste Pilotversorgung aufbauen.

Der Umfang der identifizierten möglichen Projekte beläuft sich derzeit auf ein Budget von mehr als 200 Mio. Euro, einschließlich Sun Park und Repowering. Aktivitäten der Bioraffinerie, Geothermie und Speichertechnologie sind hier noch nicht eingerechnet.

Seitens der Belegenheitskommunen im ene-Gebiet wurden 2011 (Kall bereits 2010) umfangreiche Aktivitäten zur Entwicklung von Energieleitbildern/Klimaschutzkonzepten eingeleitet. Die ene wird seitens der Kommunen immer mehr als Partner und Mitgestalter in der Energiewende wahrgenommen und zunehmend seit Beginn des aktuellen Geschäftsjahres in die Ausgestaltung der Konzepte und Maßnahmen einbezogen.

Die insgesamt kurz- und langfristig für die Investitionen im regenerativen Bereich erforderlichen Mittel sind durch den Konzern weder durch Eigen- noch mit Fremdmitteln eigenständig zu leisten.

Beteiligungs- und Finanzierungsmodelle (Equity-4-New-Energy-ventures) werden im aktuellen Strategiefindungsprozess entwickelt. Wegen der Komplexität und Vielfältigkeit wird die Bündelung der Aktivitäten in einer eigenen operativen Gesellschaft - offen für kommunale und private Beteiligungen (einschl. Bürgerfonds) - angestrebt.

Zwischenzeitlich wurde die ene/KEVER PBB mit der Projektentwicklung für einen Windpark (21 MW = 35 Mio. €) beauftragt. Im Rahmen der Projektentwicklung werden die v.g. Finanzierungs- und Beteiligungsmodelle qualifiziert.

Die aktive Beteiligung des Konzerns an den vorgenannten Entwicklungen kann bei konsequenter Nutzung vorhandener Ressourcen im Verbund mit Partnern der Region und darüber hinaus dazu führen, dass die Umsatzpotenziale der krisenbedingt und durch Maßnahmen der Energieeffizienz dauerhaft weggebrochenen Strommengen aufgefangen und Zuwächse generiert werden können.

Die Glaubhaftigkeit des Konzerns wird durch sein Engagement in den neuen Geschäftsfeldern zur Stärkung der Region und Erhöhung der Attraktivität des Unternehmens beitragen und in der Öffentlichkeit, in der Politik und den Verwaltungen der Belegheitskommunen ein positives Echo erzeugen und die Region langfristig wettbewerbsfähiger machen.

Neben den Aktivitäten in der Vorbereitung und Realisierung von regenerativen Strom- und Wärmeerzeugungsprojekten werden die Produkte der ene im Energieeffizienzbaukasten weiter auszugestalten und zu entwickeln sein. Die gezielte Kundenansprache in Sachen Energieeffizienz und Medienlieferung wird unter der Marke EFFEKTRON weiter gebündelt und regional und in neu zu definierenden ausgewählten überregionalen Zielgebieten ausgebaut.

Wir sind weiterhin davon überzeugt, dass die Bedeutung der Energieeffizienz (vermiedene Erzeugung) in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird!

Die darin eingebetteten Aktivitäten im Verbund mit regionalen Partnern zum Einsatz der LED-Technik im öffentlichen und industriellen Bereich sorgten bereits 2011 für ein breites Betätigungsfeld der ene. Diese Entwicklung werden wir 2012 und in den Folgejahren weiter vorantreiben. Hier zeichnen sich regional und auch überregional gute Marktchancen für die nächsten Jahre ab.

Die Vermarktung der Wärmepumpentechnik, vornehmlich in Gebieten ohne Erdgaserschließung, wird wie in den Vorjahren auch 2012 und in Folgejahren im Fokus unserer operativen Arbeit stehen, ohne die Entwicklung von Mini-BHKW etc. aus dem Auge zu verlieren.

Im Verbund mit Smart-Home, E-Home, E-Mobilität und Medienlieferungen werden die nächsten Jahre von der Weiterentwicklung und Vermarktung der Regionalmarken und überregionalen wie „e_vvicent“ und „futurecount“ im Bereich von „smartmeter“, für alle Kundengruppen geprägt sein. Hier gestaltet sich der Marktengang, wegen noch unausgewogener rechtlicher Rahmenbedingungen und moderater Kundennachfrage, sehr zögerlich.

Wir gehen weiter davon aus, dass sich trotz für 2012 im Wesentlichen auf dem Niveau 2011 gehaltenen Stromverkaufspreisen, durch Aufschläge für erneuerbare Energien, die § 19 NEV-Abgabe, durch den Atomausstieg, die Versteigerung der CO₂ – Zertifikate, die wachsende Nachfrage nach Erdgas, Öl, ...mittelfristig ein höheres Preisniveau einstellt und voraussichtlich 2013 erhöhte Endverbraucherpreise an die Kunden weiter gegeben werden müssen.

Wir erwarten mindestens gleichbleibenden, wahrscheinlich aber zunehmenden Wettbewerb im Privatkundenmarkt als Kunden-Kauf-Preiskampf, der zu weiteren Kundenverlusten führen wird. Durch attraktive Vertragsregelungen, Erschließung neuer Märkte und Kostenoptimierungen werden wir dieser Entwicklung entgegensteuern und die bisherige Ertragslage sichern und verbessern.

Wir werden hierzu die begonnene Akquise von Neukunden außerhalb des Grundversorgungsgebietes, insbesondere durch Energiedienstleistungsangebote als Ergänzung zur Stromlieferung und beginnende Gas-/Wärmelieferung, verstärken.

Die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen konzentriert sich weiter auf den Verein „Die Netzwerkspartner“ (inzwischen aus ca. 70 EVU bestehend). Von einer Vertiefung der Zusammenarbeit gehen wir wegen Zunahme der Themen und Komplexität aus. Im Vordergrund steht hier weiterhin die fachthemenorientierte Zusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen und der Politik erlangt in den kommenden Jahren eine absolut neue Qualität und birgt Chancen der Beteiligung von Kommunen des Kreises Euskirchen an der ene GmbH & Co. KG. Wir sind optimistisch im Wettbewerb, um für die 2012/13 auslaufenden Konzessionen gute, für unsere Kommunen attraktive Angebote vorzulegen, die mindestens den Erhalt des jetzigen Konzessionsgebietes beinhalten.

Die 2011 weitestgehend abgeschlossene Spartenausgestaltung der ene soll in diesem Jahr um die Abspaltung des Teilbetriebes Vertrieb auf die KEV Energie ergänzt und abgeschlossen werden, um uns in Folge auf die inhaltlichen Aufgaben und Prozessoptimierungen zu konzentrieren.

Das Personal soll entsprechend seinen Fähigkeiten eingesetzt werden und nach konkreten Unternehmens-, Team- und Persönlichkeitszielstellungen bei Zuordnung von konkreten Verantwortlichkeiten entlohnt werden. Im Verkauf werden die Ausgestaltung und der Übergang zur Leistungsentlohnung breiten Raum in unserer Arbeit einnehmen.

Die gravierenden Veränderungen in der Energiewirtschaft gehen an unserem Personal nicht spurlos vorüber. Die Zusammenarbeit mit den Vertretungs- und Mitbestimmungsorganen und frühzeitige umfassende Einbeziehung in unsere Arbeit sind unabdingbar, um unsere Mitarbeiter in die neue Zukunft unter harten Wettbewerbsbedingungen mitzunehmen und fit zu machen. Hier sind die Aktivitäten der Leitungsebenen und der Mitglieder der Betriebsräte und Vertretungen zu qualifizieren.

Bedingt durch die auflebende Konjunktur, bei anhaltend intensivem Wettbewerb und abgewendeten Risiken, konnten wir für 2011 ein gegenüber 2010 leicht verbessertes Konzernergebnis erreichen. Mit ausgewogenen Extensivierungs-, Preis- und Kostenstrategien wird auch für 2012 und 2013 eine ähnliche Entwicklung und Ergebnisse auf dem Niveau von 2011 gesehen.

Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand bestehen 2012 und 2013 keine Substanz gefährdenden Risiken.

Um den Konzern schon mittelfristig weiterzuentwickeln und solide Erweiterungsaussichten zu gestalten, befinden sich in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der ene und den Belegenheitskommunen zukunftsweisende Beteiligungslösungen in der Entwicklung.

Wir sind optimistisch, dass unter den gegenwärtig absehbaren Rahmenbedingungen die Gesellschaft ihre Leistung aus den gesamten Konzernaktivitäten bis 2013 weiter steigern kann.

Kall, 28. März 2012
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG

Dieter Hinze (Geschäftsführung)

Bilanz der Energie Norddeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2011

A k t i v a :		Anhang	31.12.2011	31.12.2010	P a s s i v a :		Anhang	31.12.2011	31.12.2010
Anlagevermögen									
1	Immaterielle Vermögensgegenstände		134.397,00 €	180.952,00 €	Eigenkapital				
	Sachanlagen		4.914.223,50 €	3.560.901,00 €		Kapitalanteile		2.944.900,00 €	2.944.900,00 €
	Finanzanlagen		8.811.660,71 €	8.226.706,43 €		Variabiles Kapitalkonto		2.387,00 €	2.387,00 €
			13.860.281,21 €	11.968.559,43 €		Jahresüberschuss		3.109.821,21 €	2.621.835,58 €
Umlaufvermögen									
	Vorräte		509.697,95 €	405.507,56 €				6.057.108,21 €	5.569.122,58 €
	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe								
2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		812.161,58 €	390.153,72 €		Rückstellungen			
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		2.561.398,28 €	3.069.758,43 €		Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		66.000,00 €	30.500,00 €
	Forderungen gegen verbundene Unternehmen					Steuerrückstellungen		360.188,00 €	141.698,00 €
	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht					Sonstige Rückstellungen		1.773.980,93 €	1.228.263,74 €
	Forderungen gegen Gesellschafter		166.666,66 €	1.493,75 €				2.200.168,93 €	1.400.461,74 €
	Sonstige Vermögensgegenstände		65.864,74 €	78.517,37 €		Verbindlichkeiten			
			917.256,26 €	642.096,25 €		Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.847.542,42 €	6.990.000,00 €
			4.523.347,52 €	4.182.019,52 €		Erhaltene Anzahlungen		26.555,00 €	7.350,00 €
4	Flüssige Mittel		588.986,25 €	334.706,05 €		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.415.882,09 €	1.195.978,73 €
			115.784,00 €	129.600,00 €		Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht			
5	Rechnungsabgrenzungsposten					Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		3.847,61 €	56.027,06 €
						Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		3.388,37 €	- €
						Sonstige Verbindlichkeiten		- €	4.958,14 €
			19.598.096,93 €	17.020.392,56 €				1.043.604,30 €	1.796.494,31 €
								11.340.819,79 €	10.050.808,24 €
								19.598.096,93 €	17.020.392,56 €

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG



Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2011

	Anhang	2011	2010
Umsatzerlöse		17.185.013,10 €	13.909.831,04 €
Stromsteuer		- 441.967,93 €	- 65.528,96 €
	12	16.743.045,17 €	13.844.302,08 €
Andere aktivierte Eigenleistungen		250.528,31 €	2.300,58 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	64.450,14 €	62.490,37 €
		17.058.023,62 €	13.909.093,03 €
Materialaufwand	14	9.039.979,44 €	7.469.493,56 €
Personalaufwand	15	2.596.977,45 €	2.094.357,26 €
Abschreibungen	16	378.561,19 €	190.597,99 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	3.430.711,48 €	2.853.734,04 €
		1.611.794,06 €	1.300.910,18 €
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18	2.911.468,48 €	2.235.156,22 €
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	19	3.380,99 €	- €
Finanzergebnis	20	- 707.960,32 €	- 335.562,14 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.811.921,23 €	3.200.504,26 €
Außerordentliches Ergebnis		- €	- 9.913,00 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21	690.000,00 €	556.663,61 €
Sonstige Steuern		12.100,02 €	12.092,07 €
Jahresüberschuss		3.109.821,21 €	2.621.835,58 €

Bilanz der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH per 31.12.2011

Aktiva:		Anhang	31.12.2011	31.12.2010	Passiva:		Anhang	31.12.2011	31.12.2010
Umlaufvermögen									
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	215,94 €	54,28 €		Gezeichnetes Kapital	3	25.000,00 €	25.000,00 €	
Flüssige Mittel	2	29.155,55 €	30.717,96 €		Jahresüberschuss		1.570,03 €	2.570,77 €	
							<u>26.570,03 €</u>	<u>27.570,77 €</u>	
					Rückstellungen	4			
					Steuerrückstellungen		-	482,14 €	
					Sonstige Rückstellungen		2.450,00 €	2.300,00 €	
							<u>2.450,00 €</u>	<u>2.782,14 €</u>	
					Verbindlichkeiten	5			
					Sonstige Verbindlichkeiten		351,46 €	419,33 €	
							<u>29.371,49 €</u>	<u>30.772,24 €</u>	
							<u>29.371,49 €</u>	<u>30.772,24 €</u>	

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	Anhang	2011	2010
Sonstige betriebliche Erträge	7	4.500,00 €	5.307,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	2.951,20 €	2.460,00 €
Finanzergebnis	9	314,70 €	205,90 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.863,50 €	3.052,90 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		293,47 €	482,13 €
Jahresüberschuss		1.570,03 €	2.570,77 €



Bilanz der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH zum 31. Dezember 2011

		Anhang		Anhang	
A k t i v a :		31.12.2011	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2010
		Summe 31.12.10 KEV + KEV-Netz		Summe 31.12.10 KEV + KEV-Netz	
Anlagevermögen					
1	Immaterielle Vermögensgegenstände	379.288,00 €	406.352,00 €	5	3.100.000,00 €
	Sachanlagen	11.228.683,51 €	10.573.219,18 €		4.397.954,84 €
	Finanzanlagen	505.594,21 €	797.818,63 €		531.905,64 €
		12.113.565,72 €	11.777.389,81 €		8.029.860,48 €
Umlaufvermögen					
2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.704.740,06 €	4.013.323,75 €	6	4.116.930,18 €
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	152.281,21 €	- €		2.572.915,00 €
	Forderungen gegen verbundene Unternehmer	50.865,84 €	39.793,01 €		2.628.251,04 €
	Forderungen gegen Gesellschafter	1.806.472,69 €	2.544.168,86 €		5.201.166,04 €
	Sonstige Vermögensgegenstände	4.714.359,77 €	6.597.285,62 €		1.808.267,00 €
		- €	1.000.000,00 €		3.331.768,88 €
		- €	3.700.679,88 €		5.140.035,88 €
3	Wertpapiere	- €	1.000.000,00 €	7	1.808.267,00 €
4	Flüssige Mittel	10.467.367,16 €	8.223.994,98 €		2.168.088,72 €
			7.249.675,12 €		3.902.755,72 €
		27.295.292,65 €	27.573.670,41 €	27.573.670,41 €	
			23.727.744,81 €	23.727.744,81 €	
Passiva:					
Eigenkapital					
	Gezeichnetes Kapital				3.100.000,00 €
	Kapitalrücklage				4.397.954,84 €
	Gewinnrücklagen				531.905,64 €
					8.029.860,48 €
Empfangene Ertragszuschüsse					
					4.889.528,15 €
Rückstellungen					
	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				1.808.267,00 €
	Sonstige Rückstellungen				2.168.088,72 €
					3.902.755,72 €
Verbindlichkeiten					
	Erhaltene Anzahlungen				925,00 €
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Unternehmen				3.365.205,63 €
	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern				3.069.758,43 €
	Sonstige Verbindlichkeiten				4.154,33 €
					2.481.530,93 €
					8.921.574,32 €
Rechnungsabgrenzungsposten					
					592.671,58 €
					27.295.292,65 €
					23.727.744,81 €



Gewinn- und Verlustrechnung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH vom 01.01. - 31.12.2011

	Anhang	2011	Summe KEV + KEV-Netz 2010	2010
Umsatzerlöse		69.684.978,96 €	57.085.196,08 €	61.218.778,43 €
Stromsteuer		- 5.078.754,68 €	- 5.015.124,51 €	- 5.015.124,51 €
	12	64.606.224,28 €	52.070.071,57 €	56.203.653,92 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	392.758,50 €	493.853,34 €	444.912,02 €
		64.998.982,78 €	52.563.924,91 €	56.648.565,94 €
Materialaufwand	14	49.500.207,89 €	37.734.525,78 €	44.300.575,90 €
Personalaufwand	15	5.125.233,21 €	5.318.772,71 €	4.294.808,33 €
Abschreibungen	16	1.513.728,57 €	1.491.792,38 €	1.491.792,38 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	6.014.742,13 €	5.619.530,99 €	4.814.430,04 €
		2.845.070,98 €	2.399.303,05 €	1.746.959,29 €
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18	- €	- €	599.849,22 €
Finanzergebnis	19	84.305,39 €	72.702,40 €	102.322,94 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.929.376,37 €	2.472.005,45 €	2.449.131,45 €
Außerordentliches Ergebnis	20	- €	224.939,00 €	- 202.270,00 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	21	- 7.184,43 €	8.059,02 €	- 8.059,02 €
Sonstige Steuern		25.092,32 €	19.969,25 €	19.764,25 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		2.911.468,48 €	2.235.156,22 €	2.235.156,22 €
Jahresüberschuss		- €	- €	- €



Bilanz für das Rumpfgeschäftsjahr vom 23. August bis 31. Dezember 2011

		Anhang		Anhang	
Aktiva:		31.12.2011	23.08.2011	Passiva:	
Anlagevermögen				Eigenkapital	
Finanzanlagen				Gezeichnetes Kapital	
	Anteile an verbundenen Unternehmen	170.850,00 €	- €	4	25.000,00 €
Umlaufvermögen				Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				eingefordertes Kapital	
	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	3.388,37 €	23.750,00 €	5	2.000,00 €
	Forderungen gegen Gesellschafter	- €	1.250,00 €	6	- €
		3.388,37 €	25.000,00 €	Verbindlichkeiten	
Flüssige Mittel		3.227,88 €	- €	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	
		177.466,25 €	25.000,00 €	150.466,25 €	
				177.466,25 €	
				25.000,00 €	



**Gewinn- und Verlustrechnung der
KEV Energie GmbH
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 23.08. - 31.12.2011**

	Anhang	2011
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	2.942,76 €
Finanzergebnis	9	<u>438,23 €</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.380,99 €
Erträge aus Verlustübernahme	10	<u>3.380,99 €</u>
Jahresüberschuss		- €

BILANZ zum 31. Dezember 2010

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	25.561,00	19.526,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	5.970,00
II. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.028,00	22.160,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	363,88	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	264,93	1.124,55
2. sonstige Vermögensgegenstände	4.939,84	5.327,39
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	71.135,48	50.672,78
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>4.678,21</u>	<u>443,82</u>
	<u>123.971,34</u>	<u>105.224,54</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2010

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.400,00	26.400,00
II. Kapitalrücklage	434.253,00	188.850,00
III. Gewinn- und Verlustvortrag	-123.490,18	0,00
IV. Jahresfehlbetrag	-225.753,02	-123.490,18
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	42,30	179,55
2. Sonstige Rückstellungen	5.082,50	5.000,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.680,88	1.795,00
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 4.680,88 / Vj: 1.795,00		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	2.755,86	6.490,17
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 2.755,86 / Vj: 6.490,17		
- davon aus Steuern Euro 1.169,02 / Vj: 1.282,01		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 145,16 / Vj: 145,16		
	<u>123.971,34</u>	<u>105.224,54</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2010 bis 31.12.2010

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	39.468,68	9.166,76
2. Sonstige betriebliche Erträge	21,00	0,00
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-143,90	0,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-102.115,76	-58.707,34
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	-22.178,19	-11.998,56
5. Abschreibungen		
a) Auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-10.847,00	-3.834,11
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-130.680,07	-58.223,64
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	722,82	116,71
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-225.753,02</u>	<u>-123.490,18</u>
9. Jahresfehlbetrag	<u><u>-225.753,02</u></u>	<u><u>-123.490,18</u></u>

Nordeifel Tourismus GmbH Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Nach dem Ländergrenzen übergreifenden Zusammenschluss der touristischen Organisationen in der Eifel zum 01.01.2003 und der Einrichtung des Nationalparks Eifel zum 01.01.2004 hat der Kreis Euskirchen gemeinsam mit den Kommunen Euskirchen, Zulpich, Weilerswist, Kall, Mechernich, Schleiden und Hellenthal am 18.02.2009 die Nordeifel Tourismus GmbH gegründet, um seine touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregionen in und um die Nationalparkregion auszubauen.

Die Ziele der Nordeifel Tourismus GmbH sind:

- die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene
- die Attraktivierung der Angebote
- die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste und
- die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Die zukünftige strategische Ausrichtung der Nordeifel Tourismus GmbH wird im Marketingkonzept 2010-2015 beschrieben. Das Marketingkonzept wurde in der 9. Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH am 10.05.2011 beschlossen. Die operative Umsetzung erfolgt durch den jährlich neu aufgestellten Marketing- und Mediaplan.

Es wird weiterhin das Ziel verfolgt, alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden für eine Beteiligung an der Gesellschaft zu gewinnen.

Die Nordeifel Tourismus GmbH fungiert als Touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Tourismusorganisation Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm und ihren Gesellschaftern.

Die Übernachtungszahlen haben sich im Zeitraum von 2009 bis 2010 folgendermaßen entwickelt:

	Gäste	Übernachtungen	Aufenthaltsdauer
Nordrhein-Westfalen	+ 7,7 %	+ 4,7 %	2,3 Tage
Kreis Euskirchen	+ 0,4 %	- 2,2 %	3,1 Tage
Teilregion Nordeifel Tourismus	+ 1,2 %	- 1,5 %	2,6 Tage

Insgesamt verdeutlichen die statistischen Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes NRW, dass im Gegensatz zum Landesdurchschnitt Verluste bei Übernachtungen im Kreis Euskirchen bzw. im Zuständigkeitsbereich der Nordeifel Tourismus GmbH zu verzeichnen sind. Im Gegensatz dazu ist es bei der Anzahl der Gästeankünfte zu Steigerungen gekommen. Die Verluste bei Übernachtungen sind vor allem bedingt durch Betriebsaufgaben im Hellenthaler, Schleidener und Kaller Gebiet. Die Aufenthaltsdauer der Gäste liegt sowohl im Kreis Euskirchen als auch in der Teilregion Nordeifel Tourismus über dem Landesdurchschnitt. Die Steigerung der Gästeankünfte unterstreicht die Bedeutung der Region als Kurzurlaubsdestination. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass weder die Zahl der Tagestouristen noch die Zahl der Übernachtungen in Betrieben mit einer Kapazität von weniger als 9 Betten erfasst sind. Gerade diese Betriebe prägen ländliche Regionen wie die Nordeifel.

1.1 Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft, so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt ganz überwiegend durch die beteiligten Kommunen Euskirchen, Zülpich, Weilerswist, Kall, Mechernich, Schleiden und Hellenthal und des Kreises Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2010 86,15% (Vorjahr 95,37%).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die übrigen Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Die übrigen Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen 2010 39.468,68 Euro, also 13,85 % der gesamten Erträge (Vorjahr 9.166, 76 € = 4,63%) .

Hier werden die Anstrengungen der Nordeifel Tourismus GmbH erkennbar, neben den Finanzierungsanteilen der Gesellschafter verstärkt andere Umsatzerlöse (z.B. Werbekostenzuschüsse, Vermittlungsprovisionen) zu erzielen.

	2009	Wirtschaftsplan 2010	2010
Umsatzerlöse	9.166,76 €	10.000,00 €	39.468,68 €
Sonstige betriebliche Erträge	116,71 €	200,00 €	743,82 €
Betriebsleistung	9.283,47 €	10.200,00 €	40.212,50 €

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr und dem Wirtschaftsplan 2010 deutlich erhöht werden.

Wesentliche Erlöse kamen aus den Anzeigen im Gästejournal, der kulinarischen Wanderung und Eingaben ins TKN.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2009	Wirtschaftsplan 2010	2010
Personalaufwand	70.705,90 €	124.500,00 €	124.294,55 €
Abschreibungen	3.834,11 €	4.500,00 €	10.847,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	58.233,64 €	126.250,00 €	130.823,97 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	132.773,65 €	255.250,00 €	265.965,52 €
Betriebsergebnis	-123.490,18 €	-245.050,00 €	-225.753,02 €
Steuern vom Einkommen	0,00	-50,00 €	0,00 €
Jahresfehlbetrag	-123.490,18 €	-245.100,00 €	-225.753,02 €

Beim Vergleich der Werte für die Jahre 2009 und 2010 ist zu beachten, dass 2009 ein Rumpfwirtschaftsjahr war, da die Geschäftstätigkeit erst zum 15. Mai 2009 aufgenommen wurde.

Die Personalaufwendungen fielen in der lt. Wirtschaftsplan vorgesehenen Höhe an.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 4.573,97 Euro höher ausgefallen.

Die Abschreibungen sind 6.347,00 Euro höher als im Wirtschaftsplan.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis -225.753,02 Euro

(Wirtschaftsplan – 245.100,00 Euro).

2.2 Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs erhöht und zwar von 50.672,78 Euro auf 71.135,48 Euro.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2010 264,93 Euro (Vorjahr 1.124,55 Euro).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Mit rd. 57 % sind die flüssigen Mittel immer noch wesentlicher Bestandteil der Aktivseite.

2.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) zeigt auch im Jahr 2010 keine gravierenden Änderungen.

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 11.750,00 Euro laufende Abschreibungen von 10.847,00 Euro gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag noch 42.589,00 Euro beträgt.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 89,86 % sehr gut.

3. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

4. Risiko- und Prognosebericht

4.1 Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt fast ausschließlich (ca. 86 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen über einen Nothaushalt verfügen.

Im zweiten Jahr der Geschäftstätigkeit ist es der Nordeifel Tourismus GmbH gelungen, die eigenen Umsatzerlöse zu erhöhen. Diese Bemühungen werden weiter fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH muss sich bewusst sein, dass die im Fünfjahresplan des Wirtschaftsplans festgesetzten Gesellschafterzuschüsse eingehalten werden müssen, da Kürzungen eine einschneidende Auswirkung auf die Tätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH haben würden. Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht mehr effizient wahrnehmen zu können.

4.2 Prognosebericht

Der beschlossene Wirtschaftsplan 2011 weist für das laufende Wirtschaftsjahr einen Verlust von – 235.630,00 € Euro aus.

Dieser wird durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitalanlagen finanziert.

Ziel der Geschäftsführung ist es, weitere Umsatzerlöse zu erzielen.

Durch gezielte Maßnahmen gemeinsam mit unseren Leistungsträgern und den beteiligten Verkehrsämtern in Kooperation mit der Eifel Tourismus GmbH wird die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen für die Nordeifel weiter verfolgt.

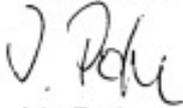
Verglichen mit dem aktuellen und zukünftig angestrebten Aufgabenspektrum der NeT ist die personelle Kapazität der Geschäftsstelle mit knapp drei Stellen und einer Auszubildenden bereits heute äußerst gering.

Sollen die beschriebenen und noch folgenden Ziele und Maßnahmen des Marketingkonzeptes in den Jahren 2011 bis 2015 professionell und Erfolg versprechend umgesetzt werden, ist nicht nur an die Sicherung der Personalstellen bei der Nordeifel Tourismus GmbH zu denken, sondern an die mittelfristige Erweiterung der personellen Kapazität um mindestens eine hauptamtliche Stelle.

Gleichzeitig geht die Nordeifel Tourismus GmbH für die touristischen Leistungsträger und Partner stets mit Vorbildfunktion voran und muss auch zukünftig im Bereich der Sicherung von Ausbildungsplätzen voraus gehen.

Mit den Projekten „Attraktivierung des Römerkanalwanderweg“, „Natur exklusiv erleben ganz anders neu“, „eifel.bahn.steig“, „KlimaTour Eifel“, „Crossing Nature“ und „Landesgartenschau Zülpich 2014“ können die Aussichten als positiv bewertet werden.

Kall, den 01. Juni 2011



Iris Poth
Geschäftsführerin

BILANZ zum 31. Dezember 2011

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	19.846,00	25.561,00
II. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	11.897,00	17.028,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	486,90	363,88
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.102,95	264,93
2. sonstige Vermögensgegenstände	3.755,33	4.939,84
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	112.218,46	71.135,48
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>3.611,10</u>	<u>4.678,21</u>
	<u>158.917,74</u>	<u>123.971,34</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2011

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.400,00	26.400,00
II. Kapitalrücklage	690.195,00	434.253,00
III. Gewinn- und Verlustvortrag	-349.243,20	-123.490,18
IV. Jahresfehlbetrag	-238.203,26	-225.753,02
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	1.134,09	42,30
2. Sonstige Rückstellungen	5.165,00	5.082,50
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	4.250,18	4.680,88
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 4.250,18 / Vj: 4.680,88		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	19.219,93	2.755,86
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 19.219,93 / Vj: 2.755,86		
- davon aus Steuern Euro 1.065,28 / Vj: 1.169,02		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 145,16 / Vj: 145,16		
	<u>158.917,74</u>	<u>123.971,34</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	52.180,33	39.468,68
2. Sonstige betriebliche Erträge	10,00	21,00
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-271,90	-143,90
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-107.143,45	-102.115,76
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	-24.002,47	-22.178,19
5. Abschreibungen		
a) Auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-10.846,00	-10.847,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-149.393,11	- 130.680,07
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.261,48	722,82
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>-238.205,12</u>	<u>-225.753,02</u>
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1,86	0,00
10. Jahresfehlbetrag	<u><u>-238.203,26</u></u>	<u><u>-225.753,02</u></u>

Nordeifel Tourismus GmbH

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Nach dem Ländergrenzen übergreifenden Zusammenschluss der touristischen Organisationen in der Eifel zum 01.01.2003 und der Einrichtung des Nationalparks Eifel zum 01.01.2004 hat der Kreis Euskirchen gemeinsam mit den Kommunen Euskirchen, Zülpich, Weilerswist, Kall, Mechnich, Schleiden und Hellenthal am 18.02.2009 die Nordeifel Tourismus GmbH gegründet, um seine touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregionen in und um die Nationalparkregion auszubauen.

Die Ziele der Nordeifel Tourismus GmbH sind:

- die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene
- die Attraktivierung der Angebote und Produkte im Tages- und Kurzreisesegment unter Berücksichtigung der Produktleitlinien "Aktiv", "Nordeifel Höhepunkte" und "Familienspaß"
- die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste und
- Förderung regionsübergreifender Projekte
- Stärkung und Steigerung der Qualität
- Förderung von umweltbewussten Angeboten
- die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Die zukünftige strategische Ausrichtung der Nordeifel Tourismus GmbH wird im Marketingkonzept 2010-2015 beschrieben. Das Marketingkonzept wurde in der 9. Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH am 10.05.2011 beschlossen. Die operative Umsetzung erfolgt durch den jährlich neu aufgestellten Marketing- und Mediaplan.

Seit 2010 wird in der gesamten Eifel die Tourismusstrategie Eifel umgesetzt. Mit der Tourismusstrategie Eifel wird die touristische Zielrichtung der Region und damit auch der Teilregion des Gesellschafterraumes der Nordeifel Tourismus GmbH festgelegt. Mit der Umsetzung werden Strukturen und Aufgaben neu definiert.

Die Eifel Tourismus GmbH hat in ihren Gremien beschlossen den Leitfaden "Strukturen und Aufgaben der lokalen Ebene im Tourismus in Rheinland-Pfalz" von der Agentur PROJECT M eifelweit, also auch in der NRW-Eifel zur Grundlage zu machen. Die wesentlichen Kernaussagen von PROJECT M im Rahmen der Tourismusstrategie Eifel, um eine optimierte touristische Schlagkraft in 3-5 Jahren zu erzeugen, lauten:

1. Herstellung der Handlungsfähigkeit der lokalen Tourismusorganisationen durch Weiterentwicklung zu **Tourismus Service Center (TSC)**. Dabei gilt es eine systematische Qualifizierung und Weiterentwicklung und damit Strukturverbesserung zu erzielen.
2. Nutzung von Synergien, Vermeidung von Doppelarbeiten und ineffizientem Abstimmungsbedarf, Professionalisierung, Schaffung klarer Zuständigkeiten. Ziel muss es sein zu einer übergreifenden Festlegung klarer Aufgabenteilungen zu gelangen.
3. Vermeidung von Verzettlung und „Bauchläden“, Konzentration der Ressourcen und Mittel auf wenige Themen und eine stringente Marktbearbeitung. Eine eindeutige Zielgruppen- und Themendefinition ist erforderlich.

Nach einer eifelweiten Organisationsanalyse aller touristischen Einrichtungen in 2010 wurde die Nordeifel Tourismus GmbH im Rahmen der Tourismusstrategie Eifel wie folgt von PROJECT M eingestuft:

"Die Organisationsstruktur der Nordeifel Tourismus GmbH entspricht - im Verbund mit den Gesellschafterkommunen der interkommunalen Kooperation (Stufe II) hinsichtlich der Ausstattung bezogen auf die Kernaufgaben eines Tourismus-Service-Centers (TSC) - den Empfehlungen eines TSC." Zur Erlangung der Endstufe III wird die Übertragung von Backoffice-Aufgaben der Verkehrsämter auf die Nordeifel Tourismus GmbH, sowie der Betrieb bzw. der Durchgriff auf die Tourist-Informationen durch die Nordeifel Tourismus GmbH empfohlen.

Die TSC Stufe III bedeutet Vollintegration und stellt die organisatorische Verflechtung unter Zusammenführung aller personellen und materiellen Ressourcen der Kooperationspartner dar.

Die Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH hat am 27. September 2011 mehrheitlich das Modell der vollständigen Integration (TSC Stufe III) beschlossen.

Nach deren Umsetzung, die ab 2013 geplant ist, wird die Nordeifel Tourismus GmbH für folgende Aufgaben allein verantwortlich sein:

- Produktentwicklung
- Vertrieb
- Begleitung Touristische Infrastrukturkonzeption
- Außenmarketing
- Binnenmarketing
- Betriebliches Qualitätsmanagement
- TI-Qualitätsmanagement mit dem Ziel der Professionalisierung der Tourist-Informationen in der Region und Durchgriff auf die kommunale Ebene
- Gästeinformation

Die Nordeifel Tourismus GmbH fungiert als Touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Tourismusorganisation Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm, den Partnern Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. als Erlebnisregion Nationalpark Eifel und ihren Gesellschaftern.

Die Übernachtungszahlen haben sich im Zeitraum von 2010 bis 2011 folgendermaßen entwickelt:

	Gäste	Übernachtungen	Aufenthaltsdauer
Nordrhein-Westfalen	+ 7,7 %	+ 4,7 %	2,3 Tage
Kreis Euskirchen	+ 0,4 %	- 2,2 %	3,1 Tage
Teilregion Nordeifel Tourismus	+ 1,2 %	- 1,5 %	2,6 Tage

Insgesamt verdeutlichen die statistischen Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes NRW, dass im Gegensatz zum Landesdurchschnitt Verluste bei Übernachtungen im Kreis Euskirchen bzw. im Zuständigkeitsbereich der Nordeifel Tourismus GmbH zu verzeichnen sind. Im Gegensatz dazu ist es bei der Anzahl der Gästeankünfte zu Steigerungen gekommen. Die Verluste bei Übernachtungen sind vor allem bedingt durch Betriebsaufgaben im Hellenthaler, Schleidener und Kaller Gebiet. Die Aufenthaltsdauer der Gäste liegt sowohl im Kreis Euskirchen als auch in der Teilregion Nordeifel Tourismus über dem Landesdurchschnitt. Die Steigerung der Gästeankünfte unterstreicht die Bedeutung der Region als Kurzurlaubsdestination. Es sei jedoch darauf verwiesen, dass weder die Zahl der Tagestouristen noch die Zahl der Übernachtungen in Betrieben mit einer Kapazität von weniger als 9 Betten erfasst sind. Gerade diese Betriebe prägen ländliche Regionen wie die Nordeifel.

Zur Erfassung des Tagestourismus sowie des Übernachtungstourismus in Betrieben mit weniger als 9 Betten, wird die Nordeifel Tourismus GmbH im Jahr 2012 eine entsprechende Untersuchung durch eine renommierte Agentur in Auftrag geben.

1.1 Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft, so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt ganz überwiegend durch die beteiligten Kommunen Euskirchen, Zülpich, Weilerswist, Kall, Mechernich, Schleiden und Hellenthal und des Kreises Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2011 82,45% (Vorjahr 86,15%).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die übrigen Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Die übrigen Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen 2011 52.180,33 Euro, also 17,55 % der gesamten Erträge (Vorjahr 39.468,68 € = 13,85%).

Hier werden die Anstrengungen der Nordeifel Tourismus GmbH erkennbar, neben den Finanzierungsanteilen der Gesellschafter verstärkt andere Umsatzerlöse (z.B. Werbekostenzuschüsse, Vermittlungsprovisionen) zu erzielen.

	2010	Wirtschaftsplan 2011	2011
Umsatzerlöse	39.468,68 €	20.000,00 €	52.180,33 €
Sonstige betriebliche Erträge	743,82 €	350,00 €	1.271,48 €
Betriebsleistung	40.212,50 €	20.350,00 €	53.451,81 €

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr und dem Wirtschaftsplan 2011 deutlich erhöht werden.

Wesentliche Erlöse kamen aus den Anzeigen in Printprodukten, Buchungen von Tages- und Mehrtagesarrangements und Buchungen über Deskline 3.0.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2010	Wirtschaftsplan 2011	2011
Personalaufwand	124.294,55 €	133.000,00 €	131.145,92 €
Abschreibungen	10.847,00 €	10.847,00 €	10.846,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	130.823,97 €	121.450,00 €	149.665,01 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	265.965,52 €	265.297,00 €	291.656,93 €
Betriebsergebnis	-225.753,02 €	- 244.947,00 €	-238.205,12 €
Steuern vom Einkommen	0,00 €	-150,00 €	1,86 €
Jahresfehlbetrag	-225.753,02 €	-245.097,00 €	-238.203,26 €

Die Personalaufwendungen sind 1.854,08 € niedriger als im Wirtschaftsplan.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 28.215,01 Euro höher ausgefallen. Die Abschreibungen fielen in der lt. Wirtschaftsplan vorgesehenen Höhe an.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis -238.203,26 Euro (Wirtschaftsplan – 245.097,00 Euro).

2.2 Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs erhöht und zwar von 71.135,48 Euro auf 112.218,46 Euro.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2011 7.102,95 Euro (Vorjahr 264,93 Euro).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Mit rd. 70 % sind die flüssigen Mittel immer noch wesentlicher Bestandteil der Aktivseite.

2.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) zeigt auch im Jahr 2011 keine gravierenden Änderungen.

Im Anlagevermögen erfolgten 2011 keine Zugänge. Die laufenden Abschreibungen betragen 10.846,00 Euro, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag noch 31.743,00 Euro beträgt.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 81,27 % sehr gut.

3. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

4. Risiko- und Prognosebericht

4.1 Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt fast ausschließlich (ca. 86 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen über einen Nothaushalt verfügen.

Im dritten Jahr der Geschäftstätigkeit ist es der Nordeifel Tourismus GmbH gelungen, die eigenen Umsatzerlöse zu erhöhen. Diese Bemühungen werden weiter fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH muss sich bewusst sein, dass die im Fünfjahresplan des Wirtschaftsplans festgesetzten Gesellschafterzuschüsse eingehalten werden müssen, da Kürzungen eine einschneidende Auswirkung auf die Tätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH haben würden. Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht mehr effizient wahrnehmen zu können.

4.2 Prognosebericht

Der beschlossene Wirtschaftsplan 2012 weist für das laufende Wirtschaftsjahr einen Verlust von – 238.583 € Euro aus.

Dieser wird durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitalanlagen finanziert.

Ziel der Geschäftsführung ist es, weitere Umsatzerlöse zu erzielen. Eine deutliche Steigerung konnte im Vergleich zum Vorjahr bereits erzielt werden.

Durch gezielte Maßnahmen gemeinsam mit den Leistungsträgern und den beteiligten Verkehrsämtern in Kooperation mit Tourismus Nordrhein-Westfalen e.V., der Eifel Tourismus GmbH und den benachbarten Touristischen Arbeitsgemeinschaften wird die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen für die Nordeifel weiter verfolgt.

Das Ziel, alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden für eine Beteiligung an der Gesellschaft zu gewinnen, kann mit dem Beitritt der Gemeinden Blankenheim und Nettersheim zum 01. Januar 2013 teilweise erreicht werden. Auch mit der Stadt Bad Münstereifel sind für Mitte 2012 Gespräche über einen Beitritt terminiert. Für die Gemeinden Blankenheim und Nettersheim werden im Jahr 2012 auf Basis eines Vertrags bereits touristische Dienstleistungen erbracht.

Verglichen mit dem aktuellen und zukünftig angestrebten Aufgabenspektrum der NeT ist die personelle Kapazität der Geschäftsstelle mit knapp drei Stellen und einer Auszubildenden bereits heute äußerst gering. Positiv zu werten ist die Bereitschaft der Gesellschafter zur Übernahme der Übernahme der Auszubildenden ab Mitte 2012.

Gleichzeitig geht die Nordeifel Tourismus GmbH für die touristischen Leistungsträger und Partner stets mit Vorbildfunktion voran und muss auch zukünftig im Bereich der Sicherung von Ausbildungsplätzen voraus gehen. Dies wird mit Einstellung einer Auszubildenden ab dem 01. August 2012 auch weiter verfolgt

Sollen die beschriebenen und noch folgenden Ziele und Maßnahmen des Marketingkonzeptes in den Jahren 2012 bis 2015 professionell und Erfolg versprechend umgesetzt werden, ist nicht nur an die Sicherung der Personalstellen bei der Nordeifel Tourismus GmbH zu denken, sondern an die Erweiterung der personellen sowie finanziellen Kapazität. Zur weiteren Personalentwicklung wird es in den Gesellschafterversammlungen 2012 einen weiteren Vorschlag der Geschäftsstelle geben.

Mit den Projekten „Neueröffnung des Römerkanalwanderweg“, „Natur exklusiv erleben ganz anders neu“, „eifel.bahn.steig“, „KlimaTour Eifel“, „Crossing Nature“, „Landesgartenschau Zülpich 2014“ und „Familienfreundliche Gastronomie“ können die Aussichten als positiv bewertet werden.

Kall, den 24. Mai 2012



Iris Poth
Geschäftsführerin

BILANZ zum 31. Dezember 2011

Rheinisches Studieninstitut Studieninstitut, 50996 Köln

AKTIVA

PASSIVA

	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2010 Euro
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			1.977.157,26	1.840.781,46
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			<u>308.529,65-</u>	<u>136.375,80</u>
	0,00	114,00	<u>1.668.627,61</u>	<u>1.704.157,26</u>
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	34.900,00	596.487,00	711.564,79
2. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	192.353,00	209.010,00	<u>344.128,73</u>	<u>457.049,12</u>
	<u>192.353,00</u>	<u>243.910,00</u>	940.615,73	1.168.613,91
III. Finanzanlagen			131.446,95	20.920,88
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	59.091,00	1.269.200,70		
2. sonstige Ausleihungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>		
	<u>59.091,00</u>	<u>1.269.200,70</u>	210.125,77	7.841,07
B. Umlaufvermögen			341.572,72	28.761,95
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	583.726,23	332.797,00		
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.123,75</u>	<u>2.927,33</u>		
	<u>586.849,98</u>	<u>335.724,33</u>		
II. Wertpapiere				
sonstige Wertpapiere	0,00	54,72		
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	2.112.522,08	1.325.529,37	2.950.816,06	3.174.533,12
	<u>2.112.522,08</u>	<u>1.325.529,37</u>	<u>2.950.816,06</u>	<u>3.174.533,12</u>
	2.950.816,06	3.174.533,12	2.950.816,06	3.174.533,12

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	<u>2.773.837,22</u>	<u>2.596.879,11</u>
2. Gesamtleistung	2.773.837,22	2.596.879,11
3. sonstige betriebliche Erträge		
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	793,26	0,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	115.077,79	75.669,81
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>12.267,14</u>	<u>717,67</u>
	128.138,19	76.387,48
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	66.156,43	43.617,74
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.777.232,66</u>	<u>1.387.186,47</u>
	1.843.389,09	1.430.804,21
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	247.948,30	194.601,12
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>78.225,00</u>	<u>55.482,58</u>
	326.173,30	250.083,70
- davon für Altersversorgung Euro 20.706,20 (Euro 16.063,14)		
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	128.870,31	77.817,82
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Raumkosten	379.190,40	428.496,31
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	70.422,44	48.479,72
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	148.956,70	20.632,39
ad) Werbe- und Reisekosten	106.491,03	79.368,01
ae) verschiedene betriebliche Kosten	219.786,52	237.976,47
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	17.450,00	0,00
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>21.095,46</u>	<u>4.693,58</u>
	963.392,55	819.646,48
Übertrag	<u>359.849,84-</u>	<u>94.914,38</u>

Rheinisches Studieninstitut Studieninstitut, 50996 Köln

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
Übertrag	359.849,84-	94.914,38
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>51.320,19</u>	<u>41.461,42</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>308.529,65-</u>	<u>136.375,80</u>
10. Jahresfehlbetrag	<u><u>308.529,65</u></u>	<u><u>136.375,80-</u></u>

**LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts,
Euskirchen**

Bilanz zum 31.12.2011

AKTIVA	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR	PASSIVA
A. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
Grundstücke ohne Bauten	12.454.113,38				7.134.471,40	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
sonstige Vermögensgegenstände	10.994,06			9.022,25		1.000,00
III. Guthaben bei Kreditinstituten	0,00			515.876,54		-117.301,07
	<u>12.465.107,44</u>	<u>49.869,49</u>	<u>422.935,44</u>	<u>7.659.370,19</u>		<u>116.301,07</u>
B. Rechnungsabgrenzungsposten						<u>0,00</u>
		10.982,74				9.865,98
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag						
		422.935,44		116.301,07		
						7.700.000,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten						
						5.409,14
						<u>1.500,48</u>
						<u>12.937.912,37</u>
						<u>7.775.671,26</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31.12.2011

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge		44.875,63	8.938,46
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.800,00		4.800,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.446,72</u>	6.246,72	1.443,36
3. sonstige betriebliche Aufwendungen		79.462,31	55.469,60
4. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus Abzinsung EUR 131,84		4.815,39	3.911,64
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>246.230,35</u>	<u>37.464,53</u>
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-282.248,36	-86.327,39
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,00
8. sonstige Steuern		<u>33.386,01</u>	<u>3,68</u>
9. Jahresfehlbetrag		315.634,37	86.331,07
10. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		117.301,07	30.970,00
11. Bilanzverlust		<u>432.935,44</u>	<u>117.301,07</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011



1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammen hängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z.B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen Euro zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (zuletzt geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW vom 25.06.2009,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 und die Bestimmungen des 13. Teils aaO.,
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung – KUV),
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

Mit den Beschlüssen der Räte der Gemeinde Weilerswist vom 07.07.2011 und der Stadt Euskirchen vom 14.07.2011 sowie des Kreistages vom 20.07.2011 wurde die Unternehmenssatzung LEP-AöR geändert. Die Änderungen betreffen § 1 (Dienstsiegel); § 3 (Erhöhung des Stammkapitals auf 10.000,00 €) sowie § 10 Abs. 3 und 4 (Anpassung an die am 05.08.2009 geänderte KUV und das am 17.12.2009 geänderte Transparenzgesetz NRW).

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Die LEP-Fläche befand sich zu Beginn des Geschäftsjahres zu 32 % im Eigentum der LEP-AöR und zu weiteren 11 % im Eigentum der Stadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist. 57 % der Fläche befanden sich noch in Privateigentum (Stand: 01.01.2011). Die zu erwerbende Fläche wird weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

Grunderwerb

Die von der LEP-AöR mit der Durchführung des Grunderwerbs beauftragte NRW.URBAN hat die Grunderwerbsverhandlungen im Jahre 2011 mit folgendem Ergebnis geführt: (Stand: 31.12.2011)

- ca. 116 Hektar konnten bereits auf die LEP-AöR grundbuchlich umgeschrieben werden (55 %)
- ca. 23 Hektar befinden sich im Eigentum der Stadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist (11 %)
- für weitere ca. 59 Hektar sind die Eigentümer tausch- bzw. verkaufsbereit (28 %)
- für ca. 13 Hektar besteht keine Verkaufsbereitschaft (6 %).

Ersatzlandflächen konnten im erforderlichen Umfang bisher nicht erworben werden. Die Erlöserwartungen der Verkäufer solcher Flächen liegen über den Preisen, die die Eigentümer der Flächen im LEP-Gebiet für Ersatzland zu zahlen bereit sind. Tauschflächen wurden aber im nennenswerten Umfang zu diesen Preisen an Dritte veräußert, was deutlich macht, dass die Marktpreise für Ackerland im Umkreis der LEP-Fläche angezogen haben. Versuche von NRW.URBAN, durch Vermittlung Dritter an Ersatzland zu kommen, waren bisher nicht erfolgreich. So hat u.a. die Gemeinde Swisttal mitgeteilt, dass sie keine Grundstücke als Tauschland oder für Ausgleichszwecke bereitstellen kann.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2012 muss die LEP-AöR entscheiden, wie mit dieser Situation umzugehen ist, damit der Grunderwerb wie geplant erfolgreich fortgeführt werden kann.

Aufgrund des § 7 der Vereinbarung NRW vom 25.06.2009 hat die LEP-AöR einen Anspruch auf Übertragung der im Eigentum der Trägerkommunen stehenden Grundstücke gegen Zahlung des Verkehrswertes. Die Übertragung soll erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen des Verfahrens gemäß § 7 Abs. 1 der Vereinbarung NRW vom 25.06.2009 erfolgen.

Vermarktung

Zur Vermarktung der LEP-Fläche „PrimeSite Rhine Region“ hat die NRW.Invest umfangreiche Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene entfaltet. Unter Einbindung aller 9 Auslandsbüros wurden direkte Gespräche mit potentiellen Investoren durchgeführt und die Kommunikation bei Veranstaltungen, Investorenseminaren und auf internationalen Messen hergestellt. Die Fläche wurde auf ausgewählten Gewerbeflächen- und Industriemessen, transport logistik und Expo Real in München, MIPI in Cannes sowie auf zwei chinesischen Fachmessen, CIS und CIFIT, präsentiert. Vermarktungsaktivitäten fanden ferner bei Reisen des Wirtschaftsministers und von NRW.Invest nach China, Japan, Türkei und Polen statt. Die Fläche wurde zudem umfangreich in Printmedien und elektronischen Medien beworben. Dabei zeigte sich ein starkes Interesse an der Rhine Region; positiv bewertet wurden u. a. die exzellente Lage und Anbindung der Fläche. Der Erwerb von mindestens 80 ha Fläche für ein Investitionsvorhaben stellt jedoch eine große Herausforderung dar. Der Flächenbedarf von Unternehmen beispielsweise bei Großprojekten aus der Logistikbranche liegen – gemäß den Erfahrungen von NRW.Invest – aktuell zwischen 10 – 20 ha.

Entwicklung

Die bodenarchäologischen Erkundungen wurden im Geschäftsjahr 2011 fortgesetzt. So konnten die geophysikalischen Untersuchungen nahezu abgeschlossen werden und dem Amt für Bodendenkmalpflege (LVR) zur Auswertung übergeben werden. Durch Vermittlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes (Wirtschaftsministerium) wurde Einvernehmen zwischen der LEP-AöR, dem LVR und dem Land über die weitere Vorgehensweise und Abwicklung der notwendigen archäologischen Bodenprospektionen erzielt.

Diesbezüglich soll 2012 eine Arbeitsgruppe zwischen den Beteiligten geschlossen werden, die die wesentlichen Zielvorgaben in Form einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung regeln und die damit verbundenen Maßnahmen darüber hinaus auch betreut.

Aufstellung von Bebauungsplänen

Zurzeit verfügt die LEP-AöR unter Hinzurechnung kommunaler Flächen bereits über 2/3 der Gesamtfläche. Um im Rahmen der Ansiedlungsmühungen für eventuelle Anfragen kurzfristig gewappnet zu sein, ist die Geschäftsstelle der LEP-AöR an die Belegenheitsgemeinden herangetreten, um die Aufstellung der Bebauungspläne, wie bereits 2000/2001 begonnen, fortzuführen. Seitens der Stadt Euskirchen soll der Aufstellungsbeschluss am 19.06.2012, in der Gemeinde Weilerswist am 21.06.2012 gefasst werden.

Die für die aufzustellenden Bebauungspläne notwendige Artenschutzuntersuchung wurde vorbereitet und Anfang 2012 an ein Fachbüro in Auftrag gegeben.

Die in § 1 Abs. 2 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung festgelegte Frist hat gemäß einstimmigem Beschluss des Projektbeirates vom 23.06.2010 am 01.07.2010 begonnen. Für die Durchführung der Maßnahme ergäbe sich somit ein Zeitfenster bis zum 30.06.2020.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2012 wurde vom Verwaltungsrat am 05.12.2011 beschlossen.

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 07.07.2011 und der Verwaltungsrat darüber hinaus am 05.12.2011.

Im Jahre 2011 fanden 15 Sitzungen des Vorstandes statt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2011 in Höhe von 12.937.912,37 Euro besteht im wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (12.454.113,38 Euro).

Das Stammkapital in Höhe von 10.000,00 Euro (§ 3 der 2011 geänderten Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

Der zum 31.12.2011 kumulierte Bilanzverlust in Höhe von 432.935,44 Euro soll künftig durch den Verkaufspreis für die baureifen Flächen gedeckt werden.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Die 2011 erzielten Erträge in Höhe von 49.691,02 Euro resultieren aus Pachten (44.875,63 €) und Zinserträgen (4.815,39). Ihnen stehen Aufwendungen in Höhe von 365.325,39 Euro gegenüber. Der Fehlbetrag des Jahres 2011 in Höhe von 315.634,37 Euro addiert sich mit dem Verlust der Vorjahre in Höhe von 117.301,07 Euro zum Bilanzverlust des Jahres 2011 in Höhe von 432.935,44 Euro.

Auch der Jahresverlust 2011 ist gemäß der Vereinbarung NRW auf neue Rechnung vorzutragen.

Beim Vergleich der Jahresbeträge ist zu berücksichtigen, dass im Geschäftsjahr 2011 erstmalig Zinsen für die erste Tranche des Investitionskredites der NRW.BANK (12,0 Mio. €) zu zahlen waren. Im Einzelnen wird auf die Gewinn- und Verlustrechnung und den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 30.11.2010 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2011 in der Fassung des Änderungsbeschlusses vom 07.07.2011 ergaben sich folgende Abweichungen:

	Wirtschaftsplan in €	Ergebnis in €	Differenz in €
Erträge	43.000,00	49.691,02	6.691,02
Sachaufwand	158.090,00	112.848,32	-45.241,68
Personalaufwand	8.000,00	6.246,72	-1.753,28
Zinsaufwand	609.000,00	246.230,35	-362.769,65
Jahresverlust	732.090,00	315.634,37	-416.455,63
Einnahmen aus Krediten	14.464.680,00	12.861.753,44	-1.602.926,56
Grunderwerb inkl. Nebenkosten	13.128.000,00	12.454.113,38	-673.886,62

Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Sachaufwand

Es wurden u. a. die Kosten für die NRW.URBAN veranschlagt. Diese wurden um 64 T€ unterschritten und waren in voller Höhe als Anschaffungsnebenkosten zum Grunderwerb zu erfassen.

Zinsaufwand

Erhebliche Zinersparnis durch die Verlängerung der Laufzeit kurzfristiger Liquiditätskredite anstelle der ersten Tranche eines langfristigen Kredites. Die Aufnahme des Investitionskredites bei der NRW.BANK gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 erfolgte erst am 30.9.2011.

Einnahmen aus Krediten /Grunderwerbsaufwand

Durch die Schwierigkeit, von den Verkäufern akzeptiertes Ersatzland zu erwerben, waren Grunderwerbe nicht mehr im bisherigen Tempo weiterzuführen. Die Angaben zur Mittelbereitstellung im Wirtschaftsplan betreffen die Ansätze 2010 und 2011, da die Aufnahme des Investitionskredites erst 2011 erfolgte.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen Euro zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Außerdem fiel im Jahre 2011 hierfür eine einmalige Gebühr in Höhe von 25.000,00 Euro an.

Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) vollständig ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite beträgt gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 13,0 Mio. Euro.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Der weitere Grunderwerb hängt, wie schon im Jahresbericht 2010 erwähnt, nach den bisherigen Verhandlungen entscheidend davon ab, wann, in welcher Größe und zu welchen Konditionen Ersatzland für die tauschbereiten Landwirte zur Verfügung stehen wird. Der Verwaltungsrat und der Projektbeirat werden über notwendige Anpassungen der Kosten- und Finanzierungsübersicht und des Zeit- und Maßnahmenplans unterrichtet, sobald sie erkennbar werden.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Das gemeinsame Vorhaben des Landes und der beteiligten Gebietskörperschaften, eine LEP-konforme Großsiedlung auf der landesplanerisch ausgewiesenen Fläche zu ermöglichen, ist mit Risiken bis zu maximal 43,4 Mio. Euro verbunden, die den enormen Vorteilen einer solchen Ansiedlung (Arbeitsplätze, Kaufkraft, verbesserte Infrastruktur etc.) entsprechen und vom Land zu 60 %, maximal 25,0 Mio. Euro verbürgt werden.

Das Auswahlverfahren der BMW-Group für einen Standort für ein neues Werk zur Produktion von Personenkraftwagen im Jahre 2000 hat neben weiteren Anfragen die Attraktivität des Standortes für eine industrielle Großsiedlung bewiesen. Die Fläche war bereits im Landesentwicklungsplan VI (LEP-VI) seit dem Jahre 1968 entsprechend ausgewiesen. Die Notwendigkeit, die Grundstücke „aus einer Hand“ anbieten zu können, führte nach langwierigen Abwägungen der Vor- und Nachteile und der Machbarkeit des Projektes zum Abschluss der Vereinbarung NRW vom 25.06.2009.

Die Vertragsbeteiligten waren sich dabei darüber im Klaren, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen. Entsprechend wurden in der Vereinbarung NRW Regelungen zur Risikominimierung getroffen wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw..

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW vom 25.06.2009 verwiesen.

Wenn der Grunderwerb nicht vollständig gelingt, ist ggf. eine Arrondierung der Flächen durch Tausch oder ein Bodenordnungsverfahren erforderlich.

Die bisherigen Verbesserungen gegenüber der Kosten- und Finanzierungsübersicht und dem Wirtschaftsplan 2011 ermöglichen ohne Änderung des Gesamtvolumens eine Reserve für die zu erwartenden Erhöhungen des Zinsniveaus während der Laufzeit des Projektes. Diese Risikoreserve ist in der Kosten- und Finanzierungsübersicht ausgewiesen.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. Euro gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

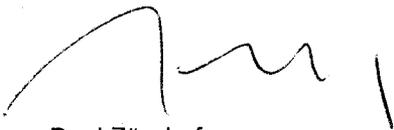
Durch die erste Tranche des Darlehens in Höhe von 12,0 Mio. Euro sind die bisherigen Investitionen bis zum 30.06.2020 durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Ob künftige Kreditaufnahmen zu festen oder variablen Zinssätzen erfolgen, wird bei Auftreten des Finanzierungsbedarfs nach Lage des Kapitalmarktes entschieden.

5.2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Die Gefahr einer erheblichen Überschreitung der in der Kosten- und Finanzierungsübersicht enthaltenen Kosten für bodenarchäologische Arbeiten, die nach den Angaben des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege mehrere Millionen Euro betrug, ist durch eine zwischenzeitlich erfolgte Einigung zwischen den beteiligten Behörden und dem Ministerium ausgeräumt. Der Minister hat im Schreiben vom 29.02.2012 bestätigt, dass der Finanzierungsanteil der LEP-AöR auf maximal 700.000,00 Euro festgeschrieben ist.

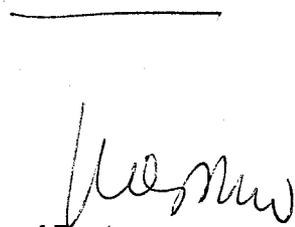
Euskirchen, den 12. April 2012



Paul Zündorf
Vorstandsvorsitzender



Johannes Adams
Vorstandsmitglied



Josef Forstner
Vorstandsmitglied

Teil D – Auswertungen und Übersichten

1. Auswertung der Jahresabschlüsse

Zu den wesentlichen Beteiligungen sind gem. § 52 GemHVO Strukturbilanzen und aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen beigefügt. Auf Auswertungen wurde bei Gesellschaften, die überwiegend außerhalb des Kreisgebietes tätig sind, generell verzichtet, weiterhin in den Fällen, wo diese keine Aussagekraft besitzen. Letzteres gilt insb. bei reinen Service- oder Projektgesellschaften, Gesellschaften mit geringer Geschäftstätigkeit oder geringem Beteiligungsanteil des Kreises. Bei Gesellschaften im Rumpfgeschäftsjahr wird ebenfalls auf die Auswertungen verzichtet.

Bei der RVK GmbH sowie bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG wurde die Auswertung auf Konzernebene vorgenommen.

Gesellschaft	ab Seite
1. AGIT	257
2. EuGeBau	259
3. VRS GmbH	261
4. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern	263
• KKM GmbH	265
• Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH	267
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	269
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	271
• AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	273
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	275
5. RVK GmbH – Konzern	277
6. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG – Konzern	279
7. Vogelsang ip gGmbH	281
8. Nordeifel Tourismus GmbH	283

Hinweise:

1. Rundungsdifferenzen

Durch automatische Rundungen, insb. bei der Umrechnung auf T€, können die hier zusammengestellten Werte geringfügig von den Angaben der Original-Jahresabschlüsse abweichen.

2. Spalten „Veränderung Berichtsjahr zum Vorjahr“

Die Veränderungen des Geschäftsjahres zum Vorjahr sind jeweils als absolute Werte in T€ sowie im prozentualen Verhältnis zum Vorjahreswert dargestellt. Geringfügige Veränderungen bis zu 1 T€ bzw. bis zu 1 % werden aus Übersichtlichkeitsgründen nicht angezeigt.

3. Strukturbilanzen

Als langfristig werden Positionen mit einer Restlaufzeit ab einem Jahr angesehen. Die Prozentangaben beim Berichtsjahr und bei den Vorjahren stellen den jeweiligen Anteil der Position an der Bilanzsumme dar.

4. Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen

Soweit der Kreis eine Ausschüttung erhalten (+) bzw. Ausgleichszahlungen (-) geleistet hat, ist dies separat dargestellt (s. hierzu auch Teil D.2). Wesentliche Positionen wurden untergliedert.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011

AGIT GmbH

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	4	0,0%	5	0,0%	4	0,0%	-1	-22,6%
Sachanlagen	8.779	85,0%	9.619	91,1%	10.377	95,1%	-841	-8,7%
Finanzanlagen	51	0,5%	51	0,5%	51	0,5%		
Summe Anlagevermögen	8.833	85,5%	9.675	91,6%	10.432	95,7%	-842	-8,7%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	353	3,4%	156	1,5%	10	0,1%	+197	+126,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	912	8,8%	673	6,4%	380	3,5%	+239	+35,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	232	2,2%	59	0,6%	84	0,8%	+174	+295,8%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.497	14,5%	888	8,4%	474	4,3%	+609	+68,7%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	10.330	100,0%	10.562	100,0%	10.907	100,0%	-232	-2,2%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.253	31,5%	3.253	30,8%	3.253	29,8%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.852	-17,9%	-1.665	-15,8%	-1.498	-13,7%	-186	+11,2%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-298	-2,9%	-186	-1,8%	-167	-1,5%	-112	+60,1%
Summe Eigenkapital	1.103	10,7%	1.401	13,3%	1.588	14,6%	-298	-21,3%
B Langfristiges Fremdkapital	7.287	70,5%	7.960	75,4%	8.584	78,7%	-672	-8,4%
Langfristige Sonderposten	4.189	40,6%	4.832	45,7%	5.468	50,1%	-643	-13,3%
Langfristige Rückstellungen	3	0,0%	0		0		+3	
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.577	24,9%	2.609	24,7%	2.597	23,8%	-32	-1,2%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	112	1,1%	112	1,1%	112	1,0%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	406	3,9%	406	3,8%	406	3,7%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	1.940	18,8%	1.201	11,4%	735	6,7%	+738	+61,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	136	1,3%	109	1,0%	107	1,0%	+27	+24,3%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	994	9,6%	647	6,1%	223	2,0%	+347	+53,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	539	5,2%	203	1,9%	236	2,2%	+336	+166,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	13	0,1%	11	0,1%	22	0,2%	+2	+16,1%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	257	2,5%	231	2,2%	148	1,4%	+26	+11,3%
Summe Fremdkapital	9.227	89,3%	9.161	86,7%	9.319	85,4%	+66	+0,7%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	10.330	100,0%	10.562	100,0%	10.907	100,0%	-232	-2,2%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011

AGIT GmbH

Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse *1	3.014	2.759	2.989	+255	+9,2%
2 Bestandsveränderungen	0	0	0		
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne 11.)	30	23	22	+7	+29,4%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	3.043	2.782	3.011	+262	+9,4%
6 Materialaufwand	27	0	0	+27	< 100 %
7 Personalaufwand	2.684	2.115	1.780	+569	+26,9%
8 Abschreibungen	910	899	890	+11	+1,2%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen, davon:	2.804	2.378	2.437	+426	+17,9%
Raum- und Grundstücksaufwendungen	1.819	1.556	1.500	+264	+16,9%
Verwaltungs- und Werbeaufwendungen, Fremdarbeiten	890	748	926	+142	+18,9%
sonstige Aufwendungen	96	75	10	+21	+27,8%
Zwischensumme betriebl. Aufwand	6.425	5.392	5.107	+1.033	+19,2%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-3.382	-2.611	-2.097	-771	+29,5%
11 Betriebskostenzuschüsse *2	2.692	2.014	1.521	+678	+33,7%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	650	647	646	+3	+0,4%
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	3.341	2.661	2.168	+681	+25,6%
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	-40	50	71	-90	-181,1%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	3	+	+76,0%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	162	148	152	+14	+9,8%
20 Zwischensumme Finanzergebnis	-161	-147	-149	-14	+9,6%
21 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-201	-97	-78	-104	+107,2%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26 Sonstige Steuern	97	89	89	+8	+8,7%
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-298	-186	-167	-112	+60,1%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
Mieten, Mietneben- u. sonst. Vorhaltekosten	2.508	2.386	2.573	+122	+5,1%
Projekte, Veranstalt., Kostenerstattungen	751	602	634	+149	+24,8%
Erlöskorrektur Innenumsätze	-245	-229	-218	-16	+7,1%
zu *2 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Landes-/Bundeshaushalt, Projektzuschüsse	1.474	945	598	+529	+55,9%
Zuschüsse der Gesellschafter	1.218	1.069	924	+149	+14,0%
davon Kreis Euskirchen	74	73	71	+2	+2,3%

Hinweis: zu *2: Werden hier - im Gegensatz zum Jahresabschluss - als Betriebskostenzuschüsse separat ausgewiesen.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011
Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	27	0,1%	31	0,1%	31	0,1%	-4	-12,2%
Sachanlagen	44.619	88,8%	42.259	86,4%	41.746	85,4%	+2.361	+5,6%
Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		
Summe Anlagevermögen	44.647	88,9%	42.290	86,4%	41.778	85,5%	+2.357	+5,6%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	2.693	5,4%	3.072	6,3%	3.349	6,8%	-379	-12,3%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	562	1,1%	205	0,4%	446	0,9%	+358	+174,7%
Wertpapiere	0		0		6	0,0%		
Flüssige/liquide Mittel	2.335	4,6%	3.358	6,9%	3.310	6,8%	-1.023	-30,5%
Summe Umlaufvermögen	5.591	11,1%	6.635	13,6%	7.111	14,5%	-1.044	-15,7%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	50.237	100,0%	48.925	100,0%	48.889	100,0%	+1.313	+2,7%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	2.608	5,2%	2.608	5,3%	2.611	5,3%		
Gewinnrücklagen	10.782	21,5%	10.066	20,6%	9.523	19,5%	+715	+7,1%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	486	1,0%	1.028	2,1%	861	1,8%	-543	-52,8%
Summe Eigenkapital	13.876	27,6%	13.703	28,0%	12.994	26,6%	+173	+1,3%
B Langfristiges Fremdkapital	31.155	62,0%	30.379	62,1%	31.220	63,9%	+776	+2,6%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	47	0,1%	40	0,1%	59	0,1%	+7	+16,4%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	31.108	61,9%	30.339	62,0%	31.161	63,7%	+769	+2,5%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	5.207	10,4%	4.842	9,9%	4.675	9,6%	+365	+7,5%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	66	0,1%	126	0,3%	172	0,4%	-59	-47,3%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.379	2,7%	1.105	2,3%	1.139	2,3%	+274	+24,8%
Verbindlichkeiten aus Vermietung, Betreuungstätigkeit, Lieferungen und Leistungen	1.220	2,4%	805	1,6%	744	1,5%	+415	+51,6%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.541	5,1%	2.806	5,7%	2.619	5,4%	-265	-9,4%
Summe Fremdkapital	36.362	72,4%	35.222	72,0%	35.895	73,4%	+1.140	+3,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	50.237	100,0%	48.925	100,0%	48.889	100,0%	+1.313	+2,7%

		2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	8.185	8.570	7.339	-385	-4,5%
2	Bestandsveränderungen	-321	-278	121	-42	+15,2%
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	-	-100,0%
4	Sonstige betriebliche Erträge	110	263	184	-152	-58,0%
	davon: Erträge aus der Inanspruchnahme der Rückstellung für Bauinstandhaltung	0	0	0		
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	7.975	8.554	7.645	-579	-6,8%
6a	Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	3.634	2.776	2.954	+858	+30,9%
6b	Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke	459	810	302	-351	-43,3%
7	Personalaufwand	1.117	1.064	989	+53	+5,0%
8	Abschreibungen	988	1.413	1.126	-425	-30,1%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	330	284	351	+47	+16,5%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>6.528</u>	<u>6.346</u>	<u>5.721</u>	<u>+181</u>	<u>+2,9%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	1.447	2.208	1.924	-761	-34,5%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.447	2.208	1.924	-761	-34,5%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0	-	-5,9%
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28	33	53	-5	-16,2%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	3		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	811	808	842	+3	+0,3%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-783</u>	<u>-775</u>	<u>-792</u>	<u>-8</u>	<u>+1,1%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	664	1.434	1.132	-769	-53,6%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14	242	113	-229	-94,3%
26	Sonstige Steuern	165	163	158	+2	+1,2%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	486	1.028	861	-542	-52,7%

Verlustausgleich/Ausschüttung Kreis EU (Brutto)	130	130	130		
Verlustausgleich/Ausschüttung an Kreis EU (netto)	109	109	109		

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse

aus der Hausbewirtschaftung	7.089	7.064	7.142	+25	+0,4%
aus dem Verkauf von Grundstücken	917	1.333	21	-416	-31,2%
aus Betreuungstätigkeit	179	173	175	+6	+3,6%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011
Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	456	1,2%	459	1,4%	480	1,6%	-3	
Sachanlagen	824	2,2%	733	2,2%	773	2,6%	+91	+12,4%
Finanzanlagen	958	2,5%	1.321	3,9%	1.409	4,7%	-363	-27,5%
Summe Anlagevermögen	2.238	5,9%	2.512	7,5%	2.663	8,8%	-274	-10,9%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	0		0		0		±	
Vorräte	7	0,0%	7	0,0%	6	0,0%		+10,4%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.154	3,0%	601	1,8%	751	2,5%	+553	+92,1%
Wertpapiere	9.000	23,8%	8.500	25,4%	0		+500	+5,9%
Flüssige/liquide Mittel	25.381	67,0%	21.818	65,2%	26.792	88,7%	+3.563	+16,3%
aktiver Unterschied aus Vermögensverrechnung	86	0,2%	28	0,1%	0		+58	+208,0%
Summe Umlaufvermögen	35.628	94,1%	30.953	92,5%	27.550	91,2%	+4.675	+15,1%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	37.867	100,0%	33.466	100,0%	30.212	100,0%	+4.401	+13,1%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	240	0,6%	240	0,7%	240	0,8%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Summe Eigenkapital	240	0,6%	240	0,7%	240	0,8%	±	
B Langfristiges Fremdkapital	2.420	6,4%	2.245	6,7%	2.388	7,9%	+175	+7,8%
Langfristige Sonderposten	364	1,0%	374	1,1%	457	1,5%	-10	-2,7%
Langfristige Rückstellungen	2.056	5,4%	1.870	5,6%	1.931	6,4%	+185	+9,9%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	35.207	93,0%	30.981	92,6%	27.584	91,3%	+4.225	+13,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	429	1,1%	325	1,0%	292	1,0%	+104	+32,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.243	3,3%	660	2,0%	1.852	6,1%	+583	+88,2%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	33.534	88,6%	29.996	89,6%	25.441	84,2%	+3.538	+11,8%
Summe Fremdkapital	37.627	99,4%	33.226	99,3%	29.972	99,2%	+4.401	+13,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	37.867	100,0%	33.466	100,0%	30.212	100,0%	+4.401	13,1%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse)	0	0	0		
2 Erstattungen *1	4.572	4.800	4.994	-227	-4,7%
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	679	726	1.062	-47	-6,5%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	5.251	5.526	6.055	-275	-5,0%
6 Materialaufwand	5.116	5.734	6.375	-618	-10,8%
7 Personalaufwand	3.780	3.517	3.651	+263	+7,5%
8 Abschreibungen	356	459	436	-103	-22,5%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.354	1.268	1.400	+86	+6,8%
Zwischensumme betriebl. Aufwand	10.605	10.978	11.862	-372	-3,4%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-5.354	-5.452	-5.807	+98	-1,8%
11 Betriebskostenzuschüsse *2	5.493	5.736	5.589	-242	-4,2%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	5.493	5.736	5.589	-242	-4,2%
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	139	284	-218	-145	-51,0%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	50	80	73	-30	-37,1%
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	273	124	160	+149	+119,8%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	13	3	5	+9	+286,9%
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	105	132	8	-27	-20,5%
20 Zwischensumme Finanzergebnis	206	68	220	+137	+201,1%
21 Ergebnis der gewöhnlichen	345	352	2	-7	-2,1%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	235	287	0	-53	-18,3%
24 Außerordentliches Ergebnis	-235	-287	0	+53	-18,3%
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	110	65	2	+45	+69,7%
26 Sonstige Steuern	0	0	0		
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	0	0	0	+	-113,3%
*1: Aufgliederung der Erstattungen					
Bedingt durch die Umstellung des Prüfberichtes sind die Angaben ab dem Geschäftsjahr 2009 nicht mehr zu entnehmen					
Deutsche Bahn AG	0	0	0		
Verkehrsunternehmen	0	0	0		
* 2 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Sonderzuschüsse zur Projektförderung	3.015	3.333	3.093	-318	-9,5%
Zweckverband VRS	2.531	2.494	2.081	+37	+1,5%
Mitglieder des Zweckverbandes VRS (u.a. Kreis EU)	300	300	415		
davon: Kreis EU	23	23	21		

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	496	0,6%	450	0,6%	270	0,3%	+45	+10,0%
Sachanlagen	56.297	70,4%	57.508	72,6%	59.263	74,7%	-1.211	-2,1%
Finanzanlagen	34	0,0%	34	0,0%	1.049	1,3%		
Summe Anlagevermögen	56.826	71,0%	57.992	73,2%	60.581	76,4%	-1.166	-2,0%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	2.101	2,6%	2.105	2,7%	2.037	2,6%	-4	
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	10.061	12,6%	9.869	12,5%	10.340	13,0%	+192	+1,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	7.532	9,4%	5.776	7,3%	2.833	3,6%	+1.756	+30,4%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	4,4%	3.490	4,4%	3.490	4,4%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	23.184	29,0%	21.240	26,8%	18.701	23,6%	+1.945	+9,2%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	80.010	100,0%	79.231	100,0%	79.282	100,0%	+779	+1,0%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,8%	665	0,8%	665	0,8%		
Kapitalrücklage	3.783	4,7%	3.783	4,8%	3.783	4,8%		
Gewinnrücklagen	4.305	5,4%	4.305	5,4%	4.305	5,4%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	10.948	13,7%	8.116	10,2%	6.906	8,7%	+2.832	+34,9%
Unterschiedsbetrag/Ausgleichsposten	927		847					
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.212	1,5%	2.832	3,6%	1.210	1,5%	-1.620	-57,2%
Summe Eigenkapital	21.840	27,3%	20.548	25,9%	16.868	21,3%	+1.292	+6,3%
B Langfristiges Fremdkapital	43.156	53,9%	43.786	55,3%	46.364	58,5%	-630	-1,4%
Langfristige Sonderposten	19.835	24,8%	19.723	24,9%	20.654	26,1%	+112	
Langfristige Rückstellungen	522	0,7%	605	0,8%	636	0,8%	-83	-13,7%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	22.383	28,0%	23.458	29,6%	25.075	31,6%	-1.074	-4,6%
Langfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie nach Krankenhausfinanzierungsrecht	133	0,2%	0		0		+133	
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	282	0,4%	0	0,0%	0		+282	
C Kurzfristiges Fremdkapital	15.014	18,8%	14.897	18,8%	16.049	20,2%	+117	
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	8.598	10,7%	7.568	9,6%	7.298	9,2%	+1.030	+13,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.583	2,0%	1.617	2,0%	1.532	1,9%	-34	-2,1%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.577	3,2%	2.027	2,6%	2.726	3,4%	+549	+27,1%
Kurzfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie nach Krankenhausfinanzierungsrecht	219	0,3%	1.540	1,9%	1.426	1,8%	-1.321	-85,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	2.038	2,5%	2.145	2,7%	3.068	3,9%	-107	-5,0%
Summe Fremdkapital	58.170	72,7%	58.683	74,1%	62.413	78,7%	-513	-0,9%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	80.010	100,0%	79.231	100,0%	79.282	100,0%	+779	1,0%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011

Kreiskrankenhaus Mechernich - Konzernabschluss

Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	% *2
Erlöse Altenpflege und Rehabilitation	15.159	13.146	11.689	+2.013	+15,3%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	52.197	51.533	46.520	+664	+1,3%
Erlöse aus Wahlleistungen	1.796	1.404	1.280	+391	+27,9%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.448	2.143	2.032	+305	+14,3%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.435	1.391	1.258	+45	+3,2%
Bestandsveränderungen	45	14	315	+32	+231,4%
Sonstige Umsatzerlöse	609	515	212	+94	+18,4%
Sonstige betriebliche Erträge	3.201	3.179	2.716	+23	
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	76.891	73.323	66.021	+3.567	+4,9%
Materialaufwand	18.378	17.583	15.341	+795	+4,5%
Personalaufwand	45.466	42.271	39.144	+3.195	+7,6%
Abschreibungen	4.185	4.232	3.904	-47	-1,1%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.328	8.812	9.016	+1.516	+17,2%
Zwischensumme Aufwand	78.357	72.899	67.404	+5.458	+7,5%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-1.466	424	-1.383	-1.891	-445,5%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.476	1.442	1.688	+35	+2,4%
Saldo aus Auflösung Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.335	2.257	2.183	+78	+3,4%
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	2.344	4.123	2.489	-1.779	-43,1%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	142	104	96	+38	+36,6%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.148	1.175	1.148	-28	-2,4%
Finanzergebnis	-1.005	-1.071	-1.052	+66	-6,2%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.339	3.051	1.437	-1.713	-56,1%
Außerordentliche Erträge	0	1	0	-1	
Außerordentliche Aufwendungen	0	19	0	-19	
Außerordentliches Ergebnis	0	-17	0	+17	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	47	48	32		-1,0%
Sonstige Steuern	0	0	0		
Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	1.292	2.986	1.404	-1.695	-56,8%

bei Konzernabschluss:

auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-80	-155	-194	+75	-48,5%
Konzerngewinn	1.212	2.832	1.210	-1.620	-57,2%

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	290	0,4%	302	0,5%	221	0,3%	-12	-3,9%
Sachanlagen	38.224	57,7%	38.973	59,9%	40.927	62,4%	-749	-1,9%
Finanzanlagen	5.617	8,5%	5.617	8,6%	5.617	8,6%		
Summe Anlagevermögen	44.131	66,6%	44.891	69,0%	46.764	71,3%	-761	-1,7%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>1.864</i>	<i>2,8%</i>	<i>581</i>	<i>0,9%</i>	<i>1.475</i>	<i>2,2%</i>	<i>+1.283</i>	<i>+220,7%</i>
Vorräte	1.801	2,7%	1.771	2,7%	1.775	2,7%	+31	+1,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.853	2,8%	2.187	3,4%	4.153	6,3%	-334	-15,3%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	7.873	11,9%	7.428	11,4%	7.039	10,7%	+444	+6,0%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	7.109	10,7%	5.323	8,2%	2.357	3,6%	+1.786	+33,6%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	5,3%	3.490	5,4%	3.490	5,3%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	22.126	33,4%	20.199	31,0%	18.814	28,7%	+1.927	+9,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	66.257	100,0%	65.090	100,0%	65.577	100,0%	+1.166	+1,8%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	1,0%	665	1,0%	665	1,0%		
Kapitalrücklage	3.783	5,7%	3.783	5,8%	3.783	5,8%		
Gewinnrücklagen	4.305	6,5%	4.305	6,6%	4.305	6,6%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	11.235	17,0%	9.958	15,3%	8.986	13,7%	+1.277	+12,8%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.079	1,6%	1.277	2,0%	972	1,5%	-198	-15,5%
Summe Eigenkapital	21.067	31,8%	19.988	30,7%	18.710	28,5%	+1.079	+5,4%
B Langfristiges Fremdkapital	32.425	48,9%	32.452	49,9%	34.287	52,3%	-27	
Langfristige Sonderposten	19.832	29,9%	19.723	30,3%	20.654	31,5%	+108	
Langfristige Rückstellungen	555	0,8%	598	0,9%	768	1,2%	-44	-7,3%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	12.039	18,2%	12.130	18,6%	12.865	19,6%	-91	
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	12.764	19,3%	12.651	19,4%	12.580	19,2%	+114	
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	7.703	11,6%	6.763	10,4%	6.409	9,8%	+940	+13,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	581	0,9%	735	1,1%	704	1,1%	-154	-21,0%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.185	3,3%	1.509	2,3%	2.211	3,4%	+676	+44,8%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	130	0,2%	528	0,8%	4	0,0%	-399	-75,5%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	352	0,5%	1.540	2,4%	1.426	2,2%	-1.188	-77,1%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.814	2,7%	1.576	2,4%	1.827	2,8%	+239	+15,1%
Summe Fremdkapital	45.190	68,2%	45.102	69,3%	46.867	71,5%	+87	+0,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	66.257	100,0%	65.090	100,0%	65.577	100,0%	+1.166	+1,8%

Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	52.197	51.533	46.520	+664	+1,3%
Erlöse aus Wahlleistungen	1.796	1.404	1.280	+391	+27,9%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.448	2.143	2.032	+305	+14,3%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.435	1.391	1.258	+45	+3,2%
Bestandsveränderungen	45	14	316	+32	+231,4%
Sonstige betriebliche Erträge	4.255	4.319	3.316	-63	-1,5%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	62.177	60.803	54.722	+1.374	+2,3%
Materialaufwand	17.725	17.193	15.241	+532	+3,1%
Personalaufwand	34.945	33.246	31.430	+1.699	+5,1%
Abschreibungen	3.424	3.547	3.325	-123	-3,5%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.264	8.655	7.127	-391	-4,5%
Zwischensumme Aufwand	64.359	62.641	57.123	+1.717	+2,7%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-2.182	-1.838	-2.401	-343	+18,7%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.334	2.257	2.188	+77	+3,4%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.390	1.356	1.608	+35	+2,6%
<u>Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>3.724</u>	<u>3.612</u>	<u>3.796</u>	<u>+112</u>	<u>+3,1%</u>
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	1.543	1.774	1.395	-231	-13,0%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	169	146	129	+23	+15,5%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	601	593	531	+8	+1,4%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-432	-447	-402	+15	-3,3%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.111	1.327	993	-217	-16,3%
Außerordentliche Erträge	0	1	0	-1	
Außerordentliche Aufwendungen	0	18	0	-18	
Außerordentliches Ergebnis	0	-17	0	+17	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15	16	6	-2	-10,3%
Sonstige Steuern	17	17	16		-1,8%
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	1.079	1.277	972	-198	-15,5%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%		
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	122	0,7%	25	0,1%	37	0,2%	+97	+0,5%
Sachanlagen	17.003	91,2%	17.548	91,2%	17.423	87,6%	-545	-3,1%
Finanzanlagen	14	0,1%	14	0,1%	1.029	5,2%		
Summe Anlagevermögen	17.138	91,9%	17.587	91,4%	18.488	92,9%	-449	-2,6%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	0		0		0		-	
Vorräte	48	0,3%	49	0,3%	37	0,2%		-1,6%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	6	0,0%	11	0,1%	6	0,0%	-5	-46,1%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.331	7,1%	1.429	7,4%	1.213	6,1%	-99	-6,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	116	0,6%	169	0,9%	153	0,8%	-52	-31,1%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.501	8,1%	1.658	8,6%	1.409	7,1%	-157	-9,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	18.639	100,0%	19.244	100,0%	19.897	100,0%	-606	-3,1%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	5.704	30,6%	5.704	29,6%	5.704	28,7%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-440	-2,4%	-1.404	-7,3%	-1.450	-7,3%	+964	-68,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-14	-0,1%	964	5,0%	45	0,2%	-978	-101,5%
Summe Eigenkapital	5.250	28,2%	5.264	27,4%	4.300	21,6%	-14	-0,3%
B Langfristiges Fremdkapital	9.683	52,0%	10.449	54,3%	12.179	61,2%	-766	-7,3%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	9.547	51,2%	10.313	53,6%	11.047	55,5%	-766	-7,4%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	137	0,7%	137	0,7%	1.132	5,7%		+0,0%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0			-282,4%
C Kurzfristiges Fremdkapital	3.706	19,9%	3.531	18,3%	3.419	17,2%	+175	+4,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	257	1,4%	247	1,3%	222	1,1%	+10	+3,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	766	4,1%	734	3,8%	704	3,5%	+32	+4,3%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	154	0,8%	198	1,0%	170	0,9%	-43	-22,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2.296	12,3%	2.181	11,3%	2.144	10,8%	+115	+5,3%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	232	1,2%	171	0,9%	179	0,9%	+61	+35,9%
Summe Fremdkapital	13.389	71,8%	13.980	72,6%	15.598	78,4%	-592	-4,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	18.639	100,0%	19.244	100,0%	19.897	100,0%	-606	-3,1%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2011
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

	Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	5.769	4.262	3.449	+1.506	+35,3%
2	Bestandsveränderungen	0	0	-1		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo) *2	2.909	4.148	2.484	-1.240	-29,9%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	8.677	8.411	5.932	+267	+3,2%
6	Materialaufwand, davon:	2.457	2.027	1.515	+430	+21,2%
6a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	678	570	499	+107	+18,9%
6b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.779	1.457	1.017	+322	+22,1%
7	Personalaufwand	3.086	2.519	1.936	+567	+22,5%
8	Abschreibungen	644	589	535	+54	+9,2%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.976	1.749	1.324	+227	+13,0%
	davon u.a. Mieten	956	857	514	+99	+11,6%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	8.163	6.884	5.310	+1.279	+18,6%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	515	1.527	621	-1.012	-66,3%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	515	1.527	621	-1.012	-66,3%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	52	62	-42	-80,9%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	532	607	634	-76	-12,4%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-522	-556	-572	+34	-6,1%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7	971	49	-978	-100,7%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	7	7	4		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-14	964	45	-978	-101,5%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Altenpflege	2.403	929	182	+1.474	+158,6%
	Altenpflegewohnungen	765	764	764	+1	+0,1%
	Geriatrische Rehabilitation	2.566	2.535	2.474	+31	+1,2%
	Erstattungen	35	34	0	+1	+2,2%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge						
	Kostenerstattungen Brabenderstift	1.139	1.318	1.318	+	+0,0%
	Erlöse aus Vermietung	669	666	669	+3	+0,5%
	Erträge aus Med. Versorgungszentrum	686	444	405	+242	+54,5%
	Erträge aus Essenslieferungen	41	45	43	-4	-8,9%
	Erträge aus Darlehensverzicht	0	1.000	0	-1.000	-100,0%
	Erträge aus der Auflösung von SoPo	0	0	0		
	Sonstige	374	675	49	-302	-44,7%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	36	0,3%	43	0,4%	19	0,2%	-8	-17,8%
Sachanlagen	7.284	67,5%	7.736	65,2%	7.644	65,6%	-452	-5,8%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	7.320	67,8%	7.780	65,6%	7.663	65,7%	-460	-5,9%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	165	1,5%	167	1,4%	220	1,9%	-2	-1,2%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	10	0,1%	0	0,0%	14	0,1%	+10	+12391,9%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.819	16,9%	1.401	11,8%	1.564	13,4%	+418	+29,9%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	1.309	12,1%	2.344	19,8%	2.027	17,4%	-1.034	-44,1%
Ausgleichsposten nach dem KHG	167	1,5%	167	1,4%	167	1,4%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	3.470	32,2%	4.078	34,4%	3.992	34,3%	-608	-14,9%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	10.789	100,0%	11.858	100,0%	11.655	100,0%	-1.068	-9,0%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	30	0,3%	30	0,3%	30	0,3%		
Kapitalrücklage	272	2,5%	272	2,3%	272	2,3%		
Gewinnrücklagen	3.064	28,4%	3.064	25,8%	3.062	26,3%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	44	0,4%	-56	-0,5%	0		+99	-178,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-304	-2,8%	99	0,8%	-56	-0,5%	-403	-405,7%
Summe Eigenkapital	3.106	28,8%	3.410	28,8%	3.309	28,4%	-304	-8,9%
B Langfristiges Fremdkapital	4.684	43,4%	4.771	40,2%	4.893	42,0%	-87	-1,8%
Langfristige Sonderposten	3.449	32,0%	3.605	30,4%	3.547	30,4%	-155	-4,3%
Langfristige Rückstellungen	222	2,1%	69	0,6%	179	1,5%	+153	+223,3%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.013	9,4%	604	5,1%	659	5,7%	+409	+67,7%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	494	4,2%	509	4,4%	-494	-100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	2.999	27,8%	3.675	31,0%	3.453	29,6%	-676	-18,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	543	5,0%	848	7,2%	923	7,9%	-305	-36,0%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	81	0,8%	55	0,5%	54	0,5%	+26	+47,3%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	333	3,1%	622	5,2%	312	2,7%	-289	-46,4%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	19	0,2%	71	0,6%	85	0,7%	-52	-73,7%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	715	6,6%	575	4,9%	524	4,5%	+140	+24,3%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.309	12,1%	1.505	12,7%	1.554	13,3%	-196	-13,0%
Summe Fremdkapital	7.683	71,2%	8.447	71,2%	8.346	71,6%	-763	-9,0%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	10.789	100,0%	11.857	100,0%	11.655	100,0%	-1.067	-9,0%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	12.219	12.038	11.585	+180	+1,5%
Erlöse aus Wahlleistungen	280	293	327	-13	-4,5%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	330	435	418	-104	-24,0%
Nutzungsentgelte der Ärzte	769	684	709	+85	+12,4%
Bestandsveränderungen	2	-63	7	+65	-103,3%
Sonstige betriebliche Erträge	1.445	869	1.012	+576	+66,3%
Gesamtleistung	15.045	14.256	14.057	+789	+5,5%
Materialaufwand	3.794	3.351	3.264	+443	+13,2%
Personalaufwand	9.466	9.053	8.553	+413	+4,6%
Abschreibungen	771	690	705	+82	+11,8%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.783	1.547	1.721	+235	+15,2%
Zwischensumme Aufwand	15.814	14.641	14.243	+1.172	+8,0%
Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-769	-386	-186	-384	+99,5%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	501	461	464	+40	+8,8%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	0	0	0		
Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse	501	461	464	+40	+8,8%
Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen und SoPo)	-268	75	278	-343	-456,1%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30	71	16	-41	-57,8%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60	62	64	-2	-2,9%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-31	8	-48	-39	-462,3%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-298	84	231	-382	-456,7%
Außerordentliche Erträge	0	22	0	-22	-100,0%
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
Außerordentliches Ergebnis	0	22	0	-22	-100,0%
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	4	0	-2	-47,6%
Sonstige Steuern	3	1	1	+2	+144,2%
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-304	99	229	-403	-405,7%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	0		0		0			
Sachanlagen	4	0,3%	0	0,0%	0		4	+988,8%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	4	0	0	0	0		4	988,8%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristige</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	18	1,4%	16	1,4%	20	1,9%	+2	+11,1%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.071	80,4%	935	80,9%	865	81,8%	+137	+14,6%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	104	7,8%	62	5,4%	71	6,7%	+42	+68,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	135	10,1%	141	12,2%	101	9,6%	-7	-4,9%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.328	99,7%	1.155	100,0%	1.058	100,0%	174	15,1%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.333	100,0%	1.155	100,0%	1.058	100,0%	178	15,4%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	100	7,5%	100	8,7%	100	9,5%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,1%	1	0,1%	0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	391	29,4%	314	27,2%	0		+78	+24,7%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31	2,3%	78	6,7%	314	29,7%	-47	-60,0%
Summe Eigenkapital	524	39,3%	492	42,6%	414	39,1%	31	6,3%
B Langfristiges Fremdkapital	-68	-5,1%	73	6,3%	111	10,5%	-141	-193,8%
Langfristige Sonderposten	3	0,2%	0		0		+3	#DIV/0!
Langfristige Rückstellungen	8	0,6%	8	0,7%	8	0,8%		+3,2%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	27	2,0%	66	5,7%	102	9,7%	-39	-59,1%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	-106	-8,0%	0		0		-106	#DIV/0!
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0	0,0%	0	0,0%		-100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	878	65,9%	589	51,0%	533	50,4%	+288	+48,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	272	20,4%	270	23,4%	202	19,1%	+2	
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	39	2,9%	37	3,2%	35	3,3%	+2	+4,8%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	72	5,4%	79	6,8%	59	5,6%	-7	-8,6%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	324	24,3%	57	5,0%	93	8,8%	+267	+465,5%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	171	12,8%	147	12,7%	143	13,6%	+24	+16,2%
Summe Fremdkapital	809	60,7%	662	57,4%	644	60,9%	+147	22,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.333	100,0%	1.155	100,0%	1.058	100,0%	+178	15,4%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2011
Liebfrauenhof Schleiden GmbH

	Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	6.620	6.416	6.152	+204	+3,2%
2	Bestandsveränderungen					
3	Andere aktivierte Eigenleistungen					
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	66	89	66	-22	-25,1%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	6.686	6.505	6.219	+181	2,8%
6	Materialaufwand	1.453	1.347	1.106	+105	7,8%
7	Personalaufwand	2.686	2.286	2.225	+400	17,5%
8	Abschreibungen	1	0	0	+1	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	2.529	2.803	2.581	-274	-9,8%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	6.669	6.436	5.912	+233	3,6%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	17	69	307	-51	-75,0%
11	Betriebskostenzuschüsse					
	davon aus dem Kreishaushalt					
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	1	0	0		
13	Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo / Verbindlichkeiten	0	0	5		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
14	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	17	69	307	-51	-74,5%
15	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
16	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
17	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	15	11	+3	+21,1%
18	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
19	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4	6	7	-1	-25,0%
21	Zwischensumme Finanzergebnis	14	9	4	+5	50,4%
22	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	31	78	311	-46	-59,7%
23	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
24	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
25	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
26	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
27	Sonstige Steuern	0	0	0	+	
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	31	78	310	-47	-60,0%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (Erträge aus stationärer Pflege und Betreuung)						
	Altenpflegeheim Liebfrauenhof	4.212	4.055	3.888	+158	3,9%
	Altenpflegeheim Brabenderstift	2.407	2.362	2.264	+46	1,9%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	2.407	2.649	2.412	-242	-9,1%
	Mieten, Pacht, Leasing	1	0	0	+	

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
					TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	77	5,5%	112	7,2%	0		-34	-30,7%
Sachanlagen	1.000	70,7%	942	60,8%	904	52,4%	+58	+6,2%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	1.077	76,2%	1.053	68,1%	904	52,4%	+24	+2,3%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	8	0,6%	15	0,9%	13	0,7%	-7	-44,4%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	60	4,3%	145	9,3%	0		-84	-58,4%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	45	3,2%	70	4,5%	23	1,3%	-25	-36,3%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	17	1,2%	12	0,8%	1	0,0%	+4	+36,6%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	207	14,6%	253	16,3%	786	45,5%	-46	-18,3%
Summe Umlaufvermögen	336	23,8%	494	31,9%	822	47,6%	-158	-32,0%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.414	100,0%	1.548	100,0%	1.726	100,0%	-134	-8,7%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	1,8%	25	1,6%	25	1,4%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-25	-1,8%	-25	-1,6%	-25	-1,4%		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Summe Eigenkapital	0		0		0			
B Langfristiges Fremdkapital	771	54,5%	949	61,3%	1.060	61,4%	-179	-18,8%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	771	54,5%	949	61,3%	1.060	61,4%	-179	-18,8%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		-200,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	643	45,5%	599	38,7%	666	38,6%	+44	+7,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	36	2,5%	38	2,5%	32	1,8%	-2	-6,5%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	198	14,0%	111	7,2%	88	5,1%	+87	+78,0%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16	1,1%	8	0,5%	2	0,1%	+9	+113,5%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	389	27,5%	430	27,8%	544	31,5%	-41	-9,6%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	5	0,3%	12	0,8%	0	0,0%	-7	-61,4%
Summe Fremdkapital	1.414	100,0%	1.548	100,0%	1.726	100,0%	-134	-8,7%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.414	100,0%	1.548	100,0%	1.726	100,0%	-134	-8,7%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

	Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (Mieten OP-Säle)	753	600	259	+153	+25,5%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne	143	582	0	-440	-75,5%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	896	1.183	260	-287	-24,2%
6	Materialaufwand	172	119	77	+52	+44,0%
7	Personalaufwand	337	236	11	+101	+43,1%
8	Abschreibungen	99	78	34	+21	+26,6%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	177	139	86	+38	+27,0%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>784</u>	<u>572</u>	<u>208</u>	<u>+212</u>	<u>+37,1%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	112	610	51	-499	-81,7%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von	0	0	0		
	<u>Zwischens.</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	112	610	51	-499	-81,7%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0		
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	66	77	81	-12	-15,2%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-65</u>	<u>-77</u>	<u>-81</u>	<u>12</u>	<u>-15,3%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46	533	-29	-487	-91,3%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. - verlust)	46	533	-29	-487	-91,3%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	6	0,6%	11	1,3%	13	1,4%	-5	-47,7%
Sachanlagen	41	3,9%	44	5,0%	9	1,0%	-3	-6,4%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	47	4,5%	55	6,3%	21	2,3%	-8	-14,9%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	645	60,9%	431	48,9%	491	53,7%	+213	+49,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	317	30,0%	335	37,9%	302	33,1%	-17	-5,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	49	4,6%	61	6,9%	100	10,9%	-12	-19,0%
Ausgleichsposten nach dem KHG	0		0		0			
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.011	95,5%	827	93,7%	893	97,7%	+184	+22,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.058	100,0%	882	100,0%	914	100,0%	+176	+20,0%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	2,4%	25	2,8%	25	2,7%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,1%	1	0,1%	0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	555	52,4%	436	49,4%	351	38,4%	+119	+27,4%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	133	12,5%	119	13,5%	85	9,3%	+13	+11,3%
Summe Eigenkapital	713	67,4%	581	65,8%	461	50,4%	+133	+22,9%
B Langfristiges Fremdkapital	4	0,4%	4	0,5%	31	3,4%		+3,3%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	4	0,4%	4	0,5%	31	3,4%		+3,3%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	341	32,2%	297	33,7%	423	46,2%	+43	+14,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	249	23,6%	208	23,6%	217	23,8%	+41	+19,7%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22	2,1%	14	1,6%	57	6,2%	+8	+59,8%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	31	2,9%	42	4,8%	99	10,8%	-11	-27,1%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	39	3,6%	33	3,7%	49	5,4%	+6	+16,9%
Summe Fremdkapital	345	32,6%	301	34,2%	454	49,6%	+44	+14,4%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.058	100,0%	882	100,0%	914	100,0%	+176	+20,0%

	Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	2.770	2.467	2.088	+303	+12,3%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	120	35	104	+85	+240,2%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	2.890	2.502	2.192	+388	+15,5%
6	Materialaufwand, davon:	566	499	380	+67	+13,3%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	192	177	137	+15	+8,6%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	373	322	243	+51	+15,9%
7	Personalaufwand	1.703	1.418	1.277	+285	+20,1%
8	Abschreibungen	16	17	9		-4,9%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	571	545	530	+26	+4,8%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	2.856	2.479	2.196	+377	+15,2%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	35	24	-5	+11	+46,2%
11	Betriebskostenzuschüsse	86	86	80		
	davon aus dem Kreishaushalt	86	86	80		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	86	86	80		
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	121	110	75	+11	+10,0%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	13	12	+2	+11,6%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	0		-1,6%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	13	12	12	+2	+12,8%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	134	121	87	+12	+10,3%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	1	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	-1	0	+1	
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	1	1	3		-16,3%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	133	119	85	+13	+11,3%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB XI	1.345	1.209	1.137	+135	+11,2%
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB V	1.123	1.064	864	+60	+5,6%
	Sonstige Pflegeleistungen (Mobiler Mittagstisch)	105	101	88	+4	+3,6%
	Erträge aus teilstationärer Pflege/Tagespflege	197	92	0	+104	+112,9%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Verwaltungsbedarf	76	94	97	-18	-18,7%
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	215	210	194	+6	+2,7%
	Instandhaltung und Instandsetzung	38	25	53	+13	+51,7%
	Abgaben, Versicherungen	28	18	20	+9	+50,7%
	Mieten, Pacht, Leasing	137	123	92	+13	+11,0%
	Forderungsverluste	9	8	9	+2	+23,8%
	Sonstige Aufwendungen	68	67	65		+1,0%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

*1 Abkürzung für Kennzahlenbildung

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	750	1,3%	760	1,3%	569	0,9%	-9	-1,2%
Sachanlagen	45.738	78,8%	46.757	77,4%	49.412	82,0%	-1.019	-2,2%
Finanzanlagen	65	0,1%	64	0,1%	66	0,1%		+1,0%
Summe Anlagevermögen	46.554	80,2%	47.581	78,7%	50.047	83,0%	-1.027	-2,2%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>876</i>	<i>1,5%</i>	<i>876</i>	<i>1,4%</i>	<i>876</i>	<i>1,5%</i>	<i>+0</i>	
Vorräte	371	0,6%	319	0,5%	321	0,5%	+52	+16,3%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	4.324	7,4%	4.997	8,3%	1.915	3,2%	-673	-13,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.325	5,7%	3.108	5,1%	5.055	8,4%	+217	+7,7%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	3.492	6,0%	4.443	7,3%	2.953	4,9%	-950	-21,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	11.511	19,8%	12.866	21,3%	10.245	17,0%	-1.355	-10,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	58.065	100,0%	60.447	100,0%	60.293	100,0%	-2.382	-3,9%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.579	6,2%	3.579	5,9%	3.579	5,9%		
Kapitalrücklage	7.912	13,6%	7.763	12,8%	16.775	27,8%	+149	+1,9%
Gewinnrücklagen	711	1,2%	711	1,2%	610	1,0%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.952	5,1%	4.285	7,1%	-7.833	-13,0%	-1.333	-31,1%
Summe Eigenkapital	15.155	26,1%	16.338	27,0%	13.131	21,8%	-1.184	-7,2%
B Langfristiges Fremdkapital	31.245	53,8%	29.819	49,3%	32.148	53,3%	+1.427	+4,8%
Langfristige Sonderposten	13.653	23,5%	12.658	20,9%	14.201	23,6%	+995	+7,9%
Langfristige Rückstellungen	1.442	2,5%	1.642	2,7%	1.961	3,3%	-200	-12,2%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	15.955	27,5%	15.519	25,7%	15.986	26,5%	+437	+2,8%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	196	0,3%	0	0,0%	0	0,0%	+196	> 100 %
C Kurzfristiges Fremdkapital	11.665	20,1%	14.290	23,6%	15.014	24,9%	-2.625	-18,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	5.483	9,4%	4.415	7,3%	4.461	7,4%	+1.068	+24,2%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.631	4,5%	2.355	3,9%	2.298	3,8%	+276	+11,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.866	4,9%	3.208	5,3%	3.915	6,5%	-341	-10,6%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	304	0,5%	848	1,4%	1.976	3,3%	-543	-64,1%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	380	0,7%	3.464	5,7%	2.365	3,9%	-3.084	-89,9%
Summe Fremdkapital	42.910	73,9%	44.108	73,0%	47.162	78,2%	-1.198	-2,7%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	58.065	100,0%	60.447	100,0%	60.293	100,0%	-2.382	-3,9%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

2011

Gesellschaft

Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

		2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	65.007	64.365	60.468	+642	
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	14.727	15.300	12.622	-573	-3,7%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	79.734	79.665	73.091	+68	+1%
6	Materialaufwand, davon:	34.281	33.459	32.101	+822	+2,5%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.081	6.918	6.191	+1.164	+16,8%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.200	26.542	25.909	-342	-1,3%
7	Personalaufwand	31.982	31.210	29.827	+772	+2,5%
8	Abschreibungen	7.311	6.621	5.775	+690	+10,4%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.434	7.372	6.942	+62	
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	81.008	78.662	74.645	+2.346	+3%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-1.274	1.003	-1.554	-2.278	-227%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	2.815	2.323	2.259	+492	+21,2%
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	2.815	2.323	2.259	+492	+21,2%
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.541	3.326	705	-1.785	-53,7%
14	Erträge aus Beteiligungen	3	3	3		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	1	0		-100%
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47	22	31	+25	+117,4%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	615	578	290	+37	+6,4%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-565	-553	-256	-12	+2,2%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	976	2.773	449	-1.797	-64,8%
22	Außerordentliche Erträge	0	134	0	-134	-100%
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	82	0	-82	-100%
24	Außerordentliches Ergebnis	0	53	0	-53	-100%
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	35	35	35		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	940	2.791	414	-1.850	-66,3%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (u.a.)					-	
	Linienverkehr nach § 42 PBefG lfd. Jahr	19.058	16.631	17.544	+2.427	+14,6%
	Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen	41.560	40.828	35.358	+732	+1,8%
	Sonderlinienverkehr nach § 43 PBefG	1.470	2.156	2.180	-686	-31,8%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	514	1,0%	587	1,5%	596	1,6%	-74	-12,5%
Sachanlagen	23.941	48,5%	14.134	36,6%	8.896	24,4%	+9.807	+69,4%
Finanzanlagen	6.349	12,9%	6.055	15,7%	5.366	14,7%	+294	+4,9%
Summe Anlagevermögen	30.804	62,4%	20.776	53,9%	14.859	40,8%	+10.028	+48,3%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<u>5</u>	<i>0,0%</i>	<u>5</u>	<i>0,0%</i>	<u>5</u>	<i>0,0%</i>		
Vorräte	510	1,0%	406	1,1%	340	0,9%	+104	+25,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	284	0,6%	120	0,3%	157	0,4%	+164	+136,9%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	6.383	12,9%	7.719	20,0%	10.779	29,6%	-1.337	-17,3%
Wertpapiere	0		1.000	2,6%	3.000	8,2%	-1.000	-100,0%
Flüssige/liquide Mittel	11.421	23,1%	8.559	22,2%	7.271	20,0%	+2.863	+33,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	18.598	37,6%	17.803	46,1%	21.546	59,2%	+794	+4,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	49.401	100,0%	38.579	100,0%	36.405	100,0%	+10.822	28,1%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	7.877	15,9%	7.877	20,4%	7.811	21,5%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.071	6,2%	2.622	6,8%	2.700	7,4%	+449	+17,1%
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	283	0,6%	155	0,4%	155	0,4%	+128	+82,5%
Summe Eigenkapital	11.231	22,7%	10.654	27,6%	10.666	29,3%	+577	5,4%
B Langfristiges Fremdkapital	17.994	36,4%	10.044	26,0%	6.635	18,2%	+7.950	+79,1%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	4.102	8,3%	3.196	8,3%	2.843	7,8%	+905	+28,3%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	7.522	15,2%	6.848	17,7%	3.750	10,3%	+675	
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	6.369	12,9%	0	0,0%	41	0,1%	+6.369	+100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	20.176	40,8%	17.881	46,3%	19.104	52,5%	+2.295	+12,8%
Kurzfristige Sonderposten	4.117	8,3%	4.890	12,7%	5.705	15,7%	-773	-15,8%
Kurzfristige Rückstellungen	3.344	6,8%	3.344	8,7%	3.639	10,0%		
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	325	0,7%	142	0,4%	0		+183	+128,3%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.196	12,5%	4.561	11,8%	6.722	18,5%	+1.635	+35,8%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	12	0,0%	65	0,2%	4	0,0%	-53	-81,3%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	6.182	12,5%	4.879	12,6%	3.034	8,3%	+1.303	+26,7%
Summe Fremdkapital	38.170	77,3%	27.925	72,4%	25.739	70,7%	+10.245	36,7%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	49.401	100,0%	38.579	100,0%	36.405	100,0%	+10.822	28,1%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position		TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	67.274	49.885	47.327	17.388	+34,9%
2 Bestandsveränderungen	0	0	0		
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	251	2	0	248	+10789,8%
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	457	556	401	-99	-17,8%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	67.981	50.444	47.728	17.537	+34,8%
6 Materialaufwand, davon:	48.750	32.620	31.840	16.130	+49,4%
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.483	28.744	27.898	-262	
Aufwendungen für bezogene Leistungen	20.268	3.876	3.942	16.392	+422,9%
7 Personalaufwand	7.722	7.413	6.411	309	+4,2%
8 Abschreibungen	1.959	1.682	1.868	276	+16,4%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.103	5.028	4.954	76	+1,5%
davon: Konzessionsabgaben	2.437	2.447	2.468	-10	
Zwischensumme betriebl. Aufwand	63.535	46.744	45.072	16.791	+35,9%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	4.447	3.700	2.656	746	+20,2%
11 Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	4.447	3.700	2.656	746	+20,2%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	312	256	172	56	+21,9%
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	210	239	546	-29	-12,2%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	423	2	0	421	+20528,0%
18 Aufwendungen aus Verlustübernahme	200	317	181	-117	-36,9%
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	589	439	113	151	+34,3%
20 Zwischensumme Finanzergebnis	-690	-263	424	-427	+162,6%
21 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.757	3.437	3.080	319	+9,3%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	235	0	-235	
24 Außerordentliches Ergebnis	0	-235	0	235	
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	686	549	350	137	+25,0%
26 Sonstige Steuern	37	32	29	5	+16,0%
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	3.033	2.622	2.700	412	+15,7%
28 auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	37.403	0	0	37.403	
29 Konzernergebnis	3.071	2.622	2.700	449	+17,1%
Ausschüttung an Kreis Euskirchen (Brutto)	1.535	1.311	1.350	225	+17,1%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
Tarifkunden	12.834	11.702	11.506	1.132	+9,7%
Sondervertragskunden	17.683	16.763	15.006	920	+5,5%
Sonstige Sonderverträge	13.326	13.528	13.240	-203	-1,5%
Wärmespeicheranlagen	1.858	2.072	1.915	-214	-10,3%
Netznutzung Dritter	0	3.636	3.472	-3.636	-100,0%
Erlöse Netzverpachtung	17.039	0	0	17.039	+100,0%
Übernahme § 3 II EEG	826	0	0	826	+100,0%
Vereinnahmte Baukostenzuschüsse	809	841	864	-32	-3,8%
Übrige	2.898	1.342	1.323	1.556	+116,0%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011
Vogelsang ip gGmbH

	2011		2010		2009		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	19	0,4%	1	0,1%	2	0,3%	18	+1997,4%
Sachanlagen	3.522	83,9%	303	38,3%	77	16,9%	3.219	+1060,9%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	3.541	84,3%	304	38,4%	78	17,3%	3.236	+1.063,7%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	19	0,4%	16	2,0%	17	3,7%	3	+15,5%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	609	14,5%	465	58,7%	351	77,7%	144	+31,%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	29	0,7%	7	0,9%	6	1,3%	22	+324,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	657	15,7%	488	61,6%	374	82,7%	169	+34,6%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	4.198	100,0%	792	100,0%	452	100,0%	3.405	429,7%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	27	0,7%	27	3,4%	27	6,0%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-6	-0,2%	-5	-0,6%	1	0,2%	-2	+37,4%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		-2	-0,2%	-6	-1,2%	2	-100,%
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	21	0,5%	21	2,6%	23	5,0%		
B Langfristiges Fremdkapital	1.659	39,5%	232	29,3%	0		1.427	+615,5%
Langfristige Sonderposten	1.659	39,5%	232	29,3%	0		1.427	+615,5%
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	2.518	60,0%	540	68,1%	429	95,0%	1.979	+366,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	133	3,2%	102	12,9%	104	23,0%	31	+30,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	55	1,3%	4	0,5%	218	48,2%	51	+1.368,8%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.155	27,5%	69	8,7%	77	17,0%	1.086	+1.580,5%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.176	28,0%	365	46,1%	31	6,8%	810	+222,%
Summe Fremdkapital	4.177	99,5%	771	97,4%	429	95,0%	3.405	441,4%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	4.198	100,0%	792	100,0%	452	100,0%	3.405	429,7%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011

Vogelsang ip gGmbH

	Position	2011	2010	2009	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
			TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	496	452	503	44	+9,8%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	896	655	492	241	+36,8%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	1.393	1.107	996	286	+25,8%
6	Materialaufwand, <u>davon:</u>	73	74	74	-1	-1,5%
	<i>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</i>	71	73	74	-2	-2,6%
	<i>Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	1	0	0	1	+162,8%
7	Personalaufwand	1.111	908	717	202	+22,3%
8	Abschreibungen	28	14	7	13	+94,5%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	682	594	664	89	+14,9%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>1.893</u>	<u>1.590</u>	<u>1.462</u>	<u>303</u>	<u>+19,1%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-501	-483	-466	-18	+3,7%
11	Betriebskostenzuschüsse	499	491	461	8	+1,6%
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>499</u>	<u>491</u>	<u>461</u>	<u>8</u>	<u>+1,6%</u>
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	-2	8	-4	-10	-124,7%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	0	1	4	+4017,2%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	10	2	-8	-80,4%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	2	-10	-1	11	-120,2%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	-2	-6	2	-100,0%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0	-0	
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	0	-2	-6	2	-100,0%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2011
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	2011		2010		2009 *4		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	20	12,5%	26	20,6%	25	24,2%	-6	-22,4%
Sachanlagen	12	7,5%	17	13,7%	22	21,1%	-5	-30,1%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	32	20,0%	43	34,4%	48	45,3%	-11	-25,5%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	0	0,3%	0	0,3%	0			+33,8%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	14	9,1%	10	8,0%	7	6,6%	+5	+46,4%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	112	70,6%	71	57,4%	51	48,2%	+41	+57,8%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	127	80,0%	81	65,6%	58	54,7%	+46	+56,3%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	159	100,0%	124	100,0%	105	100,0%	+35	28,2%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	26	16,6%	26	21,3%	26	25,1%		
Kapitalrücklage	690	434,3%	434	350,3%	189	179,5%	+256	+58,9%
Gewinnrücklagen								
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-587	-369,7%	-123	-99,6%	0		-464	+375,7%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		-226	-182,1%	-123	-117,4%	+226	-100,0%
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	129	81,3%	111	89,9%	92	87,2%	+18	15,9%
B Langfristiges Fremdkapital	0		0		0			
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	30	18,7%	13	10,1%	13	12,8%	+17	+137,0%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	6	4,0%	5	4,1%	5	4,9%	+1	+22,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0		0		0			
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive	23	14,8%	7	6,0%	8	7,9%	+16	+215,6%
Summe Fremdkapital	30	18,7%	13	10,1%	13	12,8%	+17	137,0%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	159	100,0%	124	100,0%	105	100,0%	+35	28,2%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

*1 langfristig: Restlaufzeit ab einem Jahr

*2 im Verhältnis zur Bilanzsumme

*3 im Verhältnis zum Vorjahresbestand

*4 Rumpfgeschäftsjahr, da die Gesellschaft am 08.04.2009 gegründet wurde.

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2011

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	Position	2011	2010	2009 *1	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
					TEUR	%
1	Umsatzerlöse	52	39	9	13	+32,2%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	0	0	0	-0	-52,4%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	52	39	9	13	+32,2%
6	Materialaufwand, davon:	0	0	0	0	+89,0%
	<i>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</i>	0	0	0	0	+89,0%
	<i>Aufwendungen für bezogene Leistungen</i>	0	0	0		
7	Personalaufwand	131	124	71	7	+5,5%
8	Abschreibungen	11	11	4	-0	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	149	131	58	19	+14,3%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	292	266	133	26	+9,7%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuwendungen)	-239	-226	-124	-13	+5,7%
11	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen	0	0	0		
12	Betriebsergebnis (mit Zuwendungen)	-239	-226	-124	-13	+5,7%
13	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
14	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
15	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0	1	+74,5%
16	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
17	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
18	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0		
19	Zwischensumme Finanzergebnis	1	1	0	1	+74,5%
20	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-238	-226	-123	-12	+5,5%
21	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
22	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
23	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
24	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	-0	
25	Sonstige Steuern	0	0	0		
26	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-238	-226	-123	-12	+5,5%

*1) Rumpfgeschäftsjahr, da die Gesellschaft am 08.04.2009 gegründet wurde.

D.2 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis

Beteiligung	Produkt im Haushalt Kreis EU	Anteil %	Finanz- beziehung zu...	Abführung/Zuschuss netto im Haushaltsjahr							
				2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012 *4	
		%		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. RWE AG	111 14	0,02%	Kreis	147	294	249	355	276	276	158	
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.)	111 14	0,85%	Kreis	0	-1	-1	-1	-1	-1	-1	
3. AGIT mbH	571 04	3,93%	Kreis	-43	-42	-66	-66	-68	-70	-88	
4. TAE GmbH	571 01	52,00%	Kreis	-5	0	0	-17	-39	-29	-22	
5. ZV VRS *1	547 01		Kreis	-34	-30	-21	-21	-15	-15	-15	
6. EuGeBau mbH	111 14	41,37%	Kreis	116	116	109	109	109	109	0	
7. KKM - Konzern *2											
8. Radio EU GmbH & Co. KG	111 14	25,00%	Kreis	0	0	0	-18	13	13	26	
9. EURegionale 2008 GmbH	571 04	6,25%	Kreis	-13	-13	-13	-6	0	0	0	
10. SEG Vogelsang mbH	571 04	11,88%	Kreis	-11	-11	-11	-81	-81	-81	-81	
11. Vogelsang ip	571 04	30,00%	Kreis				-129	-144	-139	-141	
12. Ene - Konzern											
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG -ene	547 02	50,00%	Kreis*3	1.679	1.699	1.431	1.426	1.300	1.256	1.490	
13. RVK - Konzern *5	547 02	12,50%	Kreis	-2.387	-1.735	-3.295	-2.808	-2.832	-5.028	-3.565	
14. NeT GmbH	571 04	68,15%	Kreis				-129	-167	-167	-163	
15. LEP-AöR	571 04	30,00%	Kreis								
16. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln	111 33	6,45%	Kreis	-47	-49	-54	-51	-51	-53	-30	
17. CVUA	122 04	5,83%	Kreis						-292	-303	
Saldo Kreis EU				-598	227	-1.672	-1.437	-1.700	-4.221	-2.735	

Hinweise:

*1 Zuschüsse werden durch den ZV VRS erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

*2 Seit 1992 kein Verlustausgleich an die KKM.

*3 Bis 2006: mittelbare Beteiligung über ehem. KVE, bis dahin keine (direkten) Auswirkungen auf den Kreishaushalt.

*4 Nettobetrag aus den entspr. Konten des Kreishaushalts, Stand 09.11.2012

*5 Zuschuss einschl. Verlustübernahme Taxibus.

D.3 Personalbestand der Beteiligungen

Geschäftsjahr	2009	2010	2011	Bemerkungen
1. RWE AG	70.726	71.001	72.068	lt. Geschäftsbericht, umgerechnet in Vollzeitstellen
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.06)	2	2	2	
3. AGIT mbH	31	35	48	durchschn. Arbeitnehmer, ohne GF
4. TAE GmbH	1	1	2	Stand 31.12. ohne GF
5. ZV VRS	0	0	0	kein eigenes Personal
VRS GmbH	65	67	68	
6. EuGeBau mbH	63 (52)	68 (58)	66 (56)	(davon Teilzeitkräfte/Azubis)
7. KKM - Konzern	1.198	1.306	1.358	durchsch. Mitarbeiter
KKM GmbH	721	729	776	durchsch. Mitarbeiter
KKM Servicegesellschaft mbH	254	297	248	durchsch. Mitarbeiter
KKM Gebäudedienste GmbH	63 (62/1)	67 (66/1)	75 (73/2)	(davon: gewerbliche Arbeitnehmer/Angestellte)
AmbuMed GmbH	0	6	6	
St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	212	208	208	
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH (GZZ)	51	67	92	
Liebfrauenhof Schleiden GmbH	77	83	108	
VIVANT gGmbH	48	51	77	
Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	0	0	0	
8. Radio EU GmbH & Co. KG	0	0	0	kein eigenes Personal
9. EURregionale 2008 GmbH	6	0	0	VZ (stud. Hilfskräfte) ohne GF
10. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	0	0	4	
11. Vogelsang ip	23	24	29	
12. RVK - Konzern	837	844	827	
davon: RVK GmbH	629	609	582	
13. Energie-Nordeifel - Konzern	127 (34/15)	133 (36/15)	134 (34/12)	Mitarbeiter zum 31.12. (davon Teilzeitkräfte/Azubis)
davon: KEV GmbH	84	77	86	
14. Nordeifel Tourismus GmbH	4	4	4	Gründung zum 18.02.2009
15. LEP-A6R	1	1	1	Gründung zum 26.05.2009
16. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung	18	17	16	
17. CVUA			*1)	Gründung zum 01.01.2011

Grundlage: Angaben aus dem Anhang, ohne Geschäftsführer

*1) Der Jahresabschluss für 2011 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

D.4 Leistungen und Kennzahlen der wesentlichen Beteiligungen

Geschäftsjahr	Einheit	2009	2010	2011	Bemerkungen
1. KKM					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	413	413	413	
davon vollstationäre Betten	Anz.	403	403	403	
davon Tagesklinik Geriatrie	Anz.	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	Anz.	16.333	16.652	16.977	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	16.509	17.380	17.268	Bewertungsrelationspunkte (BWR)
Casemixindex	Punkte/DRG	1,011	1,044	1,017	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	%	87,49	89,72	86,84	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	7,54	7,46	7,23	bezogen auf vollstationäre Betten
2. GZZ					
a) Geriatriische Reha	Anz.	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	Anz.	12	12	12	
Auslastung	%	100,0	101,3	102,5	
b) Kurzzeitpflege im GZZ	Anz.	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	%	58,5	41,6	57,7	
c) Betreutes Seniorenwohnen	Anz.	83	82,5	82	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	%	86,7	87,7	88,9	
d) Dauer-/Kurzzeitpflege im	Anz.		65	65	Platzzahl (Inbetriebnahme 01.04.2010)
Auslastung	%		39,8	84,2	
3. Liebfrauenhof Schleiden					
Bettenzahl (Ist)		163,0	163,0	163,0	
davon Liebfrauenhof	Anz.	102,0	102,0	102,0	Inbetriebnahme Neubau 11.01.2008
davon Brabenderstift	Anz.	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad gesamt	%	98,64	100,86	100,18	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon Liebfrauenhof	%	98,86	101,10	100,43	
davon Brabenderstift	%	98,28	100,46	99,75	
4. VIVANT					
Abrechnungsfälle SGB V	Anz.	217	250	270	durchschn. Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	Anz.	197	224	242	durchschn. Zahl pro Monat
5. AmbuMed GmbH					
ambulante Operationen	Anz.	1.088	1.324	1.617	Umstrukturierung zum 01.12.2008 vorher Ambulantes OP-Zentrum Zülpich GmbH
davon durch KKM	Anz.	935	1.148	1.279	Beteiligungsanteil der KKM neu: 100 %, vorher: 61,6 %
6. St. Antonius Krankenhaus Schleiden					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	105	105	105	
davon vollstationäre Betten	Anz.	105	105	105	
davon teilstationäre Plätze	Anz.	0	0	0	
DRG Fallpauschalen	Anz.	4.892	4.761	4.685	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	4.104	4.130	4.211	
Casemixindex	Punkte/DRG	0,839	0,867	0,899	
Auslastung	%	87,43	81,43	79,22	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	6,64	6,36	6,26	bezogen auf vollstationäre Betten
7. Energie-Nordeifel - Konzern					
Eingespeiste Strommenge	GWh	390	378	397	bezogen auf das Verteilnetz des Konzerns (Fremdbezug)
davon Lieferung ÜNB (RWE)	GWh	242	244	214	ÜNB=Übertragungsnetzbetreiber
Lieferung ÜNB in %	%	62,1	64,6	53,9	
davon dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG	GWh	148	134	183	
dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG in %	%	37,9	35,4	46,1	
Netznutzung	GWh	348	356	352	Delta zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Mindermengen, Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung Händler KEV	GWh	277	291	277	
davon Endkundenbelieferung übrige Händler	GWh	71	65	75	
8. EuGeBau mbH					
Wohnungseinheiten (WE)	Anz.	1.318	1.319	1.319	
Wohn- und Nutzfläche	m²	86.113	87.139	87.210	
Leerstand am 31.12.	Anz.	14	26	18	Wohnungseinheiten
9. Nordeifel Tourismus GmbH					
Gästekünfte	Anz.	118.902	108.523	113.655	
Übernachtungen	Anz.	320.110	289.258	285.689	
durchschnittl. Aufenthaltsdauer	Tage		2,7	12,5	Die Erfassung erfolgt erst seit 2010.
Prospektanfragen	Anz.		735	3.331	dto.
Buchungsgeschäft	Anz.		28	72	dto.
Unterkunftsangebote	Anz.		29	138	dto.
Homepagebesucher	Anz.		25.403	44.089	dto.
Seitenaufrufe Homepage	Anz.		120.810	181.168	dto.

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 09.11.2012

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 16.04.2012

- Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.04.2012 Herrn LR Günter Rosenke als Vertreter des Kreises in die Gesellschafterversammlung der Vka GmbH für die Dauer der restlichen Wahlperiode entsandt (V 244/2011).
- Der Kreistag hat seinen Willen zur Stärkung der Region Aachen durch eine Reform der aktuellen Strukturen (REGIO Aachen e.V./AGIT mbH) bekräftigt. Er hat auf der Grundlage des Satzungsentwurfs die Bildung eines Zweckverbandes „Region Aachen“ als schlagkräftige politisch-strategische Plattform für regional bedeutsame Aufgaben unterstützt. Der Zweckverband tritt an die Stelle der Regio Aachen e.V. (einschl. Regionalkonferenz und RegioRat) und übernimmt die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT mbH. Er hat die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voranzutreiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Ebenso beauftragte er die im Rahmen der regionalen Strukturreform federführende Arbeitsgruppe, weiterhin die notwendigen Beschlussfassungen in den zuständigen Gremien der Region Aachen auf Grundlage gleichlautender Vorlagen und präziser Darstellung der finanziellen und personellen Auswirkungen vorzubereiten (V 257/2012).

1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 02.07.2012

- Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 02.07.2012 dem Antrag der UWV-Fraktion (A 91/2012) zugestimmt und für die Dauer der restlichen Wahlperiode als Nachfolger des ausgeschiedenen Kreistagsmitglieds Axel Gerth Herrn Frank Westerburg als ordentliches Mitglied der Gesellschafterversammlung der ene gewählt.
- Der Kreistag hat die Satzung zur Neufassung der Satzung des Zweckverbandes Berufsbildungszentrum Euskirchen zustimmend zur Kenntnis genommen und für die Dauer der restlichen Wahlperiode die Mitglieder der Verbandsversammlung bestellt (V 246/2012).
- Der Kreistag hat im Wege der Dringlichkeit (D 57/2012) für die Dauer der restlichen Wahlperiode den vom Landrat gemäß § 26 Abs. 5 Satz 3 KrO vorzuschlagenden Bediensteten zum Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE) gewählt.
- Der Kreistag hat das Papier „Vogelsang 2020 | Perspektiven der Standortentwicklung“ als Grundlage für die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang beschlossen (V 271/2012).
- Der Kreistag hat gem. V 272/2012 der Beteiligung des Kreises Euskirchen als Gründungskommanditistin an der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 150.000 € (75 %), der Beteiligung der KEV Energie GmbH, ebenfalls Gründungskommanditistin, an der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 50.000 € (25 %) sowie der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin - Komplementärin - an der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ zugestimmt. Die Komplementärin ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt. Gleichzeitig wurde der Übernahme der Finanzierung des Ankaufes der PV-Anlagen auf dem Gelände des Abfallwirtschaftszentrums bis zu einer Gesamthöhe von max. 1,6 Mio. € gegen Zahlung der Zins- und Tilgungsleistungen zzgl. einer Avalprovision von 0,3 Prozentpunkten zugestimmt.
- Der Kreistag hat die Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von jeweils 1.200 € an die Kommunen Nettersheim, Blankenheim und Bad Münstereifel zum 01.01.2013 beschlossen. Die Veräußerung an Bad Münstereifel erfolgt vorbehaltlich des dortigen Stadtratsbeschlusses am 03. Juli 2012 (V 273/2012).

1.3 Beschlüsse des Kreistages vom 31.10.2012

- Der Kreistag Euskirchen hat gem. V 314/2012 folgende Entscheidungen getroffen:
Er hat der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen zum 01.01.2013 und der Zweckverbandssatzung zugestimmt. Dieser Zweckverband tritt an die Stelle des Regio Aachen e.V. und seiner Gremien. Er hat ebenfalls zugestimmt, dass der Zweckverband Rechtsnachfolger des Regio Aachen e. V. ist, der nach entsprechender Beschlussfassung der Regionalkonferenz aufgelöst wird und dass der Mittelfluss zwecks Sicherstellung der Liquidität unmittelbar nach Verabschiedung des Haushalts 2013 unmittelbar an den Zweckverband Region Aachen erfolgt, auch wenn der Regio Aachen e.V. noch existiert. Er hat ferner zugestimmt, dass die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regio Aachen e.V. rechtsgleich auf den Zweckverband Region Aachen überzuleiten sind und die Verbandsversammlung aufgefordert, den Haushalt 2013 auf Grundlage der „Modellrechnung“ zu verabschieden sowie den Zweckverband einer kontinuierlichen Aufgabenkritik zu unterziehen. Er hat die in die Verbandsversammlung zu entsendenden Vertreter des Kreises bestimmt.
- Der Kreistag hat dem Abschluss des Konsortialvertrages zwischen dem Kreis Euskirchen und der RWE Deutschland AG zugestimmt. Ferner wurde die Beteiligung des Kreises Euskirchen als Gründungskommanditist an der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines festen Kapitalanteils in Höhe von jeweils 12.500 € (50 %) sowie als Gesellschafter an der Komplementärgesellschaft dieser Gesellschaft, der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“, gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines Geschäftsanteils von jeweils 12.500 € (50 %) beschlossen. Dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ wurde ebenfalls zugestimmt. Weiterhin hat der Kreistag beschlossen, dass der Kreis Euskirchen sowohl in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ als auch in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ jeweils durch 1 Person vertreten werden soll und hat diese auch benannt. Die Beschlüsse, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungskommanditist der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ bzw. als Gründungsgesellschafter der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Kommandit- bzw. Geschäftsanteile entsprechend dem Entwurf des Konsortialvertrages sukzessive an die in Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußern kann, wurden ebenfalls gem. D 62/2012 gefasst.
- Der Kreistag hat beschlossen, dass sich der Kreis Euskirchen überplanmäßig an dem Jahresfehlbetrag der AGIT für das Jahr 2011 mit 20.115,66 € beteiligt, für das Jahr 2012 überplanmäßig 20.332,09 € für den erwarteten Jahresfehlbetrag 2012 der AGIT bereitzustellen, den Haushaltsansatz des Jahres 2013 für den Zuschuss zu den Betriebskosten der AGIT auf 81.950 € festzusetzen und in der Finanzplanung des Kreises Euskirchen der Folgejahre folgende Mittel einzuplanen: 50.000 € (2014), rd. 51.000 € (2015), rd. 52.500 € (2016) und rd. 53.500 € (2017) (D 63/2012).

1.4 Beschlüsse im Wege der Dringlichkeit gem. § 50 Abs. 3 KrO

- Der Kreistag hat im Wege der Dringlichkeit (D 60/2012) beschlossen, die inhaltliche Weiterentwicklung der Nordeifel Tourismus GmbH zu unterstützen und den erforderlichen Zuschuss für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe 226.255 € (ohne Berücksichtigung eines evtl. Beitritts der Stadt Bad Münstereifel, bzw. in Höhe von 208.850 € im Falle eines Beitritts der Stadt Bad Münstereifel zum 01.01.2013) in den Haushalt 2013 einzuplanen.
- Der Kreistag hat im Wege der Dringlichkeit Änderungen bezüglich der §§ 4, 11 und 13 im Gesellschaftervertrag der Nordeifel Tourismus GmbH beschlossen (D 61/2012).

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform - eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Ertverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Leiter des BZE: Gerd Pauls
Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

E) Zusammensetzung der Organe

Organe

- a) Verbandsversammlung (18 Mitglieder, davon je 6 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsausschuss (9 Mitglieder, davon je 3 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- c) Verbandsvorsteher
- d) Daneben bestand ein Rechnungsprüfungsausschuss.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder

1. AV Manfred Poth
2. Günter Weber (CDU)
3. Ruth Schmitz (CDU)
4. Heinrich Hettmer (SPD)
5. Gisela Neveling (skB B 90/Grüne)
6. Hans Reiff (FDP)

Stellvertreter

- Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)
- Ute Stolz (CDU)
- Bernd Kolvenbach (CDU)
- Margret Rhiem (SPD)
- Angela Kalnins (B90/Grüne)
- Volker Kindler (FDP)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

Mitglieder

1. AV Manfred Poth
2. Günter Weber (CDU)
3. Stefanie Seidler (SPD)

Stellvertreter

- Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)
- Johannes Esser (CDU)
- Margret Rhiem (SPD)

c) Verbandsvorsteher

Ass. Heinz Gehlen

Stellvertreter: Dr. Arend Katterbach

d) Vertreter des Kreises im Rechnungsprüfungsausschuss

Mitglieder

1. Ingo Hessenius (Kreiskämmerer)
2. Margret Rhiem (SPD)

Stellvertreter

- Günter Steffens (Abt. 20)
- Hans-Erhard Schneider (CDU)

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 16.04.2012 von der Neufassung der Verbandssatzung entsprechend der Verwaltungsvorlage V 246/2012 zustimmend Kenntnis genommen.

Die Neufassung der Verbandssatzung ist am 22.05.2012 in Kraft getreten. Gleichzeitig ist die bisher gültige Verbandssatzung vom 20.10.1980 in der Fassung der 8. Änderungssatzung vom 23.03.1998 außer Kraft getreten.

Durch die Neufassung erfolgt eine Straffung der Gremienstruktur. Organe des Zweckverbandes sind nun nur noch die Verbandsversammlung und der Verbandsvorsteher. Die Verbandsversammlung besteht aus 12 Vertretern der Verbandsmitglieder, von denen 4 vom Kreis Euskirchen, 4 von der Industrie- und Handelskammer Aachen und 4 von der Handwerkskammer Aachen entsandt werden.

Für die Dauer der restlichen Wahlperiode hat der Kreistag im Wege der Dinglichkeit (D 57/2012) am 21.06.2012 die vom Landrat gem. § 26 Abs. 5 Satz 3 KrO vorzuschlagenden Bediensteten und am 02.07.2012 (V 246/2012) die übrigen Vertreter zu Mitgliedern der Verbandsversammlung wie folgt gewählt:

Mitglieder

1. AV Manfred Poth
2. Günter Weber (CDU)
3. Heinrich Hettmer (SPD)
4. Hans Reiff (FDP)

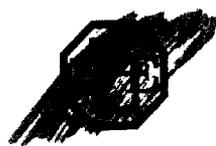
Stellvertreter

- Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)
- Ruth Schmitz (CDU)
- Margret Rhiem (SPD)
- Franz Troschke (UWV)

F) Jahresabschluss (s. nächste Seiten)

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2011

	€	€	2010 €
1. Umsatzerlöse		2.663.429,44	2.840.222,06
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		12.002,25	5.155,70
3. Sonstige betriebliche Erträge		172.065,19	203.879,87
		<u>2.847.496,88</u>	<u>3.049.257,63</u>
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	248.703,94		271.453,90
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>484.265,57</u>		676.141,66
	<u>732.969,51</u>	732.969,51	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.308.337,81		1.288.479,48
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	373.929,58		341.525,27
- davon für Altersversorgung:	<u>(97.710,04)</u>		(96.777,65)
	<u>1.682.267,39</u>	1.682.267,39	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		176.855,24	176.489,90
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		170.994,40	169.175,64
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		4.070,33	2.319,93
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		8.618,26	12.354,68
- davon aus Aufzinsung € 8.618,26 (Vj.: € 12.354,68)			
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		+79.862,41	+115.957,03
11. Außerordentliche Aufwendungen		0,00	3.297,63
-davon aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG (Art. 67 Abs. 7 EGHGB) € 0,00 (Vj.: € 3.297,63)			
12. Sonstige Steuern		<u>885,62</u>	<u>2.215,52</u>
13. Jahresüberschuss (+)		<u>+78.976,79</u>	<u>+110.443,88</u>



Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen

L A G E B E R I C H T

gemäß § 25 Eigenbetriebsverordnung über die Entwicklung
des Berufsbildungszentrums Euskirchen im Wirtschaftsjahr 2011

I. Geschäftsverlauf im Berichtsjahr 2011

1. Entwicklung

a) Umsätze (Lehrgangsbetrieb)

Im Berichtsjahr 2011 sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um ca. 177 T€ geringer und betragen 2.663.429,44 €. Die Entwicklung der letzten fünf Jahre ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen.

Erlöse	2007	2008	2009	2010	2011
Summe	2.669.823,91 €	2.487.567,49 €	2.436.033,17 €	2.840.222,06 €	2.663.429,44

Die Einzelaufstellung zeigt Steigerungen in den Bereichen Industrie, Handwerk, BaE, Umschulungen und in der Berufsorientierung auf.
Rückgänge sind im Fortbildungsbereich und in allen Angeboten für Kunden aus dem SGB III Bereich zu ersehen.

Maßnahme	Erlöse 2008	Erlöse 2009	Erlöse 2010	Erlöse 2011
Übl. Industrie	422.379,68	425.116,00	417.022,84	478.588,30
Übl. Handwerk	290.996,76	299.684,94	267.783,88	306.433,80
BaE	554.102,27	644.813,37	756.062,27	837.311,89
Fortbildung	89.706,15	141.945,34	222.371,11	126.442,98
Umschulungen	-	58.771,08	188.587,41	226.017,43
ALL	126.079,62	319.547,13	301.268,33	96.331,31
Zusatzjob /Stellwerk	585.455,82	242.931,83	255.873,72	113.345,32
Berufsorientierung	16.918,00	99.119,50	190.684,01	409.849,32
Werkstattjahr	252.397,40	157.853,98	111.534,69	0
Aristoteles	-	25.300,00	110.933,80	54.959,09
Jugend i. Arbeit	35.800,00	20.945,00	18.100,00	14.150,00
Summe:	2.487.567,49	2.436.033,17	2.840.222,06	2.663.429,44

b.) Planung

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2011 war ein Jahresfehlbetrag von 36,3 T€ eingeplant worden. Der Abschluss weist ein positives Ergebnis von 78.976,79 € aus. Die positiven Veränderungen haben unterschiedliche Ursachen. Zunächst sind die geplanten Umsatzerlöse von 2.482 T€ auf 2.663 T€ gesteigert worden. Die Differenz und positive Entwicklung ist durch die höhere Inanspruchnahme in der Berufsorientierung, in der Überbetrieblichen Ausbildung und im Ausbildungsprogramm BaE erreicht worden.

c.) Ertragslage

Das Wirtschaftsjahr 2011 schließt mit einem Jahresüberschuss von 78.976,79 € (VJ 110.443,88 €) ab. Die Umsatzerlöse sind um 176.792,62 € auf 2.663.429,44 € im Vergleich zum Jahr 2010 (2.840.222,06 T€) gesunken. Die sonstigen Erträge sind um 31.814,68 € auf 172.065,19 € (VJ 203.879,87 €) gesunken.

Der Materialaufwand inklusive der bezogenen Leistungen, die auch die Teilnehmerbezogenen Aufwendungen beinhalten (wie Ausbildungsvergütungen, Fahrgeldauszahlungen und Mehraufwanderstattungen der Maßnahmeteilnehmer) beträgt 732.969,51 € (VJ 947.595,56 €).

Die Aufwendungen für Honorare für Ausbildung durch Dritte sind um 27.253,56 € auf 86.116,90 € gesunken.

Seitens des BZE werden für die TAE unterschiedliche Dienstleistungen des Sekretariats und der Buchhaltung durchgeführt. Die Arbeitsstunden werden erfasst und quartalsweise mit den entsprechenden Stundensätzen der Mitarbeiter an die TAE weiterbelastet. Die von der TAE für das BZE geleisteten Arbeitsstunden werden in gleicher Weise per Rechnung an das BZE ausgeglichen.

d.) Vermögenslage

Der Gesamtbetrag der Investitionen beträgt für das Wirtschaftsjahr 2011 212 T€ (VJ 112,5 T€). Der Jahresüberschuss aus dem Jahr 2010 in Höhe von 110.443,88 € wurde der allgemeinen Rücklage zugeführt. Die allgemeine Rücklage im Eigenkapital hat sich dadurch auf 1.937.903,64 € verändert (VJ 1.827.459,76 €).

e.) Personalentwicklung

Im Jahr 2011 waren durchschnittlich 37 (VJ 36) Mitarbeiter (inkl. Teilzeitkräfte und Auszubildende) im BZE beschäftigt. Die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen ist in der Anlage unter Personalaufwand dargestellt. Die Personalkosten für eigene Mitarbeiter/innen sind um 52 T€ auf 1.682.267,39 € (VJ 1.630.004,75 €) gestiegen.

Die Ausgaben für Honorare für Ausbildung durch Dritte sind um 27.253,56 € auf 86.116,90 € (VJ 113.370,46 €) gesunken. Für die Berufsorientierung mussten kurzfristig Honorarkräfte eingesetzt werden.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung

In den zurückliegenden Jahren ist vermehrt nach Kooperationspartnern im Bildungsgeschäft gesucht worden. Sehr zeitnah konnte damals mit dem Partner DEKRA Akademie eine sach- und fachliche Zusammenarbeitsebene gefunden werden. Teilweise wurden Bildungsangebote in Träger- und Bietergemeinschaften beworben. Durch einschneidende Veränderungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hat der Partner eigene Angebote nicht mehr platzieren können, Kooperationen mussten weiter verringert werden und die Nutzungsverträge der Räumlichkeiten wurden gekündigt.

Für das Ausbildungsprogramm BaE musste das BZE am landesweiten Ausschreibungsverfahren teilnehmen, da alle Optionsmöglichkeiten aus der vergangenen Zuteilungsphase bereits ausgeschöpft waren. Das zuständige Team des BZE hatte alle inhaltlichen Vorgaben erarbeitet und fristgerecht wurde das Angebot dem Regional-Einkaufszentrum der Bundesagentur zugestellt. Im ersten Bewertungsverfahren wurde die Ausschreibung aufgehoben, da angeblich kein wirtschaftliches Ergebnis seitens der Agentur erzielt werden konnte. Erst im zweiten Anlauf konnte im Rahmen einer Freihändigen Vergabe und unter Zugeständnis eines niedrigeren Preisangebotes der Zuschlag erreicht werden.

Um im Fortbildungsbereich qualifizierte und für die Wirtschaftsregion und deren Unternehmen erforderliche Angebote vorhalten zu können, sind in den Vorjahren nach AZWV anerkannte Maßnahmen entwickelt und im Rahmen des Überwachungsaudits zertifiziert worden.

Die bereits vor einigen Jahren begonnenen Berufsorientierungsmaßnahmen bilden inzwischen einen beachtlichen Aufgabenschwerpunkt des Zentrums. Für verschiedene Programme sind Konzepte entwickelt worden und zahlreiche Haupt- und mittlerweile auch Realschulen nehmen ab den 8. Klassen dieses Angebot in Anspruch.

II. Lage des Eigenbetriebes

1. Grundstücke

Keine Veränderungen zum Vorjahr.

2. Anlagen

Der Gesamtbetrag der Investitionen belief sich im Wirtschaftsjahr 2011 auf 201,3T€ (VJ 112,5 T€). Die Neuinvestitionen waren höher als die Abschreibungen 176,9 T€.

3. Rückstellungen

Aus betrieblichen Gründen, bzw. durch Krankheit bedingt konnten einige Mitarbeiter ihren Jahresurlaub nicht bis zum 31. Dezember 2011 antreten. Die Rückstellung für Urlaub beträgt 26.000 € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2.000 € verringert. Da keine betriebliche Vereinbarung für die Anwendung des Leistungsentgeltes besteht, erhöhte sich die Rückstellung hierfür auf 26.520 €.

4. Projekte

In Kooperation mit dem Jobcenter EU (aktiv) ist im Rahmen eines Trägerverbundes mit der VHS Aachen und der Picco-Bella gGmbH Aachen ein überregionales Modell-

projekt zur Beratung von Bedarfsgemeinschaften 2009 begonnen worden, welches 2011 beendet wurde, ohne das es in einer anderen Form weitergeführt wurde. Für die Beschaffung von Maschinen, technischer Ausrüstung sowie Lehr- und Lernmitteln sollen Fördermöglichkeiten erkundet werden. U. U. ist dieses unter Einbeziehung der Dienstleistung aus der TAE GmbH zu erreichen. Bisher scheitert die Umsetzung an hohem bürokratischem Aufwand bzw. personelle Ressourcen stehen nicht ausreichend zur Verfügung.

III . Voraussichtliche Entwicklung – Perspektiven und Risiken

Eine Vielzahl von unterstützenden und begleitenden Maßnahmen wird in der nächsten Zeit die Qualität und die Quantität der BZE Aktivitäten beeinflussen.

Mit den Verantwortlichen für Ausbildung in verschiedensten Unternehmen wird eine Gesprächsrunde vorbereitet, um über künftige Anforderungen und Inhalte von praxisnah arbeitenden Führungskräften Informationen zu erhalten, damit Konzepte auf die regionalen Betriebe abgestimmt werden können. Ein so benanntes „**Meisterfrühstück**“ soll genutzt werden, um an der Praxis orientierte Qualifizierungsmodule vorzustellen, zu erproben und letztlich am Markt zu etablieren.

Das BZE ist derzeit damit befasst, Mitglied in einem **Qualitätsverbund für berufliche Weiterbildung in der Region Aachen** zu werden. Die Zielsetzung des Qualitätsverbundes ist es, eine Interessengemeinschaft von Weiterbildungsanbietern aus der Region Aachen zu bilden. Hierdurch soll die Qualität von Weiterbildungsmaßnahmen gesichert und verbessert werden. Dieses soll durch folgende Maßnahmen geschehen:

- Frühzeitige Information der Teilnehmer über politische Entwicklungen;
- Einbindung der Teilnehmer in die Interessenvertretung durch die IHK;
- Qualitätssicherung, z. B. durch zentrale Verfahren für Kundenbeschwerden;
- Einführung eines Logos und Öffentlichkeitsarbeit für den Qualitätsverbund;
- Organisation netzwerkinterner Veranstaltungen wie Dozentenweiterbildungen etc.

Bei seiner Arbeit ist der Qualitätsverbund in das Dreiländer-Eck der Euregio Maas-Rhein integriert.

In der Beurteilung der voraussichtlichen Entwicklung für 2011 und dem folgenden Jahr wurde angedeutet, dass u. U. eine geringere Inanspruchnahme der Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote zu erwarten sei. Dieses hat sich so bestätigt. Auch die Inanspruchnahme bzw. Nachfrage für besondere Zielgruppen des Arbeitsmarktes war rückläufig, teilweise wurden bewährte Maßnahmen komplett eingestellt. Um zusätzliche bzw. alternative Potentiale erschließen zum können, ist im Zusammenhang mit dem Wiederholungsaudit eine Umschulungsmaßnahme zum Maschinen- und Anlagenführer zertifiziert worden. Hiermit wird ein Qualifizierungsmodul auf dem Markt angeboten, welches für unterschiedlichste Zielgruppen genutzt werden kann. Wir gehen von einer größeren Nachfrage aus, da Unternehmen der Region ebenfalls für diesen Ausbildungsberuf werben.

Der Anfang des Jahres 2011 noch in der Durchführung befindliche Auftrag ALL (**Anders leben lernen**) ist zwischenzeitlich mit dem Hinweis „zu teuer“ beendet worden und man hoffte darauf, den gleichen Personenkreis über eine Aktivierungsmaßnahme erreichen zu können. Unsere Planungen sehen für den weiteren Verlauf des Jahres ein alternatives Angebot für diese Zielgruppe vor.

Das Werkstattjahr in vielen Lageberichten der letzten Jahre erwähnt, ist für 2012 wiederum aktiv beworben worden. Neben der Möglichkeit wieder einmal dieses Projekt durchführen zu können, gibt es Bemühungen, im Rahmen einer Jugendwerkstatt für die jungen Erwachsenen eine Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsalternative anzubieten.

Die Leitung will hiermit ein Zeichen für die Zukunft setzen, dass entweder ein Angebot im Rahmen des Werkstattjahres oder zukünftig das Angebot einer Jugendwerkstatt für die Region Euskirchen existiert.

Berufsorientierung

Neben den qualitativ anspruchsvollen Angeboten an überbetrieblicher Ausbildung und Qualifizierung für Beschäftigte im Arbeitsprozess wird der weitere Ausbau der Berufswahlorientierungen für Schülerinnen und Schüler weiterhin nachgefragt und zunehmend ausgebaut. Noch sind verschiedene Programme der Berufsorientierung, die entweder über Land, Bund, Agentur für Arbeit, ESF, Stiftung Partner für Schule NRW u. Weitere finanziert werden, im Angebot. Unabhängig hiervon wird von neutralen und kompetenten Ausbildungs- und Schulverantwortlichen dem BZE eine qualitativ sehr gute Ausrichtung, Durchführung und hohe Kompetenz für diese Projekte bescheinigt. Das BZE ist für diese Herausforderung auch weiterhin gut gerüstet und führt die Maßnahmen Startklar, Zukunft fördern, Berufsorientierungsprogramm (BOP unter der Federführung des BIBB) und Potenzialanalysen durch. Die Teilnehmerzahlen konnten 2011 bereits noch einmal höher geschraubt werden, so dass zurzeit ein kompetentes Team vorhanden ist und bei weiter steigenden Zahlen auch zunehmende Personalressourcen entstehen müssen. Ebenfalls sind für diese Aufgaben Schulungsräume und Werkstätten zu modernisieren.

Fachhochschule

Im Herbst 2012 soll am BZE der Studiengang Holzingenieurwesen etabliert werden. Derzeit finden Abstimmungsgespräche zu Raumnutzungen und zu eventuell erforderlichen baulichen Veränderungen statt. Neben Nutzung von Büroräumen sind die erweiterte Nutzung des Internet, IT-Ausstattungen und Hörsaal Kapazitäten angefragt worden. Seitens der Fachhochschule wird eine Abbundmaschine derzeit favorisiert, um die praktische Unterweisung von Studenten zu realisieren. Die Finanzmittel werden durch die FH eingebracht.

Die **B**erufsausbildung in **a**ußerbetrieblichen **E**inrichtungen (BaE) konnte 2011 im Rahmen einer Freihändigen Vergabe und unter Zugeständnis eines Preisnachlasses erst im zweiten Anlauf gewonnen werden. Für 2012 ist die erste Option gezogen worden, so dass diese Teilnehmer (15 Jugendliche), die im August / September 2012 zugewiesen werden, bis 2016 an der Maßnahme teilnehmen.

Innerhalb des Geschäftsbesorgungsvertrages hat die TAE von Oktober 2009 bis 2011 die Projektkoordination des Projektes „Aristoteles“ für das BZE übernommen. Projektleitung, sowie die Budgetkontrolle und Mittelverwendung wurden als Dienstleistung fürs BZE erbracht. Dieses Projekt hatte die systemische Beratung von Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Arbeitslosengeld II zum Inhalt und wurde mit Förderung

der ARGE EU-aktiv, ARGE StädteRegion Aachen, der EU und des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt.

Seit August 2011 ist ein Mitarbeiter der TAE mit 25 % seiner Arbeitszeit, d. h. mit durchschnittlich 10 Stunden pro Woche, für das BZE im Bereich „Berufsorientierung“ tätig. Ziel dieses Programms ist die Heranführung von Jugendlichen an unterschiedliche Berufsfelder, um damit den Schülern die Auswahl eines passenden Ausbildungsberufes zu ermöglichen.

Im März 2012 koordinierte die TAE die Konzipierung und Beantragung eines Projektes des BZE innerhalb der „Fachkräfteinitiative NRW“, in dem es um die Ermöglichung einer Berufsausbildung für Menschen im Alter von 25 bis 35 Jahren geht. Dieses Projekt gilt es in den nächsten Monaten voranzubringen, da die potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der regionalen Wirtschaft in der Form zugeführt werden sollen.

Die im Rahmen einer Lernpartnerschaft entstandene kooperative Zusammenarbeit mit der Irena Sandler Schule (Förderschule in der direkten Nachbarschaft) kann eventuell um eine weitere zusätzliche Komponente erweitert werden. Aktuell finden Gespräche statt, um Raumressourcen der Schule bzw. der Schulverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Die zuvor beschriebene Lernpartnerschaft wurde im März 2012 weiter fortgeschrieben und im Verlaufe des weiteren Jahres wird eine Berufsorientierungsmaßnahme die inhaltliche Zusammenarbeit festigen.

Euskirchen, den 07. Mai 2012



Gerd Pauls
Leiter des BZE

2. ZV Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (ZV KDVZ)

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Unterstützung bei der Problembekämpfung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
5. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
6. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
7. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind die Kreise Düren, Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 34 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Der Zweckverband erwartet lt. Satzung, dass die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen beitreten.

Zum 30.06.2011 wurde die Mitgliedschaft im Zweckverband durch den Kreis Düren, die Städte Düren und Euskirchen sowie durch die Gemeinden Blankenheim und Nettersheim gekündigt. Erst nach abschließender Klärung von Fragen zur Vermögens- und Personalauseinandersetzung werden die Kündigungen der Austrittswilligen Kommunen zur Wirksamkeit führen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GkG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)
 - b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen)
 - c) Verbandsvorsteher
- Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Josef Carl Rhiem	(CDU)	Franz Cremer	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wird im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

c) Verbandsvorsteher

Herr Stommel (Bürgermeister Stadt Jülich)

Stellvertreter:

Herr Hadel (1. Beigeordneter Stadt Wesseling),

Herr Adams (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen

F) Jahresabschluss

Die Jahresabschlüsse 2010 und 2011 werden auf den nachfolgenden Seiten dargestellt.

Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur, Frechen
Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis 31. Dezember 2010

	1.1.-31.12.2010 EUR	1.1.-31.12.2009 EUR
1. Umsatzerlöse	14.949.895,93	15.781.503,49
2. sonstige betriebliche Erträge	74.057,61	322.905,91
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	185.547,69	123.455,61
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.120.835,98</u>	<u>1.427.200,00</u>
	1.306.383,67	1.550.655,61
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.119.576,03	4.248.192,17
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>2.410.719,79</u>	<u>3.374.299,51</u>
	6.530.295,82	7.622.491,68
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.388.001,57	1.241.553,91
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.685.838,94	5.526.816,19
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.762,22	16.772,33
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>142.775,99</u>	<u>178.237,72</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.419,77	1.426,62
10. sonstige Steuern	1.419,77	1.426,62
	<hr/>	<hr/>
11. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur

**LAGEBERICHT
2010**

KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966
BGB-Gesellschaft „Kommunale elektronische
Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln“

01.07.1978
Zweckverband „Kommunale
Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“

Sitz

50226 Frechen
Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale
Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung
Josef Carl Rhiem (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Heinrich Stommel
Bürgermeister Stadt Jülich

1. stv. Verbandsvorsteher: Bernhard Hadel
1. Beigeordneter und Kämmerer Stadt Wesseling

2. stv. Verbandsvorsteher: Johannes Adams
Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer:
Karl Heinz Wergen

Aufgaben

Die kdvs Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT-Dienstleister für 37 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender IT-Support bilden weitere Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2010 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung
	2010 T €	2009 T €	T €
Umsatzerlöse	14.949,9	15.781,5	-831,6
darin Kostenweiterbelastungen	-26,3	-21,0	-5,3
bereinigte Umsatzerlöse	14.923,6	15.760,5	-836,9
Neutrale Erträge	74,1	322,9	-248,8
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-6.530,3	-7.622,5	1.092,2
Abschreibungen	-1.388,0	-1.241,6	-146,4
Übrige Aufwendungen	-6.992,2	-7.077,5	85,3
davon Kostenweiterbelastungen	26,3	21,0	5,3
bereinigte übrige Aufwendungen	-6.965,9	-7.056,5	90,6
Finanzergebnis	-112,0	-161,5	49,5
Ergebnis vor Steuern	1,4	1,4	0,0
Steuern	-1,4	-1,4	0,0
	0,0	0,0	0,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2010 Investitionen in Höhe von 1.255,1 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wieder finden:

DV-Software	1.167,4 T€
Betriebsgebäude	15,2 T€
Maschinen und technische Anlagen	0,0 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	72,5 T€
	<u>1.255,1 T€</u>

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2010 unter dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	1,4 T€
ordentliche Abschreibungen	1.388,0 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	1.460,9 T€
Cash Flow	<u>2.850,3 T€</u>

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdVz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2010 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3.118,7 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	1.388,0 T€
Verlust aus Abgängen des Anlagevermögens und Abschr. Finanzanlagen	2,2 T€
Zunahme der Rückstellungen	1.460,9 T€
Erträge aus Anlageverkäufen	0,0 T€
Abnahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-2,8 T€
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	270,4 T€

Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u><u>3.118,7 T€</u></u>
---	--------------------------

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Abgängen	0,0 T€
Investitionen	-1.255,1 T€
Zugang Wertpapiere des Anlagevermögens (Pensionsfonds)	-2.298,0 T€

Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	<u><u>-3.553,1 T€</u></u>
---	---------------------------

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit

Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehensstilgungen	-611,2 T€

Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u><u>-611,2 T€</u></u>
--	-------------------------

Veränderung des Finanzmittelbestandes

Finanzmittel zum 01.01.2010	1.083,7 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	3.118,7 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-3.553,1 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-611,2 T€

Finanzmittel zum 31.12.2010	<u><u>38,1 T€</u></u>
-----------------------------	-----------------------

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2010

	Ergebnis	Plan	Abweichung
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	15.605.460,31 €	14.872.961,00 €	732.499,31 €
2. Gesamtleistung	15.605.460,31 €	14.872.961,00 €	732.499,31 €
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	- €	- €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	74.057,61 €	100,00 €	73.957,61 €
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	185.547,69 €	84.800,00 €	100.747,69 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.120.835,98 €	1.100.000,00 €	20.835,98 €
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.119.576,03 €	4.099.106,00 €	20.470,03 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.410.719,79 €	1.991.630,00 €	419.089,79 €
	6.530.295,82 €	6.090.736,00 €	439.559,82 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.388.001,57 €	1.612.656,00 €	- 224.654,43 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	392.559,29	360.950,00 €	31.609,29 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	49.252,07 €	51.480,00 €	- 2.227,93 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	101.387,65 €	152.020,00 €	- 50.632,35 €
ad) Fahrzeugkosten	11.597,81 €	16.100,00 €	- 4.502,19 €
ae) Werbe- und Reisekosten	49.221,19 €	80.000,00 €	- 30.778,81 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	1.942.462,96 €	2.263.783,00 €	- 321.320,04 €
afb) Datenübermittlung	758.851,47 €	695.937,00 €	62.914,47 €
afc) Consulting und Beratung	781.863,76 €	734.369,00 €	47.494,76 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	562.459,50 €	227.000,00 €	335.459,50 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	1.034.129,18 €	1.112.810,00 €	- 78.680,82 €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	2.054,06 €	- €	2.054,06 €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €
	5.685.838,94 €	5.694.449,00 €	- 8.610,06 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	30.762,22 €	110,00 €	30.652,22 €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	142.775,99 €	289.060,00 €	- 146.284,01 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	656.984,15 €	1.470,00 €	655.514,15 €
12. sonstige Steuern	- 1.419,77 €	- 1.470,00 €	50,23 €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	655.564,38 €	- €	655.564,38 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2010	- 655.564,38 €		
14.3 Jahresüberschuss	- €		

Finanzstruktur

	2010 in T€	2009 in T€	Veränderung
Rückstellungen	12.836,0	11.375,1	1.460,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.200,9	3.812,0	-611,2
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	1.559,4	1.289,0	270,4
	(808,2)	(609,4)	(198,8)
Summe	17.596,3	16.476,1	1.120,2

Vermögensstruktur

	2010 in T€	2009 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	2.474,4	2.364,3	110,0
Sachanlagen	3.559,7	3.804,9	-245,2
Finanzanlagen	6.968,7	4.670,7	2.298,0
Anlagevermögen	13.002,7	10.839,9	2.162,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	4.272,8	4.239,3	33,5
	(4.118,3)	(4.183,5)	(-65,2)
Flüssige Mittel	38,1	1.083,7	-1.045,5
Abgrenzungsposten	282,6	313,3	-30,6
Summe	17.596,3	16.476,1	1.120,2

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Die Einführung des neuen **elektronischen Personalausweises** (nPA) zum 01.11.2010 war bei der kdvz Rhein-Erft-Rur und den Mitgliedskommunen mit erheblichen personellen und finanziellen Aufwendungen verbunden. Im Rahmen der Vorarbeiten hatte die kdvz Rhein-Erft-Rur alle 180 Mitarbeiter/-innen der Bürgerämter geschult. Die Einführung selbst verlief aufgrund diverser technischer Mängel in den Softwareprodukten der beteiligten Hersteller unbefriedigend bis problematisch. Ab Dezember 2010 verbesserte sich mit den dann ausgelieferten Softwareupdates nach und nach die Situation. Weitere Nachlieferungen folgten im laufenden Jahr. Zusätzlich wurde das Modul ‚elektronische Akte‘ bei 12 Kommunen des Zweckverbandes eingeführt.

Im vergangenen Jahr hat die kdvz die **Landtagswahlen** für insgesamt 59 Kommunen IT-seitig begleitet. Die eingesetzten Systeme, wie bereits in 2009 redundant ausgelegt, versahen ihren Dienst, ohne dem hohen Datenvolumen Tribut zollen zu müssen. Ebenfalls zeigte sich das Netz stabil, so dass die Wahlergebnisse in den Kreis- und Rathäusern störungsfrei präsentiert wurden. In Summe registrierten die kdvz-Systeme am Wahlabend 2,8 Mio. Zugriffe aus dem Internet. Interessant ist die Entwicklung des Briefwahl-Anteils. Hier ist eine stetige Zunahme zu verzeichnen: Nahezu 16 % der Wahlberechtigten nutzten die Möglichkeit der Briefwahl, davon wiederum ca. 11 % das Angebot des sog. Web-Wahlscheins, also der Online-Beantragung der Briefwahlunterlagen. Neben den Landtagswahlen wurden noch Integrationsratswahlen sowie kleinere Bürgerbegehren / -entscheide betreut.

Im Bereich **Verwarn- und Bußgeld** wurde das Produktmodul „WinOWiG mobil“ bei verschiedenen Kunden eingeführt. Dieses ermöglicht die Erfassung von Ordnungswidrigkeiten inkl. Bildern über Standard-Smartphones diverser Hersteller, der Ausdruck von Verwarnungen vor Ort am Fahrzeug ist ebenfalls möglich. Integriert ist eine direkte Datenübertragung auf einen Server bei der kdvz Rhein-Erft-Rur, was eine unmittelbare Einsicht der Daten über eine Auskunftsseite per Browser erlaubt. Abschließend erfolgt eine automatisierte Datenübernahme in die Software WinOWiG. Ebenfalls wurde das Modul „WinOWiG online“ in das Produktportfolio aufgenommen, eine Web-Anwendung, die für Auskünfte aus dem Fachverfahren genutzt werden kann (z. B. für Kassen-Mitarbeiter), so dass für diese Mitarbeiter die Nutzung der Software über Citrix wegfallen könnte.

In 2009 wurde die Einführung des **elektronischen Personenstandsregisters** projektiert und eine Testinstallation vorbereitet. Die eigentliche Umstellung erfolgte im ersten Halbjahr 2010, im Zeitraum Februar bis Juni wurden alle 33 Mitgliederverwaltungen von den bisherigen Papierregistern auf das elektronische Personen-

standsregister umgestellt. Bedingt durch die gesetzliche Vorgabe, dass alle Einträge in das Register mit einer qualifizierten elektronischen Signatur zu versehen sind, ließ sich die kdvz als Registrierungsstelle beim S-Trust-Center des deutschen Sparkassenverbandes berechtigen. Hierdurch ist es der kdvz nunmehr möglich, die Beantragung und Ausstellung von Signaturkarten durchzuführen. Seit Beginn dieses Jahres wird die elektronische Kommunikation der Standesämter untereinander nach dem Projekt ‚XPersonenstand‘ von Deutschland Online eingeführt.

Die Ablösung der beiden Großrechnerverfahren **Jagdwesen und Waffenwesen** ist mittlerweile vollzogen. Im Bereich Waffenwesen haben sich alle drei Kreise für das Produkt ‚Condition‘ entschieden, welches ihnen von der kdvz Rhein-Erft-Rur über Citrix zur Verfügung gestellt wird. Das Jagdwesen wird für die Kreise Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis nunmehr auch über das Verfahren ‚Orion‘, einem Produkt der Landespolizei NRW, abgewickelt, der Kreis Düren setzt dieses bereits seit längerem ein.

Das Produkt ‚Migewa‘, **Gewerbewesen**, ist um die elektronische Verbindung zum Bundeszentralregister erweitert worden. Des Weiteren haben sich sechs Kunden dazu entschlossen, von dezentralen Installationen auf einen zentralen Citrix-Zugriff zu wechseln.

Im Bereich der **Kfz-Zulassung** wurden die Erweiterungen ‚Flottenzulassung‘ (Massenanmeldung von Autovermietungen) und ‚Flottenabmeldung‘ in das Verfahren IKOL-KFZ implementiert. Neu installiert wurde das Modul eKOL-KBA, das den browserorientierten Zugriff auf die Daten des Zentralen-Verkehrs-Information-Systems (ZEVIS) des Kraftfahrt-Bundesamtes für Recherche- und Auskunftszwecke erlaubt.

Eine weitere Kommune hat sich für eine Rezentralisierung des Verfahrens ProBauG – **Baugenehmigung** – in das Rechenzentrum entschieden. Zum Jahreswechsel 2010/2011 haben die Städte Bedburg und Elsdorf den Status erlangt, dass sie eine eigene Bauordnungsbehörde stellen. Entsprechende Vorbereitungen zur Datensplittung und Übernahme vom Rechtsvorgänger, dem Rhein-Erft-Kreis, waren daher erforderlich.

Die Ablösung des Großrechnerverfahrens im **Wohnungswesen** konnte mit der Umstellung von zehn Kommunen auf das Produkt ‚WWplus‘ im vergangenen Jahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Bei der **Personalabrechnung** betreut die kdvz ca. 50 Kunden mit nahezu 16.500 Personalabrechnungsfällen. Dabei sind permanent die aktuellen Veränderungen u. a. in den Bereichen der Sozialversicherung, der Lohnsteuer und der Sondertarifverträge aufzunehmen, zusammen mit dem Softwarelieferanten anzupassen und die Kunden bei der Handhabung der jeweiligen Neuerung zu unterstützen. Vielfältige Anpassungen bedingte die Verordnung über die Erfassung und Übermittlung von Daten für die Träger der Sozialversicherung (Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung – DEÜV) und verschiedenste Tarifänderungen. Die Arbeiten konnten alle termingerecht und mit einer hohen Kundenakzeptanz erledigt werden. Auch

bei den Personalmanagement-Funktionen sind vielfältige Anpassungen erfolgt, die Vermarktung der Produkte wurde ausgeweitet.

Die Hauptveranlagungen für die Kommunen wurden in 2010 wie jedes Jahr mittels der **Abgabeverfahren** der kdvz durchgeführt; d. h. die Steuerbescheide wurden entsprechend der örtlichen Satzungen erstellt und die Forderungen den Stadtkassen zur weiteren Verfolgung übermittelt. Für die Mehrzahl der Verwaltungen sind die Bescheide ebenfalls ausgedruckt, kuvertiert und in die Post gegeben worden. In diesem Jahr reduziert sich die Anwenderzahl dieser Altverfahren, da neun Verwaltungen auf das integrierte Abgabeverfahren von `newsystem@kommunal` (nsk) der Fa. Infoma gewechselt haben. Mit der Ablösung des Großrechners zum Jahreswechsel 2011/2012 werden – mit einer Ausnahme – auch alle anderen Verwaltungen nsk einsetzen und die Altverfahren abgeschaltet.

Die Betreuung des **Finanzwesens** zeichnet sich derzeit dadurch aus, dass zwei Produkte Unterstützungsbedarf generieren. Neben der laufenden Verfahrensbetreuung ist **KIRP** im Jahr 2010 auf den neuen Versionsstand 7.4 gebracht worden; dem gingen entsprechende Testszenarien und Freigabeverfahren voraus. Weiterhin lag ein markanter Unterstützungsbedarf bei den Jahresabschlüssen nach NKF. Gemeinsam mit vier anderen Datenzentralen ist mit dem KIRP-Hersteller eine Vereinbarung getroffen worden, dass zukünftig eine Archivierungs- und Reorganisationsfunktion in das Verfahren implementiert wird. Diese Funktion ist eine wesentliche Voraussetzung für die Ablösung der Rechnerplattform. Dieses Projekt wird im Jahr 2011 im Mittelpunkt stehen, da der Großrechner zum 31.12.2011 abgeschaltet wird. Im Jahr 2010 ist **newsystem@kommunal** in neun Verwaltungen zeitgleich eingeführt worden und erlangte damit eine nennenswerte Größe im Verbandsgebiet. Mit dem 01.01.2011 befindet sich nsk bei 14 Kommunen des Zweckverbandes im Einsatz. Im Jahr 2011 wird bei neun weiteren Verwaltungen die neue Finanzsoftware eingeführt. Somit setzen ab 2012 ca. 62% der Verbandsmitglieder dieses Produkt ein. Wie im Vorjahr sind die Einführungsprojekte durch den Hersteller, entsprechend der Ausschreibung, geleitet worden. Dennoch zeichnete sich bereits im abgelaufenen Jahr ein steigender Unterstützungsbedarf bei den Kommunen ab, der von der kdvz eingefordert und auch befriedigt wurde. Darin wird auch künftig der Support für die Abgabeverfahren aufgehen, die bis zum Jahresende überwiegend auf nsk umgestellt sein werden. Im Bereich **Vollstreckung** läuft derzeit mit einer Kommune ein Test, die Datev-Schnittstelle für einen zentralen Support durch die kdvz im Rechenzentrum zu implementieren. Damit kann diese Funktion auf Wunsch künftig durch die kdvz betreut werden.

2.2 E-GOVERNMENT

Der kdvz Rhein-Erft-Rur ist die Aufgabe übertragen, die Federführung im Zweckverband für den Bereich E-Government zu übernehmen. Die Projekte für 2010 wurden mit den Verbandsmitgliedern abgestimmt und in wesentlichen Inhalten wie folgt realisiert.

INSPIRE

Die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments sieht den Aufbau einer europaweiten Geodateninfrastruktur vor. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2009 die Anforderungen in nationales Recht umgesetzt. Entsprechend dem Projektauftrag hat die kdvz eine technische Lösung zur Erfassung der Daten und die webbasierende Darstellung in einem europäischen Brokerverbund in einer Teststellung aufgebaut. Die Lösung wurde den Verbandsmitgliedern anlässlich zweier Informationsveranstaltungen sowie den Mitgliedern des Koordinierungskreises vorgestellt. Die kdvz hat auf dieser Basis ein Produktivsystem aufgebaut und mit einer Kostenkalkulation unterlegt. Darüber hinaus hat sich, koordiniert von der Leiterin des Katasteramtes des Rhein-Erft-Kreises, ein INSPIRE-Arbeitskreis gebildet.

Langzeitarchivierung

Das Projektziel sah einen Lösungsvorschlag und die notwendige Kostenkalkulation für eine Langzeitspeicherung von Archivdaten vor. Der Schwerpunkt des Projektes lag in der organisatorischen Sicherstellung der Datenaufnahme, -speicherung und -wiederherstellung. Geprüft wurde in diesem Zusammenhang auch die derzeitige Praxis des Systems für das Personenstandswesen. Mit geringfügigen organisatorischen Anpassungen entsprechen die derzeitige Infrastruktur und die organisatorischen Regelungen den Anforderungen der Langzeitspeicherung. Die notwendigen Anpassungen wurden inzwischen umgesetzt. Hieraus lassen sich die organisatorischen Anforderungen an die Langzeitspeicherung auch für andere Bereiche ableiten. Erforderlich ist allerdings noch eine technische Unterstützung, die abweichend zu der im Personenstandswesen aufzubauen sein wird. In diesem Zusammenhang wurden die Konzepte der Firmen EMC und Network Appliance inc. geprüft. Tendenziell überzeugte der Lösungsansatz der Fa. Network Appliance etwas mehr. Diese Empfehlung deckt sich zudem mit Produktentscheidungen verschiedener Verwaltungen im Verbandsgebiet. Inwieweit dieser Lösungsansatz von der kdvz umgesetzt und mit Kosten unterlegt werden kann, ist von den noch abzustimmenden Bedarfen der Mitgliedsverwaltungen abhängig. Die Projektinhalte sind insoweit erfüllt und können als Basis für ein Produktivszenario genutzt werden.

SharePoint-Services

Die Ziele des Projektes lagen im Know-how-Aufbau und in der Beratung zu den Funktionen sowie Information an die Mitgliedskommunen. Die Projektmitarbeiter haben ein Testszenario aufgebaut und insbesondere die Möglichkeiten der Integration der MS-Office-Produkte in einem „social network“ getestet. Abgebildet wurden einzelne Projekte mit allen relevanten Projektsituationen und Veröffentlichungen. Im Rahmen einer Informationsveranstaltung mit externer Unterstützung wurden die Produktoptionen aufgezeigt, überzeugten aber in dem noch hohen Abstraktionsgrad die Mehrzahl der Teilnehmer/-innen nicht. Die Mitglieder des Koordinierungskreises haben daraufhin festgelegt, das Projekt zunächst nicht weiterzuverfolgen.

Virtuelle Poststelle und qualifizierte Signatur

Als Projektziele wurden der Aufbau von Angeboten für einen sicheren Mailverkehr sowie die Unterstützung hinsichtlich des Einsatzes qualifizierter Signaturen definiert. Zwischen Projektantragstellung und -realisierung hat sich in Bezug auf den sicheren Mailverkehr eine Vielzahl von Optionen ergeben. So sind Anforderungen bezüglich der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie bei der Umsetzung deutlich nachrangiger eingestuft worden. Daneben platzierten sich neue Angebote, wie De-Mail und die elektronische Post. Der kostenintensive Aufbau einer virtuellen Poststelle rechnet sich aber nur dann, wenn viele Dienstleistungen über Bürgerportale abgewickelt werden oder sich andere Leistungsangebote der Verwaltung mit einem Anspruch der rechtsverbindlichen Datenübertragung ergeben. Die aktuelle Notwendigkeit eines solchen Leistungsangebotes ist derzeit noch nicht erkennbar.

Das Thema „qualifizierte Signatur“ gewann durch die Anforderungen des Personenstandswesen und der Abfallbeseitigung deutlich an Dringlichkeit. Die kdVz ist das Thema proaktiv angegangen und hat sich als Registrierungsstelle für die Ausgabe von Signaturkarten qualifiziert. Allein 110 Signaturkarten wurden an Standesbeamte/-innen im Verbandsgebiet ausgegeben. Die Einbindung der Signatur in Geschäftsprozesse ist im Personenstandswesen bereits realisiert. Auf dieser Basis sind auch Zusatzdienste in anderen Fachapplikationen, z.B. Workflow des Finanzwesens, möglich – wobei für den Nutzer aber auch alternative Optionen, z. B. durch die Nutzung der De-Mail-Funktionen, verfügbar wären.

Auswertungen aus den Finanzverfahren

Das Projekt war zunächst rein auf das Verfahren „nsk“ der Fa. Infoma abgestellt. Zu prüfen war, ob das von der kdVz entwickelte Portal durch Einbindung der Finanzdaten weitere Nutzungsoptionen ermöglichen würde. Im Verbandsgebiet der kdVz werden derzeit vier Finanzverfahren eingesetzt (KIRP, Datev, OK.FIS und nsk). Bei allen Verfahren bieten die jeweiligen Hersteller Auswertungstools in unterschiedlicher Qualität an. Die Fa. Infoma bietet zudem für ihre Software ein sog. „Business Intelligence Tool“ an. Dieses relativ kos-

tenintensive Tool wurde im Projekt zunächst hinterfragt. Der im Hintergrund aufgebaute Datenwürfel enthält alle relevanten Informationen. Parallel dazu wurden Alternativ-Angebote geprüft. Hierbei stellte sich das Angebot der Fa. Kosy als ausgesprochen leistungsstark heraus. Für alle vier im Verbandsgebiet eingesetzten Finanzverfahren stellt diese Firma den konsistenten Datenzugriff und ein Tool für die Aufbereitung beliebiger Auswertungen zur Verfügung. Das Produkt wurde den Verbandsmitgliedern im September 2010 vorgestellt. Daneben wurde insbesondere von den Rechnungsprüfungsämtern im Verbandsgebiet die Software ‚IDEA‘ favorisiert. Diese setzt allerdings voraus, dass alle prüfrelevanten Daten durch das Finanzverfahren bereitgestellt werden.

Festzuhalten bleibt, dass der Projektauftrag insoweit inhaltlich nicht umsetzbar war; aus den genannten Gründen ergibt sich die Einbindung der Finanzdaten aus der Software nsk in das von der kd vz entwickelte Portal zunächst nicht. Bezogen auf alle eingesetzten Finanzverfahren bietet das Produkt der Fa. Kosy die umfangreichsten Funktionen an. Auch diese Software hat ihren Preis, scheint aber bei der vorhandenen Marktdurchdringung in Deutschland eine gute Option zu sein.

Daneben fand eine intensive Betreuung der Kunden im **Content-Management-System** der Fa. SitePark statt. Da sich bereits im Jahr zuvor abgezeichnet hatte, dass die Rechnerinfrastruktur beim derzeitigen Webhosting-Dienstleister für neue und erweiterte Anforderungen nicht mehr ausreichend dimensioniert wurde, entschloss sich die kd vz, das Hosting der Webserver in Eigenregie zu betreiben. In 2010 wurde die komplexe Installation der technischen Infrastruktur umgesetzt, im laufenden Jahr erfolgt sukzessive die Migration der einzelnen Mandanten.

2.3 IT-BETRIEB

Der IT-Betrieb, das meint in erster Linie das **Rechenzentrum** der kd vz Rhein-Erft-Rur mit seiner **IT-Sicherheitszelle**, bildet das Herzstück für zahlreiche Dienstleistungen des Zweckverbandes im Sinne eines Systemhauses. Um ihren Kunden ausreichend dimensionierte Rechnerressourcen zur Verfügung stellen zu können, wurde die Sicherheitszelle im vergangenen Jahr entsprechend aktueller und zukünftiger Anforderungen erweitert. IT-Services wie beispielsweise das Management der nahezu gesamten IT-Infrastruktur der Stadt Bergheim oder das Hosting der Finanzwesensoftware nsk und einer Vielzahl anderer Fachapplikationen sind somit möglich und werden auch bereits intensiv genutzt. In diesem Zusammenhang wurde die **Klimatisierung der IT-Sicherheitszelle** redundant ausgelegt, um hier zwei unabhängig voneinander arbeitende Kühlkreisläufe zu haben. Weiterhin hat die kd vz ein neues System-Management zur Server-Überwachung eingeführt.

Einen sichtbaren Erfolg des Bestrebens der kdvz Rhein-Erft-Rur, einen professionellen, weil sicheren und performanten, IT-Betrieb zu gewährleisten, stellt die Erlangung des **TÜV-Zertifikats** „geprüftes Rechenzentrum Hochverfügbarkeit Stufe 2“ dar. Mit der Erfüllung eines umfangreichen Kriterienkataloges bescheinigt der TÜV Saarland der kdvz die Hochverfügbarkeit konzeptioneller, organisatorischer, baulicher und technischer Art. Für 2011 ist eine TÜV-Zertifizierung „Green IT“ geplant. Ferner wurde im vergangenen Jahr **die Zertifizierung nach IDW951** für externe Dienstleister der Mitgliedsverwaltungen für die kdvz erfolgreich abgeschlossen, die einer jährlichen Nachprüfung unterliegt.

Im Jahr 2010 betrieb die kdvz in ihrem Rechenzentrum ca. 100 physikalische Server sowie ca. 200 virtuelle Server – eine Steigerung im virtuellen Bereich um 66 % gegenüber 2009. Die Kapazität des kdvz-Speichernetzwerkes (SAN – Storage Area Network) wurde im abgelaufenen Jahr auf über 30 Terabyte erweitert, realisiert in einer Gruppe von acht Speichersystemen. Insgesamt bietet die kdvz Storage wahlweise in drei Qualitätsstufen an, um so auf unterschiedliche Anforderungen mit der jeweils wirtschaftlichsten Lösung eingehen zu können.

Die Dienstleistungen des kdvz-Druckzentrums sind auch im vergangenen Jahr intensiv abgefragt worden. Das Komplettangebot „**Drucken-Kuvertieren-Frankieren-Einreichen**“ inklusive Einbindung der Infopost wurde im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch in Anspruch genommen, für das laufende Jahr 2011 ist eine Erweiterung der Produktpalette im Bereich Druckzentrum vorgesehen.

2.4 NETZE

Das **Wide Area Network** (WAN) der kdvz Rhein-Erft-Rur ist die basale Infrastrukturkomponente für jetzige und alle zukünftigen Anwendungen, Dienstleistungen und Produkte der kdvz Rhein-Erft-Rur. Daher muss es auf künftige Anforderungen ausgerichtet sein. Da das Netz in den vergangenen Jahren aufgrund der zunehmend komplexer und somit datenintensiver werdenden Anwendungen des öfteren an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit stieß, wurde das Verbandsnetz im vergangenen Jahr europaweit neu ausgeschrieben und zum 01. Oktober mit gänzlich neuen Parametern produktiv geschaltet. Das bisherige Kaskadennetz wurde durch eine sternförmige Architektur ersetzt und jedes Verbandsmitglied ist nunmehr über eine eigene Leitung auf Ethernet-Basis direkt mit der kdvz verbunden. Damit einher geht eine deutliche Erhöhung der Bandbreite, die in Teilen das Zehnfache der bisherigen Leitungskapazität erreicht. Die Anbindung erfolgt nunmehr je nach Kommune von 2,5 Mbit/s bis hin zu 10 Mbit/s. Neben diesen Primäranbindungen wurden auch die Backup-Verbindungen deutlich erhöht und erfolgen nun via SDSL mit Bandbreiten von bis zu 2,3 Mb/s. Das Umschalten von Primär- auf Backup-Anbindung im Falle eines Ausfalles der Primäranbindung ge-

schiebt innerhalb weniger Millisekunden. Zudem laufen die Primär- und Backup-Wege über zwei unterschiedliche Plattformen des Netzbetreibers, was die Ausfallsicherheit des Verbandsnetzes nochmals erhöht. Die eingesetzten modernen Router sind ebenfalls zukunftsorientiert ausgelegt und erlauben nun auch Features wie z. B. Verschlüsselung und ähnliches. Die kdvz Rhein-Erft-Rur stellt ihren Kunden mit dem neuen WAN eine Infrastrukturkomponente zur Verfügung, die die künftigen Herausforderungen an performante und sichere Datenübertragung bedienen kann.

Das **Internet** bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Ausfälle oder Performanceprobleme werden in den Kommunen sofort registriert. Der Gesamt-Datenverkehr hat sich in 2010 gegenüber 2009 wiederum gesteigert und liegt nun bei ca. 19 TeraByte (ein ‚Plus‘ von 11,7 %), wobei gleichzeitig eine rasante Zunahme des ein- und ausgehenden eMail-Traffic zu verzeichnen ist. Alle diese Mails werden auf sog. Malware und Spam (dreistufiges Spam-Abwehr-System) überprüft und ggf. gekennzeichnet, bevor sie zugestellt werden. Eine solche Überprüfung ist unerlässlich, da sich das Spam- und Viren-Aufkommen weiterhin auf einem sehr hohen Level bewegt. Neben der Internetnutzung „von Innen nach Außen“ steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Neben den zahlreichen DMZ-Applikationen (DMZ = Demilitarized Zone) hat auch die Nutzung von VPN-Verbindungen zugenommen. Der hohe Sicherheitsgedanke des Zweckverbandes hat sich in der Vergangenheit bewährt und muss auch für die Folgejahre erhalten bleiben. Die **Ausfallsicherheit** der zentralen Sicherheitskomponenten wurde bereits in den vorherigen Jahren hergestellt. In 2010 konnte die Kapazität der Internetleitung von 60 auf 100 Mbit/s erhöht werden.

Die über das **DOI-Netz** zur Verfügung gestellten Applikationen und deren Nutzung nehmen ständig zu. In 2010 kam es auch hier zu einer Steigerung von 2 % auf nunmehr 200 Gigabyte. Vordergründig ist die verstärkte Nutzung von eMails innerhalb des DOI-Netzes zu nennen. Mit fast 4.000 Behörden innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann mittels eMail und verschlüsseltem DOI-Netz kommuniziert werden. Dies wiederum belegt, dass sich das DOI-Netz als ein stabiles „behörden-eigenes“ Intranet in der BRD etabliert hat.

2.5 IT-SERVICES

Im vergangenen Jahr sind die technischen Dienstleistungen der kdvz Rhein-Erft-Rur in steigendem Maß in Anspruch genommen worden. Das **Hosting** von Fachanwendungen bildet einen der Tätigkeitsschwerpunkte. So wurde die technologische Infrastruktur für den Betrieb der neuen Finanzwesensoftware nsk zur Verfügung gestellt, dazu wurde ein zweites Datenbankcluster aufgebaut, um den Kun-

den ein performantes und hoch verfügbares System bereitzustellen. Des Weiteren hat sich die Stadt Bedburg für den Einsatz der nsk-Module „BI“ und „DMS“ entschieden; die kdvs hat hierfür die Infrastruktur zur Bereitstellung der Produkte implementiert. Ein weiteres Beispiel aus 2010 ist die bereits erwähnte Einführung des elektronischen Personenstandsregisters für die Verbandsmitglieder. Die gesetzlichen Anforderungen an die Sicherheit der Systeme bzw. den Datenbestand machte hier die besondere Herausforderung aus.

Bedingt durch die stetig steigende Nachfrage an Leistungen aus diesem Bereich hat sich die kdvs Rhein-Erft-Rur in puncto **Virtualisierungstechnologien und -strategien** zukunftsorientiert aufgestellt. Der Einsatz jeweils neuester Technologien ist diesbezüglich unabdingbar. Im letzten Jahr konnte ein noch effizienterer Betrieb der Citrix-Infrastruktur durch den Einsatz von Provisioning und Streamingtechnologien erreicht werden. Mit dem Ziel der verstärkten zentralisierten Bereitstellung von Anwendungen wurde die vorhandene Citrix-XenApp-Farm durch weitere Systeme ausgebaut. Zum Jahresende liefen 19 Applikationen mit insgesamt 2609 Nutzern produktiv. Um die Leistungsfähigkeit der Servervirtualisierungs-Plattform weiter zu steigern, wurden die Virtualisierungscluster der kdvs auf Basis des Produktes VMWare vSphere aktualisiert. Des Weiteren konnte durch den Ausbau der Citrix-XenServer-Infrastruktur der Virtualisierungsgrad im Serverumfeld weiter erhöht werden.

Eine herausgehobene Position im umfangreichen Tätigkeitsfeld der IT-Services nahm in 2010 in jedem Falle die **Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen** der Kreisstadt Bergheim zur kdvs Rhein-Erft-Rur ein. Die Stadt Bergheim hatte sich aus strategischen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus entschlossen, nahezu ihre gesamte IT-Infrastruktur in das Rechenzentrum der kdvs zu verlagern. Im Jahr 2010 wurden, nach umfangreichen Vorarbeiten, Aushandeln von entsprechenden Service-Level-Agreements etc., u. a. über 600 eMail-Postfächer, fast 100 Anwendungen, ca. 800 GB Fileserverdaten und diverse Datenbanksysteme migriert. Darüber hinaus stellt der Zweckverband nunmehr ca. 350 Desktops durch den Einsatz modernster Technologien zentral für die Kreisstadt Bergheim zur Verfügung. Das Konzept ist im gesamten Verband auf ein so positives Echo gestoßen, dass zahlreiche weitere Mitglieder diesen Weg auch beschreiten wollen.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag auch im vergangenen Jahr in umfassenden sog. ‚arbeitsplatznahen Services‘, bei denen Tätigkeiten beim Kunden vor Ort eine zentrale Rolle spielen. Hierzu zählen beispielsweise zahlreiche **Erstinstallationen bzw. Migrationen**, hinzu kommen zahlreiche Supportleistungen wie Hard- und Softwareaustausch bei Mietscheinablösungen, Datensicherung, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz und so fort. Serviceverträge über die Nutzung des **zentralen Virenschutzes** existieren seit dem letzten Jahr mit 24 Mitgliedsverwaltungen, vier Kommunen nutzen das Angebot **fester Betreuungstage**. Des Weiteren hat die kdvs sechs Verbandsmitglieder in-

tensiv bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes unterstützt. Bedingt durch die Einführung des **neuen Personalausweises** hat die kd vz für elf Kommunen entsprechende Bürgerbüro-Arbeitsplatzausstattungen beschafft und die entsprechenden Installationen vorgenommen.

Die Organisationseinheit **Serv-MIT** zur IT-Unterstützung an und für Schulen betreut nach wie vor die Schulen und Kindergärten in vier verbandsangehörigen Kommunen, die entsprechenden Dienstleistungsverträge wurden im letzten Jahr erneut verlängert. Der Unterstützungsaufwand wird ausschließlich nach aufgewendeten Stunden abgerechnet. Die Supportleistungen in 2010 umfassten 504 Arbeitsstunden. Die Vereinbarung von vier Kommunen aus dem Kreis Düren, ihren Schulsupport unter dem Dach der kd vz Rhein-Erft-Rur gemeinsam durchzuführen, wurde in 2010 aufrecht erhalten. Geplant ist für das laufende Jahr, den Projektcharakter dieses Zusammenschlusses zugunsten der Aufnahme in das Produktportfolio der kd vz aufzugeben. Erklärtes Ziel bleibt ein wartungsarmer und wirtschaftlicher Support für eine funktionierende, verfügbare und somit verlässliche und akzeptierte EDV-Ausstattung in den Schulen unter Ausschöpfung von Kostensenkungspotentialen.

2.6 ZENTRALE DIENSTE

Unter dem Dach der Zentralen Dienste sind heterogene Aufgaben zusammengefasst, die in großen Teilen primär auf den inneren Betrieb der kd vz ausstrahlen. Einige Dienstleistungen bzw. Tätigkeitsfelder aus 2010 seien exemplarisch erwähnt, da sie auch wesentlich das kd vz-/ Kunden-Verhältnis berühren.

Die Etablierung eines **Risikomanagements** wurde in 2010 abgeschlossen. Dieses beinhaltete in der ersten Ausbaustufe die Erstinventur der Risiken sowie die Bewertung der Risiken sowohl in Bezug auf Eintrittswahrscheinlichkeit als auch auf die potentielle Schadenshöhe. Der kd vz Rhein-Erft-Rur steht damit ein effektives Managementinstrument zur Risikoeerkennung und -vermeidung zur Verfügung.

Die kd vz Rhein-Erft-Rur arbeitet, beispielsweise im Zuge der Einführung neuer Fachverfahren, projektorientiert. In diesem Zusammenhang ist ein wirksames **Projektcontrolling** ein wichtiger Erfolgsfaktor. In 2010 wurden schwerpunktmäßig die Projekte

- Projekt Neuausrichtung des RZ-Betriebes mit den Facetten
 - Ablösung des Großrechners,
 - Ablösung des Fachverfahrens KIRP und alternativer Lösungsmöglichkeiten für weitere KIRP-Nutzer sowie
 - anderer sich auf dem Großrechner befindlicher Fachverfahren
- Projekt Einführung des Verfahrens Jagdwesen CONDITION
- Projekt Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters der Software Autista zur Unterstützung der Verwal-

tung im Bereich der elektronischen Beurkundung (Autista ePR-Server)

- INSPIRE

begleitet. Darüber hinaus werden seit 2010 im Zuge der Einführung der neuen Finanzwesen-Software nsk das Projektcontrolling sowie das Kosten- und Vertragscontrolling seitens der kdvz zentral gesteuert.

Im Bereich des **Kundenmanagements** standen in 2010 der Dialog der einzelnen Kundenmanager mit ihren Kunden, die Begleitung von Sitzungen sowie die Durchführung von Informationsveranstaltungen zu Produkten des Zweckverbandes im Vordergrund. Zu nennen ist hier exemplarisch der **kdvz-Technologietag**, der im Frühjahr mit dem Themenschwerpunkt ‚Virtualisierung‘ für die IT-Koordinatorinnen und -koordinatoren des Zweckverbandes durchgeführt wurde. Darüber hinaus war das Kundenmanagement in die Aufbereitung von Angeboten zu diversen Produkten und Dienstleistungen der kdvz eingebunden. Öffentlichkeitsarbeit wurde im Wesentlichen über die kdvz-Website, gelegentlich über die lokale Presse und häufig im direkten Dialog mit den Ansprechpartnern auf Kundenseite betrieben.

Ein Aufgabenschwerpunkt des **Rechnungsprüfungsamtes** (RPA) der kdvz liegt in der **Prüfung finanzwirksamer Verfahren**. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder konnte das RPA auch in 2010 den Zertifizierungskatalog kontinuierlich erweitern, er umfasst mittlerweile mehr als 25 finanzwirksame Fachverfahren, die vor ihrem Ersteinsatz geprüft werden und deren Weiterentwicklung überwacht wird. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen u. a. eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird mit der Zertifizierung durch das kdvz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. In 2010 beschäftigte sich das RPA zudem mit den auf dem Markt erhältlichen Programmlösungen speziell für Rechnungsprüfungsämter. Dabei stellte sich die Software ‚IDEA‘ der Fa. Audicon als interessantes Produkt für die Arbeit der RPAs allgemein heraus. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen einiger Verbandsmitglieder, die die Software bereits im Vorfeld in Eigenregie beschafft hatten. Eine entsprechende verbandsweite Abfrage ergab ein vielfaches Interesse der Kunden am Erwerb von IDEA-Lizenzen und -schulungen. Zurzeit verhandelt die kdvz eine Vereinbarung mit der Herstellerfirma, über die die Verbandsmitglieder die Möglichkeit erhalten sollen, Lizenzen und Schulungen zu erwerben.

3. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 98,0. Bei der Berechnung wurden die zwei Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2010 folgendes Bild:

	unter 30	30-50	51-60	älter als 60
höherer Dienst		1	2	1
gehobener Dienst	4	32	24	4
mittlerer Dienst	7	7	9	4

Folgende Dienstvereinbarungen hatten zum Stichtag 31.12.2010 Gültigkeit:

- Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längeren Erkrankungszeiten

4. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

Die Arbeit der kdVz Rhein-Erft-Rur war auch in 2010 geprägt von der Maßgabe, für die Mitglieder des Zweckverbandes professionelle IT-Dienstleistungen zu wirtschaftlichen Konditionen vorzuhalten. Parallel dazu wurde der im Jahr zuvor initiierte Meinungsbildungsprozess, in welchen Konstellationen die Zukunftsfähigkeit der IT-Unterstützung für die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes am effektivsten gewährleistet werden kann, in den verbandsangehörigen Kommunen fortgesetzt. Dieser ist bis dato noch nicht abgeschlossen, dennoch zeichnen sich für den Verband Perspektiven ab, die sich von der allgemeinen Stimmungslage noch in 2009 deutlich unterscheiden. So haben sich die Kommunen des Rhein-Erft-Kreises bereits recht frühzeitig festgelegt, die Mitgliedschaft im Zweckverband fortbestehen zu lassen. Vierzehn Städte und Gemeinden im Kreis Düren haben sich bis auf Weiteres für einen Verbleib im Zweckverband ausgesprochen. Die Stadt Düren behält sich eine Entscheidung bis zum Frühjahr 2011 vor; die Kreisverwaltung Düren ist legitimiert, Verhandlungen mit der kdVz über einen Austritt zum 31.12.2012 und parallel mit der regioIT aachen über einen Einstieg zu führen. Mit einer Entscheidung ist ebenfalls im Frühjahr 2011 zu rechnen. Für das Kreisgebiet Euskirchen ist festzuhalten, dass derzeit vier Kommunen dazu tendieren, die Mitgliedschaft im Zweckverband aufzukündigen. Zwei dieser Kommunen haben bereits ihre Kündigung ausgesprochen. Fünf kommunale Gebietskörperschaften haben ihren Verbleib im Zweckverband angekündigt. Auch die Kreisverwaltung Euskirchen wird zunächst im Zweckverband verbleiben und verstärkt das Ziel von Kooperationen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit verfolgen.

Neben der Kooperation zwischen Gebietskörperschaften unter dem Dach der kdvz Rhein-Erft-Rur gewinnt auch die Kooperation zwischen kommunalen IT-Dienstleistern zunehmend an Bedeutung. Die Bildung größerer Einheiten lässt Synergien erwarten, die eine wirtschaftliche Aufgabenerledigung fördern. Die kdvz hat daher in 2010 ihre Gespräche mit dem KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister – intensiviert mit dem Ziel, dem Verband beizutreten. Zweck des Dachverbandes KDN ist, einen institutionalisierten Leistungsaustausch unter den Verbandsmitgliedern zu ermöglichen. Vornehmlich handelt es sich dabei um:

- Bündelung von Nachfrage beim Lizenzerwerb
- Gemeinsame Beschaffung
- Betriebsleistungen von Mitgliedern untereinander
- Gemeinsame Abnahme von Beratungsleistungen/Schulungen

Der Beitritt zum KDN räumt der kdvz Rhein-Erft-Rur alle Vorteile eines größeren Verbundes ein, ohne dass ein Nutzungszwang der angebotenen Leistungen entsteht. Die Eigenständigkeit der IT-Dienstleister bleibt auch bei einem Beitritt zum Dachverband vollumfänglich erhalten, wie auch die IT-Dienstleister weiterhin alleinige Ansprechpartner für ihre Mitgliedskommunen bleiben. Vor diesem Hintergrund hat die Verbandsversammlung der kdvz Rhein-Erft-Rur auf Empfehlung des Verwaltungsrats am 17.12.2010 die Mitgliedschaft im KDN beschlossen. Der KDN hat dem Antrag mit Wirkung zum 01.01.2011 entsprochen.

Die in 2009 begonnene Qualifizierungsoffensive wurde auch im vergangenen Jahr fortgesetzt mit dem Ziel, neue Kompetenzfelder zu besetzen und den durch technologischen Wandel veränderten Arbeitsplatzbedingungen Rechnung zu tragen. Über die verschiedenen Qualifizierungsmaßnahmen erreichten insgesamt neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Zertifizierung in unterschiedlichen Bereichen wie IT-Sicherheit oder zur Microsoft- bzw. Cisco-Produktschiene.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen der kdvz Rhein-Erft-Rur im Jahr 2010 deutlich zugenommen hat, die kdvz wird wieder erkennbar als IT-Dienstleister für ihre Mitgliedsverwaltungen wahrgenommen. Beispielhaft hierfür ist die Entscheidung der Stadt Bergheim, nahezu ihre komplette Infrastruktur zum Zweckverband zu verlagern – ein Weg, der bereits weitere Interessenten zur Nachahmung gefunden hat (ausführlicher zum Projekt vgl. Kapitel 2.5 IT-Services). Die kdvz verpflichtet sich auch weiterhin, ihre Dienstleistungen qualitativ hochwertig und mit einem kompetenten und motivierten Mitarbeiter-Team zu erbringen.

5. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

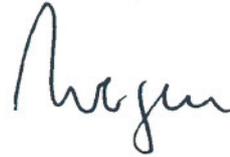
keine

Frechen, den 30.09.2011



Stommel
Verbandsvorsteher

Im Auftrag



Wergen
Geschäftsführer

BILANZ
Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur

Frechen

zum

31. Dezember 2011

AKTIVA	EUR	Vorjahreszahlen EUR	EUR	Vorjahreszahlen EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.780.921,41	2.474.366,61		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	334.855,95	259.135,12		
2. technische Anlagen und Maschinen	183.427,75	227.371,79		
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.487.203,42	3.559.699,63		
III. Finanzanlagen				
Wertpapiere des Anlagevermögens	7.499.437,56	6.968.655,21		
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	28.105,26	55.709,68		
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	4.001.791,26	4.186.378,04		
3. sonstige Vermögensgegenstände	7.067,71	30.715,11		
	4.036.964,23	4.272.802,83		
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	20.310,54	38.142,92		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	225.146,80	282.625,31		
	18.049.983,96	17.596.292,51		
			0,00	0,00
A. Eigenkapital				
Jahresüberschuss			0,00	0,00
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	13.102.494,00	11.383.021,00		
2. sonstige Rückstellungen	1.577.522,04	1.453.001,29		
	14.680.016,04	12.836.022,29		
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.513.068,00	3.200.855,97		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	663.257,57	707.583,67		
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	67.601,35	808.194,26		
4. sonstige Verbindlichkeiten	126.041,00	43.636,32		
	3.369.967,92	4.760.270,22		
			18.049.983,96	17.596.292,51

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom **01.01.2011 bis 31.12.2011**

**Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur**

Frechen

	EUR	Vorjahr 2010 EUR
1. Umsatzerlöse	15.395.375,42	14.949.895,93
2. sonstige betriebliche Erträge	394.248,58	74.057,61
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	139.776,29	185.547,69
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.550.532,69	1.120.835,98
	<u>1.690.308,98</u>	<u>1.306.383,67</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	4.245.556,30	4.119.576,03
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.127.295,01	2.410.719,79
	<u>7.372.851,31</u>	<u>6.530.295,82</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.363.336,09	1.388.001,57
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.251.853,38	5.685.838,94
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.443,59	30.762,22
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	112.359,83	142.775,99
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.358,00	1.419,77
10. sonstige Steuern	<u>1.358,00</u>	<u>1.419,77</u>
11. Jahresüberschuss	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Kommunale Datenverarbeitungszentrale
Rhein-Erft-Rur



**LAGEBERICHT
2011**

KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966

BGB-Gesellschaft „Kommunale elektronische
Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln“

01.07.1978

Zweckverband „Kommunale
Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur“

Sitz

50226 Frechen
Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale
Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung
Josef Carl Rhiem (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Heinrich Stommel
Bürgermeister Stadt Jülich

1. stv. Verbandsvorsteher: Bernhard Hadel
1. Beigeordneter und Kämmerer Stadt Wesseling

2. stv. Verbandsvorsteher: Johannes Adams
Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer:
Karl Heinz Wergen

Aufgaben

Die kdvz Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT-Dienstleister für 37 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender IT-Support bilden zusätzliche Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2011 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung 2011 T €	2010 T €	Abweichung T €
Umsatzerlöse	15.395,4	14.949,9	445,5
darin Kostenweiterbelastungen	-78,6	-26,3	-52,3
bereinigte Umsatzerlöse	15.316,7	14.923,6	393,1
Neutrale Erträge	394,2	74,1	320,1
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-7.372,9	-6.530,3	-842,6
Abschreibungen	-1.363,3	-1.388,0	24,7
Übrige Aufwendungen	-6.942,2	-6.992,2	50,0
davon Kostenweiterbelastungen	78,6	26,3	52,3
bereinigte übrige Aufwendungen	-6.863,5	-6.965,9	102,4
Finanzergebnis	-109,9	-112,1	2,2
Ergebnis vor Steuern	1,4	1,4	-0,1
Steuern	-1,4	-1,4	0,0
	0,0	0,0	-0,1

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2011 Investitionen in Höhe von 1.599,5 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wieder finden:

DV-Software	1.342,0 T€
Betriebsgebäude	0,0 T€
Maschinen und technische Anlagen	170,9 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	86,6 T€
	<u>1.599,5 T€</u>

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2011 unter dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	1,4 T€
ordentliche Abschreibungen	1.363,3 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	2.254,8 T€
Cash Flow	<u>3.619,5 T€</u>

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdvz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2011 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 2.799,4 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit

Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	1.363,3 T€
Zunahme der Rückstellungen	1.844,0 T€
Erträge aus Anlageverkäufen	1,1 T€
Zunahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	-430,3 T€
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	21,1 T€
<hr/>	
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u><u>2.799,2 T€</u></u>

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Abgängen	1,1 T€
Investitionen	-1.599,5 T€
Zugang Wertpapiere des Anlagevermögens (Pensionsfonds)	-530,8 T€
<hr/>	
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	<u><u>-2.129,2 T€</u></u>

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit

Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehenstilgungen	-687,8 T€
<hr/>	
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u><u>-687,8 T€</u></u>

Veränderung des Finanzmittelbestandes

Finanzmittel zum 01.01.2011	38,1 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	2.799,2 T€
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-2.129,2 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-687,8 T€
<hr/>	
Finanzmittel zum 31.12.2011	<u><u>20,3 T€</u></u>

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2011

	Ergebnis	Plan	Abweichung
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	15.458.593,69 €	15.286.409,00 €	172.184,69 €
2. Gesamtleistung	15.458.593,69 €	15.286.409,00 €	172.184,69 €
3. sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	276.587,87 €	- €	276.587,87 €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	117.660,71 €	- €	117.660,71 €
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	139.776,29 €	83.700,00 €	56.076,29 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.550.532,69 €	1.432.025,00 €	118.507,69 €
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	4.245.556,30 €	4.195.679,00 €	49.877,30 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.127.295,01 €	2.159.838,00 €	967.457,01 €
	7.372.851,31 €	6.355.517,00 €	1.017.334,31 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.363.336,09 €	1.949.704,00 €	- 586.367,91 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen			
aa) Raumkosten	367.530,09 €	355.837,00 €	11.693,09 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	73.371,60 €	36.000,00 €	37.371,60 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	121.074,56 €	152.886,00 €	- 31.811,44 €
ad) Fahrzeugkosten	14.752,91 €	16.070,00 €	- 1.317,09 €
ae) Werbe- und Reisekosten	27.984,23 €	56.000,00 €	- 28.015,77 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	1.997.867,14 €	2.397.994,00 €	- 400.126,86 €
afb) Datenübermittlung	732.721,37 €	704.931,00 €	27.790,37 €
afc) Consulting und Beratung	1.063.363,69 €	965.430,00 €	97.933,69 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	402.719,21 €	68.920,00 €	333.799,21 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	450.468,58 €	376.447,00 €	74.021,58 €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €
	5.251.853,38 €	5.130.515,00 €	121.338,38 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.443,59 €	- €	2.443,59 €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	112.359,83 €	333.478,00 €	- 221.118,17 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	64.576,27 €	1.470,00 €	63.106,27 €
12. sonstige Steuern	- 1.358,00 €	- 1.470,00 €	112,00 €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	63.218,27 €	- €	63.218,27 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2011	- 63.218,27 €		
14.3 Jahresüberschuss	- €		

Finanzstruktur

	2011 in T€	2010 in T€	Veränderung
Rückstellungen	14.680,0	12.836,0	1.844,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.513,1	3.200,9	-687,8
Übrige Verbindlichkeiten (davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	856,9 (67,6)	1.559,4 (808,2)	-702,5 (-534,6)
Summe	18.050,0	17.596,3	453,7

Vermögensstruktur

	2011 in T€	2010 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	2.780,9	2.474,4	306,6
Sachanlagen	3.487,2	3.559,7	-72,5
Finanzanlagen	7.499,4	6.968,7	530,8
Anlagevermögen	13.767,6	13.002,7	764,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (davon gegen Verbandsmitglieder)	4.037,0 (4001,79126)	4.272,8 (4.118,3)	-235,8 (-186,7)
Flüssige Mittel	20,3	38,1	-17,8
Abgrenzungsposten	225,1	282,6	-57,5
Summe	18.050,0	17.596,3	453,7

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Im Bereich des **Einwohnerwesens** war das Jahr nach Einführung des neuen Personalausweises (nPA) vor allem geprägt von diversen Softwareaktualisierungen im Zusammenhang mit Anpassungen an dem neuartigen Ausweis. Parallel wurde in 2011 das EWO-Archiv eingeführt, welches den Meldeämtern ermöglicht, jeglichen Schriftverkehr zu einer Person mit dieser Person verknüpft im Meldeverfahren zu speichern. Ferner wurde der Aufbau der Datenpakete zum Zensus 2011 erfolgreich durchgeführt. Die **elektronische Melde-registerversand** (EMRA) nutzen seit dem letzten Jahr alle verbandsangehörigen Kommunen.

Da im vergangenen Jahr keine größeren **Wahlen** durchgeführt wurden, beschränkte sich die Unterstützung der kdvz Rhein-Erft-Rur auf die Anwendungsbetreuung bei der Durchführung von Bürgerentscheiden/-begehren und Jugendforumswahlen. Zu einem ungleich höheren Ressourceneinsatz wird die außerplanmäßige Landtagswahl im Mai 2012 führen.

Bei der **Personalabrechnung** betreut die kdvz zzt. ca. 50 Kunden mit ca. 16.400 Personalabrechnungsfällen. Dabei sind permanent die aktuellen Veränderungen, u.a. in den Bereichen der Sozialversicherung, der Lohnsteuer und der Sondertarifverträge, anzupassen und die Kunden in der Handhabung der jeweiligen Anpassung zu unterstützen. Vielfältige gesetzliche Anpassungen (z.B. ElsterLohn II: Wegfall der Lohnsteuerkarte und sichere Datenkommunikation mit der Finanzverwaltung) sowie verschiedene Tarifanpassungen und Umstellungen des Herstellers auf einen neuen Tarifprozess wurden realisiert bzw. müssen im Jahr 2012 vorgenommen werden. Die bisherigen Arbeiten konnten termingerecht und mit einer hohen Kundenakzeptanz erledigt werden. Bezogen auf die aktuellen Bedarfe der Kunden wurden Schulungsprogramme entwickelt, die zusammen mit einem kommunalen Kooperationspartner in 2012 angeboten werden.

Bei den Hauptveranlagungen für die Kommunen wurden in 2011 letztmalig die **Abgabeverfahren** der kdvz eingesetzt; d. h. die Steuerbescheide wurden entsprechend der örtlichen Satzungen erstellt und die Forderungen den Stadtkassen zur weiteren Verfolgung übermittelt. Dabei hat sich die Anwenderzahl dieser Verfahren reduziert, da im Vorjahr neun Verwaltungen auf das integrierte Abgabeverfahren newsystem@kommunal (nsk) der Firma Infoma gewechselt haben.

Im **Finanzwesen** generierten im abgelaufenen Jahr zwei Produkte Unterstützungsbedarf. Neben der laufenden Verfahrensbetreuung wurde **KIRP** auf den neuen Versionsstand 7.5 gebracht. Weiterhin lag ein markanter Unterstützungsbedarf bei den Jahresabschlüssen nach NKF vor. Mit der Ablösung des Großrechners und der vollständigen Umstellung aller Verwaltungen auf ein neues Finanzverfahren wurde auch die Anwendung KIRP aus dem Tagesgeschäft genom-

men. Dennoch wird das Verfahren benötigt, um die Jahresabschlüsse zu fertigen und gleichzeitig gilt es, gesetzliche Aufbewahrungsfristen von zehn Jahren zu erfüllen. Für die Jahresabschlüsse ist ein performantes System erforderlich, daher wurde für 2012 der KIRP-Betrieb des KRZN Niederrhein angemietet. Allen anderen Verwaltungen, die bereits sämtliche Abschlüsse durchgeführt hatten, wurde ein Auskunftssystem auf den Servern der kdvz bereitgestellt, das in 2012 in ein revisionssicheres Archiv überführt wird. Im Jahr 2011 ist **newsystem@kommunal** in neun weiteren Verwaltungen zeitgleich eingeführt worden. Mit dem 01.01.2012 sind die Einführungsprojekte abgeschlossen und nsk befindet sich bei 22 Kommunen des Zweckverbandes und der kdvz Rhein-Erft-Rur im Einsatz. Wie in den Vorjahren sind die Einführungsprojekte durch den Hersteller gesteuert worden. Zusätzlich entwickelte sich weitergehender Unterstützungsbedarf bei den Kommunen, der durch die kdvz erfolgreich bedient wurde. Im Bereich der **Vollstreckung** mit dem Produkt Avviso beschränkt sich die Nutzung auf die Kunden der Finanzwesen-Software Datev. Für mehrere dieser Verwaltungen ist die Datev-Schnittstelle für einen zentralen Support durch die kdvz im Rechenzentrum implementiert worden. Damit wird diese Funktion auf Wunsch künftig durch die kdvz betreut. Über das laufende Geschäft hinaus wird die **Inventarisierungssoftware** KAI intensiv von den Kommunen genutzt, die sich noch aktiv in den Eröffnungsbilanzen von NKF befinden. Ein zusätzlicher Kunde aus dem Verbandsgebiet hat das Verfahren im Jahr 2011 eingeführt und hierüber seine ganze Inventarisierung aktuell aufgebaut.

Im Bereich **Verwarn- und Bußgeld** wurde das Produktmodul „Wi-nOWiG mobil“ bei drei weiteren Kunden produktiv eingeführt. Dieses ermöglicht die Erfassung von Ordnungswidrigkeiten inkl. Bildern über Standard-Smartphones diverser Hersteller, der Ausdruck von Verwarnungen vor Ort am Fahrzeug ist ebenfalls möglich. Im Herbst 2011 wurden darüber hinaus die notwendigen systemtechnischen Voraussetzungen für die Löschung bzw. Verschiebung von älteren abgeschlossenen Fällen in ein Archiv geschaffen; produktiv läuft das System seit Januar 2012. Aufgrund des Umstiegs im Finanzverfahren von KIRP auf nsk erfolgte die Umstellung der Finanzschnittstelle bei insgesamt 16 Kommunen.

Im **Ausländerwesen** wurde zum 01. September 2011 der einheitliche Aufenthaltstitel (eAT) mit den gleichen Funktionen wie die des neuen Personalausweises eingeführt. Die Einführung erfolgte durch den Dienstleister KDZ Westfalen-Süd und ging reibungslos vonstatten.

Zwei Kommunen, davon eine außerhalb des Verbandsgebietes, konnten im Bereich des **Personenstandwesens** als Neukunden gewonnen werden. Im Verfahren wurde umgesetzt, dass bestimmte Mitteilungen an Standesämter innerhalb des Verbandsgebietes elektronisch verschickt werden können. Ebenfalls ist die Nacherfassung der Personenstandseinträge von vor 2009 jetzt in allen Registern möglich. Das Modul xStaBürger zur Urkundenanforderung über

die Webseite der Kommunen wurde für interessierte Standesämter eingerichtet.

Das Produkt „Migewa“, **Gewerbewesen**, ist um das Modul „eAuskunft“ erweitert worden. Mit „eAuskunft“ können berechnete Personen oder Ämter über eine Webkomponente Auskünfte einholen und sich diese direkt zusenden lassen. Dies erhöht die Antwortgeschwindigkeit von einigen Tagen auf wenige Minuten. Erste Kunden-Installationen wurden bereits realisiert. Weiterhin wurde die automatisierte Abfrage zum Bundesamt für Justiz (BfJ) für Führungszeugnisse eingeführt, wodurch papiergebundene Anfragen nicht mehr notwendig sind.

In 2011 wurde der **kommunale Sitzungsdienst** inkl. Internetmodul bei einem weiteren Verbandsmitglied eingeführt. Bei zwei Kommunen wurde das veraltete Internetmodul auf einen modernen, barrierefreien Zugang umgestellt, für einen externen Kunden übernimmt die kdvz Rhein-Erft-Rur das komplette Hosting des Sitzungsdienstes. Darüber hinaus wurde bei zwei Mitgliedsverwaltungen für einen Teil der Mandatsträger der komplett papierlose Sitzungsdienst eingerichtet. Die papierlose Abwicklung des Sitzungsdienstes, vom Entwurf einer Vorlage bis hin zur Versendung der Niederschriften, vereinfacht die Mandatsarbeit ebenso wie die papierlose Verarbeitung der Unterlagen durch die Ratsmitglieder. Das hierzu erforderliche Modul wurde testweise auch bei weiteren Interessenten installiert.

Bei der **Kfz-Zulassung** wurde der Direktzugriff zum Kraftfahrt-Bundesamt um das Modul EUCARIS (EUropean CAR and driving licence Information System) erweitert. Damit besteht die Möglichkeit des direkten Online-Abrufs von Daten aus den zentralen Fahrzeug- und Führerscheinregistern der beteiligten Staaten. Genutzt wird die Funktion hauptsächlich für den Im- und Export von Fahrzeugen sowie bei der Strafverfolgung.

Weitere Kommunen haben sich für eine zentrale Verfahrenslösung bei der kdvz im Bereich **Baugenehmigung** entschieden.

Das Verfahren im **Wohnungswesen** unterstützt die Verwaltungen bei Bestands- und Besetzungskontrolle, den Wohnberechtigungs-scheinen und der Wohnungsvermittlung. Eine weitere Stadtverwaltung hat Interesse an dem Verfahren gezeigt und wird es im kommenden Jahr einführen.

Im Bereich des **Content-Management-Systems (CMS)** wurde die neue Systemumgebung bei der kdvz Rhein-Erft-Rur eingerichtet und die für das Jahr 2011 avisierten Migrationen der Mandanten wurden umgesetzt. Gemeinsam mit einem Kunden wurden der neue Internetauftritt sowie ein neuer Intranetauftritt realisiert. Grundlagen für die Content-Migration weiterer CMS-Mandanten wurden – teils gemeinsam mit dem Hersteller – geschaffen, bei diversen Kunden wurden zusätzliche Internetmodule implementiert oder vorbereitet. Weiterhin wurden im vergangenen Jahr kleinere Fachanwendungen bei verschiedenen Kunden neu eingeführt, die dazu beitragen, die Interaktionsbeziehungen zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und

Bürgern zu vereinfachen. Das **Online-Terminmanagement** bietet eine einfache wie effiziente Möglichkeit, bequem und online Termine zwischen den Fachämtern der Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern abzuwickeln und lange Wartezeiten zu vermeiden. Der **Online-Verzeichnisdienst**, der die vorherige veraltete Lösung ersetzt, ist ein nach Branchen / Gruppen alphabetisch geordnetes Verzeichnis von Unternehmen oder Vereinen, das in kommunale Web-Präsenzen integriert wird. Mithilfe der Webanwendung **Onlineumfragen** sind Kommunen in der Lage, komfortabel z. B. Umfragen oder Abstimmungen zu organisieren. Von Vorschlägen zur Widmung neuer Straßen über Zufriedenheitsanalysen bis hin zu Umfragen zum Nutzungsverhalten kommunaler Einrichtungen: Das kdvz-Tool vereinfacht Prozesse und unterstützt somit die Tendenz zur stärkeren Bürgerbeteiligung. Die webbasierte neue **Fundbürosoftware** dient zur Erfassung und Verwaltung von Fund- und Verlustmeldungen. Gleichzeitig ist eine direkte Vermarktung der Fundsachen über eine Onlineversteigerung möglich. Die Fundsachen werden nach vorheriger Prüfung und Bewertung im Internet zur Versteigerung bereitgestellt.

Die kdvz Rhein-Erft-Rur realisiert derzeit die Einführung eines **Dokumentenmanagementsystems** (DMS). Dazu sollen zunächst der Aktenplan und der Rechnungseingangs-Workflow im 2. Quartal 2012 produktionsreif zur Verfügung stehen. Ziel des Projektes ist die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und die Verbesserung des Services durch eine weitestgehende Digitalisierung aller dokumentenbezogenen Prozesse. Nach erfolgreicher Einführung im eigenen Unternehmen soll den angeschlossenen Kommunen dann ein entsprechendes Dienstleistungspaket zum Dokumentenmanagementsystem als Produkt angeboten werden.

2.2 Projekte

INSPIRE

Die Richtlinie 2007/2/EG des Europäischen Parlaments sieht den Aufbau einer europaweiten Geodateninfrastruktur vor. Die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen haben im Jahr 2009 die Anforderungen in nationales Recht umgesetzt. Derzeit ist kein akuter Handlungsbedarf zu erkennen, da zwar die Umsetzung der Inhalte gefordert, jedoch keine hinreichende Konkretisierung erkennbar ist.

De-Mail / ePost

De-Mail ist ein Kommunikationsmittel, das den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente per Online-Brief über das Internet ermöglichen soll. De-Mail ist ein Projekt der deutschen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit mehreren Dienstleistern und zielt auf die Verringerung der Austauschkosten für Verwaltungen und Unternehmen. Im Mai 2011 wurde das De-Mail-Gesetz verabschiedet und verschiedene Dienstleister beabsichtigen ab dem Jahr 2012 auf dieser Basis zertifizierte Leistungen zu

erbringen. Im Vorgriff darauf hat die Deutsche Post AG bereits ihre ePost-Dienste den Kunden angeboten und geht von einer künftigen Zertifizierung der Dienste aus. Der Rhein-Erft-Kreis nutzt als erstes Verbandsmitglied diese Postdienste, deren Infrastruktur von der kdvz unterstützt wird. Es ist davon auszugehen, dass mit der Zertifizierung der Dienste weitere interessierte Kunden die Möglichkeit der sicheren Datenkommunikation nutzen werden.

Bürgerportale / Business Process Management (BPM)

Für Bürger bietet ein Portal die Möglichkeit zeit- und ortsungebunden Zugang zu den kommunalen Dienstleistungen zu erhalten. Das virtuelle Rathaus ist über anonyme oder authentifizierte Zugänge erreichbar. Prozesse werden sofort an den richtigen Stellen angestoßen und für den Bürger (Kunden) transparenter in der Abwicklung und Entscheidungsfindung. Im Jahr 2011 wurden hierzu insgesamt sechs Portallösungen, die von kommunalen Dienstleistern eingesetzt werden, bewertet und auf ihre Umsetzbarkeit im Verbandsgebiet der kdvz Rhein-Erft-Rur geprüft. Zwei Mitgliedsverwaltungen beabsichtigen im Jahr 2012 wichtige Prozesse im Bereich des Bürgerservices zu analysieren und über eine Portallösung den Bürgern / Kunden anzubieten. Sowohl die Prozessaufnahme als auch die Umsetzung und die Darstellung über eine Portallösung werden dabei von der kdvz Rhein-Erft-Rur unterstützt.

2.3 IT-Betrieb

Im IT-Betrieb ging im vergangenen Jahr eine mehr als vier Jahrzehnte währende Ära zu Ende: Die Großrechnertechnologie hat für den Zweckverband endgültig ausgedient. Wesentlicher Grund hierfür ist der Trend zu moderneren Verfahren auf anderen Rechnerplattformen. Im Jahre 2011 galt es für die **Ablösung der Großrechnerplattform** im Besonderen, Hostapplikationen durch Serververfahren zu ersetzen, Datenbestände zu migrieren und Schnittstellen für die Datenübermittlung neu zu strukturieren. Die **Migration der Daten** aus dem Finanzverfahren KIRP und dessen Vorverfahren, die im letzten Jahr noch auf der Großrechnerplattform der KDVZ Citkomm liefen, gestaltete sich als besonders anspruchsvoll, da die Daten erst kurz vor dem Jahreswechsel exportiert werden konnten, um keine unnötig lange Unterbrechung der Abwicklung des Zahlungsverkehrs zu verursachen. So wurde der Datentransfer auf den letztmöglichen Zeitraum im Dezember 2011 verschoben.

Mit der Ablösung der Finanzwesen-Software KIRP nach nsk der Firma Infoma wurde für Auskunftszwecke auf die alten KIRP-Daten eine **Serverplattform** zur Verfügung gestellt.

Die Zertifizierung des qualitativ hochwertigen, d. h. sicheren und performanten, Rechenzentrumsbetriebes ist ständiger Anspruch der kdvz Rhein-Erft-Rur. Die Erlangung des TÜV-Zertifikats „geprüftes Rechenzentrum Hochverfügbarkeit Stufe 2“ im Jahr 2010 ist dabei

ein wichtiger Baustein. Diese ist im laufenden Jahr zu erneuern. Daneben bemüht sich der Zweckverband um die **TÜV-Zertifizierung „Green IT“**; hierfür wurden bereits in 2011 umfangreiche Erhebungen von Mess- und Infrastrukturdaten durchgeführt und der Kriterienkatalog des TÜV zur Erlangung der Zertifizierung abgearbeitet. Änderungen in der Infrastruktur wurden umgesetzt oder sind geplant. Die Zertifizierung nach IDW-Prüfungsstandard 951 für externe Dienstleister der Mitgliedsverwaltungen erfolgt ebenfalls jährlich.

Um das Risiko eines Ausfalles des Rechenzentrums zu minimieren, wurde die **Unterbrechungsfreie Stromversorgung (USV)** im Frühjahr 2011 erneuert. Die USV, die Stromschwankungen ausgleicht und kurzzeitige Stromausfälle überbrückt, ist nun redundant ausgelegt.

Im Jahr 2011 betrieb die kdvz in ihrem Rechenzentrum ca. 120 physikalische Server sowie ca. 250 virtuelle Server. Für das **kdvz-Speichernetzwerk (SAN – Storage Area Network)** war angesichts eines stetig wachsenden Datenvolumens eine Neuausrichtung erforderlich. Die kdvz hat einen Teil der bestehenden Storage-Systeme durch ein technologisch neues System ausgetauscht. Die Kapazität wurde nochmals auf über 50 Terabyte erweitert. Die kdvz bietet das Storage wahlweise in drei Qualitätsstufen an, um so auf unterschiedliche Anforderungen mit der jeweils wirtschaftlichsten Lösung eingehen zu können.

Das Komplettangebot **„Drucken-Kuvertieren-Frankieren-Einreichen“** inklusive Einbindung der Infopost wurde im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch in Anspruch genommen. Für das laufende Jahr 2012 ist eine Erweiterung der Produktpalette im Bereich Druckzentrum vorgesehen, um den Auslastungsgrad weiter zu steigern.

2.4 Netze

Das **Wide Area Network (WAN)** der kdvz Rhein-Erft-Rur ist eine zentrale Infrastrukturkomponente für jetzige und alle zukünftigen Anwendungen, Dienstleistungen und Produkte der kdvz Rhein-Erft-Rur. Das neue, sternförmige Verbandsnetz, das der Verband seit Oktober 2010 nutzt, hat sich im vergangenen Jahr als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt. Kurzzeitige Unterbrechungen der Primäranbindungen wurden durch automatische Umschaltungen im Millisekundenbereich auf den Backup-Weg unbemerkt vom Kunden aufgefangen. So kam es zu keinem Zeitpunkt zu einem wahrnehmbaren Ausfall der Kommunikation Kunde – kdvz. Die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag somit bei nahezu 100%. In 2011 wurde auch die Verschlüsselung auf allen Verbandsleitungen aktiviert. Auch hier hat sich gezeigt, dass die eingesetzten Techniken keine Performanceverluste mit sich brachten und die Aktivierung der

Verschlüsselung unbemerkt vom Kunden blieb. Durch die Verschlüsselung wurde die Sicherheit nochmals verbessert.

Das **Internet** bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdvz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar. Ausfälle oder Performanceprobleme werden seitens der Kunden sofort registriert. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, auf dessen Gefahrenabwehr ein Arbeitsschwerpunkt liegt. Der Gesamt-Datenverkehr hat sich in 2011 gegenüber 2010 wiederum gesteigert und liegt nun bei ca. 29 Tera-byte (ein Plus von 52% gegenüber dem Vorjahr!), wobei gleichzeitig eine rasante Zunahme des ein- und ausgehenden E-Mail-Traffic zu verzeichnen ist. Alle diese Mails werden auf sog. Malware und Spam (dreistufiges Spam-Abwehr-System) überprüft und ggf. gekennzeichnet, bevor sie zugestellt werden. Eine solche Überprüfung ist unerlässlich, da sich das Spam- und Viren-Aufkommen weiterhin auf einem sehr hohen Level bewegt. Neben der Internetnutzung „von Innen nach Außen“ steht der Internetzugang aber auch für Zugriffe von Außen zur Verfügung. Nicht nur die zahlreichen DMZ-Applikationen (DMZ = Demilitarized Zone), auch die Nutzung von VPN-Verbindungen hat zugenommen. Erstmals wurden in 2011 auch Smartphones und Tablet-PCs als Einwahl-Endgeräte konfiguriert.

Der hohe Sicherheitsgedanke des Zweckverbandes hat sich in der Vergangenheit bewährt und muss auch für die Folgejahre erhalten bleiben. Die **Ausfallsicherheit** der zentralen Sicherheitskomponenten wurde bereits in den vorherigen Jahren sichergestellt. Auf die Zunahme der Nutzung wird bereits reagiert, die Internet-Bandbreite wird in 2012 von 100 auf 150 Mbit/s erhöht.

Die über das **DOI-Netz** zur Verfügung gestellten Applikationen und deren Nutzung nehmen ständig zu. In 2011 kam es auch hier zu einer Steigerung von 143% auf nunmehr 487 GigaByte. Vordergründig ist hier die verstärkte Nutzung von E-Mails innerhalb des DOI-Netzes zu nennen. Mit nahezu jeder Behörde innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kann mittels E-Mail und verschlüsseltem DOI-Netz kommuniziert werden. Dies wiederum belegt, dass sich das DOI-Netz als ein stabiles „behörden-eigenes“ Intranet in der BRD etabliert hat.

Auch in 2011 hat die kdvz für einige Verwaltungen Angebote bzgl. **IP-Telefonie** erarbeitet bzw. diese beraten. Dabei wurden die Mehrwerte einer reinen IP-Telefonie durchaus als vorteilhaft angesehen. Mit Erfolg wurden bei allen Bestandskunden Upgrades auf die aktuelle Version durchgeführt. Erstmals wurde auch die IP-Telefonie mit einem Kunden über das Verbandsnetz umgesetzt. Gespräche zwischen diesem Kunden und der kdvz gehen dabei nicht

mehr über das öffentliche ISDN-Netz, sondern werden direkt über die Verbandsleitung (WAN) vermittelt und sind damit kostenfrei.

2.5 IT-Services

Die Inanspruchnahme von technischen Dienstleistungen der kdvz Rhein-Erft-Rur war auch in 2011 unverändert hoch. Das **Hosting** von Fachanwendungen bildet einen der Dienstleistungsschwerpunkte. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahr Services bzw. Anwendungen für über 3000 Benutzer zentral durch die kdvz bereitgestellt. Exemplarisch sei die Vorbereitung für die Umstellung der weiteren nsk-Neuanwender mit Produktionsstart 01.01.2012 erwähnt. Die zur Verfügung gestellten Infoma-Datenbankcluster sichern den Kunden dabei ein performantes und hochverfügbares System zu.

Die Nachfrage nach **Virtualisierungstechnologien/-produkten** steigt weiterhin deutlich an. Die entsprechende Infrastruktur der kdvz spielt dabei eine wesentliche Rolle für die Bereitstellung von Services, daher ist eine stetige Weiterentwicklung unbedingt erforderlich. So wurde die komplexe Infrastruktur (VMWare & Citrix) in 2011 durch den Einsatz neuer Versionen erweitert. Neue Funktionen und Technologien steigern die Servicequalität für die Kunden. Ebenso wurde die Infrastruktur im Rahmen der Kapazitätsplanung erweitert.

Die große Nachfrage im Zweckverband nach Unterstützung bei der **Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen** spiegelt die Entwicklung auf dem IT-Markt wieder. Die hohen Anforderungen an die IT-Infrastruktur, u. a. hinsichtlich Sicherheit, Verfügbarkeit und Innovation, lassen sich bei einem dedizierten Betrieb oftmals aufgrund des permanenten Kostendrucks nicht abbilden. Durch die gemeinschaftliche und zentralisierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen werden. Die kdvz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. Nach der erfolgreichen Realisierung des Projektes mit der Stadt Bergheim im Jahr 2010 hat sich die Gemeinde Merzenich ebenfalls zur Zentralisierung der IT-Leistung entschlossen. Die Umsetzung wurde erfolgreich abgeschlossen. Der Gemeinde Merzenich steht nun ein modernes und sicheres IT-Umfeld zur Verfügung. Eine Vielzahl weiterer Verbandsmitglieder hat bereits Interesse an einer solchen zentralisierten Lösung bekundet. Die kdvz hat die Bestandsaufnahmen bei interessierten Kunden vor Ort unterstützt und auf Grundlage der ermittelten Werte Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen durchgeführt. Weitere Anfragen liegen bereits vor.

Die Nachfrage nach mobilen Endgeräten steigt rasant, Produkte (Apps) für viele Einsatzmöglichkeiten werden angeboten. Mit dem Einsatz von iPhones, iPads, Android-Geräten etc. besteht die Möglichkeit von jedem Ort auf zentrale Ressourcen zuzugreifen. In der

kdvz kommen Virtualisierungstechnologien zum Einsatz, die solchen Anforderungen gerecht werden können. Ebenfalls bieten viele Produkte (z. B. Microsoft Exchange) einen Web-Dienst zur Synchronisation und Einbindung von Daten an. Im Jahr 2011 hat die kdvz die Infrastruktur aufgesetzt, um verschlüsselt über mobile Endgeräte auf zentrale Ressourcen im Rechenzentrum zugreifen zu können. Hierzu zählen neben E-Mails, Kalendereinträgen etc. aus Microsoft Exchange auch jegliche Anwendungen, welche über Citrix-Technologien (kommunale Fachanwendungen, Desktops etc.) bereitgestellt werden.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag auch im vergangenen Jahr in umfassenden sog. „arbeitsplatznahen Services“, bei denen Tätigkeiten beim Kunden vor Ort eine zentrale Rolle spielen. Hierzu zählen beispielsweise umfängliche **Erstinstallationen** bzw. **Migrationen**, hinzu kommen zahlreiche Supportleistungen, Hard- und Softwareaustausch, Datensicherung, Hilfestellung bei unterschiedlichsten Problemen rund um den Arbeitsplatz und so fort. Serviceverträge über die Nutzung des **zentralen Virenschutzes** existieren mit 25 Mitgliedsverwaltungen, vier Kommunen nutzen das Angebot **fester Betreuungstage**. Des Weiteren hat die kdvz zahlreiche Verbandsmitglieder intensiv bei der Aktualisierung ihres IT-Umfeldes vor Ort unterstützt.

Ebenfalls unterstützt die kdvz nach wie vor die Schulen und Kindergärten in vier verbandsangehörigen Kommunen. Die Vereinbarung von bislang weiteren vier Kommunen aus dem Kreis Düren, ihren Schulsupport unter dem Dach der kdvz Rhein-Erft-Rur gemeinsam durchzuführen, konnte in 2011 um eine Gemeinde erweitert werden. Erklärtes Ziel bleibt ein wartungsarmer und wirtschaftlicher Support für eine funktionierende, verfügbare und somit verlässliche und akzeptierte EDV-Ausstattung in den Schulen unter Ausschöpfung von Kostensenkungspotentialen.

2.6 Zentrale Dienste

Die Etablierung eines **Risikomanagements** wurde in 2010 abgeschlossen. Dieses beinhaltete in der ersten Ausbaustufe die Erstinventur der Risiken sowie die Bewertung der Risiken sowohl in Bezug auf Eintrittswahrscheinlichkeit als auch auf die potentielle Schadenshöhe. In 2011 fanden zum 30.05. und zum 30.11. die vorgeschriebenen turnusmäßigen Bewertungen statt. Der kdvz Rhein-Erft-Rur steht mit dem Risikomanagement ein effektives Managementinstrument zur Risikofrüherkennung und -vermeidung zur Verfügung.

Die kdvz Rhein-Erft-Rur arbeitet, beispielsweise im Zuge der Einführung neuer Fachverfahren, projektorientiert. In diesem Zusammenhang ist ein wirksames **Projektcontrolling** ein wichtiger Erfolgsfaktor. In 2011 wurden alle wesentlichen Projekte begleitet.

Darüber hinaus werden seit 2010 im Zuge der Einführung der neuen Finanzwesen-Software nsk das Projektcontrolling sowie das Kosten- und Vertragscontrolling seitens der kdvz zentral gesteuert.

Das Thema **IT-Sicherheit** genießt für einen kommunalen IT-Dienstleister höchste Priorität. Da auch die Verbandsmitglieder den Bedarf in diesem Bereich haben, der oft nicht personell abgedeckt werden kann, bietet die kdvz Rhein-Erft-Rur entsprechende Services an. Der Zweckverband verfügt im Bereich der Informationssicherheit über qualifiziertes und zertifiziertes Personal und unterstützt mittlerweile neun Kommunen beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements.

Beim **kdvz-Technologietag** drehten sich die Präsentationen und das Ausstellungsforum unter dem Leitthema „Bürgerbeteiligung digital“ rund um innovative Weblösungen, die dazu geeignet sind, dem Gedanken einer serviceorientierten Verwaltung Rechnung zu tragen.

In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das **Rechnungsprüfungsamt** seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Die finanzwirksamen Fachverfahren werden vor ihrem Ersteinsatz geprüft und deren Weiterentwicklung wird überwacht. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKf bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen u. a. eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird mit der Zertifizierung durch das kdvz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen.

3. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 94,3. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2011 folgendes Bild:

	unter 30	30-50	51-60	älter als 60
höherer Dienst		1	3	1
gehobener Dienst	3	32	27	3
mittlerer Dienst	9	6	9	3

Folgende Dienstvereinbarungen hatten zum Stichtag 31.12.2011 Gültigkeit:

- Dienstvereinbarung zur Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Dienstvereinbarung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement nach längeren Erkrankungszeiten

4. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

Auch in 2011 orientierte sich die kdvz Rhein-Erft-Rur in ihrem Handeln an den Leitlinien

- Konsolidierung
- Standardisierung und Kooperation
- Innovation und Entwicklung.

In diesem Sinne wurden umfangreiche Dienstleistungen für die verbandsangehörigen Kommunen erbracht – von der Bereitstellung einer zukunftsorientierten technologischen Infrastruktur über ein breit gefächertes Angebot an kommunalen Fachanwendungen bis hin zu individuellen IT-Services wie etwa der Gestaltung kommunaler Internetseiten.

Verbandsintern wurde der Meinungsbildungsprozess, in welchen Konstellationen die Zukunftsfähigkeit der IT-Unterstützung für die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes am effektivsten gewährleistet werden kann, zumindest für den Moment insoweit abgeschlossen, als dass fünf Kommunen ihre Absicht erklärt haben, den Zweckverband zum 31.12.2012 zu verlassen. Ein Ausscheiden der Städte Düren und Euskirchen, der Gemeinden Blankenheim und Nettersheim sowie der Kreisverwaltung Düren hätte keine verbandsgefährdenden Auswirkungen. Für die kdvz Rhein-Erft-Rur bedeutet dieser Umstand, dass gemäß § 21 der Verbandssatzung eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den austrittswilligen Verbandsmitgliedern zu führen ist.

Verbandsübergreifend hat der Beitritt der kdvz Rhein-Erft-Rur zum KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister – bereits erste Erfolge gezeitigt. Im Zuge gemeinsamer Beschaffungen konnte allein ein Verbandsmitglied der kdvz einen finanziellen Vorteil i. H. v. 18.500 € durch die Bündelung von Nachfrage über den Dachverband erzielen. Weitere Kooperationsfelder werden sondiert. Dass die kdvz Rhein-Erft-Rur mit ihrem Beitritt zum KDN den richtigen Weg eingeschlagen hat, zeigt nicht zuletzt die sukzessive Aufnahme weiterer kommunaler IT-Dienstleister in den Dachverband.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass die kdvz Rhein-Erft-Rur ihrem satzungsgemäßen Auftrag auf einem stabilen Niveau gerecht werden konnte. Die, gemessen an der noch in den Jahren 2009 / 2010 be-

fürchteten Austrittswelle, doch vergleichsweise geringe Anzahl an Austrittswilligen – die zum Teil eher politisch denn sachlich begründet sind – dokumentiert, dass die Akzeptanz der kdVz bei ihren Kunden mittlerweile wieder einen Grad erreicht hat, der eine solide Basis für die weitere Fortentwicklung des Zweckverbandes darstellt. Die kdVz ihrerseits verpflichtet sich auch weiterhin, ihre Dienstleistungen qualitativ hochwertig und mit einem kompetenten und motivierten Mitarbeitererteam zu erbringen.

5. VORGÄNGE VON BESONDERER BEDEUTUNG NACH DEM SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

keine

Frechen, den 28.09.2012



Stommel

Verbandsvorsteher

Im Auftrag



Wergen

Geschäftsführer

3. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln
Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW (ÖPNV-Gesetz) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen nimmt sie Aufgaben als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes im Sinne des § 8 Abs. 3 des Personenbeförderungsgesetzes wahr. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NRW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„Ist die Mitgliedschaft zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich und/oder kann ggf. die Mitgliedschaft entfallen?“

Ja, da es sich um einen Pflichtverband nach § 5 ÖPNVG NRW handelt. Die Mitgliedschaft kann nicht entfallen.

Können die vom Zweckverband wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Der Zweckverband bedient sich für die operative Aufgabenerfüllung der VRS GmbH. Die regelmäßige Prüfung der Wirtschafts- und Finanzplanung der GmbH wird in den Gremien der GmbH, in denen der Kreis Euskirchen vertreten ist, beraten und beschlossen. Bisher ergaben sich keine Ansatzpunkte für eine Forderung nach Wegfall oder Reduktion von Aufgaben.

Kann die Aufgabe in anderer Form (besser) wahrgenommen werden?

Nein, da die Organisationsform vorgeschrieben ist.

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an den Zweckverband absehbar?

Im Rahmen des künftigen ÖPNV-Wettbewerbes werden sich neue Aufgaben für die VRS GmbH ergeben, deren Umfang jedoch noch nicht abgeschätzt werden kann

Abschlussbewertung:

Die Mitgliedschaft im Zweckverband ist durch das ÖPNVG NRW vorgeschrieben. Zur Aufgabenerledigung bedient sich der Zweckverband der VRS GmbH, deren Alleingesellschafter er ist, und bei deren regelmäßigen Prüfungen sich keine Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung und ihrer Wirtschaftlichkeit gezeigt haben.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben, näheres s. Teil D.2.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

- a) Verbandsversammlung
- b) Vorstandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)
- b) Aufsichtsrat (Kreis EU entsendet 2 von 20 Mitgliedern)
- c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)
- d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

- a) Verbandsversammlung
- b) Hauptausschuss
- c) Vorstandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)
- b) Aufsichtsrat (Kreis EU entsendet 1 von 28 Mitgliedern)
- c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. LR Günter Rosenke		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

1b) Vorstandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Rolf Menzel (Rheinisch-Bergischer Kreis)
Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL IV) vertreten.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

Dr. Norbert Reinkober
Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. LR Günter Rosenke		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Bernd Kolvenbach	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

3b) Hauptausschuss des ZV VRS

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
Bernd Kolvenbach, Vorsitzender	(CDU)	Hans Schmitz	(SPD)

3c) Vorstandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Stephan Pusch (Kreis Heinsberg)
Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

<u>Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Bernd Kolvenbach	(CDU)	Achim Blindert	(SPD)

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober
Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag
Hans Joachim Sisternich

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2010 des Zweckverbandes ist ab Seite 352 und der Jahresabschluss 2011 der GmbH ist ab Seite 360 dargestellt.

Der Jahresabschluss 2011 des Zweckverbandes lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Jahresabschluss
zum 31.12.2010
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Ergebnisrechnung

	Ergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz 2010	Ist-Ergebnis 2010	Vergleich Ansatz/Ist
1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	12.252,32 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3	420.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	613.567,44 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	1.045.819,76 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
11	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	420.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
16	29.262,64 €	33.000,00 €	29.856,78 €	-3.143,22 €
17	449.262,64 €	333.000,00 €	329.856,78 €	-3.143,22 €
18	596.557,12 €	-33.000,00 €	-29.856,78 €	3.143,22 €
19	1.227,83 €	3.000,00 €	309,21 €	-2.690,79 €
20	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21	1.227,83 €	3.000,00 €	309,21 €	-2.690,79 €
22	597.784,95 €	-30.000,00 €	-29.547,57 €	452,43 €
23	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26	597.784,95 €	-30.000,00 €	-29.547,57 €	452,43 €

Finanzrechnung

	Ergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz 2010	Ist-Ergebnis 2010	Vergleich Ansatz/Ist
1	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	12.253,50 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3	420.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	15.697,64 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	3.493,85 €	3.000,00 €	145,99 €	-2.854,01 €
9	451.444,99 €	303.000,00 €	300.145,99 €	-2.854,01 €
10	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	420.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
15	29.462,64 €	33.000,00 €	45.555,60 €	12.555,60 €
16	449.462,64 €	333.000,00 €	345.555,60 €	12.555,60 €
17	1.982,35 €	-30.000,00 €	-45.409,61 €	-15.409,61 €
18	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
19	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
22	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
27	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
28	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
29	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
30	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
31	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
32	1.982,35 €	-30.000,00 €	-45.409,61 €	-15.409,61 €

	Ergebnis 2009	Fortgeschriebener Ansatz 2010	Ist-Ergebnis 2010	Vergleich Ansatz/Ist
33	Aufnahme von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
34	Tilgung von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
35	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (33-34)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
36	Änd. d. Bestandes a. eig. Finanzmitteln (32+)	1.982,35 €	-45.409,61 €	-15.409,61 €
37	Anfangsbestand Finanzmittel	317.208,34 €	319.190,69 €	0,00 €
38	Liquide Mittel (36+37)	319.190,69 €	273.781,08 €	-15.409,61 €

Bilanz
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg
zum 31.12.2010

Aktiva	31.12.2010	31.12.2009
1. Anlagevermögen		
1.1 Finanzanlagen		
1.1.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	240.000,00 €	240.000,00 €
1.1.2 Beteiligungen	276.087,22 €	276.087,22 €
2. Umlaufvermögen		
2.1 Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
2.1.1 Sonst. öffentlich-rechtliche Forderungen	177,26 €	14,04 €
2.1.2 Privatrechtliche Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00 €	613.567,44 €
2.2 Liquide Mittel	273.781,08 €	319.190,69 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>790.045,56 €</u>	<u>1.448.859,39 €</u>

	31.12.2010	31.12.2009
Passiva		
1. Eigenkapital		
1.1 Allgemeine Rücklage	641.598,62 €	629.375,62 €
1.2 Ausgleichsrücklage	171.994,51 €	200.000,00 €
1.3 Jahresüberschuss	-29.547,57 €	597.784,95 €
2. Sonderposten	0,00 €	0,00 €
3. Rückstellungen		
3.1 Sonstige Rückstellungen	6.000,00 €	6.000,00 €
4. Verbindlichkeiten	0,00 €	15.698,82 €
5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>790.045,56 €</u>	<u>1.448.859,39 €</u>

Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW

Aufgabe des Zweckverbandes

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den Städten Köln, Bonn, Leverkusen und Monheim am Rhein und dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch Bergischen Kreis und dem Kreis Euskirchen gebildet, um Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahrzunehmen. Der ZV VRS ist wiederum einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverbandes Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2010 wurden vom ZV VRS sieben Versammlungen abgehalten.

Der Zweckverband VRS finanzierte sich 2010 aus dem Bestand der liquiden Mittel und den erwirtschafteten Zinserträgen. Die Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2010 wurde von der Versammlung mit einem Ergebnis von – 30 TEUR, welches aus der Ausgleichsrücklage gedeckt wird, beschlossen. Zur Finanzierung der Kosten des Zweckverbandes als alleinigem Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband eine Umlage nach einem in der Satzung festgelegten Schlüssel erhoben. Die Umlage für das Jahr 2010 wurde mit TEUR 300 festgelegt.

Darstellung der Lage

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Zum 31.12.2010 belief sich der Bestand an liquiden Mitteln des ZV VRS auf EUR 273.781,08. Es ist beabsichtigt, den ZV VRS in den nächsten Jahren aus dem Bestand der liquiden Mittel und den jeweils erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren.

Die vom Zweckverband von seinen Mitgliedsgebietskörperschaften erhobene Umlage (TEUR 300) wurde zur Mitfinanzierung der Kosten an die VRS GmbH weitergeleitet. Nach Auslagensatz, Verdienstausfallentschädigungen und Geschäftsaufwendungen sowie Berücksichtigung eine Zinsergebnisses weist der Zweckverband einen Jahresfehlbetrag von TEUR 30 aus.

Prognose

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 weist in seiner Ergebnisrechnung für die Jahre 2011 bis 2014 jeweils ein negatives Ergebnis von TEUR 30 aus. Dies führt zukünftig zu einer Verringerung der Ausgleichrücklage (Stand 31.12.2010: TEUR 200). Auf eine Bebuschung durch den Dachzweckverband Nahverkehr Rheinland aus den Mitteln nach § 11 ÖPNVG NRW kann danach in den Folgejahren verzichtet werden.

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln
 Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom
 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

Bilanz

	31.12.2011		Vorjahr		31.12.2011		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
A k t i v a								
A. Anlagevermögen								
I. Immaterielle Vermögensgegenstände								
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	199.988,00	273.662,00	240.000,00	240.000,00	0,00	0,00	240.000,00	
2. Geleistete Anzahlungen	255.958,15	185.000,00	240.000,00	240.000,00	0,00	0,00	240.000,00	
II. Sachanlagen	455.946,15	458.662,00	364.363,40	374.368,65				
1. Bauten auf fremden Grundstücken, Mietereinbauten	141.994,00	166.901,00						
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	682.341,00	566.408,00						
III. Finanzanlagen	824.335,00	733.309,00						
1. Beteiligungen	22.500,00	0,00						
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	935.378,02	1.320.515,98	1.754.211,00	1.473.236,00	81.290,00	22.280,00	1.473.236,00	
B. Umlaufvermögen	957.878,02	1.320.515,98	649.176,00	699.522,00	2.484.677,00	2.195.038,00	2.484.677,00	
1. Vorräte	2.238.159,17	2.512.486,98						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.000,00	5.000,00						
2. Waren	2.267,10	1.585,48						
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.267,10	6.585,48						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	431.232,29	138.433,18						
2. Sonstige Vermögensgegenstände	637.184,44	394.422,04						
III. Sonstige Wertpapiere	1.068.416,73	532.855,22						
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	9.000.000,00	8.500.000,00						
C. Rechnungsabgrenzungsposten	25.381.306,08	21.818.225,14						
Andere Abgrenzungsposten	35.456.989,91	30.857.665,84						
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	85.536,30	67.882,29						
	85.947,00	27.902,00						
	37.866.632,38	33.465.937,11	37.866.632,38	33.465.937,11				
P a s s i v a								
A. Eigenkapital								
I. Gezeichnetes Kapital								
II. Jahresüberschuss	240.000,00	240.000,00	240.000,00	240.000,00	0,00	0,00	240.000,00	
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	364.363,40	374.368,65						
C. Rückstellungen								
1. Rückstellungen für Pensionen	1.754.211,00	1.473.236,00	1.754.211,00	1.473.236,00				
2. Steuerrückstellungen	81.290,00	22.280,00	81.290,00	22.280,00				
3. Sonstige Rückstellungen	649.176,00	699.522,00	649.176,00	699.522,00				
D. Verbindlichkeiten	2.484.677,00	2.195.038,00	2.484.677,00	2.195.038,00				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.243.365,02	660.486,90	1.243.365,02	660.486,90				
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 1.243.365,02 (i.V. EUR 660.486,90) -								
2. Sonstige Verbindlichkeiten	33.534.226,96	29.996.043,56	33.534.226,96	29.996.043,56				
- davon aus Steuern EUR 59.828,59 (i.V. EUR 55.187,05) -								
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 3.848,91 (i.V. EUR 28.483,16) -								
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 33.534.226,96 (i.V. EUR 29.996.043,56) -								
	34.777.591,98	30.656.530,46	34.777.591,98	30.656.530,46				

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln
 Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom
 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011

Gewinn- und Verlustrechnung

	2 0 1 1	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Zuschüsse	5.493.367,60	5.735.611,85
2. Erstattungen	4.572.287,90	4.799.712,66
3. Sonstige betriebliche Erträge	678.727,78	726.124,78
4. Sachaufwand	5.116.149,02	5.734.245,14
5. <u>Rohergebnis</u>	5.628.234,26	5.527.204,15
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.891.770,34	2.783.949,66
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	887.779,95	732.671,53
- davon für Altersversorgung EUR 114.631,61 (i.V. EUR 9.934,03) -		
	3.779.550,29	3.516.621,19
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	355.703,49	459.009,31
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.354.000,29	1.267.995,51
9. Erträge aus anderen Wertpapieren	50.069,95	79.599,50
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	273.297,23	124.359,82
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	12.572,96	3.249,80
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	105.271,41	132.461,76
13. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	344.503,00	351.825,90
14. Außerordentlichen Aufwendungen	234.504,00	287.009,00
15. Außerordentliches Ergebnis	-234.504,00	-287.009,00
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	109.999,00	64.816,90
17. Jahresüberschuss	0,00	0,00

1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100% in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeaufteilungsregelungen.

Im Wirtschaftsjahr 2011 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2. Geschäftsentwicklung

2.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2011

Trotz der Finanzkrise ist die deutsche Wirtschaft im Berichtsjahr kräftig gewachsen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Produktionsanstieg von drei Prozent zu verzeichnen. Die durch die Finanzkrise ausgelöste temporäre Nachfrageschwäche blieb ohne Folgen für den ÖPNV-Markt.

2.2 Branchenentwicklung

Im Jahr 2011 wurden in Deutschland für fast 10 Mrd. Fahrten öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch genommen, gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 0,7 %. Fahrgastzuwachs und Preisanpassungen haben die Erträge aus der Fahrgastbeförderung weiter steigen lassen. Im Berichtsjahr haben die bundesdeutschen Verkehrsunternehmen Erträge in Höhe von 10,3 Mrd. Euro erzielt.

Die Entwicklung verlief allerdings nicht einheitlich. Während die Nachfrage nach öffentlichen Personennahverkehrsleistungen in den Ballungsregionen weiter kontinuierlich steigt, nutzen im ländlichen Raum aufgrund sinkender Bevölkerungszahlen und vor allem rückläufiger Schülerzahlen immer weniger Menschen Busse und Bahnen.

2.3 Verbundentwicklung

Zwischen Januar und Dezember 2011 wurden im Verbundraum Rhein-Sieg 506,9 Mio. Fahrten mit Bus und Bahn unternommen; gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um ca. 3,5 Mio. Fahrten bzw. 0,7%.

Die Tariferlöse stiegen im gleichen Zeitraum um 21,6 Mio. Euro bzw. 4,2% auf 531,9 Mio. Euro. Wie in den Vorjahren liegt der prozentuale Umsatzzuwachs über der zum 1.1.2011 vorgenommenen Preisanpassung in Höhe von 2,7%. Für diese Tarifanpassung kam erstmals ein standardisierter Tariffortschreibungsansatz zur Anwendung.

Die Entwicklung in den einzelnen Marktsegmenten verlief im Geschäftsjahr unterschiedlich. Im Vergleich zu 2010 wurden im Berichtsjahr 640.000 Fahrten weniger mit Tickets des Bartarif durchgeführt. Dagegen nutzen immer mehr VRS-Kunden Zeitfahrausweise, insbesondere Abonnements und vor allem JobTickets. In diesem Marktsegment gab es einen Fahrtenzuwachs von 14,2 Mio. Fahrten bzw. 6,7%. Sorge macht indes die Entwicklung der Schülerzahlen. In fast allen Gebietskörperschaften des Verbundgebietes sind rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen. Dies hat im Geschäftsjahr 2011 in diesem Teilmarkt zu einem Nachfragerückgang von 3,2 Mio. Fahrten geführt. Die Problematik sinkender Schülerzahlen als Folge des demographischen Wandels wird sich in den nächsten Jahren weiter fortsetzen. Die durch diese Entwicklung induzierten Nachfragerückgänge im Ausbildungsverkehr werden vor allem die Kreise bzw. die dort tätigen Verkehrsunternehmen treffen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat der VRS 2011 die SchülerTicketkonzeption überarbeitet und an die unterschiedlichen Nachfrage- bzw. Angebotssituationen im Verbundraum angepasst. Mit der preislichen Differenzierung des SchülerTickets nach Standortkategorien wird nunmehr auch im Umland die Basis für eine höhere Nachfrage geschaffen. Die vorliegenden Verkaufsergebnisse für die 2. Jahreshälfte bestätigen die Richtigkeit dieser Entscheidung der Verbundgremien.

3. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

3.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31.12.2011 eine Bilanzsumme von 37,867 Mio. Euro aus (Vorjahr: 33,466 Mio. Euro). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Umlaufvermögens. Im Vergleich zum Vorjahr (30,318 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzpositionen – Sonstige Wertpapiere und Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten – im Berichtsjahr 34,381 Mio. Euro. Dem steht ein Anstieg der Verbindlichkeiten (Vorjahr: 30,657 Mio. Euro) auf 34,778 Mio. Euro gegenüber. Hierbei handelt es sich vor allem um vereinnahmte Entgelte aus weiterzuleitenden Beförderungsentgelten aus dem Verbundausgleich der Einnahmearteilung des VRS- und des NRW-Tarifs in Höhe von 31,366 Mio. Euro (Vorjahr: 28,049 Mio. Euro). Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere dienen der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen.

3.2 Finanzlage

Nach Verrechnung der liquiden Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens mit den abzuführenden Entgelten aus der Einnahmearteilung des VRS- und des NRW-Tarifs standen der Gesellschaft ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um ihren kurzfristigen Finanzbedarf zu decken.

3.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2011 ein Gesamtvolumen von 10,744 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (11,261 Mio. Euro) ist dies ein Rückgang um 0,517 Mio. Euro.

Der Sachaufwand lag mit 5,116 Mio. Euro um etwa 10% unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Aufwandsrückgang ist u.a. darauf zurückzuführen, dass ursprünglich für 2011 geplante Marketingmaßnahmen insbesondere Kommunikationsprojekte in das Folgejahr verschoben wurden. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,263 Mio. Euro erhöht. Er liegt damit aber noch unter den Ansätzen des Wirtschaftsplans 2011. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um ca. 0,086 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Durch die erforderliche Anpassung der Pensionsrückstellungen aufgrund der Vorgaben des Bilanzmodernisierungsgesetzes fallen außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 0,235 Mio. Euro

an, die zu einer Verkürzung des Unternehmensergebnisses auf 0,745 Mio. Euro führen.

Nicht verbrauchte Finanzmittel werden gemäß der mittelfristigen Finanzplanung in den Folgejahren zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nicht zu verzeichnen.

5. Chancen- und Risikobericht

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

Da die Gesellschaft sich zu großen Teilen über Zuwendungen des Landes finanziert, haben Anpassungen des Landesfinanzierungssystem unmittelbare Auswirkungen auf die Ertragslage des Unternehmens. Die ursprünglich bereits für das Jahr 2010 vorgesehene Revision des ÖPNVG NRW wurde erst im Jahr 2011 in Angriff genommen. Zu einer Neuverteilung der Regionalisierungsmittel unter den drei nordrhein-westfälischen Zweckverbänden wird es nunmehr vs. erst ab 2013 kommen, da der neue Landtag vs. erst in der 2. Jahreshälfte 2012 den Entwurf des neuen ÖPNVG beraten und beschließen wird.

Einhergehend mit der Aufstockung und Umverteilung der Finanzmittel nach § 11 ÖPNVG ist seitens des Landes beabsichtigt, die den drei Kooperationsräumen bisher eingeräumte Möglichkeit einzuschränken, einen Teil dieser Finanzmittel für andere ÖPNV-Zwecke als den SPNV zu verwenden. Sollte es zu gravierenden Kürzungen bei den Landeszuwendungen kommen, besteht ab 2013 die Gefahr, dass es bei fehlender Alternativfinanzierung zu erheblichen Einschnitten bei der Aufgabenwahrnehmung der Verbundgesellschaft kommt.

Die Geschäftsführung weist daraufhin, dass diese Finanzierungsrisiken die bisherige Aufgabenwahrnehmung einschränken und damit die Entwicklung der Verbundgesellschaft beeinträchtigen können.

Im Jahr 2012 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH stabil. Seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland liegt der Zuwendungsbescheid in Höhe von 2,5 Mio. Euro vor. Auch die Zuwendungsbescheide für die Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „Der neue Nahverkehr“ liegen seitens des Landes vor. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300.000 Euro ihren Finanzierungsbeitrag.

Der im Unternehmen zur Anwendung kommende Tarifvertrag TVöD sieht ab 01.03.2012 eine Tarifsteigerung von durchschnittlich 3,5 % vor. Für das gesamte Haushaltsjahr 2012 entsteht aus dieser Tarifierpassung eine prozentuale Mehrbelastung von durchschnittlich ca. 3 %. In den Planansätzen für den Wirtschaftsplan 2012 wurde bereits eine Tarifsteigerung von 3 % berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund rechnet die Gesellschaft für 2012 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Für die Jahre ab 2013 ist dies u.a. abhängig von den Ergebnissen der Revision des ÖPNVG.

Köln, 16. Mai 2012

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Dr. Norbert Gerhard Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

4. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/kronenburgersee.php>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)
- b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	(SPD)	Johannes Mertens	(CDU)

b) Vorstandsvorsteher

Reinhold Müller (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Naturpark Rheinland

Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/Verbandsmitglied sowie die Bürgermeister der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. AV Manfred Poth		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Josef Carl Rhiem	(CDU)	Hans Peter Nussbaum	(CDU)
3. Heinrich Hettmer	(SPD)	Margret Rhiem	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Josef Carl Rhiem (CDU)

Stellvertreter

Margret Rhiem (SPD)

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Josef Carl Rhiem (CDU)

Stellvertreter

Heinrich Hettmer (SPD)

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Hans Peter Nussbaum (CDU)

Stellvertreter

Andreas Schulte (SPD)

d) Verbandsvorsteher

Landrat Werner Stump, Rhein-Erft-Kreis

Stellvertreter: LR Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

6. Zweckverband Region Aachen

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.04.2012 entsprechend Verwaltungsvorlage V 257/2012 die folgenden Beschlüsse gefasst:

- „1. Er bekräftigt seinen Willen zur Stärkung der Region Aachen durch eine Reform der aktuellen Strukturen (REGIO Aachen e.V./AGIT mbH).
2. Er unterstützt auf der Grundlage des als Anlage 2 zu V 257/2012 beigefügten Satzungsentwurfs die Bildung eines Zweckverbandes „Region Aachen“ als schlagkräftige politisch-strategische Plattform für regional bedeutsame Aufgaben. Der Zweckverband tritt an die Stelle der Regio Aachen e.V. (einschl. Regionalkonferenz und RegioRat) und übernimmt die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT mbH.
3. Er beauftragt die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voranzutreiben. Dabei soll sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten.

Er beauftragt die im Rahmen der regionalen Strukturreform federführende Arbeitsgruppe, weiterhin die notwendigen Beschlussfassungen in den zuständigen Gremien der Region Aachen auf Grundlage gleichlautender Vorlagen und präziser Darstellung der finanziellen und personellen Auswirkungen vorzubereiten.“

Auf der Grundlage der Vorlage V 314/2012 hat der Kreistag Euskirchen am 31.10.2012 folgende Entscheidungen getroffen:

- „1) Er stimmt der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen zum 01.01.2013 zu. Dieser Zweckverband tritt an die Stelle des Regio Aachen e.V. und seiner Gremien.
- 2) Er stimmt der in der Anlage 1 beigefügten Satzung zu.
- 3) Er stimmt zu, dass der Zweckverband Rechtsnachfolger des Regio Aachen e. V. ist, der nach entsprechender Beschlussfassung der Regionalkonferenz aufgelöst wird. Sein Tätigkeitsportfolio umfasst zum Start die bisherigen Aufgaben des Regio Aachen e.V., die Aufgaben der Regionalagentur sowie das Kompetenzzentrum Frau & Beruf (siehe auch die als Anlage 2 beigefügte Modellrechnung). Die Übertragung weiterer Aufgaben seitens der Verbandsmitglieder ist unter Beachtung des GKG NRW möglich.
- 4) Er beschließt, dass der Mittelfluss zwecks Sicherstellung der Liquidität unmittelbar nach Verabschiedung des Haushalts 2013 unmittelbar an den Zweckverband Region Aachen erfolgt, auch wenn der Regio Aachen e.V. noch existiert.
- 5) Er stimmt zu, dass die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regio Aachen e.V. rechtsgleich auf den Zweckverband Region Aachen überzuleiten sind. Die Geschäftsführung des Regio Aachen e.V. wird gebeten, die hierzu notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und einzuleiten.
- 6) Er fordert die Verbandsversammlung auf, den Haushalt 2013 auf Grundlage der „Modellrechnung“ zu verabschieden und den Zweckverband einer kontinuierlichen Aufgabenkritik zu unterziehen.
- 7) Er entsendet folgende 12 Mitglieder gemäß § 5 (2) in die Verbandsversammlung:

7.1 Herr	Günter Rosenke	LR
(Stellvertreter: Herr	Manfred Poth	AV)
7.2 Frau	Ute Stolz	CDU
(Stellvertreter: Herr	Clas Kohlheyer	CDU)
7.3 Herr	Günter Weber	CDU
(Stellvertreter: Herr	Carl Josef Rhiem	CDU)
7.4 Herr	Bernd Kolvenbach	CDU
(Stellvertreter: Herr	Hans Peter Wasems	CDU)
7.5 Frau	Ruth Schmitz	CDU
(Stellvertreter: Herr	Johannes Esser	CDU)
7.6 Herr	Urban Josef Jülich	CDU
(Stellvertreter: Herr	Günther Schulz	CDU)
7.7 Herr	Heinrich Hettmer	SPD
(Stellvertreter: Herr	Uwe Schmitz	SPD)
7.8 Herr	Hans Schmitz	SPD
(Stellvertreter: Herr	Markus Ramers	SPD)
7.9 Herr	Peter Rau	FDP
(Stellvertreter: Herr	Christian Grau	FDP)
7.10 Herr	Hans Reiff	FDP
(Stellvertreter: Herr	Dirk van Meenen	FDP)
7.11 Herr	Franz Troschke	UWV
(Stellvertreter: Herr	Thomas Pick	UWV)

7.12 Frau *Angela Kalnins* *B90/Grüne*
(Stellvertreterin: Frau *Nathalie Konias* *B90/Grüne*)
8) Er beschließt, den Mittelbedarf in Höhe von 127.500 € (127.341,03 €) im Haushalt 2013 bereit zu stellen. Für die Folgejahre gelten die jeweiligen Beschlüsse der Verbandsversammlung.“

Die Verbandssatzung des Zweckverbandes Region Aachen wird mit dem dazugehörigen Genehmigungs- und Bekanntmachungsvermerk im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln (Nr. 47/12 vom 26.11.2012) bekannt gemacht.

Die konstituierende Verbandsversammlung findet am 03.12.2012 statt.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgende Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammabeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Urban-Josef Jülich (CDU)	Hans-Josef Nolden (CDU)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist im Verbandsrat nicht vertreten.

c) Vorstand

Dr.-Ing. Wulf Lindner
Ständiger Vertreter des Vorstands:
Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 99 stimmberechtigte Delegierte)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- c) Vorstand

a) und b) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung und im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Gremien nicht vertreten.

c) Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk
Ständiger Vertreter des Vorstands
Robert Steegmans

F) Jahresabschluss

Die Jahresabschlüsse sind im Internet abrufbar.

9. Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW (AAV)

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetzes und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband in den folgenden Fällen zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).
- Maßnahmen zur weiter gehenden Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen, um Grundstücke für eine konkret angestrebte Nutzung aufzubereiten, soweit die Aufwendungen hierfür in einem angemessenen Verhältnis zur angestrebten Nutzung stehen.

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle juristischen Personen des Privatrechts und Vereinigungen von juristischen Personen, die sich auf Grundlage des Kooperationsvertrages zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreie Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitglieders 0,03 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

E) Zusammensetzung der Organe

a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)

b) Vorstand (10 Mitglieder)

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

Geschäftsführer: Gerhard Kmoch

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Der Jahresbericht 2011 ist im Internet abrufbar.

